C 21734 D



Startbahn-West: Der Kampf geht weiter! S.5

Arbeiterkampf

Jg. 11 Nr. 217 25.1.82 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 3 DM Förderpr. DM 5

Links-SPD im Aufbau

»Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt«

(Schiller, Wallenstein)

Ist der langerwartete historische Moment gekommen? Knüpfen linke Sozialdemokraten erstmals seit 65 Jahren wieder an das politische Lebenswerk von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die Gründung einer Partei links von der SPD, an? Nötig wäre es längst, und Glück wäre ihnen zu wünschen!

Seit geraumer Zeit konnte der SPD-Vorstand nicht mehr verheimlichen, daß in der Partei ein kritisches Potential heranwuchs, das zu neuen Organisationsformen außerhalb der SPD drängt. In diesen Kreisen war allerdings bisher die Tendenz vorherrschend, auf ein Signal prominenter Persönlichkeiten zu warten. Dieses Signal scheint jetzt gegeben worden zu sein. Am 22.1. meldete die „Süddeutsche Zeitung", die Bundestagsabgeordneten Coppik und Hansen planten die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft „Demokratische Sozialisten '82" mit dem Ziel einer Parteigründung. Hansen bestätigte diese Meldung, Coppik dementierte ausdrücklich nicht. Der unerwartet frühe Zeitpunkt dieses Schrittes muß im Zusammenhang mit dem Münchner Parteitag (April 1982) gesehen werden. Sollten sich Schmidt und Brandt damit durchsetzen, die Behandlung des NATO-„Nach"rüstungsbeschlusses von der Tagesordnung zu kippen, wird dies wahrscheinlich für viele SPD-Mitglieder der letzte Anlaß sein, die Partei zu verlassen. Coppik und Hansen sind offenbar bemüht, jetzt schon einen Bezugspunkt für die offenbar bemüht, jetzt schon einen Bezugspunkt für die von der SPD wegstrebenden Kräfte zu schaffen, um diese nicht ins Leere laufen zu lassen.

Wenig glaubwürdig ist der Zweckoptimismus des SPD-Vorstands, der angesichts dieser Entwicklung eine verkrampfte Gelassenheit vorspielt. Während Glotz und andere behaupten, die Überlegungen von Hansen und Coppik seien in der Arbeiter-Anhängerschaft der SPD ohne Basis, scheint es umgekehrt so zu sein, daß unter linken Betriebsräten und Ge-

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung Seite 2

Liebe Freunde des AK!

Auf dem 2. Kongreß des KB wurde beschlossen, den AK (zunächst) nur noch monatlich erscheinen zu lassen. Die Gründe hierfür sind vielfältig (siehe hierzu AK 215 und diese Ausgabe) und lassen sich doch im Kern in der Aussage zusammenfassen: Die Bedingungen für die sozialistische Presse haben sich verändert, und wir müssen dem Rechnung tragen! Zehn Jahre haben wir den AK mit dem Anspruch geschrieben, nicht nur Organ des KB, sondern Massenorgan für alle linksoppositionellen Bewegungen in diesem Land zu sein. Heute müssen wir, mit einem lachenden und einem weinenden Auge feststellen, daß letztere Aufgabe von einer Vielzahl von örtlichen, regionalen und überregionalen Zeitungen wahrgenommen wird, die zudem aktueller und umfassender berichten können.

Die Umstellung von einer zweiwöchentlich auf eine monatlich erscheinende Zeitschrift hat selbstverständlich nicht nur eine technische Seite, sondern berührt gleichzeitig die Konzeption. Die aktuelle Berichterstattung über politische Ereignisse und die Berichte aus der ‚Bewegung' werden nicht mehr einen solchen Raum einnehmen können wie bisher. Dies sehen wir durchaus als Mangel an, wenn auch als notwendigen. Andererseits wird uns mehr Zeit bleiben, um zu den für die linke Bewegung wichtigen Fragen qualifizierter arbeiten zu können.

Die Änderung des Erscheinungsrhythmus ist somit auch ein notwendiger Schritt, um die inhaltliche Neukonzeption in die Tat umzusetzen. Der Rahmen für diese Änderungen ist in der auf dem 2. Kongreß verabschiedeten Resolution angegeben (abgedruckt in diesem AK). Wie sich die Zeitung jedoch im Konkreten ändern soll, darüber wollen wir jetzt mit einer öffentlichen Debatte beginnen.

Weiterhin sind wir der Meinung, daß ein solcher Einschnitt in der Zeitungspolitik auch durch einen neuen Namen begleitet werden sollte. Wie auch immer das Gesicht der neuen Konzeption aussehen wird, es wird eine andere Zeitung sein, sie wird einen anderen Anspruch haben.

Wir rufen alle Leser des AK auf, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Wir werden von der nächsten Ausgabe des AK an diese Beiträge veröffentlichen und in einem angemessenen Zeitraum unsere Schlußfolgerungen daraus vorstellen.

Wir hoffen für diese Diskussion auf größtmögliche und engagierte Beteiligung unserer Leser.

Eure AK-Redaktion

AUSLÄNDER IN DER BRD

Das Ende der 'Integrations'-Politik

Im Einvernehmen mit der Bundesregierung haben in den letzten Wochen die meisten Bundesländer die Möglichkeiten des Zuzugs von Ausländern im Rahmen der Familienzusammenführung und der sogenannten „Zuheirat" einschneidend verschärft. Mit geradezu unbeschreiblicher Brutalität ist dabei der Westberliner Innensenator Lummer (CDU) zu Werke gegangen, dessen Ausländererlaß noch um einiges über die vom Bundeskabinett vorgeschlagenen Regelungen hinausgeht: Seine Verfügung sah zunächst die unmittelbare Ausweisung von bis zu 20 000 Ausländern vor. Nach sofortigen Massenprotesten sah sich Lummer veranlaßt, seinen Erlaß geringfügig zu modifizieren, was den Kern dieser menschenfeindlichen Maßnahme freilich nicht berührt (dazu s.u. „Der Lummer-Erlaß").

Die neuesten ausländerfeindlichen Maßnahmen signalisieren nicht weniger als das Ende der sogenannten „Integrationspolitik", die angesichts der unveränderten Randexistenz, die die ausländische Minderheit in der BRD-Gesellschaft fristet, allerdings immer eine Phrase war. Die Konsequenzen einer Entwicklung, die die materielle und psychische Verelendung eines sprunghaft anwachsenden Teils insbesondere der ausländischen Kinder und Jugendlichen mit sich bringt, werden mit weiteren verständnisheischenden Sonntagsreden und folgenlosen Absichtserklärungen sicherlich nicht mehr zu bewältigen sein. Und wo materielle und politische Verbesserungen weder gewollt noch in Sicht sind, bleibt nur noch die Anwendung unmittelbarer staatlicher Zwangsmaßnahmen. Angesagt ist Repression statt „Integration" oder – sozialdemokratisch formuliert – „Integration" durch Repression.

Angesagt ist darüberhinaus das Aufblühen ausländerfeindlicher Strömungen in der westdeutschen Bevölkerung und ihre direkte Nutzbarmachung durch die jeweils Regierenden. Insbesondere was diesen Punkt anbetrifft, sollte es keine Illusionen geben: Im Rahmen der imperialistischen „Krisenbewältigung" wird das „Ausländerproblem" unweigerlich einer politischen Verwertung im Sinne der rassistischen Sündenbockphilosophie zugeführt werden. Deutliche Ansätze hierzu sind auch in den jüngsten Verlautbarungen der Bundes- und Länderregierungen sowie in ihrer Vermarktung durch die staatstreue Presse sichtbar gewesen.

Die Organisierung von Widerstand gegen diese Entwicklung ist damit zur Tagesaufgabe jeder linken und demokratischen Politik geworden. Wer die „Ausländerfrage" heute noch auf die „lange Bank" schieben will, dokumentiert nur, daß er aus der jüngsten deutschen Geschichte nichts gelernt hat.

Fortsetzung Seite 7 ff.

Die Militärdiktatur in der Türkei und die NATO

Am 11.9.1980 putschte im NATO-Mitgliedsland Türkei das Militär. Nicht nur oberflächlich gibt es zwischen diesem und dem Putsch in Polen viele Gemeinsamkeiten.

Ähnlich wie die polnischen war auch die türkische Wirtschaft zum Zeitpunkt des Putsches total zerrüttet. Anfang 1980 hatte die Türkei 12,5 Milliarden Dollar Auslandsschulden. Seit 1977 war sie nicht mehr in der Lage, die Tilgungsraten zu zahlen. Allein für 1980 wurden weitere 3 Milliarden Dollar Kredit benötigt, davon wurden 1,2 Mill. von der OECD und 1,6 Mrd. vom Internationalen Währungsfond (IWF) übernommen. Zwei Tage vor dem Putsch hatte die Türkei beim IWF einen Umschuldungsantrag für 3 Mrd. Dollar beantragt, d.h. die Verlängerung von auslaufenden Krediten.

Doch OECD (unter Federführung der SPD-Bundesregierung) und IWF stellten an die Gewährung weiterer Kredite harte Bedingungen: Einsetzung einer Allparteienregierung (nach dem Vorbild der Großen Koalition), Befriedung der inneren Klassenauseinandersetzungen und ‚Beruhigung' des Unruheherdes Kurdistan. All dies konnte die rechtskonservative Regierung Demirel nicht halten, auch gab es keine Einigung mit der sozialdemokratischen Opposition. Das Land war zum Zeitpunkt des Putsches für die demokratisch-bürgerlichen Kräfte unregierbar geworden. Die Wirtschaftskrise, die enorm hohe Inflationsrate und die Verelendung großer Teile der Werktätigen hatten zu immer heftigeren Klassenausein-

Fortsetzung Seite 2

2. KB-Kongreß betont die Notwendigkeitigkeit einer revolutionären Organisation und beschließt neues Zeitungskonzept

Am 16. und 17. Januar führte der KB seinen 2. Kongreß durch, an dem 120 Delegierte und als „Gastdelegierte" etwa ebensoviele Mitglieder sowie Sympathisanten teilnahmen. Als Gäste waren Vertreter der Sozialistischen Studiengruppen (SOST), des KBW, des BWK, der FAU, der Gruppe Z, der Marxistischen Gruppen (MG), der „TAZ", der britischen Big Flame, des chilenischen MIR sowie niederländische Freunde und Mitarbeiter des AK anwesend.

Im Mittelpunkt der Debatte und Beschlußfassung standen die vom LG vorgelegten „Thesen zur Perspektive des Arbeiterkampf" (siehe AK 215), die mit Änderungen und Ergänzungen nach ausführlicher Diskussion einmütig verabschiedet wurden.

Siehe die Seiten 26 bis 31

Zu Polen in diesem AK (Seite 20-25)

„Aus zuverlässiger Quelle ..." Wir untersuchen die Polen-Berichterstattung in der bundesdeutschen Presse und stossen dabei auf mancherlei Ungereimtheiten und politische Absichten.

Die Phantasie an die Macht! In der französischen Öffentlichkeit wird ein ganz neues Deutschland-Bild gepflegt: Feige sind die Deutschen, bis ins Mark pazifistisch angefault, aus Geschäftstüchtigkeit liefern sie ganz Europa den Russen aus. „Bayernkurier" auf Französisch?!

PCI und PCE zu Polen. Sehr kritisch äusserten sich die eurokommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs zur polnischen Militär-Diktatur.

Welche Solidarität mit Solidarnosc? Auf diese in der bundesdeutschen Linken zwar ungeklärte, aber bisher nur lau umstrittene Frage stellt Michael Stamm von der ‚Initiative Sozialistische Politik' Überlegungen zur Diskussion.

„Humanitäre Hilfe?" In AK 215 druckten wir einen Offenen Brief von ehemaligen KBW-Mitgliedern aus Hamburg nach, in dem sie sich kritisch-ätzend über die Aufrufe zur humanitären Hilfe für Polen äußerten. Ihnen antwortete ein Beitrag in AK 216. In diesem AK die Erwiderung der Ex-KBW-Genossen.

Zentrale Polen-Demo im März? Die Vorbereitungen für eine bundesweite Polen-Demonstration sind voll im Gang. Zusammengefunden hat sich im Wesentlichen der Trägerkreis der Bonner Anti-Breschnew-Demonstration vom 22.8.1981.

„Mißverständliches" von Robert Havemann. In den Vorbereitungen auf einen Atomkrieg in Europa sieht Prof. Havemann (DDR) Chancen für eine Rückkehr zum Demokratisierungprozeß in Polen. Wir können ihm in dieser Spekulation nicht ganz folgen.

Wenn Trotzkisten träumen ... Winfried Wolf, Chefredakteur der trotzkistischen Zeitschrift „Was tun", wirft der Solidarnosc Mangel an revolutionärer Konsequenz vor. Die Solidarnosc hat es seiner Meinung nach versäumt, vorbeugend die polnische Staats- und Armeeführung zu verhaften und sich selbst zur Provisorischen Regierung zu erklären.

Die Militärdiktatur in der Türkei und die NATO

Fortsetzung von Seite 1

andersetzungen geführt. Überfälle der faschistischen Horden auf Arbeiter und linke Organisationen häuften sich, Zusammenstöße zwischen faschistischen und revolutionären Kräften waren an der Tagesordnung. Diese Zuspitzung des Klassenkampfes bekam die bürgerlich-demokratische Regierung nicht mehr in den Griff.

Dies sind grob die innenpolitischen Faktoren für das Eingreifen der Militärs. Gleichzeitig drohte für die NATO die Gefahr, daß ein vorgeschobenes Bollwerk gegen die UdSSR durch innere Unruhen geschwächt würde. Dies ist der entscheidende außenpolitische Faktor für den Putsch.

All dies weist große Gemeinsamkeiten mit dem Putsch in Polen auf. Diese gehen sogar soweit, daß zum Zeitpunkt des Putsches in der Türkei ein NATO-Manöver stattfand. Die Reaktion der westlichen Regierungen und der Medien war jedoch eine gänzlich andere als anläßlich des Putsches in Polen. Im Vordergrund aller Erklärungen stand die Rechtfertigung der N o t w e n d i g k e i t des Putsches, um die ‚D e m o k r a t i e' zu sichern.

Daran, daß dem türkischen Putsch die Brutalität gefehlt habe, kann diese unterschiedliche Betrachtung nicht liegen, denn:

- wie in Polen wurden sämtliche oppositionelle Gewerkschaften (zusammengeschlossen im DISK) verboten, tausende Gewerkschafter wurden verhaftet;
- sofort nach dem Putsch begann eine Verhaftungswelle, der selbst nach offiziellen Zahlen über 20.000 Menschen zum Opfer fielen, nach Angaben der ‚Alternativen Türkeihilfe' waren es sogar 80.000;
- 400 Menschen wurden nach dem Putsch bei Verhaftungsaktionen erschossen, 10 wurden nach Todesurteilen erhängt, über 50 weitere Todesurteile sind ausgesprochen worden;
- Streiks und Arbeiterversammlungen sind verboten, Lohnerhöhungen werden nur nach staatlichem Diktat gewährt;
- das Parlament wurde aufgelöst, selbst die bürgerlichen Parteien wurden suspendiert und dürfen kei-

– das Parlament wurde aufgelöst, selbst die bürgerlichen Parteien wurden suspendiert und dürfen kei-
nerlei politische Betätigung betreiben.

Der Unterschied im Ausmaß der Unfreiheit kann es also in keinem Fall sein, der die Hüter der freien Marktwirtschaft in diesem Fall das Putschregime rechtfertigen läßt. Die Reaktion der NATO-Länder war eindeutig. Zunächst wurde von einer „inneren Angelegenheit der Türkei"

„inneren Angelegenheit der Türkei" (Schmidt) gesprochen. Im nächsten Schritt wurde die Junta als ‚notwendiges Übel' gegen den ‚Terrorismus' und zur ‚Rettung der Demokratie' bezeichnet. Heute steht überhaupt nur noch die Frage, wann die Militärr e g i e r u n g durch eine zivile R e g i e r u n g abgelöst wird. An eine Einstellung der Wirtschafts-, Finanz- und Militärhilfe wurde zu keinem Zeitpunkt gedacht. Schon am 13.9.80 verkündete Matthöfer, die „Türkeihilfe ist ein Beitrag zur Sicherung der Demokratie"

„Türkeihilfe ist ein Beitrag zur Sicherung der Demokratie" („FAZ"). Auf der gleichzeitig stattfindenden NATO-Tagung wurde erklärt: *„Die Hilfen bleiben unberührt"* („FAZ", 13.9.). Für welchen Zweck die Hilfen fortgeführt wurden, stellte die „FAZ" am 15.9. fest: „Weiterzahlen stärkt und Einstellung schwächt die Militärs!" Die NATO hat sich offen für die Stärkung entschieden und mit ihr die SPD-geführte Bundesregierung.

Der Grund für diese Haltung ergibt sich zwangsläufig aus der Interessenlage der NATO. Hierzu führt die Bundesregierung aus, sie gewähre damit *„einem für die Südostflanke des Atlantischen Bündnisses bedeutenden und unserem Land traditionell eng befreundeten Allianzpartner ... eine erhebliche Unterstützung zur Erhaltung und Stärkung seiner Verteidigungskraft"* („FR", 18.11.80). Bezieht sich dies nur auf die Türkei, so wird die Bundesregierung noch deutlicher: *„Auch in Anbetracht der Entwicklungen in dem an die Türkei angrenzenden mittelöstlichen Raum halte die Bundesregierung außerordentliche Maßnahmen zur Stabilisierung der Türkei im sicherheitspolitischem Bereich für erforderlich"* (ebenda). Und noch deutlicher formuliert es ein Kommentar der „Welt" (13.9.): *„Dieser Staat ist kein Dominostein und darf keiner werden. Die Türkei ist die östliche Stütze der Allianz, ihr Vorposten in einem kritischen, dem Westen immer stärker entrückendem Gebiet. Hätten die Generäle ... nicht eingegriffen, so wären selbst die pessimistischsten Prognosen ... noch zu gewagt gewesen."*

Dies ist, mit umgekehrten Vorzeichen, die gleiche Argumentation, die heute die UdSSR für den Putsch in Polen anführt. Es ist die Argumentation der Herrschenden, die von i h r e n Interessen diktiert wird. Und weil es eben nicht um Demokratie, Freiheit und Arbeiterrechte geht, kommen die Herrschenden beim vergleichbaren Vorgang in Polen zu einem ganz anderen Schluß.



Ferruh Doğan

Links-SPD im Aufbau
"Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt"

Fortsetzung von Seite 1

werkschaftern seit langem über organisatorische Alternativen zur SPD diskutiert wird. Dies gilt erst recht für den Jugendbereich (Jusos, Falken), der sich traditionell als sozialistische Opposition innerhalb der SPD begreift und für den eine politische Perspektive in der Partei mehr und mehr gegen Null schwindet.

Der Regierungsantritt der SPD 1969 war von Reformerwartungen begleitet und getragen, die kaum geringer waren als die, die gegenwärtig der Regierung Mitterands zugute kommen. Noch 1972 rief der Versuch der CDU/CSU, die Regierung durch ein Mißtrauensvotum zu stürzen, eine breite Massenmobilisierung, vor allem in der Arbeiterklasse, hervor. Wenn die SPD gewollt hätte, hätte sie die historische Chance gehabt, eine grundsätzliche gesellschaftliche Wende gegen die Rechtskräfte einzuleiten und der CDU/CSU auf lange Sicht die Rückkehr zur Macht zu verbauen. Stattdessen hat die SPD die Aufrüstung nach innen und außen vorangetrieben und die besten Voraussetzungen für eine Regierungsübernahme durch die reaktionärsten und aggressivsten Kräfte der CDU/CSU geschaffen.

Eine absolute Mehrheit der CDU/CSU in den bedeutsamen Landtagswahlen dieses Jahres, vor allem in Hessen, kann heute nicht mehr durch die Wahl des „kleineren Übels" verhindert werden, sondern n u r noch durch ein Opposition links von der SPD, die sich vor allem der Themen Kriegsrüstung, Demokratie, Sozialpolitik und Ökologie annehmen müßte. 1982 ist es die gemeinsame Aufgabe aller demokratischen Kräfte, dafür zu sorgen, daß diese Alternative einen weit höheren Stimmenanteil erhält als die bisherigen Grünen und Alternativen Listen. Um Dregger in Wiesbaden und Kohl/Strauß in Bonn zu verhindern, kommt die Initiative Hansens und Coppiks vielleicht gerade noch rechtzeitig.

Zweifellos wird eine neue Partei links von der SPD, mit einem sozialistischen Anspruch, rasch eine große Anziehungskraft auf ein sehr breites, sehr buntes Spektrum politischer Kräfte ausüben und zu einem wichtigen Sammelpunkt werden:

- Da sind zu einen selbstverständlich die zahlreichen Enttäuschten, nach neuen Orientierungen Suchenden aus der SPD selbst.
- Da sind zum anderen Kräfte, die teilweise schon vor Jahren individuell mit der SPD gebrochen haben, ohne eine neue politische Heimat zu finden.
- Da sind vielfältige alte und neue sozialistische Gruppierungen außerhalb oder im Umfeld der SPD, wie das Sozialistische Büro Offenbach, die Sozialistischen Studiengruppen (SOST) oder die Initiative Sozialistische Politik (= „Moderne Zeiten").
- Eine Sogwirkung wird eine linkssozialdemokratische Partei wohl auch auf die Grünen ausüben, bei denen es möglicherweise sogar zu Massenaustritten kommen könnte.
- Beschleunigen wird sich durch Bildung einer solchen Partei vermutlich die Krise der DKP; manch DKP'ler, der mit der Haltung seiner Partei zu vielen brisanten Themen (jüngstes Stichwort: Polen) seit langem nicht glücklich ist, könnte sich von einer linkssozialdemokratischen Partei angezogen fühlen.
- Einstellen werden sich bei einer neuen Partei schließlich wohl auch die seltsamen Bundesgenossen aus der alten ML-Bewegung und von den neuen 'Undogmatischen', die mit ihren Thesen vom „Hauptfeind Sowjetunion" die Welt beglücken möchten; hinzukommen werden auch diverse Individuen und kleine Gruppen mit ganz speziellen Ideen und Ambitionen, die üblichen Gäste bei jeder Parteigründung.

Entsprechend vielfältig werden die Vorstellungen und Erwartungen sein, die sich unter dem gemeinsamen Dach zusammenfinden. Das reicht von dem Ziel, die SPD der 50er Jahre zu rekonstruieren, über radikalreformerische Strömungen bis hin zu sozialistischen Ansätzen, die sich in der Tradition von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sehen, ganz abgesehen von den diversen ökologischen oder vaterländischen Zielsetzungen.

Schmerzliche Erfahrungen vom Gründungsprozeß der Grünen müssen hoffentlich nicht wiederholt werden. Viel wird davon abhängen, ob die Entwicklung der neuen Partei von Zerreißproben und Machtkämpfen begleitet sein wird, die es ihren (zahlreichen) Feinden erlauben würde, ein Bild der Spaltung und Ohnmacht zu zeichnen. Unbedingt muß – anders als in SPD oder DKP – frei und kontrovers diskutiert werden können.



Aber mit dem festen Willen, aufeinander zuzugehen und die Handlungsfähigkeit zu gewinnen, die angesichts der Kriegsgefahr und des drohenden Rechtsrucks so dringend erforderlich ist. Eine geschichtliche Chance wie diese wird, wenn sie leichtfertig verspielt wird, nicht jederzeit wiederkommen.

Für viele SPD-Mitglieder, die seit Jahrzehnten in dieser Partei um eine a n d e r e politische Orientierung gekämpft haben, ist nun ein persönlich schwierige Situation eingetreten. Sie fragen sich, ob sie all dieses aufgeben sollen zugunsten einer noch unsicheren Alternative. Die Erfahrung wird ihnen sicher zeigen, daß eine Regenerierung der SPD außerhalb des Möglichen liegt. Trotz aller Ungewißheiten – es gibt keine andere Wahl.

Hamburg, den 20. Januar 1982

P r e s s e e r k l ä r u n g

Am Mittwoch, den 20.1.82, schlug die Justiz wieder mal in alter Tradition zu. Unsere Büroräume in der Bartelsstraße in Hamburg wurden während der Abwesenheit der Buntbuch-Mitarbeiter von Staatsanwaltschaft und Polizei heimgesucht. Der Einlaß wurde mit Gewalt erzwungen.

Grund dieser Aktion war das bereits Mitte Oktober 1981 vom Buntbuch-Verlag herausgebrachte Buch „Laß mich bloß in Frieden".

Den Herausgebern (Svende Merian, Norbert Ney, Henning Venske und Gert Unmack) sowie dem Graphiker Jürgen Holtfreter wird vorgeworfen, gegen den § 90 a StGB (...) verstoßen zu haben, indem sie auf der Umschlagrückseite von „Laß mich bloß in Frieden" eine Fotomontage veröffentlicht haben, die „eine auf eine Flagge der Bundesrepbulik urinierende männliche Person zeigt."

Eine Beschlagnahme aller verfügbaren Buchexemplare wurde angeordnet und im Buntbuch-Verlag auch sogleich durchgeführt. Die Problematik des Fahneseids ist – spätestens seit Reichswehrzeiten und 1933 – offenkundig: Millionen Menschen sind, den Kriegsflaggen folgend, um ihr Leben gebracht worden.

Nicht zuletzt deshalb ist die Frage öffentlicher Vereidigungszeremonien zur Zeit ein öffentlicher Streitpunkt. Die Herausgeber, der Hersteller der Montage und das Buntbuch-Kollektiv sind der Ansicht, mit der Gestaltung der Umschlagrückseite des inkriminierten Buches einen zwar scharfsatirischen, aber wichtigen Beitrag zu dieser Diskussion geleistet zu haben.

Es ist verwunderlich, daß weder gegen kriegsverherrlichende (Landser-Hefte), noch gegen kriegsvorbereitende (aufrüstungsbefürwortende) Literatur staatsanwaltschaftlich vorgegangen wird, sondern gegen ein Buch, dessen einziger Sinn es ist, den Friedenswillen der Bevölkerung zu stärken.

Die Herausgeber
Das Buntuch-Kollektiv



SPD-Parteitag: Juso-Initiative aufgelaufen, eigenständige Protestaktionen von Friedensinitiativen

Im Dezember 1979 gab der SPD-Parteitag seine Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluß. Eine deutliche Mehrheit konnte der Parteivorstand jedoch nur erpressen, weil diese Zustimmung an die Bedingung geknüpft wurde, daß die USA das SALT II-Abkommen ratifizieren würden. Diese Voraussetzung wurde nicht erfüllt, womit auch der damalige Beschluß hinfällig ist. D e m o k r a t i s c h e n Gepflogenheiten entspräche es nun, die Entscheidung neu zur Beratung zu stellen. Daß die damals eingebaute Bedingung jedoch nur ein Trick war, um die Mehrheit für die Nachrüstung zu sichern, zeigt die Tatsache, daß die SPD-Führung eine Entscheidung auf dem kommenden Parteitag (19. - 23. April in München) in jedem Fall verhindern will. Inzwischen läßt sich Helmut Schmidt gern als denjer ige feiern, der Reagan nun doch noch an den Verhandlungstisch gebracht hätte. Häufig wird dies auch als ein erster Erfolg der Friedensbewegung angesehen. Diese Verhandlungen soll der kommende SPD-Parteitag nicht „stören", so will es jedenfalls die Parteitagsregie der SPD-Führung, an der auch prominente „Nachrüstungs"-Gegner in der SPD mitbasteln. Die Nachrüstungsgegner sollen mit dem Versprechen hingehalten werden, das Thema „Nachrüstung" werde zumindest kurz vor Toresschluß, d.h. unmittelbar vor Beginn der Stationierung, auf einem weiteren SPD-Parteitag behandelt.

In der SPD wurde eigens eine „Ad-hoc-Kommission" eingerichtet. Neben Apel, Pawelczyk, Bahr, Voigt, Corterier und von Oertzen gehört der Kommission auch der als „Nachrüstungs"-Gegner hervorgetretene SPD-Chef des Saarlands, Lafontaine, an. Den ersten Entwurf für eine Resolution schrieb der Glotz-Referent und „Nachrüstungs"-Gegner Biermann, der mit Glotz von Westberlin nach Bonn in die Parteibaracke umgezogen ist. Bei Apel erweckte der Entwurf den *„Eindruck"*, als *„käme er von Petra Kelly"*.

Diese Qualifizierung reicht in der SPD, um den Entwurf ohne jede Beratung in der Schublade verschwinden zu lassen. Aber natürlich dürfte der „Streit" um diesen Entwurf weiter „vehement" in die Medien geführt werden, damit die Tatsache vertuscht wird, daß der einzige Zweck dieses Papiers darin besteht, einen Beschluß auf dem Parteitag zu umgehen.

Wie man wohlklingende Friedensforderungen aufstellen kann, ohne Hand an die „Nachrüstung" zu legen, haben die Hamburger Sozialdemokraten vorgeführt: Sie beschlossen, in München einen Antrag vorzulegen, der Verhandlungen für eine atomwaffenfreie Zone in Europa fordert, aber nicht die Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses.

forderungen aufstellen kann, ohne Hand an die „Nachrüstung" zu legen, haben die Hamburger Sozialdemokraten vorgeführt: Sie beschlossen, in München einen Antrag vorzulegen, der Verhandlungen für eine atomwaffenfreie Zone in Europa fordert, aber nicht die Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses.

teiligen würde und schlug eine Demonstration vor, an der die autonomen Teile der Friedensbewegung gleichberechtigt beteiligt würden.
Er empfahl verschiedene regionale Aktionen durchzuführen.
Er verwies auch auf die Bonner Erfahrungen, wo in den Verhandlun-

werden, auch wenn die SPD mit Verschleierungen versucht, ihr Gesicht gegenüber der Friedensbewegung nicht zu verlieren. Auch in den geplanten Osteraktionen, die eine Woche früher stattfinden sollen, muß dies zu einem Thema gemacht werden.

Keine Protestaktion unter sozialdemokratischer Dominanz

Im letzten AK berichteten wir davon, daß Jusos, Falken und Arbeiterwohlfahrt sich bereits auf einen Aufrufstext und ein gemeinsames Konzept geeinigt haben. Inzwischen hätten sich die Naturfreundejugend, die Solidaritätsjugend, die Schreberjugend, die DFG/VK und der SHB (bei letzterem haben wir gegenteilige Informationen) ihrer Initiative angeschlossen, hieß es auf einer Pressekonferenz. Es wurde eine Planung vorgelegt, die das gesamte Wochenende vor dem SPD-Parteitag in München (am 17./18. April) abdeckt (jeder, der etwas außerhalb dieser Planung in Angriff nähme, würde automatisch in Konkurrenz zu dieser Planung geraten): Es soll am 17.4. mit 13 Foren zu den verschiedensten Fragen der Friedensbewegung beginnen. Dabei sollen *„Vertreter ... aus dem Spektrum"* der Friedensbewegung eingeladen werden (lt. Presseerklärung). Da aber auch solche Vertreter wie Wischnewski, die US- und SU-Botschafter, Carsten Voigt etc. mit von der Partei sein sollen, verspricht das ganze natürlich ein ausgesprochen „fruchtbarer" Dialog für die Friedensbewegung zu werden. Um 16.30 Uhr soll ein Fackelmarsch mit anschließender Kundgebung folgen. Am Sonntag will man eine Kundgebung im ehemaligen KZ-Dachau durchführen.

Nachdem schon alles fix und fertig geplant und in einigen ausgesuchten Verbänden „beschlossen" war, wurde das Konzept den Münchener Friedensinitiativen anläßlich eines 1. Beratungstreffen präsentiert. Zu diesem Treffen hatten die „Vereinigten Friedensinitiativen München" eingeladen, ein Zusammenschluß zahlreicher Friedensinitiativen und -organisationen in München. In ihrem Zusammenschluß seien *„Christen, Demokraten, bzw. Radikal- oder Basisdemokraten, Pazifisten, Ökologen, Autonome, Sozialisten und Kommunisten"* vertreten, hieß es in der Einladung. Entsprechend bunt war auch das Spektrum der ca. 80 Anwesenden, darunter auch mehrere örtliche SPD-Kreisverbände. Die Falken erklärten, daß die Planung bei den (sozialdemokratischen) „Initiatoren des Aufrufes" bleiben solle. „Bundesgremien" hätten nun mal bereits entschieden, so sei man auch „legitimiert", die Aktion so (und nicht anders) durchzuführen. Selbstverständlich fordere man aber die Anwesenden und breitere Kreise auf, sich der Aktion auf Grundlage ihres Aufrufes anzuschließen.

Die Überraschung der Anwesenden war natürlich groß, selbst die Münchener Jusos hörten davon zum ersten Male, so daß sie sich überraschenderweise bei den Kritikern anreihten. Auch der Ex-Bundestagsabgeordnete Lattmann forderte die Jusos auf, die Sache in ihren Gremien neu zu beraten. Lattmann wollte zwar nicht über SPD-Internas diskutieren, bestätigte aber die finstere SPD-Parteitagsregie im Hintergrund und erklärte, er lehne es ab, gezinkte Sachen mitzumachen. Die Planung „rieche" förmlich danach, dem SPD-Parteitag nicht allzu weh zu tun; ein Fackelzug, wie geplant, tauge allenfalls für eine Beachtung im 3. Programm. Die Frage „Nachrüstung" werde Thema des Parteitages werden, da könne die „Obrigkeit husten wie sie will". Die beschränkte Planung der Jusos/Falken wurde auch darin deutlich, daß man im Aufruf zwar den Bielefelder Appell erwähnt (den 30.000 Sozialdemokraten unterschrieben haben), aber den Krefelder Appell (den ca. 2 Mio Bundesbürger unterschrieben haben) „vergessen" hatte. Der ursprüngliche Aufruf von Jusos und Falken hatte sich auch nur an Sozialdemokraten gewendet. Diese Einengung wagten sie nicht vorzutragen, aber der Anspruch auf sozialdemokratische Dominanz blieb.

Dies alles fand – verständlich – kaum Gegenliebe bei den Anwesenden. Der Sprecher der Grünen erklärte namens des Bundesvorstands, daß man sich an einer Aktion mit sozialdemokratischer Dominanz nicht beteiligen würde und schlug eine Demonstration vor, an der die autonomen Teile der Friedensbewegung gleichberechtigt beteiligt würden.

Er empfahl verschiedene regionale Aktionen durchzuführen.

Er verwies auch auf die Bonner Erfahrungen, wo in den Verhandlungen von dem Spektrum der autonomen Friedensbewegung nur Petra Kelly für die Abschlußkundgebung als Rednerin gebilligt wurde.

Der Juso-Vertreter behauptete daraufhin, sie hätten in Bonn lediglich die Aktion von Aktion Sühnezeichen und Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) „vorbehaltlos" unterstützt und erwarte entsprechendes für ihre Münchner Aktion! Doch es zeigte sich sehr schnell (und dazu haben zweifellos die Bonner Erfahrungen beigetragen), daß dies von fast allen nichtsozialdemokratischen Gruppierungen nicht gebilligt würde.

Lediglich das DKP-nahe Spektrum trat für den Juso-Vorschlag ein und erwartete lediglich eine Ergänzung aus ‚dem gewerkschaftlichen Spektrum'. Auch nachdem die Jusos/Falken in ihren Aufrufstext den Krefelder Appell eingefügt hatten, erhielten sie dafür keine Mehrheit, lediglich die Volksfront stimmte mit ihnen.

Stattdessen wurde mit eindeutiger Mehrheit folgende Entschließung verabschiedet:

„Die heutige Versammlung ist sich einig, am 17.4.82 anläßlich des SPD-Parteitags auf einer möglichst breiten Basis des Spektrums der Friedensbewegung zu einer machtvollen Demonstration gegen die jetzige Rüstungspolitik der Bundesregierung und der anderen NATO-Partner aufzurufen. Bei dem Treffen am 6.2.82 in Bonn (zu dem AGDF und Aktion Sühnezeichen eingeladen haben – Anm. AK) *sollten auch die bislang von den Initiatoren erarbeiteten organisatorischen und inhaltlichen Fragen von allen Gruppen gleichberechtigt diskutiert werden".*

Die Münchener Initiativen wollen am 26.1. ihrerseits einen Aufruftext erarbeiten.

Entscheidende Klärungen über die Protestaktion in München müssen auf dem Bonner Treffen fallen.

Es muß sich dann zeigen, wieweit aus den Bonner Erfahrungen positive Schlußfolgerungen gezogen werden und diesmal tatsächlich eine gleichberechtigtere Beteiligung möglich wird.

Die Friedensbewegung hat bislang in den verschiedensten Appellen die Bundesregierung aufgefordert, die Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluß zurückzuziehen. Die geplante „Antwort" des SPD-Parteitages muß als direkte Kampfansage begriffen werden, auch wenn die SPD mit Verschleierungen versucht, ihr Gesicht gegenüber der Friedensbewegung nicht zu verlieren. Auch in den geplanten Osteraktionen, die eine Woche früher stattfinden sollen, muß dies zu einem Thema gemacht werden.

Die SPD-Parteitagsregie will den großen "Knall" vermeiden

„Geht es nach Brandt und Egon Bahr, dann werden die Delegierten in München nur den Stand der Verhandlungen ... diskutieren. Die Entscheidung, ob die SPD den NATO-Beschluß weiterhin mitträgt, soll erst 1983 fallen, wenn nach bisherigen Planungen die ersten Pershing-Raketen und Marschflugkörper auf deutschem Territorium aufgestellt werden. Die Vertagung käme auch dem Kanzler gelegen, der zurücktreten will, falls die SPD aus dem NATO-Konzept aussteigt. Erst kürzlich hat er gegenüber Vertrauten für diesen Fall ‚einen solchen Knall' angedroht, ‚daß man sich wundern wird'. Denn schließlich stamme der Doppelbeschluß nicht von den Amerikanern sondern von ihm."

Spiegel 38/81

„Die Planer im Kanzleramt setzen derweil darauf, daß die Zeit für Helmut Schmidt spielt... In einer solchen Phase, da noch alles in Fluß sei, könne der Parteitag gar kein abschließendes Urteil über die Nachrüstung fällen."

Spiegel 21.9.81

Nachdem Zahlen über möglicherweise bis zu 700.000 Demonstranten in München nach dem Bonner Erfolg gehandelt wurden, erklärte Eppler dazu (laut Spiegel vom 9.11.81):

„Eppler ist von der Demonstration zum SPD-Parteitag wenig begeistert. Eppler befürchtet, daß die Nachrüstungsdiskussion im Plenum durch den Druck von der Straße zu stark emotionalisiert werden könnte. Eppler: ‚Das macht unsere Arbeit auf dem Parteitag nicht leichter' ".

Nachdem Anfang November die SPD-Saar (unter Vorsitz von Lafontaine) einen Beschluß gegen die „Nachrüstung" gefaßt hatte, schrieb der „Vorwärts" (vom 12.11.81):

„Allerdings, und das verstehe wer will, wollen die saarländischen Sozialdemokraten ihren jetzt gefaßten Beschluß nicht auf dem Bundesparteitag einbringen. Begründung: Man müsse der Bundesregierung eine faire Chance geben, über Verhandlungen die Nachrüstung zu verhindern".

„ ‚Wenn eine Demonstration schon nicht zu vermeiden ist, dann wollen wir sie wenigstens selber organisieren'. Dieses Zitat von Willy Brandt, aus Falkenkreisen kolportiert, ist dem Bundesvorstand der Falken offiziell unbekannt".

TAZ, 15.1.82

Coppik: Es gibt keine „Regenerierung" der SPD

In der Dezember-Ausgabe des „express", der Betriebs- und Gewerkschaftszeitung des Sozialistischen Büros, erschien ein Interview mit dem Offenbacher SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik. Nach dem Ausschluß Hansens steht Coppik ganz oben auf der Abschußliste der SPD-Führung. Coppik hatte in einem „Brief an tausend Freunde" thematisiert, ob *„heute schon die Organisationsfrage gestellt werden müsse"*. Hauptsächlich deswegen sollte er sich von seinem Brief distanzieren – so wollten es Glotz und das SPD-Präsidium. Coppik widerrief nicht und wird in dieser Haltung auch vom Offenbacher Unterbezirk unterstützt.

Ausführlicher als in seinem „Brief an tausend Freunde" behandelt Coppik in dem Interview die Situation der Linken in der SPD, die möglichen Alternativen zur SPD und die Perspektiven linker Politik in der BRD.

Coppik sieht keine organisierte Linke inder SPD. Er unterscheidet zwischen linken Strömungen an der Basis und den „Linken" im Funktionärskörper: *„In den höheren Gremien findest Du fast nur ‚Linke' mit gesundem Aufstiegswillen, die von links unten nach rechts oben durchmarschiert sind. Wenn da mal die Faust in der Tasche geballt wird, dann auch nur so, daß es nicht auffällt".* In seinem „Brief" schrieb Coppik dazu: *„Das linke Gegengewicht (zur Regierungspolitik, Anm.AK) sahen viele (auch ich) im linken Flügel der SPD. Wir verkannten dabei aber offensichtlich die Wirksamkeit des Systems von Gratifikationen und Sanktionen in einer etablierten Partei, zumal wenn sie Regierungsverantwortung trägt. In kritischen Situationen war die Zahl der Linken, die zwar* ***links sein, aber nicht als solche erwischt werden wollten, zu groß, als daß die Linken in den Entscheidungsgremien ein politisch inhaltliches Gewicht hätten erlangen können."***

Coppik kommt im Interview dann auf die Massenaustritte aus der hessischen SPD zu sprechen. Er führt sie auf den Konflikt um die Startbahn West zurück und prophezeit eine noch viel größere Austrittswelle (bundesweit), falls 1983 die Mittelstreckenraketen eingeführt werden sollten. Für Coppik ist die Integrationskraft der SPD am Ende und er glaubt auch nicht an ihre „Regenerierung" in der Opposition: *„Es ist zwar durchaus möglich, daß linkes Denken und linke Politik in der SPD dann Platz gewinnen, aber Du glaubst doch im Ernst nicht, daß die Generation, die jetzt die SPD so an der Regierung erlebt hat, innerhalb der nächsten zwei – drei Jahre sagen würde: na gut, vergessen und verziehen, ihr seid jetzt die große politische Kraft, hinter die wir uns stellen".*

(bundesweit), falls 1983 die Mittelstreckenraketen eingeführt werden sollten. Für Coppik ist die Integrationskraft der SPD am Ende und er glaubt auch nicht an ihre „Regenerierung" in der Opposition: „Es ist zwar durchaus möglich, daß linkes Denken und linke Politik in der SPD dann Platz gewinnen, aber Du glaubst

kann auch dem Protest ein Gewicht verliehen werden, das für die Herrschenden überhaupt erst relavant wird".
Zum Schluß geht Coppik auf das Scheitern der Reformpolitik und mögliche Perspektiven ein. Dadurch, daß die SPD die Reformpolitik aufgegeben habe, sei heute eine Politik, die die Veränderung der Gesellschaft

Coppik sieht drei verschiedene Positionen und Möglichkeiten für eine linke Politik zum gegenwärtigen Zeitpunkt *„Es gibt Menschen, die glauben, die Linke in der SPD könne sich anders organisieren und damit politisch wirksam werden. Das wäre die eine Möglichkeit. Es gibt Menschen, die sagen, Parteien und solche Organisationen seien nicht nötig – ‚die verarschen uns nur'. Wir organisieren uns selbst und sorgen dafür, daß unsere Lebensbedingungen so werden, wie wir sie haben wollen. Es gibt schließlich Menschen, die meinen, es müsse eine neue Organisationsform gefunden werden, die auch innerhalb des parlamentarischen Systems wirksam werden kann – sprich: neue Partei oder Wahlbündnis, da wir da schon die Grünen haben, das ist der ökologische Bereich, der sich da organisiert hat und der jetzt weit über die Ökologie hinausgeht. Dies sind die drei Alternativen, die, glaube ich, im Augenblick vorhanden sind. Man muß nun darüber diskutieren, welche davon die größten Erfolgsaussichten hat – wobei sie nicht unbedingt immer als Gegensatz gesehen werden müssen. Möglicherweise wären sogar alle drei nebeneinander denkbar: Stärkung der SPD-Linken durch neue Organisationsformen, Fortentwicklung der basisdemokratischen Entwicklung ohne Parteistruktur und gleichzeitig etwas, was in den parlamentarischen Bereich hineingeht und damit eine gewisse Schutzfunktion ausübt. Ich bin nämlich überzeugt, daß der Kampf um die Startbahn West zur Zeit anders ablaufen würde, wenn im Landtag 10 oder 15 Abgeordnete wären, die diesen Protest aktiv mittragen würden".*



Coppik betont im Folgenden sehr stark die Notwendigkeit eines parlamentarischen Engagement der Linken. Wenn die Linke diese Frage außer Acht lasse, dann sei es für den Staat möglich, den Widerstand zu brechen. **„Das wird er hier, am Beispiel der Startbahn West noch vor der nächsten Landtagswahl zeigen".** Coppik schreibt dem „parlamentarischen Arm" der Bewegung eine Schutz- und Deckungsfunktion gegenüber den Angriffen des Staates zu. *„In jedem System, in dem die Repression und die soziale Ungerechtigkeit nicht so stark sind, daß eine Massenbasis für gewaltsamen Widerstand gerechtfertigt besteht, in jedem solchen System können Veränderungen nur durchgesetzt werden, wenn man nicht darauf verzichtet, die Möglichkeiten zu nutzen, die sich in den Institutionen bieten. Es geht nicht darum, dies als alleinige Aufgabe zu verstehen und damit die Strukturen mit zu übernehmen, die man verändern will. Aber nur damit kann auch dem Protest ein Gewicht verliehen werden, das für die Herrschenden überhaupt erst relavant wird".*

Zum Schluß geht Coppik auf das Scheitern der Reformpolitik und mögliche Perspektiven ein. Dadurch, daß die SPD die Reformpolitik aufgegeben habe, sei heute eine Politik, die die Veränderung der Gesellschaft zum Ziel habe, *„kurzfristig nicht mehrheitsfähig". „Es kommt nun darauf an, Strategien zu entwickeln, wie man als Minderheit dennoch politisch wirksam werden kann".*

Ein Frankfurter Genosse

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 19, Tel. Verlag/Redaktion 040/43 53 20, Aboverwaltung 43 53 46, Satz/Layout 43 42 06; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,-, erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6.000

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Der Kampf um den Lohn: Harte Einschnitte stehen bevor

Die Gewerkschaften der Bundesrepublik stehen in den Tarifauseinandersetzungen 1982 vor einer schwierigen, kaum lösbaren Aufgabe: sie wollen und müssen einen weiteren drastischen Abbau der Reallöhne verhindern und bewegen sich gleichzeitig in einer wirtschaftspolitischen Logik, die dieses Unterfangen aussichtslos macht. Die Tarifauseinandersetzungen dieses Jahres werden sich vermutlich auf den öffentlichen Dienst konzentrieren, dem unter dem Stichwort "Sonderopfer" ein staatlich verordneter Lohnabbau verabreicht werden soll. Der Staat spielt den Vorreiter bei der weiteren Verschlechterung der Lage der Werktätigen. Nach dem Beginn massiven Abbaus sozialer Leistungen durch Verabschiedung des "Spar"haushalts folgt jetzt der Einschnitt bei den Löhnen. Arbeiter und Angestellte sollen die ehrgeizigen Pläne des westdeutschen Kapitals finanzieren.

Tarifrunde und Arbeitslosigkeit

Überschattet werden die diesjährigen Tarifauseinandersetzungen von den neuesten Hiobsbotschaften über die steigende Arbeitslosigkeit, die noch in diesen Wintermonaten die 2-Millionen-Grenze erreichen könnte. Mit 1,7 Millionen Arbeitslosen hatte im Dezember 1981 die Arbeitslosigkeit einen neuen Höchststand seit 25 Jahren und stieg innerhalb eines Monats von 6,4 % auf 7,3% an. Der Jahresdurchschnitt 1981 lag mit 5,5% erheblich höher als 1980 (3,8%). Die seit 1976 nicht mehr erreichte Zahl von über einer halben Million Kurzarbeitern zeigt an, daß keine Besserung dieser Entwicklung in Sicht ist.

1950 1868500 Arbeitsmarkt 1950-1982 in der Bundesrepublik Deutschland (Jahresdurchschnitte) 1982 1750000 (Schätzung)



Vor diesem Hintergrund können Staat und Gewerkschaften nicht tatenlos zusehen, die Diskussion um ein staatliches Beschäftigungsprogramm hat neuen Auftrieb bekommen. Während der DGB an ein Programm mit einem Volumen von 40 Milliarden DM bis 1985 denkt, also eine nachhaltige Änderung der Beschäftigungslage durch erhebliche staatliche Ausgaben erhofft, streiten sich die Koalitionsparteien SPD und FDP um ein Volumen von 6 bis 7 Milliarden DM. Umstritten ist die Art der Finanzierung. Während in der SPD darüber nachgedacht wird, die Mittel hierfür durch Neuverschuldung aufzunehmen, lehnt die FDP dies kategorisch ab. Sie wäre bestenfalls bereit, die Mittel durch Steuererhöhungen (im Gespräch ist eine 1-prozentige Mehrwertsteuererhöhung oder Erhöhung der Mineralölsteuer) bereitzustellen, die zu Lasten der Verbraucher gehen. Dagegen werden heute übereinstimmend von Kapital, SPD und Gewerkschaften Bedenken erhoben, ob dies zum jetzigen Zeitpunkt richtig sei. Der Zeitpunkt, Tarifrunde, könnte zu einer nicht gewollten Konsequenz führen: daß die Lohnabschlüsse angesichts steigender Preise in Folge Verbrauchssteuererhöhungen über der gewünschten Rate (erheblich unter 5%) liegen würden. Von der FDP und den Kapitalisten, die sich nicht prinzipiell gegen ein Beschäftigungsprogramm sperren, wird ein weiteres Einsparen der Mittel hierfür insbesondere im Sozialhaushalt favorisiert - Maßnahmen, die für die SPD und die Gewerkschaften nicht akzeptabel sind.

Die FDP als Sprachrohr der wirtschaftspolitischen Wünsche des Kapitals ließ über Wirtschaftsminister Lambsdorff verkünden, daß nur einem solchen, begrenzten Programm zugestimmt werde, das entscheidend dem großen Kapital zufließe. Schwerpunkt sei allerdings, so Lambsdorff, *"die Dynamik der privaten Wirtschaft zu wecken"*. Dazu *"brauchen* (wir) *eine große nationale Kraftanstrengung aller"* (FAZ, 19.1.82).

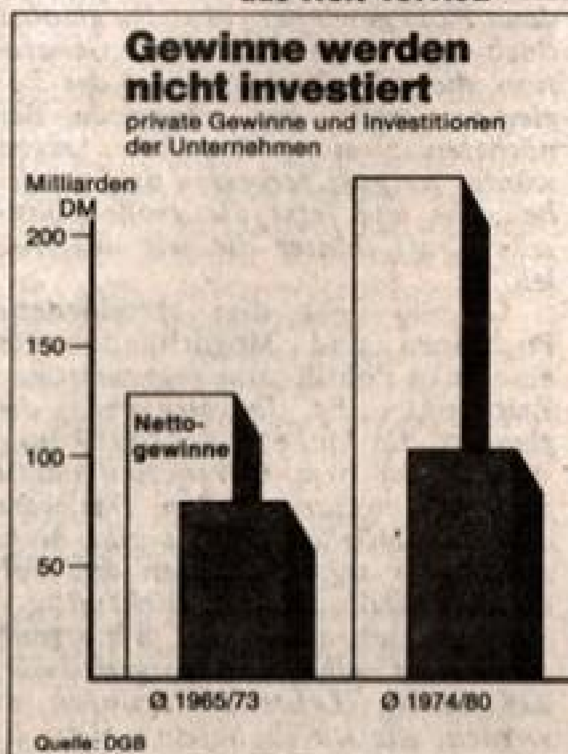
Der DGB hatte in den letzten Wochen eine Rundreise bei Verbänden, Parteien und der Regierung angetreten, um dort als Bittsteller für seine beschäftigungspolitischen Vorstellungen zu werben. Rausgekommen ist dabei nichts, außer dem Hinweis, daß man viel "Nachdenklichkeit" vorgefunden habe und die schicksalsschwangere Erkenntnis des DGB-Vorsitzenden Vetter: *"Die größte Kluft besteht ... offenbar zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern"* (FAZ, 13.1.82).

So wird denn die Tarifrunde 1982 argumentativ begleitet werden von einem Trommelfeuer, heute noch konzentriert auf den öffentlichen Dienst, daß diejenigen, die Beschäftigung und Arbeitsplatz haben, ein Opfer für die steigende Zahl der Arbeitslosen zu bringen haben; ein Opfer beim Lohn, das dem Kapital mehr Gewinne läßt und so Mittel für mehr Investitionen, die neue Arbeitsplätze schaffen würde, freisetzt. Daß ein Automatismus zwischen Gewinnen und Investitionen besteht, ist eine reine Zweckbehauptung. Die nebenstehende Grafik zeigt, daß trotz steigender Gewinne in den letzten Jahren relativ weniger investiert wurde, daß die Gewinne also anders verwendet wurden.

Das Kapital rüstet für den Kampf

Maßgeblich dürfte sich in dieser Tarifrunde das durchsetzen, was der Vorsitzende der "Bundesvereinigung der

sitzende der "Bundesvereinigung der



Die Grafik verdeutlicht, daß die Gleichung: mehr Gewinne = mehr Investition, ein Märchen ist.

Deutschen Arbeitgeberverbände", Otto Esser, auf der BDA-Jahresversammlung am 10.12.81 als Zielsetzung formulierte:

"– **Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, das heißt nach den schweren Ertragseinbrüchen dieses Jahres Verteilungsspielräume für die Einkommenspolitik nicht voll auszunutzen.**

– Das bedeutet, die Verteilungsrelationen zugunsten der Unternehmenserträge zu verändern.

– Das bedeutet – auch nach politischer und wissenschaftlicher Auffassung – die Inflationsverluste nicht voll auszugleichen.

– Das bedeutet, insgesamt auch mit der Einkommenspolitik in die Zukunft zu investieren" (der arbeitgeber, 15.1.82).

Wie ernsthaft es den Kapitalisten mit diesem seit zwei Jahren erfolgreich begonnenen Unterfangen ist, verdeutlichte das ihnen nahestehende Wirschaftsinstitut RWI, als es aufforderte: *"Dabei dürfte selbst die Hinnahme von Streiks ja auch über Abwehr durch Aussperrungen, kein zu hoher Preis für die Vermeidung von noch mehr Arbeitslosigkeit sein"* (Welt, 19.1.82).

Der Kapitalistenverband Gesamtmetall hat sich in der Weise auf die Tarifrunde vorbereitet. Nach dem (aus seiner Sicht) Fiasko vom letzten Jahr, sind die Zügel straffer angezogen worden. 1981 gab es einen taktischen Streit bei Gesamtmetall; wie scharf der Lohnraubkurs durchgezogen werden soll. Nachdem die Metalltarifverhandlungen in Hessen bei einem Angebot von 4,7% für 13 Monate stockten, schloß der baden-württembergische Regionalverband von Gesamtmetall mit der IGM bei 4,9% ab, was den Durchbruch für dieses Datum bedeutete. Hieran entzündeten sich nach der Tarifrunde heftige Kontroversen, die jetzt zugunsten der 'Scharfmacher' beigelegt wurden: **Die Autonomie der regionalen Verbände von Gesamtmetall wurde eingeschränkt. Zukünftig haben sie zwar weiterhin Verhandlungsvollmacht, ihnen wird aber ein Beauftragter der Zentrale beigeordnet, der in der Schlußphase der Verhandlungen ein Vetorecht hat. Erhebt er gegen den Abschluß eines Regionalverbandes Einspruch, hat dieses Veto aufschiebende Wirkung. In einem solchen Fall beraten die Führungsgremien von Gesamtmetall; letzte Entscheidungen trifft das Präsidium. Entscheidet trotzdem ein Regionalverband anders, muß er sich an Arbeitskampfkosten in anderen Bezirken beteiligen** (FR, 6.1.82).

Für den öffentlichen Dienst stellt sich die Lage schwieriger dar. Auf Streiks beispielsweise mit Aussperrungen zu antworten, würde zum Ei-

zirken beteiligen (FR, 6.1.82).
Für den öffentlichen Dienst stellt sich die Lage schwieriger dar. Auf Streiks beispielsweise mit Aussperrungen zu antworten, würde zum Ei-

gentor (z.B. bei der Müllabfuhr, Post etc.). Hier setzen die öffentlichen Arbeitgeber vor allem auf drei Elemente bei der Abwehr gewerkschaftlicher Forderungen:

1. Die gesetzliche Kompetenz, die es z.B. möglich machte, über einen Bundestagsbeschluß noch vor der Tarifrunde die Löhne und Gehälter um 1% zu senken, so daß ein Streik dagegen schnell ein politischer Streik wäre, was in der Gewerkschaftsgeschichte selten vorgekommen ist.
2. Die Disziplinierung öffentlich Bediensteter unter Berufung auf das Beamtenrecht, das Beamten das Recht auf Streik verwehrt und es möglich macht, sie wie im letzten Poststreik als Streikbrecher einzusetzen.
3. Die Entsolidarisierung in der Öffentlichkeit, da Streiks im öffentlichen Dienst viel stärker als in der Industrie 'Unbeteiligte' treffen. Entsprechend läuft in der Presse und in den Medien bereits seit Wochen die Hetze gegen Streikpläne der ÖTV (Motto: Leute, Kluncker will euch Strom, Wasser, Gas abdrehen).

Lohnforderungen und Reallohnentwicklung

Die Entwicklung der Reallöhne (des realen Nettoeinkommens) ist seit zwei Jahren rückläufig:

1980: -0,5% / -0,7% (1)
1981: -0,9% im ersten Halbjahr
- 2,3% im zweiten Halbjahr (2)

(1) -0,5% nach DIW-Wochenbericht 43-44/81. -0,7% nach WSI-Mitteilungen 9/81.
(2) Quelle: Nachrichten 12/81, für das zweite Halbjahr geschätzt.

(siehe auch nebenstehende Grafik).

Für 1982 haben die Gewerkschaften eine Sicherung des Reallohns als einzig erreichbares Ziel versprochen, wenngleich IGM-Bezirksleiter Steinkühler schon im Dezember 1981 einschränkte, man wolle versuchen, der *"Reallohnsicherung einigermaßen nahezukommen"*. Die IGM hat das Lohnforderungsdatum für 1982 gesetzt: es soll bei 7,5% liegen – eine Empfehlung, die der IGM-Vorstand ausgab, obwohl noch auf dem Gewerkschaftstag 1980 eine Entschliessung verabschiedet wurde, in der es hieß: *"Der Vorstand der IG Metall sollte es künftig vermeiden, in der Phase der konkreten Meinungsbildung der Tarifkommissionen öffentlich eine Höchstgrenze für die Forderungen festzulegen. Dieses Verhalten in der letzten Tarifrunde hat vielfach den Eindruck erweckt, als würden in den Beschlußgremien nur 'Scheindiskussionen' geführt"*.



Protestaktion der ÖTV auf dem „Deutschen Beamtentag". ÖTV-Mitglieder verlassen während der Rede von Innenminister Baum den Saal.

Protestaktion der ÖTV auf dem „Deutschen Beamtentag". ÖTV-Mitglieder verlassen während der Rede von Innenminister Baum den Saal.

In den einzelnen Bezirken der IGM wurden Forderungen von 7,1% (Osnabrück), 7,2% (Niedersachsen) bis 7,5% aufgestellt. Am weitestgehenden sind die Forderungen in den Bezirken Baden-Württembergs, die eine Lohnerhöhung von 3% plus 100 DM für alle aufgestellt haben, wodurch insbesondere für die unteren Lohngruppen eine Forderung bis zu 10% herauskommt (siehe Kasten mit den IGM-Forderungen).

Sieht man einmal davon ab, daß Forderung und endgültiger Abschluß immer auseinanderliegen, ist bereits in der Ausgangsforderung die Unmöglichkeit dieses Zieles angelegt. Viel eher ist zu erwarten, daß Baden-Württembergs Gesamt-Metall-Chef Stihl richtig liegt, wenn er zur IGM-Forderung 1982 den Vergleich mit 1981 anstellt:

Das fordert die IG Metall

Unter Beibehaltung des Gesamtvolumens von 7,5 Prozent hat der Vorstand der IG Metall am 15. Dezember die Forderungen der Tarifbezirke genehmigt. Hier die wichtigsten Forderungen in Stichworten:

Bayern: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7,5 Prozent. Anhebung der Lohngruppe I von 76 auf 83 Prozent und der Lohngruppe II von 81 auf 83 Prozent. Vorabanhebung der Gehaltsgruppen Ia, Ib und II auf die Tarifgehälter des 2., 3. und 4. Gruppenjahres. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 7,5 Prozent.

Berlin: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 5,2 Prozent und 40 Mark. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen im 1. und 2. Jahr um 50 Mark und im 3. und 4. Jahr um 60 Mark.

Hessen, Pfalz/Rheinland-Rheinhessen, Saarland: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7,5 Prozent, mindestens jedoch um 120 Mark, Erhöhung der Ausbildungsvergütungen im 1. und 2. Jahr um 60 Mark, im 3. und 4. Jahr um 50 Mark.

Niedersachsen: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7,2 Prozent. Zusätzliche Anhebungen in den Lohngruppen I bis VI und den Gehaltsgruppen Ia bis II. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 50 Prozent des Erhöhungsbetrages der Lohngruppe I.

Niedersachsen – VW-Werke: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7,2 Prozent. Veränderung der Lohn- und Gehaltsstruktur. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 40 Prozent des Erhöhungsbetrages von Lohnniveau F.

Nordrhein-Westfalen: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7,5 Prozent, mindestens 120 Mark. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 55 Mark.

Nordverbund: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7,2 Prozent, mindestens 120 Mark. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 50 Prozent des Erhöhungsbetrages der untersten Lohngruppe.

Nordwürttemberg/Nordbaden, Südbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern: Erhöhung der Löhne und Gehälter um drei Prozent und zusätzlich 100 Mark. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 60 Mark.



Das „Nettoeinkommen zu konstanten Preisen" entspricht dem Reallohn

Fortsetzung von voriger Seite

IGM-Forderung 1981:	8%
Preissteigerung 1980:	5,3%
Abschluß 1981:	4,9%
und	aktuell:
IGM-Forderung 1982:	7,5%
Preissteigerung 1981:	6,8%
Abschluß 1982:	4,x%

Ausgegangen ist die IGM-Führung bei ihren 7,5% von: 5,5% Preissteigerungen sowie 2% Produktivitätszuwachs, letztere kann man getrost abziehen, da niemand bei der IGM ernsthaft davon ausgeht, diesen Zuwachs auch durchzusetzen. Bleiben also maximal 5,5% geplanter Abschluß. Die 5,5% für die Preissteigerungen glaubt auch niemand so recht. Bereits im Dezember 1981 wurde eher 6,5% Preissteigerungen 1982 für realistisch gehalten (Handelsblatt, 2.12. 81). Schaut man sich das obige Zahlenspielchen an, müßte eigentlich 1982 das Verhältnis von eingeplantem Abschluß und Preissteigerung 9,5% zu 5,5% gegenüber 1981 sein. Würde tatsächlich versucht, den Reallohn auf dem Stand von 1979 zu bringen, müßte die Forderung sogar zweistellig sein (ca. 12%). Eher lächerlich wirkt vor diesem Hintergrund, wenn der IGM-Tarifexperte Janßen zu Beginn der Tarifverhandlungen erklärte: *"Erhebliche Realeinkommensverluste in zwei aufeinanderfolgenden Jahren in Kauf zu nehmen, kommt für die IGM nicht in Frage"* (FR, 12.1.82). Wesentlich näher an die Logik der bisherigen Tarifverhandlungen kommt Gesamtmetall, das hierzu erklärte: Lohnabschlüsse müßten *"erheblich unter dem letztjährigen Lohndatum von 4,9%"* liegen (Kurznachrichten der BDA, 14.1. 82). Das "Handelsblatt" kommentierte bereits frühzeitig die Probleme der IGM-Führung verständnisvoll: Wer bei den Kapitalisten über die IGM-Forderung meckere, der müsse berücksichtigen, *"daß bei der Stimmungslage in den Betrieben die 7,5% des Vorstandes eher die untere Grenze dessen sind, was eine Gewerkschaft bei einer zur Zeit der Lohnrunde aktuellen Inflationsrate von fast sieben Prozent auch hätte beschließen können. Es gab und gibt in der Basis der IG Metall eine starke Bewegung, die mit einer zweistelligen Forderung antreten wollte, um den tatsächlichen Inflationsausgleich zu erreichen (2.12.81).*

Die IG Metall nähert sich in diesem Jahr einem tarifpolitischen Fiasko, das nur zu umgehen wäre, wenn die Logik des normalen Laufs von Tarifverhandlungen durchbrochen würde und auf volle oder doch weitgehende Durchsetzung der Ausgangsforderung orientiert würde. Damit wäre zwar nicht der Reallohn erhalten, wohl aber der vom Kapital angepeilte weitere Einschnitt in der Tradition der Jahre 1980 und 1981 gestoppt. Vorbereitung auf einen Streik wäre dabei unvermeidlich. Aus IGM-

stoppt. Vorbereitung auf einen Streik wäre dabei unvermeidlich. Aus IGM-

Vorstandsetagen hat man bislang wenig von solchen Vorbereitungen mitbekommen.

Druck der "Sozialpartner" im DGB

Die Haupttendenz der Entwicklung der Tarifpolitik der DGB-Gewerkschaften geht in Richtung vollständiger Anpassung an die Krise und "Hoffen auf bessere Zeiten". Bereits in der letzten Tarifrunde hatte dies zu schweren Differenzen geführt, als mitten in der hart und von zahlreichen Streiks im Rahmen der "neuen Beweglichkeit" geführten Metalltarifrunde die IG Bau bei 4% abschloß, damit allerdings zunächst bei den Mitgliedern scheiterte, die ablehnten. Kurze Zeit später preschte die IG-Bergbau vor und erzeugte durch einen in 13 Tagen Tarifrunde zustandegekommenen Abschluß von 4,6% Druck auf den volkswirtschaftlich bedeutenderen Metallabschluß. Beide Gewerkschaften handelten dabei im Sinne der Marschroute der Kapitalisten und der Bundesregierung, die einen Abschluß unter fünf Prozent unter allen Umständen wollten.

Die Politik der "Sozialpartnerschaft" kristallisiert sich heute insbesondere in der Tarifpolitik der Gewerkschaften NGG, IG Bergbau, IG Bau und IG Chemie.

Demgegenüber steht die Tarifpolitik der IG Metall und einiger kleinerer Gewerkschaften (IG Druck, Holz und Kunststoff, HBV) sowie mit Abstrichen die ÖTV. Ihre Linie ist mit dem Versuch eines "Dritten Weges" zwischen "Sozialpartnerschaft" und Klassenkampf zu charakterisieren, wobei dieser Kurs zunehmend im DGB in die Defensive gerät, da er mehr Niederlagen als Erfolge aufzuweisen hat. Der "Dritte Weg" der IGM, auf der einen Seite "gesamtwirtschaftliche Verantwortung" zu beweisen, auf der anderen Seite durchaus begrenzten Kampfesdruck gegen einen "überzogenen" Rechtskurs des Kapitals zu erzeugen, lebt von der Möglichkeit, politische und wirtschaftliche Spielräume auszunutzen. Die werden aber in der Krise zunehmend geringer. Die "kämpferische" IG Metall gerät angesichts zunehmender Erfolglosigkeit immer stärker unter Anpassungsdruck. Andere Gewerkschaften wie die NGG und ihr Konzept der "Qualitativen Tarifpolitik" versuchen sich zu Lasten der Großen, Erfolglosen zu profilieren, indem sie – gesamtwirtschaftlich unbedeutender – scheinbare Erfolge (Tarifrente) mit den Kapitalisten aushandeln, die im DGB als vorbildhaft hingestellt werden. Die "kämpferischen" Gewerkschaften müssen zunehmend die Grenzen ihres Konzepts zur Kenntnis nehmen: 1978 scheiterte die IG Druck in einer hart geführten Auseinandersetzung um die Rationalisierung in der Druckindustrie (Rastertarifvertrag) an der Entschlossenheit der Druckkapitalisten, ihren Kurs durchzuziehen und an der mangelnden Solidarität im DGB.

1978/79 scheiterte die IG Metall bei ihrem halbherzigen Versuch des tarifvertraglichen Einstiegs in die 35-Stunden-Woche. Der 6-wöchige Streik der Stahlarbeiter endete mit einer Niederlage. Erst 1984 besteht wieder die Möglichkeit, neue Verhandlungen um Arbeitszeitverkürzung aufzunehmen.

1981 scheiterte trotz "Neuer Beweglichkeit" das erklärte Ziel der IG Metall, den Realllohn zu sichern und den Kurs der Kapitalisten auf eine "lohnpolitische Wende" zu bremsen. 1982 wird mit ziemlicher Sicherheit das Jahr des Durchbruchs für diese Wende werden.

Alle Zeichen der diesjährigen Tarifrunde sprechen für eine weitere Schwächung des "Dritten Weges": Die ÖTV hat bereits im Dezember ohne viel Bremborium für die Hafenarbeiter bei 4,8% abgeschlossen und einer Urlaubsgelderhöhung von 300 auf 500 DM zugestimmt.

Die IG Bergbau hat mit Lohnforderungen von 6,5% in kleineren Tarifbezirken signalisiert, daß sie bereits die Forderungshöhe der IGM für zu hoch hält.

Die Gewerkschaft NGG eifert einem von der IG Chemie bereits mehrfach praktizierten Verfahren nach und geht dies Jahr ohne konkrete Forderung in die Verhandlungen, um das Ergebnis "partnerschaftlich" auszuhandeln.

Am weitesten vorgewagt hat sich diesmal die Gewerkschaft Textil und Bekleidung. Ihr Vorsitzender Keller erklärte öffentlich die Bereitschaft zum Verzicht auf Lohnprozente zugunsten einer *"Beteiligung am Produktivvermögen"* (sprich: "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand"). Keller fordert alle DGB-Gewerkschaften auf, *"zum Angriff überzugehen"*. Und so soll sein Angriff aussehen:

"darüber nachzudenken, ob ein be-
Und so soll sein Angriff aussehen:

"darüber nachzudenken, ob ein bestimmter Teil der Tariferhöhungen den Unternehmen zum Beispiel als langfristiges und verzinstes Darlehen zur Verfügung gestellt werden könnte" (FAZ, 31.12.81).

Rückhalt finden die Kapitalisten auch in den Standesgewerkschaften, von nur 6% bereits "Augenmaß" bewies.

Kampfstarke Betriebe (Forderung bei Klöckner Bremen für Stahl: 10%, mindestens 170 DM) oder Gewerkschaften (Forderung der IG Druck Hamburg: 10%) dürften angesichts dieser Entwicklung kaum eine Chance haben.

35-Stunden-Woche vom Tisch?

Wie stark der Druck auf die DGB-Gewerkschaften ist, zeigt die fast eingeschlafene DIskussion um die 35-Stunden-Woche. Nur in der kleinen IG Druck und Papier wird hierum noch eine DIskussion geführt, alleine – ohne die IG Metall – wird sie diese Forderung allerdings kaum durchsetzen können. In der IGM ist erkennbar, daß die 1981 neu begonnene tarifpolitische DIskussion zielgerichtet auf das Jahr 1983 zusteuert, wo der Manteltarifvertrag über die Arbeitszeit erneut zur DIsposition steht. Überraschend wurde 1981 die Tarifdiskussion von einer neuen Variante seitens des Tarifexperten Janßen bereichert: die Tarifrente, die heute in Teilbereichen der NGG und als Betriebsvereinbarungen bei VW und Daimler Benz existiert. Tarifrente bedeutet die vorzeitige Möglichkeit, über die gesetzliche Rentenalter-Regelung hinaus, in Rente zu gehen (z.B. ab 55 Jahre) und dann vom Kapitalisten bezahlt abgestuft gekürzten Lohn zu erhalten (zwischen 75 und 80% des vorherigen Verdienstes). Zu recht haben insbesondere die Baden-Württemberger in der IGM dagegen opponiert, Tarifrente und Lohnrunde zu verquicken, fürchteten sie doch, daß in der schwierigen lohnpolitischen Lage noch mehr Lohnverluste zugunsten der Tarifrente verloren gehen. Sie haben stattdessen gefordert, die Verhandlungen um die Tarifrente extra zu führen. Die Tatsache, daß für 1982 auf die Tarifrente gekoppelt mit dem Lohntarif verzichtet werden mußte, ist von vielen Gewerkschaftern als Erfolg der Baden-Württemberger angesehen worden. Das unterstellt allerdings, daß Janßen und Teile des Vorstands e r n s t h a f t vorgehabt haben, diese Forderung aufzunehmen. Vieles spricht vielmehr dafür, daß hier zeitig eine neue Variante der Tarifpolitik als Variante zur brisanten Frage der Arbeitszeitverkürzung ins Spiel gebracht wurde. Dies allerdings ist keine unwichtige Frage: die Tarifrente kommt nur wenigen Arbeitern unmittelbar zugute, zudem zu einem Zeitpunkt, wo viele schon vom Arbeitsprozeß gesundheitlich kaputt sind. Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit würde aber allen Beschäftigten zugute kommen und die Möglichkeit einer Entlastung vom Arbeitsstreß eröffnen.



Die Postgewerkschaft fordert den Rücktritt ihres ehemaligen 2. Vorsitzenden Kurt Gscheidle, als Postminister. Gscheidle will 6.000 Stellen einsparen.

Daß eine solches Ausspielen von Teilen des IGM-Vorstandes durchaus beabsichtigt ist, hat Janßen selber kundgetan: *"Eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit (Tarifrente) kostet Geld. Und wenn das nicht in den bestehenden Tarifvertrag eingeht, dann würde das mindestens mit einer späteren Lohn- und Gehaltserhöhung verbunden. Dann sind wir aber zeitlich so nahe an der Möglichkeit, auch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit begehren zu können. Ich gehe davon aus, daß 1983 entschieden werden muß, was wir zunächst haben wollen: Verkürzung der Wochenarbeitszeit oder Lebensarbeitszeit"* (dpa, 7.12.81, zitiert nach "was tun", 17.12.81). Damit wird von seiner Seite bereits ein Entweder/Oder signalisiert, wobei man nicht lange raten braucht, daß er zugunsten der Tarifrente die 35-Stunden-Woche noch weiter nach hinten schieben will. Hier besteht also akut die Gefahr, daß die längst überfällige Forderung nach Arbeitszeitverkürzung hintenüberfällt. Auch hier eine erkennbare Anpassung an die Forderungen des Kapitals, die dies bereits 1978 in seinem Tabu-Katalog festgelegt hatte, und die die Mitgliederversammlung der BDA noch einmal betonten:

"Ich bitte alle unsere Mitgliedsverbände dringend, keine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitzeit und keine Verlängerung des Jahresurlaubs über die Grenzen hinaus vorzunehmen, die wir uns gemeinsam in den Beschlüssen des Vorstandes der Bundesvereinigung gesetzt haben" (Otto Esser am 10.12.81, zitiert nach "der arbeitgeber", 5.1.82). Gleichzeitig zeigte Esser sich offener gegenüber Möglichkeiten der Lebensarbeitszeitverkürzung, wohlwissend, daß diese aus der Sicht des Kapitals besser verkraftbar ist. Hier muß die gewerkschaftliche Diskussion um Arbeitszeitverkürzung aufpassen, daß sie nicht frühzeitig durch Schaffung vollendeter Tatsachen in der Tarifpolitik von einer Forderung abgekoppelt wird, die heute zunehmend lebensnotwendig für Arbeiter und Angestellte wird, wenn Leben außer Arbeiten auch heißen soll, gesund zu sein und Möglichkeit zur Gestaltung des Lebens zu bekommen.

Öffentlicher Dienst: Kaum ein Kompromiß möglich

"Die Deutschen könnten im Dunkeln sitzen", erfrieren und verdursten, das ist der Tenor der Horrorgemälde, die Stimmung gegen möglichen Streik im öffentlichen Dienst machen.

Um was geht es? Der öffentliche DIenst soll parallel zur lohnpolitischen Wende in der "freien Wirtschaft" dieses Jahr gehörig zur Ader gelassen werden. Noch bevor die Tarifrunde begonnen hat, will der Bundesinnenminister den Beschäftigten die Zulagen um 1% des Grundgehalts kürzen. Möglich ist dies wegen der Kündigung des Zulagentarifvertrags, der – entgegen sonst üblicher Praxis – im öffentlichen DIenst nicht automatisch weitergilt (Nachwirkungsklausel), bis ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen ist.

Die ÖTV sieht zurecht hierin einen Eingriff des Gesetzgebers in die Tarifautonomie. Sie gebärdet sich hart und kämpft ums "Prinzip". Aber so hart wie sie sich gebärdet ist sie längst nicht. Noch am 10.1.82 ließ Kluncker gegenüber der Presse verlauten, daß wenn die Verhandlungen am 19. Januar nicht mit einer verbindlichen Zusage, die Kürzungen bis zu den Tarifverhandlungen im März aufzuschieben, ausgehen würden, s o f o r t eine Urabstimmung über Streik durchgeführt werden würde. Es wurde trotz Ergebnislosigkeit der Verhandlungen nichts sofort durchgeführt, sondern ein neuer Termin für den 28. Januar vereinbart. Kluncker und seine Mannen wollen Zeit gewinnen. Sie sind ernsthaft zu einem Sparbeitrag bereit, wie sie öffentlich erklärten, sie wollen die Höhe des Sparens nur nicht vom Gesetzgeber diktiert bekommen, sondern mit dem Tarifpartner darüber verhandeln. Angesichts von nur 4,3% Erhöhung im letzten Jahr und angesichts beispielsweise in Nordrhein-Westfalen gehandelter Pläne, das Weihnachtsgeld um 30% zu kürzen, Streichungen beim Essensgeld, den Zulagen für Dienstjubiläen und den Beihilfen für Krankheitskosten vorzunehmen, angesichts dieser Entwicklung ist wenig Gutes zu erwarten. Bei aller Hetze, die heute gegen den öffentlichen Dienst betrieben wird (von dem nur ca 20% den Besserverdienenden zugeschlagen werden können), vermerken Klunckers Verhandlungspartner positiv, daß die ÖTV bislang jede öffentliche Diskussion und Äusserung um die Höhe der Tarifforderung vermeidet. Vielleicht kommt einigen in der ÖTV-Führung die Diskussion um die Tarifautonomie gar nicht so unrecht, ließe sich doch evtl. folgender Kompromiß finden: Der Bundesinnenminister verzichtet auf die 1% - Zulagenkürzung und die ÖTV macht Lohnzugeständnisse, die weit über das sonstige Maß hinausgehen (z.B. unter 4%-Abschluß). Dann wird seitens der ÖTV-Führung ein "Sieg" mit Wermutstropfen gefeiert werden.

Auf die Arbeiterklasse und die Gewerkschafter kommen harte Zeiten zu.

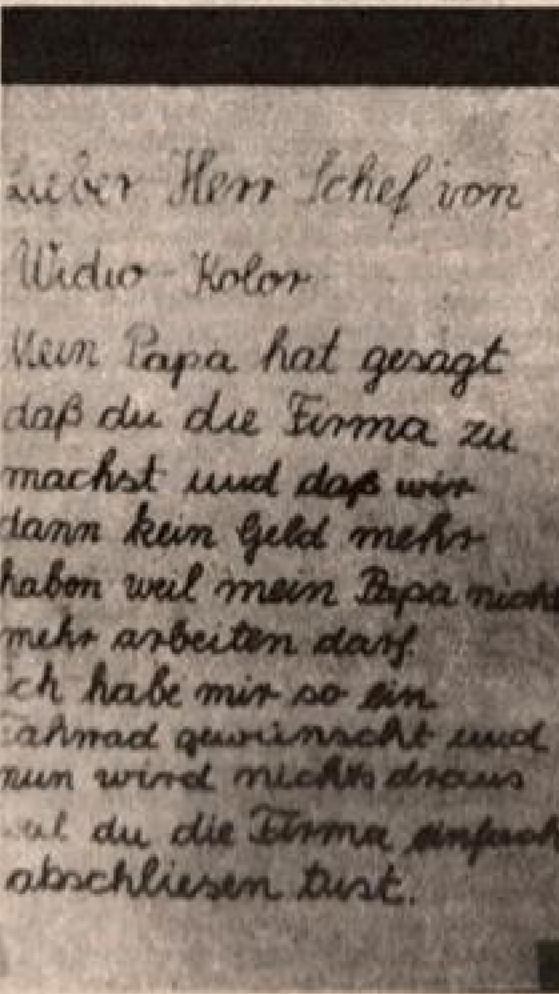
Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Videocolor:

Videocolor: Eine Belegschaft besetzt ihr Werk

Seit dem 11. Januar befindet sich die gesamte 1.700-köpfige Belegschaft des Videocolor-Farbröhrenwerks in Ulm in einem unbefristeten Streik. Die Kollegen halten das Werk besetzt und bewachen die Anlagen rund um die Uhr. Nicht einmal der angedrohte Verlust von drei Monatslöhnen aus dem Sozialplan sowie die fällige Sperre von zwei Monaten Arbeitslosengeld konnte sie von ihrem Kampf abhalten. Denn es geht für sie nicht mehr um Abfindungen oder Arbeitslosengeld: Sie streiken für den Erhalt „ihres" Werkes, ihres Arbeitsplatzes. Eine alltägliche Meldung aus dem Stammland des „Wirtschaftswunders" und der Pleitenrekorde? Bei Videocolor liegen die Verhältnisse anders. Hier soll ein total gesunder, hochmoderner Betrieb geschlossen werden.

Das Ulmer Werk für Farbfernseh-Röhren gehörte ursprünglich zum AEG-Konzern. Im Zuge der Konzentration des Konzerns auf Investitionsgüter und Rüstung verkaufte die AEG 1979 Anteile des Ulmer Werks an den französischen Elektro-Giganten Thomson-Brandt (deutsche Töchter: Saba und Nordmende) und die amerikanische RCA. Eine gemeinsame Videocolor-Holding wurde gegründet, Rationalisierungen vernichteten mehr als 600 Arbeitsplätze. Die Belegschaft blieb ruhig, sah es doch so aus, als ginge das Werk trotz starker internationaler Konkurrenz in eine gesicherte Zukunft. Innerhalb von zwei Jahren wurden ca. 50 Mio Mark investiert. Auch das Ausscheiden von RCA und AEG aus der gemeinsamen Holding (1981) löste noch keine Be-





Fortsetzung von voriger Seite

sorgnis in der Belegschaft aus, zumal die Werksleitung noch am 12. November 1981 eine Produktionsausweitung für das folgende Jahr ankündigte. Zu dieser Zeit waren viele Kollegen damit beschäftigt, neue, hochmoderne Maschinen zu installieren, weitere Fertigungsanlagen waren noch nicht einmal ausgepackt.

So traf es die Kollegen wie ein Keulenschlag, als am 19. November bekanntgegeben wurde: Das Werk wird bis zum Jahresende 1981 geschlossen, alle Beschäftigten fliegen auf die Straße. Angeblich seien die Verluste zu hoch. Schuld habe, wer auch sonst, die fernöstliche Konkurrenz. Die Produktion sollte auf die beiden verbliebenen Videocolor-Werke in Lyon (Frankreich) und Anagni (Italien) konzentriert werden.

Diese Erklärung paßte allerdings überhaupt nicht zu den vorher getätigten, bedeutenden Investitionen. Sogar die den Unternehmern stets wohlgesonnene „Frankfurter Allgemeine" konstatierte *„Ungereimtheiten um Schließung"* (15.1.). Das Blatt mutmaßte, daß die Entscheidung des französischen Konzerns *„stark innenpolitisch motiviert"* sei. Thomson-Brandt steht auf der Liste derjenigen Betriebe, die von der französischen Regierung verstaatlicht werden sollen. Es liegt der Verdacht nahe, daß der Konzern ein dreifaches Geschäft machen will:

Ein Teil der vom Ulmer Werk gekauften Anlagen stammt aus dem Hause Thomson-Brandt. Bei einer Liquidation der deutschen Fertigungsstätte könnten die nagelneuen Maschinen für billiges Geld nach Frankreich zurückgekauft werden, wodurch nicht zuletzt der Wert des Werkes in Lyon nicht unerheblich steigen würde, sodaß die Aktionäre ein zweites Mal verdienen würden. Dies würde sich schließlich auf die Entschädigungssumme auswirken, die die Aktionäre von der französischen Regierung bei einer Verstaatlichung erhalten würden. Ein überaus lohnendes Manöver!

Bei diesen Perspektiven nimmt es nicht Wunder, wenn die Bemühungen der Ulmer Geschäftsführung, der Pariser Zentrale die Rentabilität des deutschen Werks aufzuzeigen, keinerlei Wirkung zeigte.

Die Belegschaft nimmt den Kampf auf

Die Belegschaft nimmt den Kampf auf

Nach Bekanntwerden der Schließungsabsicht breitete sich in der Belegschaft zunächst tiefe Resignation aus. Das örtliche Arbeitsamt führt bereits 5000 Arbeitslose in seinen Statistiken, denen lediglich 325 offene Stellen gegenüber stehen.

Besonders düster ist die Perspektive für die etwa 900 ausländischen Kollegen bei Videocolor. Fünf Ausländern, die alle schon mehr als zehn Jahre in der Bundesrepublik arbeiten, wurde die Aufenthaltsgenehmigungen nur noch um wenige Monate verlängert. Ihnen droht nun die Abschiebung.

Der Betriebsrat verhandelte derweil über einen Sozialplan, der ein Volumen von 46 Mio Mark haben sollte. Angeboten wurde nicht mehr als 13 Mio Mark. Die Schließung schien unabwendbar.

Die entscheidende Wende brachte ein Brief, der der IG Metall zugespielt wurde. Er stammte von dem Leiter des Entwicklungszentrums und war an die Geschäftsleitung gerichtet. Unter dem Stichwort „Marktchance 22" hieß es zu den Zukunftsaussichten des Ulmer Werks:

„Die Zahlen zeigen, daß der Markt weltweit wie auch in Europa als steigend eingeschätzt wird, und mittelfristig sich 22" (= die neu entwickelte 22 Zoll-Röhre, Anm. AK) als zweitstärkstes Format herausbilden wird. Ein europäischer Bedarf von 313000 Stück 22" Röhren pro Monat heißt rund 3,75 Mio pro Jahr. Mit nur 30 % davon für Ulm wären 1,13 Mio Stück pro Jahr zu produzieren, was bei loyaler Einkaufspolitik der Firmen Thomson und AEG ohne weiteres zu erreichen und zu übertreffen wäre.

Ich folgere daraus, daß nicht die 22"-Fabrik Ulm als unwirtschaftlich eingeschätzt wird, sondern daß die Schließung von Ulm den Zweck hat, die anderen VC-Fabriken besser auszulasten, das heißt, unsere Produkte nach dort zu verlagern. Konsequenz: Man muß ein berechtigtes Interesse an unseren Einrichtungen und unserem know-how unterstellen und alles tun, damit diese Werte nicht verschleudert werden.

Es ist natürlich damit zu rechnen, daß das VC-Management dieses Interesse nicht offen zugibt, um billig an die Dinge zu kommen."

Das Bekanntwerden des Briefs löste in der Belegschaft helle Empörung aus. War das Schreiben doch der Beweis, daß hier ein völlig gesunder Betrieb einer undurchsichtigen Konzernstrategie geopfert werden sollte.

Die Konsequenz lautete: Nicht nur Kampf für einen besseren Sozialplan, sondern Kampf für die Erhaltung des Werks!

Die Belegschaft beschloß daraufhin, in den Streik zu treten. Eine dreiköpfige Streikleitung aus IG Metall-Vertrauensleuten mit dem Kollegen Udo Tischer an der Spitze wurde gewählt. Am Montag, den 11.1., wurde mit der Frühschicht die Arbeit niedergelegt. Seitdem halten die Kollegen in ihrem normalen dreischichtigen Rhythmus das Werk besetzt. Der Betriebsrat verkündete in aller Öffentlichkeit, daß das Kampfziel nunmehr nicht nur die Durchsetzung eines besseren Sozialplans sei, sondern vor allem der Erhalt des Werks. Wie ernst es den Kollegen mit ihrem Kampf ist, wird allein schon daran deutlich, daß sie diesen Streik ohne jegliche materielle Absicherung führen. Die IG Metall sieht sich aufgrund des herrschenden repressiven Streikrechts nicht in der Lage, den Kollegen Streikunterstützung zu zahlen. Sie beschränkt sich auf „moralische Unterstützung" und bemüht sich um Einflußnahme auf Politiker.

Von großer Bedeutung für die Moral der Streikenden waren Solidaritätserklärungen aus den Werken Lyon und Anagni. Die französische Gewerkschaft CFDT protestierte bei der Konzernleitung in Paris, und in Anagni beschlossen die Gewerkschafter nach einem Telefongespräch, ab sofort keine Überstunden mehr zu machen. Außerdem soll eine Betriebsversammlung durchgeführt werden. Aber auch in Ulm und anderswo kam die Solidarität in Gang. Eine Vielzahl Telegramme erreichten die Streikenden, Spendengelder treffen ein. Der IGM-Bevollmächtigte aus Stuttgart überbrachte einen Scheck über 56 242 Mark aus Spendensammlungen. Während die Videocolor-Kollegen Familiennachmittage veranstalten und auf diese Weise nicht zuletzt den Zusammenhalt mit den ausländischen Kollegen und ihren Familien stärken, gründeten die beiden Kirchen Unterstützungskomitees, die die gesamte Bevölkerung der Stadt mobilisieren sollen.

Inzwischen konnten die Streikenden auch erfahren, was der vom Gericht bestellte Vergleichsverwalter, Rechtsanwalt Schulze aus Bremen, von ihren Aktionen hält: Mit „Meu-

Rechtsanwalt Schulze aus Bremen, von ihren Aktionen hält: Mit „Meu-

terern", deren Tun er *„nur unter strafrechtlichen Aspekten betrachten und beurteilen"* könne, gäbe es für ihn keine Gespräche. Indes war er nicht untätig. Ultimativ drohte er jedem, der nicht bis zum 19. Januar die Arbeit wieder aufnehmen würde, mit fristloser Entlassung. Diese Drohung erhielt noch eine empfindliche Verschärfung durch den Spruch der Einigungsstelle unter dem Vorsitz des Richters am Bundessozialgericht, Schroeder-Printzen, die nach dem Scheitern der Sozialplanverhandlungen einberufen worden war. Die Höhe des Volumens des Sozialplans wurde auf 17 Mio Mark festgelegt, was für die Kollegen durchschnittlich drei Monatsgehälter bedeuten würde. Mehr noch sind die Kollegen empört über die in dem Spruch enthaltene Maßregelungsklausel, nach der nur diejenigen einen Anspruch auf den Sozialplan hätten, die am 19. Januar die Arbeit wieder aufnehmen würden. Der Betriebsrat hat angekündigt, mit Hilfe der IG Metall diesen Spruch gerichtlich anzufechten.

Die erhoffte Wirkung, ein Abbröckeln der Streikfront, blieb allerdings aus. Am 18. Januar traten die Angestellten in den Streik. Und als die Streikleitung am 19. der Früh- und Normalschicht die Gretchenfrage vorlegte, waren alle Kollegen, bei einer Enthaltung, für eine Fortsetzung des Streiks. Die Streikfront steht!

Die Geschäftsleitung machte daraufhin ihre Drohung wahr. In einem Brief an den Betriebsrat gab sie die fristlosen Entlassungen bekannt und legte eine EDV-Liste mit rund 950 Namen bei. Unterschiedslos fanden sich darauf auch Namen von Kollegen, die gerade im Urlaub oder krank sind. Sogar ein Kollege, der am Tag zuvor nach schwerer Krankheit gestorben war, sollte entlassen werden... Dem Betriebsrat wurde eine Frist von drei Tagen zu einer Stellungnahme gesetzt. Er kündigte an, alle rechtlichen Möglichkeiten zur Abwendung der Kündigungen auszuschöpfen. In diesem Kampf brauchen die Kollegen Unterstützung, politische, moralische und materielle.

Die IG Metall hat als Spendenkonto folgendes angegeben:
Arbeiterwohlfahrt, Stichwort Solidarität für Videocolor,
Bank für Gemeinwirtschaft Ulm
BLZ 630 101 11
Konto-Nr. 1 019 829 100

CSU — Drohung der Gewerkschaftsspaltung „trägt Früchte"

Ungewohnte Aufmerksamkeit fand die 12. ordentliche Landesbezirkskonferenz des DGB-Bayern, die am 15./16.1. in Erlangen stattfand. Für Aufregung sorgte ein Schreiben des DGB-Vorsitzenden Vetter, in dem die Wahl des CSU-Mitgliedes Willi Heitzer zum stellvertretenden Landesvorsitzenden des DGB empfohlen wurde. Die Delegierten folgten Vetters Aufforderung nicht und wählten stattdessen mit 70 zu 26 Stimmen das SPD-Mitglied Fritz Schösser. Doch genau damit hatten die CSU-Strategen gerechnet, die nun einen weiteren Beleg für ihre These haben, daß die Delegierten „nach dem Parteibuch wählen". Vetter ist einer geschickten Inszenierung der CSU-Zentrale aufgesessen.

Geschickt eingefädelt

Schon vor einigen Wochen hatte der CSU-Generalsekretär Stoiber das CSU-Mitglied Heitzer zur Wahl zum stellvertretenden Landesvorsitzenden des DGB empfohlen. Hintergrund dieser Empfehlung war nicht etwa das Engagement für den Parteifreund, sondern taktisches Kalkül. Heitzer, der als Leiter der Abteilung Sozialpolitik das einzige hauptamtliche CSU-Mitglied des DGB in Bayern ist, ist bei seinen Parteifreunden keineswegs beliebt. Strauß sagte von ihm, er betreibe *„lupenreine DGB-Politik"* („SZ", 19.1.82). Mit seiner kritischen Haltung gegenüber dem der CSU angehörenden Ärztefunktionär Sewering, der mit erhöhten Honorarabrechnungen die Krankenkassen beschubst hatte, hatte sich Heitzer innerhalb der CSU unbeliebt gemacht. Heitzer ist genau der Typ von CSU-Gewerkschaftsfunktionär, von dem die berüchtigten CSU-Rohmaterialien zur DGB-Diskussion sagen, daß sie sich *„aufgrund der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse anpassen müssen, um gegebenenfalls nicht ihre eigene Position zu gefährden"*. Die CSU-Führung interessierte also weniger die Wahl als die Ablehnung Heitzers für den DGB-Posten, um ein neues Argument für die parteipolitische Einseitigkeit des DGB präsentieren zu können.

Nun mußte nur noch ein Aufhänger gefunden werden, um die (Nicht-)wahl Heitzers pressewirksam hochspielen zu können. Den nützlichen

ger gefunden werden, um die (Nicht-)wahl Heitzers pressewirksam hochspielen zu können. Den nützlichen

Idioten machte hier Heinz Oskar Vetter, der dem bayrischen DGB-Vorsitzenden Jackel Deffner *„hart zusetzte"* (SZ", 18.1.), damit dieser sich für Heitzer verwende und – da dies erfolglos blieb – den 29 Mitgliedern des DGB-Landesvorstands Bayern die Wahl Heitzers schriftlich anempfahl. Die Einbindung des „christlich-sozialen Elements" – so Vetter – sei für die Einheitsgewerkschaft sinnvoll. Durch eine Indiskretion aus der DGB-Zentrale in Düsseldorf (so weit sind diese Elemente schon eingebunden) wurde das Vetter-Schreiben der Presse zugespielt und sorgte für die gewünschte Öffentlichkeit beim Wahlgang Heitzer gegen Schösser. In der Presse völlig unbeachtet blieb, daß von den acht gewählten Vorstandsmitgliedern immerhin drei der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft angehören, daß davon, daß *„über 99 Prozent der Führungspositionen des DGB fest in SPD-Hand"* seien (Stoiber lt. „Welt" v. 18.1.), also überhaupt keine Rede sein kann.

Auseinandersetzungen mit dem DGB tragen „jetzt Früchte" (Stoiber)

Natürlich hatte der DGB-Vorsitzende Vetter mit seinem Empfehlungsschreiben andere Motive, als sich zum nützlichen Idioten der CSU zu machen. Um diese verstehen zu können, ist ein kurzer Rückgriff auf einige Vorgänge der vergangenen Jahre notwendig. Im März 1979 verschickte CSU-Generalsekretär Stoiber *„Rohmaterialien zur DGB-Diskussion"* an Parteifreunde, in denen Überlegungen über eine stärkere Einflußnahme auf die Gewerkschaften durchgespielt wurden. Die Einrichtung von Arbeitnehmerkammern wurde darin verworfen, da diese zu leicht von den DGB-Gewerkschaften majorisiert werden könnten. Ein Masseneintritt rechter Lohnabhängiger oder eine Fraktionierung des DGB schieden aus, da den CSU-Strategen hierfür die Leute fehlten, die Gründung von Konkurrenzgewerkschaften kam aus finanziellen Gründen nicht in Frage. Das CSU-Papier entschied sich deshalb für die aktive Unterstützung des Christlichen Gewerkschaftsbundes und anderer Minderheitengewerkschaften (DAG, Deutscher Beamtenbund). Jedoch konnte auch dieser Weg nicht sonderlich erfolgreich sein, da die Versuche, diese Gruppierungen zu einem ‚Anti-DGB-Kartell' zusammenzuschließen, an deren innerer Widersprüchlichkeit scheitern mußten. So setzt die DAG beispielsweise an ständischen Privilegien der Angestellten an, begreift sich als Vertretung d e r Angestellten und möchte sich nicht in eine christliche Richtungsgewerkschaft einbinden lassen.

Die CSU-Führung entschied sich daher für einen sechsten Weg, der in den ‚Rohmaterialien' nicht erwähnt wird, zu dessen Zweck die ‚Rohmaterialen' jedoch in der Öffentlichkeit lanciert wurden: Mit der Drohung, Richtungsgewerkschaften zu protegieren, sollte auf die DGB-Führung Einfluß genommen werden, um ein größeres politisches und personelles Gewicht der CDU/CSU im DGB durchzusetzen. Das Konzept ging auf.

Am 10.10.1979 traf sich Heinz Oskar Vetter mit dem damaligen Kanzlerkandidaten Strauß zu einem demonstrativen Gespräch. Ergebnis war, daß die CSU auf einen geplanten ‚Gewerkschaftskongreß', der die Unterstützung der christlichen Gewerkschaften öffentlichkeitswirksam einläuten sollte, verzichtete und damit auch das Konzept der Gewerkschaftsspaltung nicht weiter propagierte. Man kann davon ausgehen, daß dies ohne Zugeständnisse Vetters nicht zu erreichen war. Tatsächlich verzichtete die DGB-Führung ab diesem Zeitpunkt auf jegliche Angriffe auf den Kanzlerkandidaten Strauß und erteilte beispielsweise der „Welt der Arbeit" entsprechende Weisungen. Vermutlich wurden jedoch noch weitere Zugeständnisse gemacht. So wußte die „SZ" am 18.1.82 zu berichten, daß sich Vetter schon seit längerem darum bemühe, *„in den zumeist von der SPD besetzten hauptamtlichen Vorständen der einzelnen Landesbezirke wie übrigens auch im DGB-Hauptvorstand wenigstens jeweils ein ausgewiesenes Unionsmitglied zu etablieren. Außer in Hessen und Bayern ist das schon gelungen; in Rheinland-Pfalz, wo demnächst ebenfalls eine neue DGB-Spitze gewählt wird, kann sich Vetter ‚bereits sicher sein', daß dies erreicht wird"*.

Seit 30 Jahren Erpressungsmanöver

Tatsächlich hat die CDU/CSU-Metho-

Seit 30 Jahren Erpressungsmanöver
Tatsächlich hat die CDU/CSU-Metho-

de, durch die Drohung, den DGB zu spalten, Posten im Apparat zu erpressen, bereits Tradition. Anläßlich eines solchen Versuchs 1972 wiesen maßgebliche CDA-Mitglieder (die stellvertretende DGB-Vorsitzende Maria Weber, der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Karl-Heinz Hoffmann u.a.) darauf hin, daß *„Repräsentanten der christlich-demokratischen Arbeitnehmer in den Gewerkschaften auf Gewerkschaftskongressen fast demonstrativ schlechte Wahlergebnisse erzielten oder gar ganz aus der Mitverantwortung gedrängt wurden"* („Welt", 10.11.72). Was liegt nun näher, als die mißliebigen Wahlen durch Absprachen, daß den Gewerkschaftsvorständen auch CDA-Mitglieder anzugehören haben, zu ersetzen?

Der Gedanke ist nicht neu. Bereits im Januar 1952 drohte die ‚Katholische Arbeiterbewegung' unter Führung des CDU-Bundestagsabgeordneten Even mit der Spaltung des DGB, wenn der DGB die parteipolitische Neutralität verletze. Im September 1953, als diese Kräfte nach den Bundestagswahlen vom 6.9.53 Oberwasser zu haben glaubten, folgten konkrete Forderungen. In einem von maßgeblichen CDU-Gewerkschaftern unterzeichneten Schreiben wurde eine *„durchgreifende Änderung der bisherigen Personalpolitik (verlangt), wenn die Einheit gerettet werden soll"*. Die Forderungen waren nicht kleinlich:

„1. Schon vor der Einberufung eines Kongresses werden drei Persönlichkeiten aus den Reihen der christlichen Arbeitnehmerschaft zusätzlich in den Bundesvorstand des DGB kooptiert.
2. Unbeschadet der selbstverständlichen Notwendigkeit, daß der eine oder andere Landesbezirk von Persönlichkeiten aus den Reihen der christlichen Arbeitnehmerschaft geführt werden muß, kooptieren die Vorstände der Landesverbände zusätzlich mindestens je zwei Mitglieder aus diesen Reihen.
3. Die Vorstände der Industriegewerkschaften usw. auf Orts-, Bezirks- und Bundesebene kooptieren zur Gewährleistung eines gebührenden Einflusses ebenfalls zusätzlich Mitglieder aus den Reihen der christlichen Arbeitnehmerschaft.
4. In die Redaktionen der Zeitungen und Zeitschriften des DGB sowie in die Redaktionen der Organe der Industriegewerkschaften werden sachverständige Mitglieder aus den Reihen der christlichen Arbeitnehmerschaft berufen..."

Unter den Gewerkschaftsmitgliedern stießen diese unverschämten Forderungen auf scharfen Protest, was den damaligen DGB-Vorsitzenden Freitag dazu zwang, *„ebenfalls Härte zu mimen"* (Theo Pirker, Die blinde Macht II, S. 89). Allerdings berief der DGB-Bundesvorstand bereits im Oktober 1953 eine Tagung von Gewerkschaftsfunktionären aus dem christlich-sozialen Lager ein und erfüllte damit faktisch die ebenfalls in dem Erpressungsschreiben erhobene Forderung nach Fraktionsrechten für die CDUler. Es dauerte nur bis zum August 1956, bis die christlich-soziale Fraktion im DGB sich soweit konsolidiert hatte, daß sie auf einer Tagung beschließen konnten, wer Nachfolger des ausscheidenden stellvertretenden DGB-Vorsitzenden (der gleichzeitig CDU-Mitglied war) werden solle. Auf dieser Tagung wurde außerdem beschlossen, daß man mit Maria Weber noch mit einem weiteren CDU-Mitglied im DGB-Bundesvorstand vertreten sein wolle. Der Hamburger DGB-Kongreß im Oktober 1956 segnete diese Beschlüsse ab.

Seit Jahrzehnten wird nun im DGB das Proporzprinzip, nach dem CDU-Mitgliedern gewisse Positionen offenstehen, praktiziert. Dies führte zu solchen Skurrilitäten, daß die Gewerkschaft NGG drei auf Vorstandsebene angesiedelte Planstellen offenhielt, da sie keine Bewerber aus dem Lager der CDU-Sozialausschüsse dafür finden konnte („FR", 25.3.80). Das Schreiben Vetters an die Mitglieder des bayrischen Landesvorstandes des DGB ist nun nicht Ausdruck dieses Proporzprinzips (nach dem den CSUlern drei Sitze in diesem Gremium zur Verfügung stehen), sondern der Versuch, dies zugunsten der CSU zu verändern. Hier spielte der bayrische DGB-Vorsitzende nicht mit, wodurch das Vetter-Schreiben überhaupt erst notwendig wurde.

Arrangement mit einer künftigen CDU/CSU-Bundesregierung

Vetters Initiative für den CSU-Kandidaten Heitzer steht im Zusammenhang mit erheblich moderateren Tönen, die aus der Düsseldorfer DGB-Zentrale seit einiger Zeit gegenüber der CDU/CSU angeschlagen werden. Offenbar werden schon jetzt die Weichen für eine Zusammenarbeit mit ei-

der CDU/CSU angeschlagen werden. Offenbar werden schon jetzt die Weichen für eine Zusammenarbeit mit ei-

ner künftigen CDU/CSU-Bundesregierung gestellt. Auf einer Veranstaltung im vergangenen November meinte Vetter: *„Wir stehen nicht mehr nur mit einer Partei in enger Verbindung, sondern unterhalten vielfältige Kontakte vor allem zu den Parteien, die sich als Volksparteien verstehen"*. In welche Richtung diese Kontakte gehen, verschwieg Vetter nicht: *„Ich hätte gar nichts dagegen, mich mal wieder mit Herrn Strauß zusammenzusetzen"* („Welt", 30.11.81). Als sich am 2.12.81 Repräsentanten der CDU/CSU und des DGB trafen, wurde von Teilnehmern versichert, daß ein solches Treffen *„in dieser Form vor einem Jahr noch nicht denkbar"* gewesen sei. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Zimmermann, sprach sogar von einem *„beinahe intimen Treffen"* („Welt", 9.12.81). Die „Welt" (15.12.81) urteilte über das Gespräch: *„Eine gewisse Erleichterung, daß man so gut miteinander umgehen könne – wenn auch Sachdifferenzen weiterbestehen – war bei den Gewerkschaften schon spürbar. Schließlich waren sich die Funktionäre durchaus bewußt, daß sie hier den Vertretern jener Partei gegenübersaßen, für die die Regierungsübernahme eigentlich nur noch eine Frage des Zeitpunktes zu sein scheint"*.

Aber auch von Seiten der CSU steht man der Veränderung des Verhältnisses zum DGB nicht passiv gegenüber. Den CSU-Strategen geht es allerdings weniger um eine politische Annäherung an den DGB als um eine Abnabelung des DGB von der SPD. Zu diesem Zweck veröffentlichte die CSU im vergangenen Jahr eine Bilanz der DGB-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 1980. Darin wurden die DGB-Forderungen der Politik der sozialen Demontage durch die SPD/FDP-Bundesregierung gegenübergestellt. Auf dieser Grundlage sollte in den CSU-Kreisverbänden der DGB zu ‚Prüfstein-Diskussionen' eingeladen werden. Die Aktion scheiterte bisher an der mangelnden Aktivität der CSU-Basis. Offenbar scheint es vielen CSU-Mitgliedern schwierig, die offenkundigen Widersprüche zwischen DGB-Forderungen und SPD/FDP-Politik zu benennen und gleichzeitig die häufig noch weitergehenden Sparvorschläge der CDU/CSU zu verschweigen.

Die Annäherung zwischen CDU/CSU und DGB wird wohl auch weiterhin nicht von der jeweiligen Mitgliedschaft, sondern von den Führungskadern betrieben werden.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Fortsetzung von Seite 1

Das Ende der „Integrations"-Politik

Unmittelbares Ziel der neuesten Ausländerbeschlüsse ist die Begrenzung des ausländischen Bevölkerungsanteils.

Seitdem 1973 durch die Bundesregierung der sog. „Anwerbestopp" erlassen wurde, war für Ausländer aus Nicht-EG-Ländern die Immigration mit Arbeitsaufnahme generell nicht mehr möglich (1). Aber trotz des Rückzugs vieler hunderttausend Ausländer in ihre Heimatländer ist der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung der BRD seit dem Anwerbestopp nicht mehr unter den damaligen Stand gesunken (1973: 3,7 Mio.), sondern sogar auf mittlerweile 4,6 Mio. angestiegen. Dieser Zuwachs resultiert neben dem natürlichen Zuwachs durch Geburten v.a. aus dem Nachzug von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren (so die bisher gültige Grenze) und noch im Heimatland lebenden Ehepartnern. Begründet ist diese Entwicklung wesentlich darin, daß zunehmend größere Teile der in der BRD lebenden Ausländer ihre Rückkehrabsicht nicht in der ursprünglich geplanten Frist realisieren konnten, wollten oder ganz aufgegeben haben. Dies gilt in besonderem Maße für die Türken und Kurden, die mit fast 1,5 Mio. Menschen die größte Gruppe der in der BRD lebenden Ausländer stellen. Angesichts der katastrophalen materiellen Situation, in die die Türkei durch imperialistische Abhängigkeit und Ausplünderung hineinmanövriert wurde, ist – von den gegenwärtigen politischen Verhältnissen ganz zu schweigen – eine Rückkehr dieser Menschen in der Regel schlicht aus ökonomischen Gründen unmöglich.

Nach den bisher geltenden Verord- nungen hätten ca. 700 000 noch in

Nach den bisher geltenden Verordnungen hätten ca. 700 000 noch in der Türkei verbliebene Angehörige das Recht, im Rahmen der Familienzusammenführung in die BRD einzureisen. Dazu kämen jährlich etwa 30 000 Menschen auf dem Wege der „Zuheirat".

Mit den neuesten Ausländerbeschlüssen soll diesem Nachzug – zumindest teilweise – ein Riegel vorgeschoben werden. Inwieweit dazu die jetzt erlassenen Vorschriften ausreichen, ist unter den damit befaßten Ausländer-„Experten" noch heftig umstritten. Weitere Verschärfungen stehen daher bereits zur Debatte und sind für die Zukunft auch zu erwarten (siehe hierzu nebenstehend: „Die neuesten Ausländerbeschlüsse").

Daß die erlassenen Regelungen, durch die willkürlich zehntausende von Familien auseinandergerissen werden, zutiefst inhuman sind, versteht sich von selbst. Daß diese menschenfeindlichen Maßnahmen zwangsweise auch den Rückzug derart getrennter Familienteile in ihr Heimatland zur Folge haben werden, wird von den herrschenden Ausländerstrategen einkalkuliert und gilt vermutlich als durchaus erwünschte Folgewirkung der unlängst verfügten Restriktionen.

Was es ansonsten noch an Begründungen und tatsächlichen, durchaus tieferliegenden G r ü n d e n für die neuesten ausländerfeindlichen Verordnungen gibt, wollen wir im folgenden darstellen.

Was heißt eigentlich „Integration"?

Der verfügte Zuzugsstopp sei unerläßlich gewesen, um die „Integration der hier lebenden Ausländer nicht zu gefährden". So oder ähnlich steht es jedenfalls in den einschlägigen Verlautbarungen, die im Zuge der jüngsten Maßnahmen an die Öffentlichkeit gelangten.

Dies wirft die Frage auf, was die regierenden Herrschaften eigentlich m e i n e n, wenn sie von „Integration" reden. Eine, die es wohl wissen sollte, nämlich die „Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen" Lieselotte Funcke (FDP), hat hierzu in einem unlängst publizierten Aufsatz folgende Definition zum besten gegeben: „*'Integration' heißt Freisein von Diskriminierung und Eingliederung in die Gesellschaft und in das Berufsleben im Respekt vor der nationalen, kulturellen und religiösen Eigenart der Ausländer, nicht jedoch Eindeutschung um jeden Preis und Abweisung derer, die sich dieser Zielsetzung nicht unterwerfen wollen*" (3).

Die allgemeine Begriffsverwirrung erscheint damit komplett: Was um alles in der Welt, so wird man/frau wohl fragen dürfen, hat denn die gewaltsame Zerstückelung ausländischer Familien ausgerechnet mit „Respekt" vor der „Eigenart" der Ausländer oder gar mit „Freisein von Diskriminierung" zu tun? Glücklicherweise gelingt es Frau Funcke im Verlauf ihres Aufsatzes dann doch noch, etwaige Fehlinterpretationen ihrer Position mit hinreichender Deutlichkeit auszuräumen. Sie teilt dort nämlich mit, daß es „*zweifellos eine Linie*" gäbe, „*oberhalb derer auch b e r e c h t i g t e Ansprüche nicht mehr erfüllt werden können*" (4), denn: „*Die Institutionen, die die Integrationsaufgaben vorwiegend zu bewältigen haben, wie z.B. Kindergärten, Schulen, Berufsschulen und Ausbildungsstätten, sind in ihrer Leistungsfähigkeit nicht unbegrenzt. Auch der Wohnungsmarkt ist in seinen Angeboten nicht unerschöpflich ...*" (5). Frei nach Funcke wären die von ihr postulierten hehren Grundsätze der „Integration" also spätestens dort aufzuheben, wo ihre Verwirklichung den Spitzen der westdeutschen Gesellschaft finanziell nicht mehr in den Kram paßt. Und eben diese Schwelle sei jetzt erreicht, so jedenfalls lautet die Doktrin herrschender „Integrations"-Politik.

Dennoch kann auch d i e s e Sicht nach Lage der Dinge nur als kraß schönfärberisch bezeichnet werden, unterstellt sie doch, daß die Bourgeoisie willens und in der Lage sei, zumindest das Los der bereits hier lebenden Ausländer nach Maßgabe der Funcke'schen Postulate zu verbessern. Jede halbwegs ernsthafte Untersuchung belegt, daß genau das Gegenteil zutrifft: Eine sozial wie politisch-juristische Gleichstellung ist weder absehbar noch geplant. Für die große Mehrheit dieser Menschen gilt, daß sie nach wie vor allenfalls als billige und willige Arbeitskräfte für die dreckigsten, monotonsten, physisch und psychisch aufreibendsten Tätigkeiten gefragt sind, die im Prozeß der kapitalistischen Produktion, Distribution und Dienstleistung anfallen. Staatliche Ausländerpolitik hatte und hat keine andere Aufgabe, als eine reibungslose u n d kostengünstige Anpassung ausländischer Arbeitskräfte und ihrer Nachkommenschaft an d i e s e Erfordernisse zu gewährleisten.

Das h e u t i g e „Ausländerproblem – und damit auch das Dilemma staatlicher „Integrationspolitik" – besteht gerade darin, daß die so verstandene „Eingliederung" der Ausländer in die westdeutsche Gesellschaft entlang der bisher verfolgten Methoden auf Sicht immer weniger machbar erscheint. Während unter den Bedingungen einer andauernden imperialistischen Krise der Spielraum für staatliche Ausgaben, insbesondere im sozialen Bereich, immer enger geschnürt wird, verschärfen sich diametral dazu gerade jetzt die Probleme der ausländischen Minderheit (insbesondere der Kinder und Jugendlichen), die infolge millionenfachen Arbeitskräfteimports bis Anfang der 70'er Jahre in der BRD ansässig wurde.

Zur Verdeutlichung dieser Widerspruchslage erlauben wir uns einen kurzen Rückblick auf die historische Entwicklung der Arbeitsimmigration und der herrschenden „Ausländerpolitik" in Westdeutschland.



Er erhielt ein Moped als Geschenk – Grund: er war der Einmillionste „Gastarbeiter" in der BRD.

Die neuesten Ausländer-Beschlüsse

Ohne Gegenstimmen faßte das Bundeskabinett am 2.12.81 einen Beschluß, durch den die Länderregierungen aufgefordert werden, einheitliche S o f o r t - regelungen zur Einschränkung des Familiennachzuges von Ausländern zu erlassen. Vom Nachzug ausgeschlossen sein sollen nach Auffassung der Bundesregierung:

1. 16- und 17jährige Kinder hier lebender ausländischer Familien (bisherige Grenze: 18 Jahre);
2. ausländische Kinder und Jugendliche generell, sofern sich ein Elternteil noch im Ausland aufhält;
3. Familienangehörige von Ausländern, die sich in der BRD zu Ausbildungs- oder Studienzwekken aufhalten.

Drastisch eingeschränkt werden sollen desweiteren die Nachzugsmöglichkeiten für Ehepartner hier lebender Ausländer. Die diesbezügliche Regelung, die wesentlich die sog. „2. Ausländergeneration" betrifft, sieht vor, daß ein Nachzug nur d a n n gestattet ist, wenn der in der BRD lebende Ehepartner mindestens 18 Jahre alt ist, 8 Jahre in der BRD gelebt hat und mindestens ein Jahr verheiratet ist. Für einen 18jährigen Ausländer, der gerade noch im Rahmen des Familiennachzuges in die BRD gekommen ist, kann dies beispielsweise bedeuten, daß er von seiner Frau geschlagene 8 (!!) Jahre getrennt leben muß. Wo ansonsten die Ehe- und Familienideologie verbissen verteidigt wird, heißt es jetzt, die beschlossene Regelung könne „*auch im Blick auf Artikel 6 des Grundgesetzes (Schutz von Ehe und Familie)... als 'zumutbar' empfunden*" werden! („FAZ", 3.12.81).

Während der Westberliner Innensenator Lummer mit seinem Ausländer-Erlaß noch um einiges über die in Bonn beschlossenen Regelungen hinausgegangen war, schlossen sich die meisten Bundesländer für's erste den vom Bundeskabinett gefaßten Beschlüssen an. Bereits einen Tag vor der Bundesregierung hatte die schleswig-holsteinische Landesregierung einen gleichlautenden Erlaß inkraft gesetzt. Im Abstand von nur wenigen Tagen folgten dann die Bundesländer Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Hessen und Bayern. Während sich dabei Bremen aus „verfassungsrechtlichen Bedenken" einer Herabsetzung der Nachzugsgrenze auf 15 jährige noch nicht anschließen mochte, ging Bayern über den Kabinettsbeschluß hinaus: Der Nachzug von Ehepartnern soll demnach an die Voraussetzung geknüpft sein, daß die Ehe seit mindestens 3 Jahren besteht...

Baden-Württemberg hatte bereits Anfang Oktober Beschränkungen im Rahmen des Familiennachzuges erlassen. Überhaupt ist die baden-würtembergische CDU seit Jahren in Sachen Ausländerfeindlichkeit führend: Die von hier ausgehende und bereits unter Filbinger propagierte „Anregung", man solle Ausländer über den Weg der Kapitalisierung von Renten- und Arbeitslosengeldansprüchen zur „Rückkehr bewegen", will die CDU im nächsten Monat in den Bundestag einbringen. Haris Katsoulis hat bereits vor Jahren vorgerechnet, welch immense Einsparungen derartige Regelungen für den BRD-Staat zur Folge hätten (ca. 3.000 DM pro arbeitslosen Ausländer; vgl. Katsoulis, „Bürger zweiter Klasse", S.182f.) Daneben wäre mit weiteren Zwangsmaßnahmen zu rechnen, um überhaupt erst die geeignete „Motivation" zur Inanspruchnahme derartiger „Möglichkeiten" bei den Betroffenen herzustellen.

Weitergehende Gedanken macht man sich freilich auch im sozialliberalen Lager. NRW-Arbeits- und Sozialminister Farthmann (SPD) beispielsweise findet die neuen Beschlüsse „absolut unzulänglich" und plädiert für eine Herabsetzung der Altersgrenze im Familiennachzug auf 12 Jahre. Begründung: Ein Ausländer, der - so Farthmann - mit 16 Jahren in die BRD einreise, sei „*nicht mehr integrationsfähig*" („FR", 11.11.81). In ähnliche Richtung gehen von Bundesinnenminister Baum geäußerte Überlegungen, der bereits den Aufenthalt von 6jährigen Kindern genehmigungspflichtig machen möchte. Sicher ist jedenfalls, daß w e i t e r e Einschränkungen im Rahmen des Familiennachzuges nicht lange auf sich warten lassen werden...

Streit ums „Eindeutschungsgesetz"

Bereits im September legte das Bundesinnenministerium einen Gesetzentwurf „über die Neufassung des Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft für Ausländer" vor, der mittlerweile an den Bundesrat weitergeleitet wurde. Dieser Entwurf „*sieht einen Anspruch auf Einbürgerung für den Ausländer vor, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, wenn er 'seit acht Jahren rechtmäßig seinen dauernden Aufenthalt im Geltungsbereich des Gesetzes hat'... Um den Ausländer, der nach dem Gesetz zum 'Berechtigten' wird, eine gewisse Zeit des Bedenkens seiner Entscheidung zuzugestehen, sieht der Entwurf vor, daß der Vollzug der Entscheidung, der Eintritt in die deutsche Staatsbürgerschaft, bis zum Ende des 21. Lebensjahres möglich sein soll. Ein Anspruch auf Einbürgerung soll für jene Ausländer nicht bestehen, die rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe oder zu einer Jugendstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt sind*" („FAZ", 7.1.82).

Was auf den ersten Blick noch so aussieht, als beinhalte es für - wenn auch geringere - T e i l e der ausländischen Bevölkerung ein wenig „Liberalisierung", entpuppt sich bei näherer Betrachtung als augenfälliger Versuch eines rein propagandistischen Alibis für die Aufrechterhaltung und Verschärfung der Ausländerunterdrückung:

+ Eine Verbesserung der Rechtslage für die große Mehrheit jener Ausländer, die n i c h t zur „Einbürgerung" anstehen bzw. dies nicht wollen, wird nicht einmal mehr diskutiert; im Gegenteil: Wer nicht „Deutscher" werden will, muß - wie Kanzler Schmidt in den letzten Wochen mehrfach betonte - p o t e n t i e l l mit seinem Rausschmiß aus der BRD rechnen.
+ Und daß die neuen Einbürgerungsrichtlinien, würden sie Gesetzeskraft erlangen, nur in minimalen Ausmaßen auch zur „Einbürgerung" f ü h r e n würden, liegt auf der Hand: Der Gesetzentwurf verlangt von den Betroffenen nämlich nicht weniger als die Aufgabe ihres bisherigen Staatsbürgerschaft. Angesichts der von Ausländerfeindlichkeit geprägten Lebensverhältnisse in der BRD dürften sich vermutlich nur wenige, ohnehin „bessergestellte" und mehr „integrierte" Ausländer zu diesem für sie endgültigen Schritt entschließen. Jedenfalls haben in der Vergangenheit weitaus weniger als 1% jener Ausländer, die zumindest t h e o r e t i s c h die Möglichkeit zur Einbürgerung gehabt hätten (und haben), entsprechende Anträge eingereicht. „*Von den 326.000 Türken, die 1979 länger als zehn Jahre in der Bundesrepublik lebten und somit gute Aussicht auf Einbürgerung hatten, ließen sich 309 (0,09 Prozent) einbürgern... auch von den als 'integrationswillig' angesehenen Jugoslawen ließen sich 1979 nur 0,8 Prozent einbürgern (2109 von den 278.000 mehr als zehn Jahre in der Bundesrepublik lebenden Jugoslawen). Bei den Griechen waren es 0,2 Prozent, ebenso viele bei den Spaniern...*" („FAZ", 7.1.82).

Allerdings ist ohnehin kaum damit zu rechnen, daß der Gesetzentwurf in seiner vorliegenden Form verabschiedet werden kann. Die CDU/CSU jedenfalls läuft Sturm gegen alles, was - in welcher Form auch immer - nach einem Rechts a n s p r u c h auf Einbürgerung aussieht. Stattdessen möchte man alles beim alten lassen (mindestens 10jähriger Aufenthalt, statt Rechtsanspruch beliebig handhabbare „kann-Bestimmung" mit „Einzelfallprüfung"), und überhaupt: „*Mit dem geplanten Gesetz, das allen Ausländern, die hier seit mindestens acht Jahren leben und zwischen 18 und 21 Jahre alt sind, Anspruch auf Einbürgerung geben soll, würde sich die Bundesrepublik mit der einen Hand eine Last wieder aufladen, die sie mit der anderen gerade ablegen will. Die vom Regierungssprecher übermittelte herzliche Bitte des Kanzlers, wer nicht wirklich Deutscher werden wolle, möge in die Heimat zurückkehren, tut es leider nicht. Und sollen wir wirklich Türkenkompanien in der Bundeswehr bekommen?*" („FAZ"-Kommentar v. 12.11.81).

Vom „Gastarbeiter" ....

Die systematische Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte für die BRD-Wirtschaft begann 1955 durch den Abschluß eines entsprechenden Anwerbeabkommens mit Italien. Bis 1959 waren etwa 167 000 Ausländer in Westdeutschland beschäftigt. Da bereits vor Abschluß des staatlichen Abkommens seit 1952 privatwirtschaftliche Anwerbungen von Ausländern begonnen hatten und bis 1954 etwa 73 000 dieser Arbeitskräfte in Westdeutschland arbeiteten, fiel der durch die staatliche Anwerbepolitik eingeleitete Ausländerzuwachs bis zum Ende der 50'er Jahre noch verhältnismäßig gering aus. Ein rapider Anstieg setzte erst ab 1960/61 ein, als die Zahl der inländischen Erwerbstätigen spürbar abnahm (von 1960 - 70 um etwa 2 Mio.). Gründe hierfür waren die endgültige Schliessung der DDR-Grenze („Mauerbau" 1961), über die jährlich immerhin 150 000 - 300 000 Zuwanderer in die BRD gekommen waren, des weiteren die Auswirkungen des 2. Weltkrieges auf die Altersstruktur der Erwerbstätigen, die Wiederaufrüstung, die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit sowie die wachsende Frühinvalidität. Die so entstandene Arbeitskräftelücke wurde durch Ausländer geschlossen.

Nach Italien erfolgten Anwerbevereinbarungen mit zahlreichen weiteren Ländern, u.a. mit Spanien und Griechenland (1960), mit der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968). Bis 1970 war die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte auf 1,8 Mio. gestiegen, der Gesamtanteil der Ausländer an der Bevölkerung der BRD lag zu diesem Zeitpunkt bei über 2,4 Mio. Menschen.

Welche Bedeutung die so hereingeholten „Gastarbeiter", die mehr als 3/4 der ausländischen Bevölkerung in der BRD stellen (6), für den westdeutschen Kapitalismus hatten und haben, wurde rasch deutlich:

1) Sie fungieren als „industrielle Reservearmee" des Kapitals, deren Vorhandensein bereits von Marx als unabdingbare Voraussetzung für ein ungehindertes Wachstum der kapitalistischen Produktion analysiert wurde. *„Der kapitalistischen Produktion"*, so Marx, *„genügt keineswegs das Quantum disponibler Arbeitskraft, welches der natürliche Zuwachs der Bevölkerung liefert. Sie bedarf zu ihrem freien Spiel einer von dieser Naturschranke unabhängigen industriellen Reservearmee"* (7). In Perioden der Ausweitung der Produktion *„müssen große Menschenmassen plötzlich und ohne Abbruch der Produktionsleiter in anderen Sphären auf die entscheidenden Punkte werfbar sein"* (8). Andererseits sorgt das Arbeitskräftepotential der „industriellen Reservearmee" für die Aufrechterhaltung der ökonomischen Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse und verhindert für das Kapital unannehmbare Lohnsteigerungen: *„Im großen und ganzen sind die allgemeinen Bewegungen des Arbeitslohns ausschließlich reguliert durch die Expansion und Kontraktion der industriellen Reservearmee, welche dem Periodenwechsel des industriellen Zyklus entsprechen"* (9). Ferner heißt es bei Marx: *„Die industrielle Reservearmee drückt während der Perioden der Stagnation und mittleren Prosperität auf die aktive Arbeiterarmee und hält ihre Ansprüche während der Periode der Überproduktion und des Paroxysmus* (= Hochkonjunktur, Boom, Anm. AK) *im Zaum"* (10). Der Eintritt des Kapitalismus in seine imperialistische Phase hat die Notwendigkeit sowie die beschriebenen Bewegungen der „industriellen Reservearmee" keineswegs verändert; nur hat der nationale Arbeitsmarkt in den Metropolen vielfach seine Grenze erreicht, so daß zur Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte (aus den weniger oder „unter"-entwickelten Ländern) übergegangen werden mußte (ähnlich der Schaffung der Reservearmee durch Rekrutierung aus der Landbevölkerung im Frühkapitalismus).

Die Richtigkeit der Marx'schen Analyse bezeugen auch einschlägige Äußerungen westdeutscher Politiker und Kapitalisten. So betonte der damalige bayerische Wirtschaftsminister Otto Bezold in einer Rede, die er im Oktober 1955 (also zwei Monate vor Unterzeichnung des deutsch-italienischen Anwerbeabkommens) auf der Jahresversammlung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern hielt: *„Es ist nicht erstaunlich, daß die unmittelbaren und mittelbaren Lohnforderungen zur Folge hatten, daß die Frage, ob dem dringenden Bedarf an Arbeitskräften nicht durch eine fruchtbare Hereinnahme von Fremdarbeitern begegnet werden sollte, immer dringender gestellt wird. Will man diese Frage nach der wirtschaftlichen Notwendigkeit beantworten, so wird man sie nur bejahen können"* (11).

Untersuchungen belegen, daß große Teile der „Gastarbeiter" auf besonders konjunkturempfindliche Industriezweige konzentriert sind (Baugewerbe, Eisen- und Metallverarbeitende Industrie, Elektroindustrie usw.). Darüberhinaus ist auch die *„betriebliche Stellung der ausländischen Arbeiter, bedingt durch ihre geringe Qualifikation, so beschaffen, daß sie zu den ersten Entlassenen zählen: Die Hilfsarbeiter, um- und angelernte Arbeiter, zählen selten zur Stammbelegschaft. Sie können schnell entlassen, wie auch schnell wieder eingestellt und angelernt werden"* (12).

Des weiteren schlagen „sozialpolitische" Vorteile für die Kapitalisten zu Buche: Ausländer haben zumeist *„weniger soziale Besitzstände angesammelt und eine Entlassung kommt daher billiger als bei langjährigen deutschen Arbeitskräften. Zudem vermindert eine solche Praxis das innerbetriebliche Konfliktpotential, Ausländerentlassungen sind innerbetrieblich leichter durchsetzbar und stören das Verhältnis zum Betriebsrat und zu den Belegschaften in der Regel weniger"* (13).

In welchem Umfang „Gastarbeiter" als „Krisenpuffer" fungieren, zeigt auch ihr weit überdurchschnittlicher Anteil an den aus dem Arbeitsprozeß verdrängten Erwerbstätigen. Das Ausmaß dieser Entwicklung wird dabei in den offiziellen Arbeitslosenstatistiken noch verschleiert, da hier nur die als arbeitslos registrierten „Gastarbeiter" auftauchen, nicht aber diejenigen, die nach ihrer Entlassung in die Heimat zurückkehren. So mußten in der Krise 1966/67 fast 400000 ausländische Arbeiter(innen) die BRD verlassen, weil ihre Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert wurde. Von 1973 bis 1977 entfielen auf die ausländischen Lohnarbeiter 61 % des Beschäftigungsabbaus, obwohl ihr Anteil bei den Erwerbstätigen nur 10 bis 12 % betrug. Während jeder vierte(!) Ausländer seinen Arbeitsplatz verlor, war es bei den Deutschen nur jeder fünfzigste (Gesamtrückgang der abhängig beschäftigten Arbeitskräfte in absoluten Zahlen: 634 000 Ausländer, 405 000 Deutsche) (13a).

2) Eine zweite, ebenso wichtige Funktion ausländischer Arbeitskräfte ist ihre Eigenschaft als „Lückenbüßer" für die miesesten und schlechtbezahltesten Tätigkeiten, die im Prozeß der kapitalistischen Produktion anfallen. Es handelt sich dabei um Arbeitsplätze, für die deutsche Erwerbstätige selbst in Zeiten höherer Arbeitslosigkeit nicht zur Verfügung stehen. Bezeichnenderweise waren 1952, zu Beginn der ersten Anwerbungen ausländischer Arbeitskräfte, in der BRD noch 1,65 Mio. Menschen arbeitslos gemeldet; 1955 – bei Abschluß des ersten Anwerbevertrages – gab es immerhin noch 1,07 Mio. Arbeitslose. Ein Einsatz dieser Menschen für die später mit Ausländern aufgefüllten „offenen Stellen" wäre allerdings nur – und selbst dies nur teilweise – im Wege drakonischer Maßnahmen möglich gewesen. Dafür konnten sich freilich nicht einmal die Kapitalisten erwärmen, die sichtlich kein Interesse hatten, das alles in allem erfolgreiche „Modell" der „Sozialpartnerschaft" hierdurch zu unterminieren. *„Die Qualifikationsstruktur der 'Gastarbeiter' ebenso wie die Tatsache, daß bei Ausländern kein nennenswerter beruflicher Aufstieg erfolgt, ist entscheidend für die ökonomische Rolle, die sie im Produktionsprozeß der Bundesrepublik spielen"* (14). 1972 waren 96 % der Beschäftigten aus Anwerbeländern Arbeiter (der Anteil der Deutschen lag bei 53,3 %). Auch Mitte 1979 lag der Arbeiteranteil bei den „Gastarbeitern" mit 93 % noch etwa in gleicher Höhe.

„Allgemein nehmen die ausländischen Arbeiter in den Betrieben die Position ein, die die deutschen Arbeiter seit Beginn der 60er Jahre im Verlauf des sich zunehmend aufteilenden Arbeitsprozesses geräumt hatten, weil sich ihnen bessere Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten in besseren Positionen und Wirtschaftsbereichen geboten haben (vor allem im Dienstleistungsbereich).

Die ausländischen Arbeiter rücken vor allem in die unteren Positionen der industriellen Arbeit ein und werden zu Lückenbüßern im Verlauf des fortschreitenden Rationalisierungsprozesses" (15).

Das Sozialforschungsinstitut Brög zog 1974 aus der Untersuchung der Arbeitsbedingungen von ausländischen Arbeiter(innen) folgendes Fazit: *„Mit dem Rückgriff auf weniger qualifizierte Arbeitnehmer, war in Fallbeispielen häufig die Beibehaltung, Ausweitung oder Wiedereinführung traditionell-industrieller Arbeitsformen wie Fließband-, Akkord-, Schicht- und Nachtarbeit verbunden. Während es offenbar zunehmend schwerer wurde, inländische Arbeitskräfte in größerem Umfang für die traditionell-industriellen Arbeitsformen mit ihren spezifischen Arbeitsanforderungen zu finden, akzeptierten vor allem ausländische Arbeitnehmer diese Bedingungen ohne weiteres"* (16).

Zusätzliche Vorteile brachte die Ausländerbeschäftigung den Kapitalisten durch den Umstand, daß „Gastarbeiter" im Durchschnitt zu mehr Überstunden bereit waren (und sind). *„Im Bericht eines Beamten des griechischen Arbeitsministeriums, der sich länger in Westdeutschland umgesehen hatte, wird darauf hingewiesen, daß viele griechische Arbeiter in Westdeutschland täglich 12 bis 16 Stunden arbeiten. Auch in den Jahresberichten der westdeutschen Gewerbeaufsicht ... wird gesagt, daß bei den ausländischen Arbeitern die zulässige Arbeitszeit erheblich überschritten wird"* (17).

Was die Unverzichtbarkeit und Nichtersetzbarkeit von Ausländerbeschäftigung in den bezeichneten Bereichen der westdeutschen Wirtschaft angeht, bestand und besteht unter den Kapitalisten Einigkeit. **Reinhard Ebert** von der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" (BDA) stellt hierzu kategorisch fest: *„Die Ausländer waren aufgrund ihrer regionalen und beruflichen Mobilität ein unentbehrliches Element für die Erhaltung der Produktivität und damit für die Sicherung eines angemessenen Wirtschaftswachstums geworden. Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer hat nicht nur geholfen, den globalen Ersatzbedarf der Wirtschaft zu decken, sie ermöglichte auch sektorale sowie vertikale Umschichtungsprozesse von großem Ausmaß, z.B. den Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft. Von dieser die Arbeitsmarktspannungen ausgleichenden Funktion hat die Ausländerbeschäftigung im Grunde auch heute nichts eingebüßt. Es ist unübersehbar, daß aufgrund unserer differenzierten regionalen, sektoralen und beruflichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktverhältnisse die Ausländerbeschäftigung weitgehend eine strukturelle Notwendigkeit und ein wirtschaftliches Dauerphänomen geworden ist. Ohne Ausländer geht es nicht mehr"* (18).

Dies schließt selbstverständlich nicht aus, daß in b e g r e n z t e m Rahmen von Ausländern besetzte Arbeitsplätze für „einheimische" Arbeitslose „freigemacht" werden (können). Gerade in Hinblick auf die ansteigende Massenarbeitslosigkeit in der BRD (BfA-Präsident Stingl rechnet mit demnächst 2 Mio), ist sogar noch verstärkt mit Versuchen zu rechnen, das „Arbeitslosenproblem" auf Kosten der Arbeitsimmigranten zu verringern. Es liegt freilich auf der Hand, daß dies nur im Wege von Z w a n g s maßnahmen möglich ist, die für die „einheimischen" Arbeitslosen eine handfeste Verschlechterung ihrer „Lebensqualität" bedeuten. Die Substitution ausländischer durch deutsche Arbeitskraft ist für die Kapitalisten letztlich nur d a n n akzeptabel, wenn sichergestellt ist, daß damit keinerlei Kostensteigerungen verbunden sind, also der Eintritt in die bestehenden miesen Arbeitsbedingungen unter Beibehaltung des geringen Lohnniveaus bei gleicher Arbeits l e i s t u n g gewährleistet ist.

In diesem Sinne wurde bereits 1975 eine entsprechende Verschärfung des „Zumutbarkeitsbegriffes" im Arbeitsförderungsgesetz durch den Bundestag beschlossen. Weitere Verschlechterungen dieser Art sind auch zukünftig zu erwarten ...

Alles in allem läßt sich festhalten, daß der Umstand, demzufolge der großen Mehrheit der hier lebenden Ausländer ausschließlich die unattraktivsten Tätigkeiten vorbehalten bleiben, für Kapital und Staat nicht nur immense finanzielle, sondern auch politische Vorteile mit sich bringt. **Die generell verfolgte Privilegierung westdeutscher Arbeitskräfte dämpft zu Zeiten von „Konjunktureinbrüchen" nicht nur die Unruhe in der einheimischen Bevölkerung; sie schafft darüber hinaus eine Spaltung der arbeitenden Bevölkerung, die bei der „einheimischen" Arbeiterklasse durch das Bewußtsein genährt wird, der drohende Verlust ökonomischer „Besitzstände" lasse sich auf Kosten der Arbeitsimmigranten aufhalten oder doch zumindest verringern.** Dafür, daß dies auch zukünftig so bleibt, sorgen einschlägige Regelungen zur Durchsetzung des sog. „Inländerprimats", insbesondere der § 19 des Arbeitsförderungsgesetzes. (Freiwerdende Arbeitsplätze dürfen demnach nur dann mit Arbeitskräften aus Nicht-EG-Ländern besetzt werden, wenn nachweislich kein geeigneter westdeutscher Bewerber zur Verfügung steht.)

... zum „ausländischen Mitbürger"

„Solange unbestritten war, daß Ausländer nur aus arbeitsmarktpolitischen Gründen zu uns kommen, um nach einer mehr oder weniger langen Aufenthaltszeit in ihr Heimatland zurückzukehren und daher von unserer Seite keine Einwanderungspolitik betrieben wurde, wurden sie als 'Gastarbeiter' bezeichnet... Nachdem die Aufenthaltsdauer der ausländischen Arbeitnehmer ... sich immer mehr verlängerte und die Ausländer daher in zunehmenden Maße auch ihre Familien nachholten, sind aus den ,Gastarbeitern' inzwischen 'ausländische Mitbürger' geworden" (19).

Tatsächlich standen die gesellschaftlichen Folgen der „Arbeitsimmigration", die in den bürgerlichen Medien heute allenthalben als „Ausländerproblem" thematisiert werden, bis zum Ende der sechziger Jahre kaum zur Debatte. Daß die systematische Anwerbung von „Gastarbeitern" eine dauerhafte Niederlassung, faktisch die E i n w a n d e r u n g eines wachsenden Teils der ausländischen Arbeitskräfte und ihrer Fami-

Fortsetzung nächste Seite

Der „Lummer-Erlaß"

Am 20.11.81 veröffentlichte der Westberliner Innensenator Lummer (CDU) jenen mittlerweile berüchtigten „Erlaß", den er - dies muß der nachträglich von SPD/FDP zur Schau gestellten „Empörung" halber festgehalten werden - zuvor bereits auf einer Konferenz der Länderinnenminister vorgestellt hatte. Inhalt dieser Verfügung war zunächst folgendes:

1. Nachzug von ausländischen Jugendlichen nach Westberlin nur noch bis zum 16. Lebensjahr, nicht aber, wenn ein Elternteil sich noch im Ausland befindet. Keinerlei Nachzug von Familienangehörigen (weder Kinder noch Ehepartner) bei Ausländern, die sich aus Gründen der Aus- und Fortbildung in Westberlin aufhalten, außerdem generelle Erschwerung der „Zuheirat": *„Ausländer, die selbst als Kinder ausländischer Arbeitnehmer eingereist sind, können ihre ausländischen Ehegatten erst dann im Rahmen des Familiennachzuges kommen lassen, wenn sie die unbefristete Aufenthaltserlaubnis (in der Regel mindestens 5 Jahre Aufenthalt) oder die Aufenthaltsberechtigung (mindestens 8 Jahre Aufenthalt) haben und aus eigener Erwerbstätigkeit einen angemessenen Lebensunterhalt für sich und den Ehegatten bestreiten können"* (Pressemitteilung des Innensenators v. 20.11.81). Während diese Bestimmungen sich durchaus noch im Rahmen der von der Bundesregierung vorgegebenen Beschlüsse befinden (vgl. Kasten: Die neuesten Ausländer-Beschlüsse), ist Lummer in anderen Punkten weit darüberhinausgegangen, nämlich:

2. *„Konnte bisher jedes nachgezogene Ausländerkind, auch über 18 Jahre, bleiben, so wird nunmehr eine Regelung eingeführt, wonach alle diejenigen, die ihre Kindheit bis ins jugendliche Alter im Heimatland verbracht haben und damit ihrer Heimat noch nicht entfremdet sind, wieder ausreisen müssen, sofern nicht bestimmte Mindestvoraussetzungen erfüllt sind. Diese Voraussetzungen, die für ein Verbleiben über das 18. Lebensjahr hinaus erfüllt sein müssen, sind:*

- *Rechtmäßiger Aufenthalt von mindestens 5 Jahren und Nachweis eines Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnisses.*

Das bedeutet:

W e n i g e r als 5 Jahre in Berlin, o h n e Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis = keine Aufenthaltserlaubnis.

W e n i g e r als 5 Jahre in Berlin m i t Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis = keine Aufenthaltserlaubnis.

M e h r als 5 Jahre in Berlin o h n e Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis = keine Aufenthaltserlaubnis" (Pressemitteilung).

Die Anwendung dieser Regelung, die nur geringfügige Ausnahmen zuläßt, hätte schon für die unmittelbare Zukunft eine Ausweisung von an die 20.000 (!) Jugendlichen bedeutet. Nach sofortigen breiten Protesten sah sich Lummer allerdings genötigt, seinen Erlaß geringfügig zu modifizieren. Das heißt: Die unter 2. dargestellte Ausweisungsregelung bleibt in Kraft für alle ausländischen Jugendlichen, die n a c h dem 20.11. 81 nach Westberlin eingereist sind (und dies noch tun werden). Aufgehoben wird lediglich die ursprünglich beabsichtigte r ü c k w i r k e n d e Vollziehbarkeit, allerdings nur bei jenen Jugendlichen, die *„ sich e n t w e d e r fünf Jahre ununterbrochen und rechtmäßig in der Bundesrepublik aufgehalten haben o d e r sich in einer schulischen oder beruflichen Ausbildung befinden o d e r an einer Maßnahme zur beruflichen oder sozialen Eingliederung (MBSE) teilnehmen o d e r in einem Arbeitsverhältnis stehen o d e r die Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses muß alsbald zu erwarten sein o d e r sie müssen in besonderem Maße auf die Fürsorge ihrer Eltern angewiesen sein o d e r ihr Aufenthalt ist in besonderem Maße zur Förderung der Familie erforderlich"* („Tagesspiegel", 12.12.81).

Selbst nach dieser Änderung bleiben immer noch ca. 5000 ausländische Jugendliche übrig, die diese Bedingungen vermutlich nicht erfüllen und zum Rausschmiß anstehen. Ansonsten ist die geplante Massenvertreibung allenfalls zeitlich verschoben, nicht aber aufgehoben worden. Wann und inwieweit Lummer tatsächlich zum V o l l z u g seiner Verfügung übergeht, wird sich noch zeigen.

Erwähnt werden sollte in diesem Zusammenhang, daß Lummer sich darüberhinaus für eine umfassende Verschärfung des geltenden Ausländergesetzes stark macht. So fordert er u.a. eine *„Änderung des Ausländergesetzes dahingehend, daß die B e l a n g e d e r B u n d e s r e p u b l i k D e u t s c h l a n d auch dadurch beeinträchtigt werden, daß die Zahlen der Ausländer insgesamt oder die Zahl der Angehörigen einer bestimmten(!) Staatsangehörigkeit oder einer bestimmten sozialen Gruppe stärker steigt, als es der Integrationskraft der Bundesrepublik entspricht"* (Pressemitteilung). Während die bisherige Gesetzesformulierung auf den „einzelnen Ausländer" abgestellt sei, geht es Lummer um eine p a u s c h a l e Handhabe zur rechtmäßigen Anordnung und Vollziehung von M a s s e n ausweisungen. Und welche „bestimmte Staatsangehörigkeit" er dabei besonders im Auge hat, dürfte nicht allzu schwer zu erraten sein...



Fortsetzung von voriger Seite

lien nach sich ziehen würde, war weder geplant noch in der heutigen Dimension absehbar.

Für die Bourgeoisie stand das unmittelbare Interesse an der massenhaften Ausbeutung ausländischer Arbeitskraft im Vordergrund; damit zusammenhängende soziale wie politische Folge- und Nebenwirkungen blieben zumindest in den ersten 15 bis 20 Jahren der Ausländerbeschäftigung derart gering, daß sie nicht ins Gewicht fielen:

+ Der Einsatz von hunderttausend „Gastarbeitern" unter den oben geschilderten Bedingungen (niedrige Löhne, hohe Arbeitsintensität, Ausdehnung der Arbeitszeit usw.) brachte den Kapitalisten enorme Extra-Profite: *„Nach Berechnungen der 'Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung' der kapitalistischen Industrieländer (OECD) sparen die EWG-Länder durch die ausländischen Arbeiter jährlich 21 Mrd.* (!) *Pfund Sterling, also 3.000 Pfund Sterling an jedem ausländischen Arbeiter"* (20).

+ Gigantisch waren auch die Einsparungen infrastruktureller Art. Die Erwerbsquote, die bei den Ausländern bis zu Beginn der 70er Jahre mit über 70 % etwa um 30 % höher als bei der westdeutschen Bevölkerung lag, eröffnet eine annähernde Vorstellung davon, in welchem Maße auf staatliche Leistungen verzichtet werden konnte. Der größte Teil der für die Bevölkerung notwendigen staatlichen Ausgaben wurde bei der Ausländerbeschäftigung im Bereich der Ausbildung eingespart. *„Die ausländischen Arbeiter kommen im produktivsten Alter als voll einsatzfähige und leistungsmotivierte Arbeitskräfte in die Bundesrepublik und benötigen nur eine geringe Anlernzeit. Die erforderlichen vorausgegangenen schulischen und beruflichen Ausbildungskosten, die Cianni 1970/71 mit durchschnittlich 6 Millionen Lire (was etwa 40.000 DM entsprach) pro Person veranschlagte..., gehen zu Lasten des sogenannten Abgabelandes"* (21). S. Geiselberger rechnete in seinem 1972 erschienenen „Schwarzbuch/Ausländische Arbeiter" vor: *„Es ist leich einzusehen, welche Kosten aufgebracht werden müßten, um 2 Millionen Arbeitskräfte im besten Alter, mit ausgewählter gesundheitlicher Verfassung und wenn möglich mit der gerade kurzfristig notwendigen beruflichen Ausbildung aufzuziehen und auszubilden. Zu diesem Zweck müßten in der BRD schätzungsweise vier Großstädte wie München rund 20 Jahre mit allen notwendigen Infrastrukturmaßnahmen (Wohnungen, Versorgung, Schulen, Krankenhäuser, Altersheime, Verwaltung usw.) unterhalten werden"* (22).

Daneben wurde das sog. „soziale Netz" (Arbeitslosen-, Kranken-, Rentenversicherung u.a.), zu dem die „Gastarbeiter" wie jeder andere die vorgeschriebenen gesetzlichen Abgaben leisteten, bis in die 70er Jahre hinein von Ausländern in ganz erheblich geringerem Umfang beansprucht. Berechnungen haben ergeben, daß Arbeitsimmigranten in der Zeit von 1961 bis 1971 Beiträge zur Rentenversicherung in Höhe von 20,1 Milliarden DM entrichtet haben, denen nur 700 Millionen DM an Auszahlungen gegenüberstanden. *„Besonders kraß fallen die Ersparnisse im Rahmen der Arbeitslosenunterstützung aus. Die Ausländer zahlen, obwohl sie, solange sie noch nicht fünf Jahre lang in der Bundesrepublik gearbeitet haben, kaum eine Möglichkeit besitzen, Arbeitslosengeld zu bekommen. Sobald sie arbeitslos werden, kann ihnen die Aufenthaltsgenehmigung entzogen werden. Von der Zahlung der Arbeitslosenhilfe sind sie so gut wie ausgeschlossen, denn nicht einmal auf die Höchstdauer der Zahlung von Arbeitslosengeld wird der arbeitslose Ausländer kommen, weil man ihm vorher schon die Arbeitserlaubnis aberkannt haben wird"* (23).





Was schließlich die Inanspruchnahme von Sozialhilfe anbetrifft, sieht die Lage noch krasser aus. Zwar besteht nach dem Bundessozialhilfegesetz auch für Arbeitsimmigranten ein Rechtsanspruch auf Sozialhilfe. Andererseits ist damit aber gleichzeitig ein Ausweisungsgrund nach dem Ausländergesetz gegeben, der dann eintritt, sobald der Ausländer nicht fähig ist, seinen Lebensunterhalt aus eigenen Finanzmitteln zu bestreiten. Selbst wenn eine dahingehende staatliche Reglementierung nicht in jedem Fall erfolgt, sorgt zumeist bereits die damit verbundene

terhalt aus eigenen Finanzmitteln zu bestreiten. Selbst wenn eine dahingehende staatliche Reglementierung nicht in jedem Fall erfolgt, sorgt zumeist bereits die damit verbundene

Abschreckung dafür, daß Ausländer entsprechende Anträge erst gar nicht einreichen.

Die Vorteile der Ausländerbeschäftigung waren (und sind) für den BRD-Imperialismus erheblich. Die auf diesem Wege erzielten Extraprofite und Einsparungen an Reproduktionskosten haben in der Vergangenheit maßgeblich mit dazu beigetragen, die geradezu einzigartige Stabilität des westdeutschen Imperialismus nach „innen" zu ermöglichen und abzusichern. **Es ist äußerst wichtig zu erkennen, daß der relative materielle Wohlstand durchaus breiter Teile der arbeitenden Bevölkerung in der BRD zu einem Gutteil aus der Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte resultiert.** Diesen Zusammenhang hat bereits Lenin im Rahmen seiner Imperialismus-Analyse angesprochen: *„Gerade für den Imperialismus ist eine solche Ausbeutung der Arbeit schlechter bezahlter Arbeiter aus rückständigen Ländern besonders charakteristisch. Gerade darauf basiert in einem gewissen Grade der Parasitismus der reichen imperialistischen Länder, die auch einen Teil ihrer eigenen Arbeiter durch eine höhere Bezahlung bestechen, während sie gleichzeitig die Arbeit der 'billigen' ausländischen Arbeiter maßlos und schamlos ausbeuten"* (24).

Daß heute, wo vor dem Hintergrund einer weltweiten Wachstumskrise des Kapitalismus der Spielraum für materielle Zugeständnisse auch an die „einheimische" Bevölkerung der imperialistischen Metropolen drastisch verengt wird, selbst gravierende soziale wie politische Restriktionen gegen die Arbeitsimmigranten und ihre Familien von breiteren Teilen der „nationalen" Arbeiterklasse toleriert, begrüßt und teilweise auch offen gefordert werden, läßt sich eben schwerlich allein aus dem traditionellen Vorhandensein fremdenfeindlicher Überzeugungen und aus der „oben" entfachten Ausländerhetze erklären. Diese Haltung ist eben auch Resultat der unbestreitbaren Tatsache, daß den westdeutschen Arbeitern/innen gegenüber den Arbeitsimmigranten handfeste Privilegien eingeräumt wurden, deren sie sich in aller Regel auch bewußt sind. Dies ist die unmittelbare materielle Grundlage für das ebenso chauvinistische wie parasitäre Bewußtsein, daß aus der Illusion hervorlugt, den eigenen „Wohlstand" auf dem Rücken der Ausländer verteidigen zu können.

Noch bis zum Ende der 60- er Jahre traten die sogenannten „Folgeprobleme" aus der Ausländerbeschäftigung in zunächst nur geringem Umfang auf. Fast alle „Gastarbeiter" kamen in Erwartung eines lediglich vorübergehenden Arbeitsaufenthalts in die BRD. Ihr Motiv bestand in aller Regel darin, in kurzer Zeit möglichst viel Geld anzusparen, um sich damit in der Heimat eine gesicherte Existenz aufbauen zu können. In Anbetracht dieser Perspektive hielt sich zunächst auch der Nachzug von nicht arbeitenden Familienangehörigen in engen Grenzen. Auch die diskriminierenden Bedingungen, unter denen die „Gastarbeiter" von jeher in der BRD arbeiten und „leben" mußten, führten – da sie den Betroffenen als vorübergehendes Übel erscheinen mußten – zu keinerlei nennenswerten politischen Konflikten. Das Prinzip der sogenannten „freiwilligen Rotation" schien bei der Rückkehr von etwa 15% ausländischer Arbeiter jährlich gesichert und eine dauerhafte Niederlassung von Arbeitsimmigranten in der BRD zu verhindern. Die Krise von 1966/67 verstärkte überdies die Rückwanderung und ließ die Ausländerbeschäftigung auf unter eine Million zurückgehen.

Erst mit dem sprunghaften Anstieg der Ausländerbeschäftigung und der Ausländerbevölkerung gegen Ende der sechziger und in der ersten Hälfte der siebziger Jahre wurde die bis dahin

Erst mit dem sprunghaften Anstieg der Ausländerbeschäftigung und der Ausländerbevölkerung gegen Ende der sechziger und in der ersten Hälfte der siebziger Jahre wurde die bis dahin

ungehemmte Ausländerrekrutierung durch das Kapital auf allen politischen Ebenen verstärkt problematisiert. Zunehmend zeigte sich, daß die „freiwillige Rotation" in immer geringerem Umfang funktionierte, sich die Aufenthaltsdauer der ausländischen Arbeitskräfte verlängerte und aus „Gastarbeitern" zunehmend Einwanderer wurden. *„Die Gründe dafür sind im Zusammenhang mit dem Strukturwandel der Ausländerbeschäftigung in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zu sehen: Für eine zunehmend größere Zahl ausländischer Arbeiter erwies sich die Rückkehrorientierung als Rückkehrillusion. Die weitgesteckten Sparziele ließen sich angesichts der Lebenshaltungskosten und der Inflationsraten nicht kurzfristig erreichen. Viele Ausländer hatten überdies die Erfahrung gemacht und verbreitet, daß die Existenz als Kleinunternehmer in der Heimat nur geringe Produktionschancen auf Dauer bot. Aus diesen Gründen nahm die Verweildauer in der Bundesrepublik zu, die Rückwanderungsquote ab. Zugleich schwand tendenziell die Motivation zum Verzicht auf normale Lebensbedürfnisse wie Privatleben in der eigenen Wohnung, Familienleben, Konsum. In steigendem Maße verließen ausländische Arbeiter die Firmenbaracken, suchten sich Unterkünfte auf dem Wohnungsmarkt und ließen ihre Ehepartner nachkommen. Die Anwerbung der Ehepartner in der Bundesrepublik arbeitender Ausländer wurde sogar durch Staat und Betriebe gefördert, zum einen mit dem Ziel der sozialen Stabilisierung durch die dafür bewährte Instanz Familie, zum andern mit dem Ziel, die Betriebsbindung zu erhöhen und die kostenträchtigen Fluktuationsraten zu reduzieren. Die vereinten Ehepartner zogen dann auch in verstärktem Maße ihre Kinder in die Bundesrepublik oder zeugten selbst Nachwuchs. In steigendem Maße wuchs so in der Bundesrepublik die 'zweite Ausländergeneration' heran. Diese Normalisierung im gesellschaftlichen Reproduktionsbereich stellte den Staatsapparat vor neue fiskalische wie auch im engeren Sinne politische Probleme. Der fiskalische Gesichtspunkt läßt sich am ehesten am Schulbereich aufweisen. Die Ausländerkinder unterlagen wie deutsche der Schulpflicht. Trotz aller Unzulänglichkeiten der Einbindung in die deutsche Schule begründete das massive Hereinströmen ausländischer Kinder und Jugendlicher (Schulbesuche: 1965: 35 100; 1970/71: 158 000; 1975/76: 393 000) ... doch zusätzliche Aufwendungen für Lehrer und Lehrmittel"* (25).

Heute gibt es fast 900 000 schulpflichtige ausländische Kinder und Jugendliche in der BRD. Der Anteil von nichterwerbstätigen Ausländern (v.a. Kinder, Jugendliche und Mütter) an der Ausländerbevölkerung ist von Jahr zu Jahr gewachsen. Die Ausländererwerbsquote bewegt sich mittlerweile auf die 40%-Marke zu und gleicht sich damit tendenziell der der „einheimischen" Bevölkerung an.

Zentraler Gesichtspunkt der herrschenden Diskussion um das „Ausländerproblem", die mit Beginn der 70er Jahre verstärkt einsetzte, war zu allererst die Frage nach der „Inneren Sicherheit". *„Hintergrund der gesamten Debatte um Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung war stets die Angst vor der längerfristigen Gefährdung der inneren Sicherheit, wenn es nicht gelingt, Ghettoisierung, Slums, und soziale Isolation zu verhindern.."* (26). Wenn es nicht gelänge zu verhindern, so 1973 Hermann Ernst vom Bundesarbeitsministerium, daß Ausländer *„mehr und mehr zu einer Randgruppe unserer Gesellschaft werden"*, dann seien *„erhebliche soziale Spannungen nicht auszuschließen"* (27).

Im Verlauf der damaligen Debatte schälten sich durchaus unterschiedliche Positionen heraus, die – grob skizziert – auf folgende Handlungsalternativen herausliefen:

liche Positionen heraus, die – grob skizziert – auf folgende Handlungsalternativen herausliefen:



1. Einführung der sog. „Zwangsrotation", die v.a. in Kreisen der CDU/CSU befürwortet wurde. In brutaler Offenheit bekundete der damalige baden-württembergische Ministerpräsident **Filbinger** (CDU), was darunter zu verstehen sei: *„Wenn wir so weiter machen und immer mehr Gastarbeiter zu uns holen, kann das ein humanes Problem werden, besonders wenn die Familien nachkommen. Es könnte dann Probleme geben, die unter Umständen so kapitalintensiv sind, daß es sich nicht mehr lohnt, die Gastarbeiterzahl zu vermehren. Wir sind der Auffassung, das beste System besteht darin, daß nach einiger Zeit – vielleicht nach drei Jahren – die Gastarbeiter wieder nach Hause zurückkehren und daß sie dann ersetzt werden durch neue, junge Gastarbeiter"* (28).

In Bayern und Schleswig-Holstein wurden zeitweilig auch Versuche in diese Richtung unternommen (max. Aufenthaltsdauer: 5 Jahre), allerdings wieder aufgegeben, nachdem neben den Gewerkschaften selbst die Kapitalisten Front gegen eine derartige „Lösung" machten (Der Kapitalistenverband BDA lehnte das Rotationsprinzip mit der Begründung ab, daß dann in *„vielen Fällen ... bewährte eingearbeitete Kräfte gegen den Willen der Unternehmer in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden (müßten), und die Aufwendungen für das Anlernen der neu eingestellten Ausländer ... beträchtlich zunehmen "* würden (29)).

Ein weiterer, gewichtiger Grund für die Nichtanwendung dieser rein repressiven Lösung lag auch darin, *„daß die kontinuierliche zwangsweise Entfernung ausländischer Arbeiter das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland erheblich beeinträchtigt hätte"* (30).

Das Konzept der „Zwangsrotation" war damit zunächst vom Tisch. Dennoch muß darauf hingewiesen werden, daß „Lösungen" dieser Art keinesfalls aus der Diskussion verschwunden sind und ggf. wieder aktuell werden könnten. Nach Inkrafttreten des Anwerbestopps für ausländische Arbeitskräfte (näheres dazu s.u.) sprachen sich nunmehr nämlich auch die Kapitalisten eindeutig für dieses „Modell" aus. Daß ein stärkerer Druck zur Durchsetzung der „Zwangsrotation" von dieser Seite bislang unterblieb, hängt u.a. damit zusammen, daß angesichts andauernder Massenarbeitslosigkeit ernsthafte Rekrutierungsprobleme für die Betriebe nicht eingetreten sind.

2. Zum Zuge kam bis auf weiteres stattdessen die sog. Politik der „Integration", also der Versuch Verhältnisse herzustellen, die eine weitgehend reibungslose „Eingliederung" bzw. Anpassung der auf Dauer bleibenden Arbeitsimmigranten und ihrer Familien in die BRD-Gesell-

bzw. Anpassung der auf Dauer bleibenden Arbeitsimmigranten und ihrer Familien in die BRD-Gesell-

schaft ermöglichen sollten. Die Widersprüchlichkeit und das letztendlich vorprogrammierte Scheitern dieses Ansatzes herrschender Ausländerpolitik sollen nachstehend erläutert werden.

„Integration": Anspruch und Wirklichkeit

Voraussetzung für den Versuch, die „Folgeprobleme" der Ausländerbeschäftigung in der vorgezeichneten Weise längerfristig „in den Griff" zu bekommen, waren in jedem Fall Maßnahmen, die geeignet waren, den Umfang der so entstandenen „Ausländerfrage" zu begrenzen oder möglichst sogar noch zu verkleinern. Der Anwerbestopp vom 23.11.73, der jede weitere Rekrutierung von „Gastarbeitern" aus Nicht-EG-Ländern ausschloß (nicht allerdings den Nachzug im Rahmen der Familienzusammenführung), ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Seine unmittelbare Aktualität ergab sich aus dem Umstand, daß damals erste Anzeichen einer tiefergehenden ökonomischen Krisenentwicklung (incl. Massenarbeitslosigkeit) sichtbar geworden waren. Entsprechend erklärte Ende November 1973 der damalige Bundesarbeitsminister und Ex-Gewerkschaftsführer Walter Arendt gegenüber der „Bild"-Zeitung:

„Wir können zwar die bei uns beschäftigten Ausländer nicht wie Sklaven behandeln, die man heute einkauft, morgen wieder wegschickt.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

Aber wir werden dafür sorgen, daß unsere deutschen Arbeitnehmer zuerst Arbeit erhalten" (31).

Tatsächlich wurde die Ausländerbeschäftigung, die 1973 mit 2,6 Mio ihren Höchststand erreicht hatte, in den folgenden Jahren erheblich „abgebaut" und pendelte sich seither auf 1,8 bis 2,1 Mio ein (nicht eingerechnet die illegal beschäftigten Ausländer, deren Zahl 1979 auf etwa 250.000 geschätzt wurde).

Wenngleich hiermit die Funktion der Arbeitsimmigranten als „Krisenpuffer" wiederum eindrucksvoll unter Beweis gestellt wurde und ein erheblicher Teil der inländischen Arbeitslosigkeit reibungslos „exportiert" werden konnte, trat ein spürbarer Rückgang der ausländischen Wohnbevölkerung nur vorübergehend ein; seit 1978 nimmt – wenn auch langsamer als vor dem Anwerbestopp – die Zahl der Ausländer in der BRD wieder zu. Das „Ausländerproblem" blieb und wurde mit dem Heranwachsen einer zweiten und dritten „Ausländergeneration" zusehends akuter, was beispielsweise den damit befaßten „Experten" im Bundesarbeitsministerium, **Wolfgang Bodenbender**, 1976 zu folgender Warnung veranlaßte:

„Diese zweite Ausländergeneration wird ihre eigenen sozialen und wirtschaftlichen Chancen mit denen der deutschen Bevölkerung vergleichen und eine mißlungene soziale und berufliche Integration als das empfinden, was sie in Wirklichkeit auch ist: als eine unerträgliche Diskriminierung. ... die deutsche Bevölkerung (muß) wissen, daß sie auf Dauer nicht in sozialem Frieden leben kann, wenn die soziale und berufliche Integration der Ausländer nicht gelingt. Es ist nicht nur eine humanitäre Frage, ob unser Land den insgesamt rd. 1 Million ausländischen Kindern und Jugendlichen gute Entwicklungschancen bietet, sondern eine Frage der sozialen Stabilität unseres Landes. Die heranwachsende Ausländergeneration würde es sich nicht bieten lassen, in der Bundesrepublik die Funktion des Subproletariats übernehmen zu müssen..." (32).

Eine nennenswerte Verbesserung der sozialen und rechtlichen Lage der Ausländer blieb allerdings trotz derartiger „Warnungen" und unzäh-

der sozialen und rechtlichen Lage der Ausländer blieb allerdings trotz derartiger „Warnungen" und unzäh-

liger Versprechen von „Integrations"-Politikern weitgehend aus, von einer Gleichberechtigung und Gleichstellung gegenüber der westdeutschen Bevölkerungsmehrheit ganz zu schweigen. Der von vornherein abgesteckte Rahmen für den Einsatz ausländischer Arbeitskraft sowie die generelle Entwicklungsrichtung kapitalistischer Spar- und Repressionspolitik ließen freilich auch nichts anderes erwarten:

+ Die Situation der ausländischen Arbeitskräfte, wie auch der heranwachsenden ausländischen Jugendlichen, bleibt auf die große Mehrheit bezogen von ihrer ökonomischen Funktion her bestimmt. Bereits 1970 stellte dazu die im „FAZ"-Verlag erscheinende Kapitalistenzeitung „Blick durch die Wirtschaft" fest: *„Obwohl man in den modernen, automatisierten Betrieben immer mehr qualifizierte Leute braucht, bleibt eine große Zahl von leicht anlernbaren und häufig wechselnden Tätigkeiten, für die inländische Arbeiter oft nicht mehr zu gewinnen sind. Eine Qualifikation von ausländischen Arbeitern auf breiter Basis würde ihren Einsatz für Hilfsarbeiten wesentlich erschweren"* (33).

Aktuelle Untersuchungen belegen, daß diese Aussage nach wie vor und auch für die Zukunft Gültigkeit besitzt. Eine vom Bundesarbeitsministerium in Auftrag gegebene Repräsentativuntersuchung ergab beispielsweise, daß 92,3 % der erwerbstätigen Ausländer als Arbeiter beschäftigt sind, davon an die 75 % als an- und ungelernte Arbeiter(innen). Nur auf Türken und Kurden bezogen, stellt sich die Lage noch krasser dar: Fast 85 % sind als Hilfsarbeiter(innen) tätig (34). Für die ausländischen Jugendlichen ist die Situation keinesfalls rosiger: *„Im Bundesdurchschnitt nahmen nur knapp ein Viertel der ausländischen Jugendlichen an einer betrieblichen Ausbildung teil, während 64 % als Ungelernte tätig waren oder überhaupt keine Arbeit hatten (...). Bezieht man die Ausländer, die einen Ausbildungsvertrag erhalten, auf alle berufsschulpflichtigen Ausländer, dann beträgt der Anteil junger Ausländer in Hessen ohne Ausbildungsvertrag ca. 80 %"* (35).

Eine für Nordrhein-Westfalen angestellte Untersuchung kam zu folgenden Ergebnissen:

„Die betriebliche Situation der ausländischen Jugendlichen ist – aufgrund ihrer geringen schulischen und beruflichen Qualifikation – durch überwiegende Beschäftigung an wenig attraktiven Arbeitsplätzen geprägt. Die berufliche Stellung der erwerbstätigen Jugendlichen sieht folgendermaßen aus:

Ungelernte Arbeiter	*60 v.H.*
Angelernte Arbeiter	*16 v.H.*
Auszubildende	*12 v.H.*
Facharbeiter/Geselle/Gehilfe	*5 v.H.*
Angestellte	*4 v.H.*
Sonstige	*3 v.H.*

Über drei Viertel der erwerbstätigen Jugendlichen sind als ungelernte oder angelernte Arbeitskräfte beschäftigt, während der Anteil der Facharbeiter und Angestellten nur bei 9 v.H. liegt. Der Anteil der Auszubildenden mit 12 v.H. liegt um mehr als das Dreifache (!) unter dem Anteil der deutschen Jugendlichen vergleichbaren Alters" (36).

Extrem hoch – und immer noch ansteigend – ist zudem die Arbeitslosigkeit unter ausländischen Jugendlichen: *„In Baden-Württemberg gehen von rd. 50.000 ausländischen Jugendlichen zwischen 15 und 20 Jahren etwa 30.000* (!!!) *keiner versicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit nach. Da nur ein geringer Teil dieser Jugendlichen weiterführende Schulen besucht, ist der größte Teil von ihnen also arbeitslos, auch wenn er nicht in der Arbeitslosenstatistik erscheint"* (37).

+ Was die staatlichen „Anstrengungen" auf dem Sektor infrastruktureller Maßnahmen anbetrifft, ergibt sich das gleiche Bild. Der Sozialwissenschaftler K. Dohse zieht hierzu in seiner umfangreichen Studie „Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat" folgendes Resümee: „... *selbst hier* (im Bereich der schulischen Bildung und der sozialen Infrastruktur, Anm. AK) *haben sich die Defizite in einer Weise akkumuliert..., daß nur eine geradezu revolutionäre Umorientierung der Staatsausgaben in Ansätzen Abhilfe schaffen könnte. Eine solche Strategie aber ist aufgrund der Strukturzwänge, denen auch die Staatshaushaltsgestaltung unterliegt, durchaus unrealistisch und wurde auch nicht ernsthaft erwogen. Staatliche Kompensationsversuche, die sich vom Wohnheimbau bis zur Einstellung ausländischer Lehrkräfte durchaus aufweisen lassen, haben im Grunde nur marginale Bedeutung"* (38).

Die Bildungschancen für ausländische Kinder und Jugendliche sind

(38).

Die Bildungschancen für ausländische Kinder und Jugendliche sind gleichbleibend minimal. Die bereits erwähnte Untersuchung für Nordrhein-Westfalen gibt beispielsweise an, daß lediglich 53 % aller ausländischen Schüler den Hauptschulabschluß oder einen höheren Schulabschluß erreichen. Bei den türkischen und kurdischen Jugendlichen sind es sogar nur 38 %. Bundesminister Schmude gab 1979 an, daß über 60 % aller in der BRD lebenden ausländischen Jugendlichen keinen Hauptschulabschluß erreichen würden (also fünfmal (!!) mehr als bei den deutschen Jugendlichen). *„Dabei erfaßt diese Zahl nur die Gruppen der Kinder, die die neunte Klasse ohne Abschlußzeugnis verlassen; diejenigen, die die Schule bereits vorher verlassen oder gar nicht erst der Schulpflicht nachkommen, werden nicht berücksichtigt. Die Erfüllung der Schulpflicht liegt nach Angaben des Bildungsministeriums bei etwa 80 %, was als Obergrenze zu verstehen ist. Die Kommission für Bildungspolitik beim Bundesvorstand der SPD spricht von 70 %, von ähnlichen Schätzungen geht die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft aus"* (39).

So sieht das Ergebnis einer Politik aus, die konzeptionell wie finanziell selbst die Bereitstellung gröbster Voraussetzungen für eine halbwegs befriedigende schulische Ausbildung ausländischer Kinder und Jugendlicher verweigert. Wenn 1978 allein in NRW ca. 90.000 ausländische Kinder der Schulpflicht nicht nachkamen, dann sparte das Land dadurch ca. 3.600 Lehrerplanstellen, insgesamt über 100 Mio DM an Schulkosten ein (40). Nach neuesten Schätzungen der GEW wären demgegenüber bundesweit rund 50.000 (!) zusätzliche Lehrerstellen erforderlich, um *„ausländischen Kindern und Jugendlichen eine ebenso gute Bildung und Ausbildung zu vermitteln wie ihren deutschen Kameraden..."* (41).

Natürlich gibt es durchaus eine Reihe schulischer „Sondermaßnahmen", die der Existenz des Ausländernachwuchses in der BRD Rechnung tragen. Allerdings handelt es sich dabei in aller Regel um diskriminierende Einrichtungen, die von vornherein eine Minderqualifizierung der Betroffenen gegenüber „einheimischen" Schülern und Auszubildenden vorsehen. So z.B. die Institution der sog. „National"- bzw. Ausländerklassen, die in Bayern durchgängig favorisiert wird, zunehmend aber auch in anderen Bundesländern zum Einsatz kommt (vgl. dazu AK 181, S. 34: „Zur Ausländerpolitik der CDU/CSU"). Ein weiteres Beispiel ist die staatlich geförderte Hilfsarbeiterproduktion im Rahmen der „Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und Sozialen Eingliederung junger Ausländer" (MBSE), die an eine Entbindung von der Berufsschulpflicht gekoppelt ist (vgl. dazu AK 208, S. 8). Aber selbst die diskriminierende Minderqualifizierung im Rahmen der MBSE-Kurse, deren Kapazität ohnehin nur für einen Bruchteil jugendlicher Ausländer hinlangt, ist im Angesicht der „Sparpolitik" gefährdet. Anstelle des angekündigten Ausbaues steht mittlerweile die Einschränkung auch dieser Maßnahme zur Diskussion. Ohnehin betreffen die jüngsten Beschlüsse zur Begrenzung des Familiennachzuges gerade diejenigen Jugendlichen, für die als sog. „Seiteneinsteiger" Einrichtungen wie MBSE konzipiert wurden...



Scharfe Proteste hat in Berlin der Ausländererlaß ausgelöst, mit dem der Senat den Zustrom in die Stadt eindämmen will. Im Rathaus Schöneberg verlas das türkische Mitglied der Alternativen Liste, Öczan Ayanoglu, eine Erklärung und untermauerte seine Empörung mit einem „Judenstern".

Ausländerpolitik für die 80er Jahre: Polizeistaat und Fremdenfeindlichkeit

Die skizzierte Lage der ausländischen Bevölkerung in der BRD – insbesondere die wachsende Tendenz zur Verelendung breiter Teile der Kinder und Jugendlichen – ist Resultat der imperialistischen Maxime, diesen Menschen so weit wie irgend vertretbar jene Sozial- und Infrastrukturleistungen vorzuenthalten, zu deren Mitfinanzierung sie wie jeder andere gezwungen sind. Im vergangen Jahrzehnt hat es darüberhinaus zahlreiche Versuche gegeben, die „Folgekosten" der Ausländerbeschäftigung auch über direkte Eingriffe zu „begrenzen" (Einschränkungen beim Bezug von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, Zuzugssperren für infrastrukturell „überlastete" Gebiete, Erschwerung des Familiennachzuges durch Verlängerung des Arbeitsverbotes für nachziehende Jugendliche und Ehepartner, drastische Kürzung des Kindergeldes für im Heimatland lebende Ausländerkinder, Einschränkung des Ausländerstudiums, ...). Die jüngsten Beschlüsse der Bundes- und Länderregierungen reihen sich auch hier ein. Gleichzeitig aber markieren sie eine neue Etappe staatlicher Ausländerpolitik. **Eindeutiger und um vieles brutaler als alle bisherigen Maßnahmen dokumentieren die neuesten Beschlüsse den endgültigen Übergang zu einer Politik, die dem Einsatz offen repressiver Methoden zur „Lösung" der „Ausländerfrage" den Vorzug gibt.** Der massenhafte Eingriff in die elementaren Menschen- und Lebensrechte der ausländischen Bevölkerung – die willkürliche Trennung ihrer Ehen und Familien – ist ein Vorgang, dem sich auch im Sinne der jahrelang betriebenen „Integrations"-Heuchelei kein „ausländerfreundlicher" Aspekt mehr abgewinnen läßt. Derartige Maßnahmen müssen zwangsläufig Angst, Unsicherheit und Widerstand der Betroffenen hervorrufen und sind auf Sicht schwerlich auf die „weiche Tour" durchsetzbar: Hierzu bedarf es des umfassenden Einsatzes nackter staatlicher Gewalt.

Die mit Beginn der 70er Jahre proklamierte „Integrations"-Politik, deren haltlose Versprechen und „Entwürfe" samt und sonders nicht eingelöste werden konnten, neigt sich damit unaufhaltsam ihrem Ende zu. Den Herrschenden aller Schattierungen ist ziemlich klar, daß in Gestalt der „Ausländerfrage" ein innenpolitischer Unruheherd heranwächst, in dem neben „normalen" Begleiterscheinungen jeder sozialen Verelendung (Anwachsen von Kriminalität) in erheblichem Maße auch politische Widerstandskräfte frei werden könnten. Ein Politik, die zunehmend rücksichtsloser dazu übergeht, „unproduktive" Ausländer und Familienangehörige einfach fernzuhalten oder gar rauszuschmeißen, wird diese Entwicklung nur noch beschleunigen und verschärfen (neben weiteren Restriktionen im Rahmen des Familiennachzuges sind zunehmend auch Modelle in der Diskussion, wie man sich der arbeitslosen Ausländer entledigen könne; vgl. hierzu auch obigen Kasten: „Die neuesten Ausländerbeschlüsse"). Und was dann passiert, hat der bereits zitierte „Ausländerexperte" im Bundesarbeitsministerium, Bodenbender, in seinen Ausführungen von 1976 in wünschenswerter Offenheit klargestellt:

„Dann bekäme die Bundesrepublik entweder 'amerikanische Verhältnisse' – mit allen Konsequenzen, die sich daraus für die innere Sicherheit unseres Landes ergäben – oder aber 'Schweizer Verhältnisse" mit ihren polizeilichen, z.T. rücksichtslosen Maßnahmen gegenüber den Ausländern" (42).

Es wird mehr oder weniger wohl auf beides herauslaufen.

Der BRD-Staat scheint jedenfalls für die sich abzeichnende Konfrontation bestens gerüstet. Nicht umsonst ist das ultrareaktionäre Ausländergesetz, mit seinen fast unbegrenzten Möglichkeiten zur Ausweisung mißliebiger Ausländer, selbst zu Hoch-Zeiten der sozialliberalen „Reformära" nicht angetastet worden. Stattdessen wurde Anfang der 70er Jahre noch das „Verfassungsschutz-Änderungsgesetz" beschlossen, durch das die umfangreiche Bespitzelung von Ausländern durch den westdeutschen Geheimdienst legalisiert wurde. Mit Sicherheit wird das Ausländergesetz, durch das den Ausländern elementare Grundrechte vorenthalten werden (es ermöglicht u.a. das Verbot jeder politischen Betätigung), im kommenden Jahrzehnt deutlich stärker als bisher zur Geltung kommen. Darüberhinaus soll in der nächsten Zeit noch über eine Erweiterung des „Katalogs der Ausweisungsmöglichkeiten" enschieden werden.

Auf einer Konferenz der CDU/

„Katalogs der Ausweisungsmöglichkeiten" enschieden werden.

Auf einer Konferenz der CDU/

CSU-Innenminister vom Sommer letzten Jahres wurde sogar gefordert, jede noch so geringe „rechtsstaatliche" Schranke gegenüber der Vollziehung von Ausweisungsverfügungen zu beseitigen: *„Die sofortige Abschiebung nach polizeilich festgestellten Verstößen bedeutet nach dem Willen der CDU/CSU-Innenminister, daß die Ausländerpolizei kein rechtskräftiges Gerichtsurteil abzuwarten braucht"* (43). (Der gesamte Komplex des juristischen und polizeilichen Apparats zur Unterdrückung von Ausländern soll an dieser Stelle nicht weiter thematisiert werden. Wir werden darauf später in einem gesonderten Beitrag zurückkommen.)

Zu den Absichten herrschender Ausländerpolitik zählt des weiteren der Versuch, das „Ausländerproblem" im Rahmen der allgemeinen imperialistischen Krisenpolitik nutzbringend auszuschlachten. Es ist sicherlich alles andere als zufällig, daß die angebliche „Belastung unserer Gesellschaft" durch ausländische Schüler, Arbeitslose, Krankengeldempfänger, Asylbewerber usw. usf. ausgerechnet zu einem Zeitpunkt hochgespielt wird, wo infolge der Krisen- und Kriegsvorbereitungspolitik der Bourgeoisie zunehmend auch wachsenden Teilen der „einheimischen" Bevölkerung einschneidende Verschlechterungen ihres Lebensstandards aufgebürdet werden sollen („Sparbeschlüsse", Reallohnabbau, Rationalisierungswelle mit stetig anwachsender Massenarbeitslosigkeit usw. usf.). **Es entspricht vielmehr der imperialistischen Logik des „Teile und herrsche", den hier lebenden Ausländern die Rolle des gesellschaftlichen Sündenbocks zuschustern zu wollen; die ebenso primitive und barbarische wie andererseits bewährte Methode einer Mobilisierung ausländerfeindlicher Emotionen soll und wird verstärkt zum Einsatz kommen, um die unausweichlich anwachsende Unzufriedenheit über die allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen auf die ausländische Minderheit umzulenken.** Während die „Terroristen" in den 70er Jahren für den präventiven Ausbau der staatlichen Unterdrückungsmaschinerie herhalten mußten, soll für die massenhaft spürbaren Auswirkungen herrschender Krisenpolitik der 80er Jahre das neue Feindbild „Ausländer" bzw. „Türke" mit auf den Weg geschickt werden.

Einen ersten größeren Schluck aus der Pulle der von oben verordneten Ausländerfeindlichkeit hat es bereits vor geraumer Zeit an der Frage der Asylbewerber gegeben. Ausdrücke wie „Asylschwindler", „Asylschnorrer", „Subventionsschwindler", „Schein-Asylanten", „Asylanten-Flut" u.dgl.m. gehören seitdem zum Standardrepertoire auch „seriöser" bürgerlicher Medien, von den dreckigen Ausfällen der Boulevard-Presse ganz zu schweigen („Bild"-Schlagzeile: „Tausende Sozialwohungen besetzt – von Asylanten").

Äußerungen wie die nachstehend zitierte Passage aus einem Bericht des **„Städte- und Gemeindebundes"** sind symptomatisch für das mittlerweile entfachte Klima der Asylanten- und Ausländerfeindlichkeit:

„Familien, die die erforderliche Miete für eine angemessene Wohnung oftmals nicht aufbringen können, sich deshalb in der Wohnungsgröße und im Wohnungskomfort einschränken müssen, sich ihren Unterhalt in täglicher Arbeit schwer verdienen müssen, haben schlicht kein Verständnis dafür, daß für Asylbewerber gleichsam auf Knopfdruck (!) *Wohnungen angemietet und möbliert werden, notfalls sogar Hotelzimmer zur Verfügung gestellt werden"* (44).

Anstatt also den Bau von mehr und billigeren Wohnungen zu fordern und zu fördern, sind sich die Herren Kommunaloberärsche nicht zu schäbig, ausgerechnet die Ärmsten der Armen auch noch aus den von ihnen „bewohnten" Abbruchhäusern zu vertreiben. Die Internierung von Asylanten in KZ-ähnlichen Sammellagern, ein für die BRD geradezu ungeheuerlicher Vorgang, hat sich im Gefolge einer so entfachten Asylantenhetze jedenfalls reibungslos durchsetzen lassen.

Eine neue Welle ausländerfeindlicher Propaganda war im Gefolge der jüngsten Ausländerbeschlüsse fällig. Die Bundesregierung selbst hat dabei die entscheidenden Stichworte geliefert. So wurde in der Begründung der entsprechenden Kabinettsvorlage ausdrücklich darauf hingewiesen, daß *„mit einem weiteren Ansteigen der Ausländerzahl bei ausbleibender Integration"* jene Schwelle erreicht werde, *„ab der das Unbehagen beträchtlicher Teile der deutschen Bevölkerung in offene Abwehrhaltung umschlägt. Die Folgen wären soziale und politische Spannungen, die den gesellschaftlichen Frieden in der Bundesrepublik gefährden würden"* (45).

und politische Spannungen, die den gesellschaftlichen Frieden in der Bundesrepublik gefährden würden" (45).

NRW-Arbeits- und Sozialminister **Farthmann (SPD)** sekundierte mit der Bemerkung, daß die *„bundesdeutsche Gesellschaft in ihrer Aufnahmefähigkeit restlos überfordert sei"*. Wenn der weitere Ausländerzuzug nicht umgehend gestoppt werde, so Farthmann, dann *„bekommen wir erst die richtige Ausländerfeindlichkeit, gegen die alle bisherigen vereinzelten Anfeindungen und Vorurteile nur ein harmloses Vorspiel waren"* (46).

Die CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten **Dregger, Spranger und Lorenz** setzten noch einen drauf und legten einen Entschließungsantrag vor, in dem gefordert wird, daß *„Bonn mit allen rechtlich und menschlich* (oho!) *vertretbaren Mitteln eine Entwicklung zum 'Vielvölkerstaat' "* zu unterbinden habe (47).

Bleibt schließlich noch die „FAZ" zu erwähnen, die den Rahmen ausländerfeindlicher Propaganda folgendermaßen absteckte:

„In der Bundesrepublik dürfte die soziale Integrationsfähigkeit sowie die ethnische Belastbarkeit erschöpft sein. Die deutschen (!) Sozialleistungen wie zum Beispiel das Kindergeld, das Krankengeld werden von vielen Ausländern mißbraucht. In den Kassen der öffentlichen Haushalte herrscht Ebbe, der Staat türmt immer höhere Schuldenberge. In den Ballungsgebieten ist von einer 'neuen Wohnungsnot' die Rede. Dabei strömen über die 'Familienzusammenführung' und oftmals in der Tarnung als Asylbewerber immer mehr Menschen aus immer ferneren Kulturkreisen nach Deutschland.

In dieser Lage kann die Indifferenz (!?) bei der Bevölkerung leicht in Unmut und Abwehr umschlagen. Es gibt zivilisierte Länder mit relativ hohem Wohlstand und anderer Ausländerpolitik, zum Beispiel Neuseeland: Es ist in der Fläche etwa so groß wie die Bundesrepublik, hat aber nur drei Millionen Einwohner – und es will weder 'Gastarbeiter' noch sonstige Einwanderer" (48).

Natürlich weisen durchweg alle Beteiligten – ob sie nun betont „völkische" Positionen wie Dregger, Spranger & Co. vertreten , oder ob sie der SPD und FDP angehören – den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit weit von sich. Im Gegenteil: Es gehe mit den jüngsten Ausländerbeschlüssen ja gerade darum, ein Anwachsen der Ausländerfeindlichkeit zu verhindern. Oder anders

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

ausgedrückt: Um die Ausländerfeindlichkeit im Zaum zu halten, seien ausländerfeindliche Maßnahmen eben unumgänglich. Entlang der ebenso dummen wie verfänglichen Gleichung – „weniger Ausländer = weniger Ausländerfeindlichkeit" (und umgekehrt) – werden die Opfer zu Hauptschuldigen erklärt, während die eigentlichen Triebkräfte des ansteigenden Fremdenhasses ungeschoren weiter wirken. Allein die Nichtverfolgung der zahllosen rassistischen Zirkel und Vereinigungen, die wie NPD, DVU usw. auf der „Ausländerfrage" ihr braunes Süppchen kochen, ist Beweis genug, daß den Herrschenden durchaus nicht daran gelegen ist, der Ausländerfeindlichkeit den Garaus zu machen. Anstatt eine massive gesellschaftliche Ächtung und Verfolgung fremdenfeindlicher Bestrebungen durchzusetzen, werden diese Strömungen hochoffiziell zur Legitimierung staatlicher Ausländerpolitik herangezogen. Damit sind – und dies ist eine durchaus neue „Qualität" – Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß anerkanntermaßen „politikfähig" geworden. Was das für die Zukunft bedeutet, läßt sich unschwer erahnen ...



Demonstration gegen den „Lummer-Erlaß"

Den Widerstand organisieren!

Spätestens mit den jüngsten Ausländerbeschlüssen ist die Herausbildung eines breit angelegten Widerstandes gegen die herrschende Ausländerpolitik zu einer Frage von unmittelbarer Aktualität geworden. Die Demonstration von über 20.000 Menschen in Westberlin, die bereits kurz nach Bekanntgabe des „Lummer-Erlasses" stattfand, hat signalisiert, daß zumindest Teile der unmittelbar Betroffenen nicht länger bereit sind, derart unerträgliche Verschlechterungen ihrer Lage weiterhin stillschweigend hinzunehmen. Dabei war auch die Westberliner Verfügung nur ein erster „Vorgeschmack" darauf, was den hier lebenden Ausländern zukünftig noch alles zugemutet werden soll.



Als sie begannen,
die Gastarbeiter rauszuschmeißen,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Gast-Arbeiter.
Als sie mich rausschmissen ...

Es läßt sich wohl die Prognose vertreten, daß für die 80er Jahre – immerhin ca 30 (!) Jahre nach Beginn der ersten Ausländeranwerbungen – die bis dato gewahrte „Ruhe an der Ausländerfront" ihrem Ende entgegengeht. Und dies nicht nur, weil die in der BRD heranwachsende nationale Minderheit immer weniger bereit sein wird, ihr Dasein als „Bürger zweiter Klasse" in schicksalhafter Ergebenheit hinzunehmen; der von der Bourgeoisie eingeschlagene Kurs zur „Lösung" des „Ausländerproblems", der für die Masse der Betroffenen nur mit weiteren Verschlechterungen verbunden ist, wird diese Menschen früher oder später dazu zwingen, sich ihrer Haut zu wehren.

Inwieweit dies bereits kurzfristig in massenhaften politischen Protesten seinen Ausdruck finden wird, ist allerdings fraglich. Erschwerend kommt jedenfalls hinzu, daß die ausländische Linke, hier insbesondere die türkischen und kurdischen Organisationen, in „ihrer" Bevölkerung in nur geringem Umfang verankert ist. Noch existiert eine spürbare Kluft zwischen zumeist politischen Emigranten bzw. den geringen Teilen von in weitestem Sinne sozialistisch orientierten und organisierten Arbeitsimmigranten und der Masse eher „unpolitischer" bis rückständiger Menschen. Dies ist nicht zuletzt auch Folge der kapitalistischen Anwerbepolitik, derzufolge die Rekrutierung von Arbeitskräften aus auch politisch „zurückgebliebenen" Regionen seinerzeit gezielt forciert wurde ...

Sichtbar ist zunächst allerdings eine in diesem Umfang bislang nicht vorhandene Bereitschaft der fortschrittlichen ausländischen Gruppierungen, gemeinsam gegen die Ausländerbeschlüsse vorzugehen. In Hamburg, wo ein Bündnis von mittlerweile fast 60 (!) Organisationen, Vereinen, Initiativen, Komitees usw. für den 30. Januar eine Protestdemonstration vorbereitet, sind allein über 20 ausländische Gruppierungen unterschiedlichster politischer Herkunft vertreten (Türken, Kurden, Spanier, Griechen, Portugiesen u.a.), die Initiativen, in denen Ausländer und Deutsche zusammenarbeiten, erst gar nicht mitgezählt.

Es ist zweifellos richtig, daß der Kampf gegen die besondere Unterdrückung der nationalen Min-

Es ist zweifellos richtig, daß der Kampf gegen die besondere Unterdrückung der nationalen Min-

derheit in diesem Land nicht stellvertretend „für" diese Menschen geführt werden kann. Dies kann die faktische Ignoranz, die weite Teile der westdeutschen linken und alternativen Szene in Sachen „Ausländerfrage" bzw. „nationale Frage" bislang an den Tag gelegt haben, allerdings nicht im geringsten rechtfertigen. Der Plan der Bourgeoisie beinhaltet, das „Ausländerproblem" durch eine Kombination polizeistaatlicher Unterdrückungsmethoden und Anheizung ausländerfeindlicher Strömungen „krisengerecht" in den Griff zu bekommen. Daß eine so geartete gesellschaftliche Formierung, die nicht weniger als nahezu 5 Millionen „Bürger 2. Klasse" in Schach zu halten hätte, letztendlich das „Aus" für jede demokratische Bewegung in der BRD bedeuten würde, liegt auf der Hand. Mit der bislang geübten Zurückhaltung wird diese Entwicklung nicht aufzuhalten sein; die „nationale Frage" erfordert die Aufmerksamkeit und das volle Engagement aller in der BRD existierenden Organisationen und Bewegungen des linken bzw. demokratischen Protests.

AG Ausländer des KB

Quellenangaben und Anmerkungen

1. Gemäß EG-Bestimmungen haben Bürger aus EG-Staaten das Recht, sich in jedem der angeschlossenen Länder niederzulassen und eine Beschäftigung aufzunehmen. Dies gilt allerdings nicht für das jüngste EG-Mitglied Griechenland, wo sich die Bundesregierung bislang erfolgreich gegen die Übernahme dieser Regelung gesträubt hat (ähnliche „Schwierigkeiten" sind im Falle der angestrebten EG-Mitgliedschaft Spaniens und Portugals zu erwarten; als sicher darf ferner gelten, daß die BRD-Imperialisten auch den diesbezüglichen Teil des 1963 zwischen der EG und der Türkei abgeschlossenen Assoziationsabkommens brechen werden: Dieses Abkommen sieht für 1986 die Einführung der Freizügigkeit im Rahmen der EG für Bürger aus der Türkei vor.).
2. entfällt
3. Lieselotte Funcke, Überlegungen zur Weiterentwicklung der Ausländerpolitik, in: ZAR – Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik Nr. 2/3/81, S. 84
4. ebenda, Hervorhebung d. d. Verf.
5. ebenda
6. *„Bei der Behandlung des Ausländerproblems, insbesondere in bezug auf ihre Funktion als mobile Reservearmee und als Quelle von Extraprofit muß unterschieden werden einerseits zwischen Bürgern aus EG-Staaten und sonstigen Nachbarländern der Bundesrepublik (Schweiz, Österreich, auch USA u.a.), die ohne besondere vertragliche Vereinbarung in der BRD arbeiten, und andererseits der überwiegenden Masse der Ausländer aus den Anwerbestaaten. Die erste Gruppe spielt zahlenmäßig eine untergeordnete Rolle. (...) Die statistische Auftellung der beschäftigten ausländischen Lohnabhängigen nach ihrer Herkunft zeigt, daß mehr als drei Viertel (1974 allerdings sogar 82 Prozent) zu den typischen 'Gastarbeitern' aus sechs Ländern zählen (Türkei, Jugoslawien, Italien, Griechenland, Spanien, Portugal; Anm. AK), etwa ein Viertel entstammt 42 übrigen Staaten in Europa, Afrika, Asien, Amerika und Australien. 'Die statistische Vermischung der beiden Gruppen dient vor allem dazu, ein besseres Bild von der Lage der ausländischen Arbeiter zu schaffen, weil beide Gruppen in ihrer Lage nur begrenzt vergleichbar sind, und die zweite Gruppe in einer wesentlich besseren Situation arbeitet und lebt'"* (Bech, Faust: Die sogenannten Gastarbeiter, S. 29 f.).
7. Karl Marx, Das Kapital (Erster Band) MEW Bd. 23, S. 664
8. ebenda, S. 661
9. ebenda, S. 666
10. ebenda, S. 668
11. zit. bei Knuth Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat/Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik

10. ebenda, S. 668
11. zit. bei Knuth Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat/Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik

und Ausländerrecht. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland, Königstein/Ts. 1981, S. 171f.
12. Rüdiger Bech, Renate Faust, Die sogenannten Gastarbeiter, Ausländische Beschäftigte in der BRD, Frankfurt a.M. 1981, S. 24
13. Goldberg u.a., Arbeitslosigkeit. Ursachen – Entwicklung – Alternativen, Frankfurt/M. 1977, zit. bei Bech/Faust, S. 24
13a. Vergl. Bech/Faust, S. 18
14. ebenda, S. 48
15. S. Geiselberger (Hrsg.), Schwarzbuch. Ausländische Arbeiter, Frankf./M. 1972, zit. bei Bech, Faust, S. 48
16. zit. bei Dohse, S. 226
17. L. Elsner, Fremdarbeiterpolitik in Westdeutschland, Berlin/DDR 1970, zit. bei Bech, Faust, S. 57
18. „der arbeitgeber" Nr. 3/32 – 1980
19. Rolf Weber, BDA, in „der arbeitgeber" Nr. 3/32 – 1980
20. J. Nitsche, Die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte in der BRD, in: IPW-B. 4/1975, zit. bei Bech, Faust, S. 55
21. Bech, Faust, S. 77f.
22. zit. bei Bech, Faust, S. 78
23. Bech, Faust, Sl 79f. Zwar hat es in dieser Angelegenheit durch das Urteil des Bundessozialgerichts v. 29.1.77 eine gegenteilige „Grundsatzentscheidung" gegeben. Auch diese wird aber, wie die Praxis zeigt, durch Arbeitsämter umgangen (vgl. u.a. Bech/Faust, S. 120f.)
24. W.I. Lenin, Zur Revision des Parteiprogramms, LW Bd. 26, S. 155
25. Dohse, S. 303f.
26. ebenda, S. 308
27. zit. bei Dohse, S. 308
28. zit. in der „taz" v. 26.11.81
29. zit. bei Dohse, S. 304
30. Dohse, S. 305
31. zit. bei Haris Katsoulis, Bürger zweiter Klasse. Ausländer in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1978, S. 165
32. zit. bei Dohse, S. 422f.
33. „Blick durch die Wirtschaft" v. 15.10. 70, zit. bei Bech/Faust, S. 49
34. Repräsentativuntersuchung '80 zur Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland, veröffent. in „ZAR" Nr. 2/3/81, S. 78ff.
35. Jan Vink, Die Berufsausbildung. Das dunkelste Kapitel deutscher Ausländerpolitik, in: „Materialien zur Berufsvorbereitung und Berufsausbildung ausländischer Jugendlicher", Dokumentation des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Bonn 1981, S. 96
36. Ursula Hecker, Untersuchung der Bildungssituation ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland. Untersuchungsergebnisse aus Nordrhein-Westfalen, in: AWO-Dokumentation, S. 116
37. Vink, AWO-Dokumentation, S. 97f.
38. Dohse, S. 305
39. Bech, Faust, S. 143
40. ebenda, S. 149
41. „Frankfurter Rundschau" v. 23.12.81
42. zit. bei Dohse, S. 423f.
43. „FR" v. 17.7.81
44. zit. in: „Der Spiegel", Nr. 50/1981
45. „FAZ" v. 12.11.81
46. „FR" v. 11.11.81
47. „FR" v. 2.12.81
48. „FAZ" v. 9.11.81

Mit Vorurteilen auseinandersetzen!!

Seit über einem Jahr gibt es die wiederbelebte Krüppel- bzw. Behindertenkommission im KB. Sie hat die AK-Leserschaft des öfteren dazu aufgefordert, sich an der Diskussion um die Krüppelfrage zu beteiligen.

Nun haben sich zwei Nichtbehinderte aufgerafft, dazu etwas zu schreiben, auf den Kulturseiten zwar (AK 212 und AK 215), anläßlich der Verwendung des Begriffs „Krüppel" in einem Lied der ‚bots', aber immerhin......

I.

Bevor ich auf die umstrittene Stelle im bots-Lied konkret eingehe, muß wohl noch grundsätzlich einiges zum „Krüppel"-Begriff gesagt werden. Krüppelsein bedeutet in dieser (kapitalistischen) Gesellschaft, aufgrund von Regelwidrigkeit und der daraus folgenden verringerten Produktivkraft ausgesondert, entrechtet, diskriminiert und entmündigt zu werden.

Legalisiert wird diese Unterdrückung durch das Schwerbehindertengesetz (SchbG) und das Bundessozialhilfegesetz (BSHG), in denen es heißt: *„Schwerbehindert im Sinne dieses Gesetzes sind Personen, die körperlich, geistig oder seelisch behindert und infolge ihrer Behinderung in ihrer Erwerbsfähigkeit nicht nur vorübergehend um wenigstens 50% gemindert sind...."* (§ 1 SchbG) und in der Eingliederungsverordnung nach § 47 BSHG: *„Körperlich wesentlich behindert.... sind Personen, bei denen infolge einer körperlichen Regelwidrigkeit die Fähigkeit zur Eingliederung in die Gesellschaft in erheblichem Umfang beeinträchtigt ist."* Demgegenüber will Lerryn den Begriff Krüppel *„absolut unbiologisch-unmedizinisch und nur sozial"* sehen, der Begriff gilt demnach nur als Synonym für „Opfer" mit „negativer Wortbedeutung".

der Begriff gilt demnach nur als Synonym für „Opfer" mit „negativer Wortbedeutung".

Diese Interpretation besagt alles und nichts, der Begriff „Krüppel" kann somit beliebig angewandt werden.

So behauptet Lerryn: *„Diese Gesellschaft schafft Krüppel, seelische, soziale, usw. Ein gradgewachsener, blond-blauäugiger SA-Mann kann ein Krüppel sein, und ein körperlich Behinderter ist es nicht."* Ebenso gäbe es diese *„gesellschaftlich geschaffenen Krüppel.....selbst bei den Unterdrückern."* Als Beispiel wird ein Fußballspieler angeführt, der einen anderen brutal zusammentritt und vom Publikum als „Krüppel" beschimpft wird.

Legitimiert wird diese Begriffsdeutung damit, daß sie *„alltagsauthentisch"* sei.

Lieber Dieter, du zerpflückst einen Begriff, wendest ihn auf alles Mögliche und Unmögliche an und heraus kommt Widersprüchliches.

Erkläre doch bitte einmal, warum du die Verständnisvariante *„ein Krüppel versteht nicht, wer gewinnt und wer zahlt"* behindertenfeindlich findest, im Gegensatz zu deiner Verständnisvariante: *„es handelt sich um einen solchen Krüppel, der es nicht versteht.....D.h. dieser Krüppel ist soweit, daß die herrschenden Verwaltungsorgane meinen, ihn für dumm verkaufen zu können."*

Abgesehen davon, daß du zuvor explizit erklärst, daß der Begriff „Krüppel" nicht als Behindertensynonym genommen werden darf, personalisierst du hier lediglich, erklärst aber nichts. Weil du den Begriff auf alles Mögliche anwendest, findest du *„es auch nicht gut, daß Behinderte in so einer Art Trotz gegen das Behinderten-Jahr sich selbst Krüppel nennen."*

Gleichzeitig hast du eingesehen, daß *„der gepflegte Umgang mit Sprache á la ‚Behinderte' statt Krüppel Heuchelei"* ist.

Genau deshalb haben wir uns den Begriff „Krüppel" zurückerobert, nicht als Ausdruck von Trotz gegen das UNO-Jahr, wie du behauptest.

Diesen Begriff gibt es übrigens schon länger: Seit Anfang 1980 gibt es die „Krüppel-Zeitung", seit spätestens AK 177 ist der Begriff „Krüppel" auch hier in Gebrauch.

Wir nennen uns Krüppel, weil der euphemistische Begriff „Behinderte" nichts an unserer Lage geändert hat.

Deutlich wird dies, wenn wir uns einmal den „Grundriß der Krüppelfürsorge in Preußen und im Deutschen Reich" von Prof. Dr. Konrad Biesalski vornehmen: *„Ein heimbedürftiger Krüppel ist .... in dem Gebrauch seines Rumpfes oder seiner Gliedmaßen behinderter Kranker, bei welchem die Wechselwirkung zwischen dem Grad seines Gebrechens (einschließlich sonstiger Krankheiten und Fehler) und der Lebenshaltung seiner Umgebung eine so ungünstige ist, daß die ihm verbliebenen geistigen und körperlichen Kräfte zur höchstmöglichen wirtschaftlichen Selbständigkeit nur in einer Anstalt entwickelt werden können, welche über eigens für diesen Zweck notwendige Vielheit ärztlicher und pädagogischer Einwirkungen gleichzeitig verfügt."*

Die Situation ist also die gleiche geblieben, lediglich die Begriffe haben sich verändert; für Anstalten haben wir heute das Wort „Rehabilitationseinrichtungen", für „Gebrechen" „Behinderung", für „ärztliche und pädagogische Einwirkung" gibt es den Begriff „Therapie".

Mit der Benutzung des Begriffs Krüppel wollen wir die Dinge beim Namen nennen, wachrütteln und den gesellschaftlichen Verhältnissen den Kampf ansagen. Kampf gegen gesellschaftliche Verhältnisse heißt

Ihr seid krank
sagen sie
kaum richtige Menschen
sagen sie;
eigentlich ein Versehen...

Nicht so ganz echt
sagen sie
aber nunmal da
sagen sie;
eigentlich schade...

Es war das gleiche

Es war das gleiche

Lachen
das ich von euch hörte
und die gleiche Sehnsucht
die ich sah
in euren Augen...

Ach Schwester,
lieber Bruder
die ihr behindert seid
und nicht
in deren Schema paßt...

Vergebt ihnen,
die so reden...

Sie sind krank,
kaum richtige Menschen;
eigentlich ein Versehen...

nicht so ganz echt,
aber nunmal da;
— eigentlich schade...

Volker Dangers

für uns aber nicht nur Ankämpfen gegen „kapitalistische Sachzwang-Behinderungen" (wobei du noch genauer definieren solltest, was du damit meinst), sondern auch Ankämpfen gegen ein bestimmtes Bewußtsein, welches einhergeht mit den unveränderten ökonomischen Bedingungen!

Dieses Bewußtsein kennzeichnet sich durch Angst und Distanzierung von Krüppeln, welche auch im Mitleid und karitativen Helfenwollen ihren Ausdruck finden. Anstatt sich mit der Krüppelfrage konstruktiv auseinanderzusetzen (auch im Hinblick auf eigene Norm- und Wertvorstellungen), setzt sich ein Verdrängungsprozess in Gang, aus dem letztendlich die Befürworter der sozialen Euthanasie bis hin zu Befürwortern von Beseitigung von Krüppeln – in Form von „Endlösungen" – hervorgehen.

Mit dem Begriff Krüppel versuchen wir nicht, dessen negative Wortbedeutung „ins Positive zu wenden", allerdings geht mit dem Bekennen zum Krüppelsein die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

Entwicklung eines Krüppel b e - w u ß t s e i n s einher; ein notwendiger Schritt, wenn wir uns nicht mehr über unsere „Behinderung" schämen wollen, wenn wir eigene Normen und Werte entwickeln wollen, anstatt den zum Scheitern verurteilten Wettkampf mit Nichtbehinderten aufzunehmen. (Diese Prozesse sind sehr wohl mit denen in der Schwulenbewegung vergleichbar, oder meinst du, Schwule tragen rosa Winkelplaketten, weil sie die Farbe rosa so schön und die Winkelfigur so reizend finden ?).

Und noch ein weiterer Aspekt ist bei der Verwendung des Begriffs Krüppel wichtig: Damit machen wir einen klaren Unterschied zwischen NB (Nichtbehinderten) und Krüppeln, dessen Grenze zwar schwer zu ziehen ist, dem Trend des „Wir sind doch alle behindert" allerdings eine klare Absage erteilt.

Natürlich kann der Begriff „behindert" heute auf alle Menschen angewandt werden, weil jede/r dem kapitalistischen Konkurrenzkampf unterliegt, somit in seiner/ihrer Entfaltung behindert und gehindert wird, ein menschliches Leben zu führen (.....im Radio werden gerade Behinderungen auf der Autobahn durchgegeben....). Diese beliebige Verwendung dient aber lediglich dazu, sich der sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Krüppel zu entziehen, und, was m.E. wesentlich schlimmer ist, über die reale Aussonderungssituation in der BRD hinwegzutäuschen.

Deine Interpretation des Begriffs Krüppel, Lerryn, die Reduzierung auf das Opfersein, ist nur eine Variation des oben Beschriebenen.

II.

„Ich muß wohl lauter werden, ich bin auch was wert. / Denn verdammt,

„Ich muß wohl lauter werden, ich bin auch was wert. / Denn verdammt,
bin ich ein Krüppel, / der es nicht versteht, wer gewinnt und wer zahlt ?/ Es kotzt mich an, immer weiter herumgeschubst zu werden / zwischen Sozial- und Arbeitsamt, wie ein wehrloser Ball."

Auch ich bin gegen die Verwendung des Begriffs Krüppel in diesem Lied der bots. Zwar halte ich den Denkprozeß von Henning Venske, „der gepflegte Umgang mit Sprache a la ‚Behinderte' statt ‚Krüppel' ist Heuchelei", für einen Fortschritt, doch hebt der Zusammenhang, in dem der Begriff verwandt wird, dies wieder auf.

Der Begriff Krüppel soll „authentisch, also in seiner vollen alltäglichen Brutalität" benutzt werden. Aber nicht, um die alltägliche brutale Situation eines Krüppels aufzuzeigen, sondern die eines nichtbehinderten Arbeitslosen.

Zur „zugespitzten Darstellung des Elends, brutal und ungeschminkt", paßt dieser Begriff allemal, auch halte ich diese Form von Darstellung nicht für unsinnig, nur trifft die Feststellung von Hp. aus Bremen an dieser Stelle ins Schwarze, wenn er schreibt, daß *„gängige behindertenfeindliche Vorurteile unkritisch reproduziert werden."* Die Kampfansage, die mit diesem Text provoziert wird, ist ja keine Kampfansage an die krüppelfeindliche Situation im Lande, sondern an die Situation von Arbeitslosen und, das ist das Schlimme daran, in A b g r e n z u n g zu Krüppeln.

Daß der Krüppelbegriff im Lied nicht Behinderte meint, kann ich schon wegen der Adjektive, mit denen dieser geschmückt ist, nicht glauben. „Etwas wert" sein ist nicht nur „Warensprache", sondern assoziiert auch „lebenswert-lebensunwert"; „der es nicht versteht", der ist halt dumm und „wehrlos". Dies sind jene Vorurteile, mit denen wir zu kämpfen haben.

In einem Krüppellied würde die Benennung dieser Vorurteile etwas auslösen, so wie das sicherlich auch in dem Lied „Ali Kümmeltürke" der Fall sein wird. Allerdings wäre es ausländerfeindlich zu sagen/singen: „.....ich bin auch was wert, denn, verdammt, bin ich denn ein Kümmeltürke?" und frauenfeindlich: „....denn verdammt, bin ich denn eine Frau, die nicht versteht, wer gewinnt und wer zahlt?". Dieses Spielchen ließe sich beliebig fortsetzen.

Voruteile benutzen heißt noch lange nicht, daß sie als solche entlarvt werden, daß an ihnen gearbeitet wird. Eine Kampfansage zu einem Problem zu provozieren, indem ein Vorurteil aus einem ganz anderen Bereich benutzt und übernommen wird, hat sehr wenig mit Erkenntnis und viel mit Indoktrination zu tun.

Eine Genossin der Krüppelkommission

Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen (BAF) vom 19. bis 21. März in Osnabrück

Nach mehreren Vorbereitungstreffen, an denen bis über 30 Gruppen aus verschiedenen Städten teilgenommen haben, ist nun die Diskussion um die Planung und das Programm des Bundeskongresses erstmal abgeschlossen: der Kongreß steht. Das „Angebot" an Themen ist so breit und so offen gehalten, daß es für alle aktiv in der Friedensbewegung Arbeitende wohl ‚etwas bietet'. Darüberhinaus kann natürlich jede Ini/Gruppe mit eigenen Vorschlägen kommen. In diesem Sinne hoffen alle bisher an der Planung des Bundeskongresses Beteiligten, daß die „BAF-Initiative" überall in den Gruppen diskutiert wird und sich noch in die Vorbereitung mit Thesenpapieren, Aktionsvorschlägen etc. eingeklinkt wird.

Nachdem vor Weihnachten der Text für den Aufruf des Kongresses, der von uns in AK 214 auf Seite 3 dokumentiert worden ist, verabschiedet wurde, fand am letzten Wochenende (16./17.1. in Osnabrück) das letzte Vorbereitungstreffen vor dem Bundeskongress statt. Dort sollte über die bisher erfolgte Resonanz auf die „BAF-Initiative", über Ziele und Gestaltung des Kongresses und über Aktionsplanungen gegen den SPD-Parteitag gesprochen werden.

Anwesend waren rund 100 Leute aus 34 Gruppen, darunter bemerkenswert viele Leute aus „autonomen" und aus „antiimperialistischen" Gruppen, die sich offensichtlich durch den Aufruftext (zu einem „Kongreß aller autonomen Friedensinitiativen") angesprochen fühlten.

Zum Stand der „BAF-Initiative" erläuterte die Osnabrücker Vorbereitungsgruppe (Mitglieder der Osnabrücker Friedensinitiative – OFRI), es hätten sich nach der Weihnachtspause bislang 105 Gruppen mit rund 150 Teilnehmern angemeldet. Was die Kosten angeht, kalkulieren sie mit etwa 10.000 Mark, die hauptsächlich für den Reader (Vorbereitungsmappe), aber auch für Flugblätter, Plakate usw. aufgewendet werden müßten. Deshalb sind – neben der inhaltlichen Vorbereitung – reichlich Spenden erforderlich.

In der anschließenden Debatte über die Zielsetzung und die Durchführung des Kongresses prallten die unterschiedlichsten Vorstellungen aufeinander. Kontrovers gesehen wurde die Frage, ob ein solcher Kongreß zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt durchgeführt werden solle. Da wurde z.B. vertreten, ein Bundeskongreß könne erst langfristiges Ziel eines Prozesses gemeinsamer praktischer Arbeit und damit Zusammenwachsens von Friedensinis sein. Kontrovers war auch die Frage, wie groß das Spektrum der Teilnehmer/innen des Kongresses sein solle. Insbesondere einige „antiimperialistische Frauen" vermittelten hier den Eindruck, daß Hauptinhalt des Kongresses „der konsequente antiimperialistische Kampf" (in ihrem Sinne verstanden) sein sollte, und dafür bräuchten sie natürlich auch entsprechende Teilnehmer/innen, die solch einen Kurs mitmachen...

Fast zum Platzen der gemeinsamen Vorbereitungen kam es schließlich, als eine Vertreterin der „Frauen gegen den imperialistischen Krieg" (Hamburg) zu einem „antiimperialistischen Fraktionstreffen"aufrief. Dort sollte unter anderem über das Verhältnis zu den Befreiungsbewegungen in Europa (wie ETA, IRA, INLA), über das Verhältnis zu den politischen Gefangenen und Elemente „antiimperialistischer Strategie" debattiert und das Ganze dann auf dem Bundeskongreß als Arbeitsgruppe angeboten werden (wobei diese Art Vorgehen natürlich gegen das Prinzip der Offenheit der Vorbereitung verstößt). Nachdem sich dann endlich darauf geeinigt wurde, den Kongreß weiterhin gemeinsam zu planen, k e i n e Strömung auszugrenzen und die Antiimpi-Frau schließlich auch erklärte, daß sich an der Vorbereitung ihrer AG alle beteiligen könnten, konnte daran gegangen werden, das Programm des Bundeskongresses aufzustellen (siehe Kasten).

In der Diskussion um die praktische Orientierung, die sich für den Bundeskongreß jetzt doch erstmal durchgesetzt hat, waren noch einige neue recht diskutierenswerte Vorschläge: so wurde darauf hingewiesen, daß die geplante Stationierung der Mittelstrekenraketen ja allerorten Infrastruktur- und Baumaßnahmen erfordert – das sollte doch zu denken und zu handeln Anlaß geben. Schließlich war noch in der Diskussion z. B. im Herbst an fünf Standorten Massenaktionen durchzuführen.

Zurück zu den Arbeitsgruppen. Papiere/Stellungnahmen/Darstellungen sollen bis zum 12. Februar (in druckfähiger Form, maximal drei Seiten) vorliegen. Für die Vorbereitungsmappe/Reader gibt es ein Redaktionstreffen am 13. Februar um 13 Uhr in Osnabrück (ESG, Parkstr. 19).

Kontaktadresse:
Gabi Nickstadt
Dielinger Str. 43
4500 Osnabrück
Tel.: 0541 – 28426
Mo – Fr: 16.00 – 20.00 Uhr

Spendenkonto:
Friedenskongreß
Ko.Nr. 3207255
Stadtsparkasse Osnabrück

V o r l ä u f i g e s   P r o g r a m m
des
BUNDESKONGRESSES DER AUTONOMEN FRIEDENSINITIATIVEN (BAF)
vom 19. – 21. März 1982 in Osnabrück
verabschiedet bei dem Vorbereitungstreffen vom 16./17.2.1982 in Osnabrück

Freitagabend 19.3.82 – Kulturprogramm
- Kurzes Einleitungsreferat: Bedeutung und Aufgaben des BAF für die Friedensbewegung.
- 10 für die Friedensbewegung repräsentative und wichtige Aktionen und Initiativen einschließlich ihrer politischen Begründung sollen sich jeweils 10 Minuten vorstellen. Anschließend Diskussion. Vorschläge erbeten.

Samstag 20.3.82 – Diskussion in Arbeitsgruppen
Folgende AGs wurden auf dem Vorbereitungstreffen benannt:

Ursachen der Kriegsgefahr, herrschende Militär- und Sicherheitspolitik
- AG 1 – Warum ist der Frieden in Gefahr? (Bunte Liste Freiburg, Fischerau 6, 78 Freiburg)
- AG 2 – Geschichte und Ursachen der Militärblöcke (OFRI, Rolf Wortmann, Lotter Str. 18, 45 Osnabrück)
- AG 3 – Innerimperialistische Gegensätze (Autonomes Plenum, AP bei AKU, Marienstr.20 56 Wuppertal)
- AG 4 – Imperialistische Rolle der BRD im Nahen Osten (AntiMil Arbeitskreis Bonn, Buchladen 46, Kaiserstr. 46, 53 Bonn 1)

Friedenspolitik, Konzepte und Strategien der Friedensbewegung
- AG 5 – Atomfreie Zone in Europa, Blockfreiheit, Neutralität (OFRI; Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Antikriegsgruppe,Claudia Hansen, Fögeweg

- AG 5 – Atomfreie Zone in Europa, Blockfreiheit, Neutralität (OFRI; Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Antikriegsgruppe,Claudia Hansen, Fögeweg
14 a, 34 Göttingen)
- AG 6 – Einseitige Abrüstung, Entmilitarisierung (Hamburger Friedenskoordination, Bernd Kruse, Jungfrauenthal 16, 2 Hamburg 13)
- AG 7 – Frieden schaffen ohne Waffen (?
- AG 8 – Soziale Verteidigung (Aachener Friedensbewegung (AFI), Günter Schabram, Postfach 884, 51 Aachen)
- AG 9 – Perspektiven der Friedensbewegung (Anti NATO Gruppe Hamburg, Robert Schrader, Hamburger Berg 15, 2 Hamburg 4)
- AG 10 – Krieg nach Innen (Autonomes Plenum (AP) bei AKU,Marienstr.20,56 Wuppertal)

Bündnispolitik der Friedensbewegung
- AG 11 – Internationalismus der Friedensbewegung (?
- AG 12 – Anti AKW und Friedensbewegung (?
- AG 13 – Friedensbewegung und antiimperialistische Bewegung (Frauen gegen imperialistischen Krieg, Frauenbuchladen, Bismarckstr. 98, 2 Hamburg 19)
- AG 14 – SPD und Friedensbewegung (Hamburger Friedensbewegung,Bernd Kruse,s.AG6)
- AG 15 – Polen (?

Widerstandsformen, Aktionen und Verweigerungskampagnen
- AG 16 – Gewaltfreie Aktionen oder Gegengewalt (?
- AG 17 – Infrastrukturmaßnahmen der NATO/NATO-Langzeitprogramm,allgemeine und regionale Aktionen (Krieg dem Krieg, Bremen, BBA-Laden, St. Pauli Str. 28, 28 Bremen 1)
- AG 18 – Überregionale Aktionen 1982 (NATO Manöver/Waffen Elektr.Messe-Hannover/ Veranstaltungen von Parteien und Kirchentagen/Atomfreie Kommunen) (?
- AG 19 – Strategie gegen Raketen bis 1983 (?
- AG 20 – Widerstand der Frauen gegen Militarismus (Hamburger Friko u.Wuppertal,s.o.)
- AG 21 – Verweigerungskampagne/Ziviler Ungehorsam (?
- AG 22 – Gesundheit und Militarismus, Gesundheitssicherstellungsgesetz (Ärzte-initiative, Hamburg 1)
- AG 23 – Wehrkundeunterricht oder Friedenspädagogik (Bunte Liste Freiburg,s.o.; Gruppe Ahaus (Friedenspäd.) Norbert Heiny, Hindenburgallee 18, 4422 Ahaus)

Wichtiger Hinweis: In allen AGs wird gleichzeitig auch zu folgenden schwerpunktübergreifenden Fragen: Wie geht es weiter, was ist gegenwärtig unser Konsens, wie koordinieren wir die Arbeit der lokalen Initiativen, diskutiert.

Vereinbarungen:
- Zu einzelnen AGs werden keine Referenten eingeladen, die Teilnahme von erfahrenen und kompetenten Angehörigen der Friedensbewegung an den Diskussionen der AGs wird begrüßt.
- Die AGs werden jeweils von Initiativen, die sie vorschlagen, verantwortlich vorbereitet und durchgeführt. Für die Zahl und Themen der AGs, sofern die Themen dem Inhalt des Aufrufs nicht widersprechen, sind bis Kongreß-Beginn keine Beschränkungen gesetzt. Eingangstermin für die Aufnahme ins Programm: 12.2.1982.
- Ein Reader soll hergestellt und verschickt werden. In dem Reader sollen vor allem Thesenpapiere, Stellungnahmen und Darstellungen zu einzelnen Schwerpunktthemen der AGs bzw. schwerpunktübergreifende Fragen aufgenommen werden. Der Umfang der Papiere darf 3 Seiten nicht überschreiten. Nur druckfähige Vorlagen können berücksichtigt werden. Eingangstermin: 12. 2. 1982.
- Über Auswahl der Vorlagen und Gestaltung des Readers entscheidet die Redaktionskonferenz (bestehend aus je einem Vertreter der AGs), die am 13.2.1982, um 13.00 Uhr, in Osnabrück, ESG, Parkstr. 19, tagt.
- Die Teilnahme von lokalen und überregionalen Kultur- und Künstlergruppen in der Friedensbewegung wird begrüßt, Ausstellungen, Filme etc. erwünscht.
- SPD-Parteitag, April 1982 in München. Aus Zeitgründen konnte darüber in Osnabrück nicht beraten werden. Der Aufruf der Hamburger Friedenskoordination wird mit dieser Post allen Initiativen zugesandt.

Am Vorbereitungstreffen in Osnabrück haben folgende Gruppen teilgenommen:

Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI); Aachener Friedens-Initiative (AFI); Göttinger AK gegen Atomenergie, Antikriegsgruppe; AGIL-AG Frieden, Göttingen; KBW, Göttingen; Marxistische Gruppe, Bremen; Friedens AG, Bewegung 11.11., Bünde; autonom, Melle; "Studien von Hitfragen", 3057 Neustadt; Lateinamerika-Komitee Osnabrück; Fight Back, Heidelberg; ATIF (Föderation der Arbeiter aus der Türkei), Duisburg; Gruppe Delmenhorster Antimilitarist(inn)en, Delmenhorst; Gruppe Ahaus (Friedenspäd.), Ahaus; Frankfurter Initiative 'keine NATO-Startbahn, keine Startbahn West', Frankfurt/M; Autonomes Plenum der AKW-Gruppen, Hamburg, (AK politische Ökologie Hbg.); Autonomes Plenum Kiel; Autonomes Plenum Ostholstein, Nanndorf; Autonomes Plenum AKU/AP Wuppertal; KBW-Bundesleitung, Aachen; Montagsplenum i. KUNIK, Hildesheim; antifaschistischer Arbeitskreis Osnabrück; Russel-Komitee Hannover; Anti-mil. Arbeitskreis Bonn; Selbstorg. der Zivildienstleistenden, Hamburg; Hamburger Friedenskoordination; AG Frieden der AL Hamburg; "Christen in der Verantwortung", Hamburg; ESG-Friedenskoordination, Frauen gegen Krieg + Militarismus, Hamburg; Anti-NATO-Gruppe Hamburg; BBU, Hannover; Frauen gegen imperialistischen Krieg, Hamburg; Theologische Kommission ESG Göttingen; Bürgerinitiative Umweltschutz Oldenburg; AK polit. Ökologie (autonome Gruppen in der BUU/BBU) Hamburg; Krieg dem Krieg Bremen; El-Salvador-Komitee, Frankfurt/M; Graswurzelrevolution, gewaltfreie Aktion, Hamburg; Freie Arbeiter Union FAU, Hamburg; Autonome Lübeck; AG Braunschweiger Friedenstage, Braunschweig; AKU (Arbeitskreis Umwelt) Gütersloh; Grüne/Russel, Sulingen; Für 'Ent-Rüstung', Dortmund

Hinweis:

Das Kongreß-Vorbereitungskomitee in Osnabrück weist noch einmal darauf hin, daß die erfolgreiche Durchführung des Kongresses, entsprechend der Ursprünglichen Intention der BAF-Initiative, entscheidend von der Teilnahme eines breiten Spektrums der Friedensbewegung abhängt. Um ein Scheitern der Initiative zu verhindern, wird es dringend notwendig sein, daß – über das gegenwärtig erreichte Spektrum hinaus – erheblich mehr und bedeutende Initiativen ihre Teilnahme und aktive Mitarbeit an der Kongreßvorbereitung möglichst bald zusagen.

Osnabrück, den 21. Januar 1982
Spenden dringend notwendig!
Spendenkonto: Friedenskongreß, 3207255 Stadtsparkasse Osnabrück

Das Kongreß-Vorbereitungskomitee
Kontaktadresse:
Gaby Nickstadt
Dielingerstr. 43, 4500 Osnabrück
Tel. 0541/28426

Anzeige

Friedenskonferenz am 6. und 7. Februar in Bonn

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), beide Veranstalter der großen Demonstration in Bonn, laden zu einer „Aktionskonferenz gegen Atomwaffen in Europa, insbesondere gegen neue Mittelstreckenraketen" für den 6. und 7. Februar nach Bonn ein. Nach Bonn haben sich viele gefragt, „wie geht es weiter?". Die Organisatoren *„sind nur ein Teil der Friedensbewegung. Sie können die Frage nicht beantworten, nur für sich eine Antwort versuchen."*

„Zweck der Aktionskonferenz ist es, Aktionsmodelle vorzustellen und zu diskutieren, die einen Beitrag zur Verhinderung neuer Atomwaffen leisten und die überall zu verwirklichen und in Planung und Durchführung gewaltfrei sind. Sie sollten 1982 stattfinden. Vorgetragen werden könnten zum Beispiel Modelle: Aktivitäten zu Ostern, Veranstaltungen aus Anlaß von Partei- und Kirchentagen, Friedenscamps, Gedenktagen (Hambacher Fest), Friedenswochen, atomwaffenfreie Kommunen- und Landkreise, Steuerboykott usw." Sind diese Vorschläge doch mehr dem KOFAZ (Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit)-Spektrum und dem BBU/Ökologie und Frieden zuzuordnen, und könnte der Hinweis auf Gewaltfreiheit als Absage an Gruppen, die Gelöbnisse gestört haben, oder Aktionen vor Ort durchgeführt haben, verstanden werden, wird in der Einladung demgegenüber betont, daß es k e i n e A u s g r e n z u n g e n geben soll.

Neben den Gruppen, die den Aufruf zur Bonner Demo unterschrieben haben, sind auch ausdrücklich die Gruppen, die den Göttinger alternativen Aufruf unterschrieben haben, eingeladen, und darüberhinaus auch Gruppen, die nicht einmal zur Demo aufgerufen haben. Schließlich findet sich in dem Einladungsschreiben auch noch ein (wenn auch sachlich nicht ganz geglückter) Hinweis auf den Bundeskongreß von Friedensinitiativen am 19. - 21. März in Osnabrück.

Diese von den Initiatoren der Aktionskonferenz angestrebte O f f e n h e i t ist eine große Chance für viele Leute aus allen möglichen Friedensinis und -gruppen, die unterschiedlichen Strömungen in der Friedensbewegung, vermittelt über ganz konkrete Aktionsplanungen, kennenzulernen, sich damit auseinanderzusetzen und, wenn's gut läuft, sich auf gemeinsame Schwerpunktaktionen zu einigen. Das könnte z. B. eine gemeinsam getragene Planung gegen den SPD-Parteitag sein.

Weiter vorgeschlagen ist ein „Team zur Vorbereitung und Moderation", das aus Jo Leinen (BBU), Klaus Mannhardt (DFG/VK), Eva Quistorp (Anstiftung der Frauen zum Frieden) und einem/r Vertreter/in von ASF/AGDF bestehen soll.

Das Treffen findet statt am:
6.2., 13 Uhr in der Gaststätte Rheinterassen, Estermannstr. 138, bis 7.2., 13 Uhr.

Kontakt:
Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste
Jebenstraße 1, 1000 West-Berlin 12
Tel.: 030 - 31 02 61

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1
Tel.: 0228 - 22 91 92

Stoppt die US-Munitionstransporte!

1977 war es den US-Militärs mal wieder zu eng geworden. Diesmal im Hafen von Nordenham (bei Bremerhaven), dessen Kapazität ihnen für die Anlandung von großem Material und Munition für die US-Truppen in der BRD nicht mehr ausreichte.

Im Mai 1978 war von der „Eurogruppe" und dem Verteidigungsplanungsausschuß der NATO das Long Term Defense Programm (Langzeitprogramm) beschlossen worden, zu dessen Kernpunkten die *„verbesserte Heranführung von Verstärkungen in Krisen- und Spannungszeiten"* gehört, was u.a. eine Auffüllung der Materiallager und Munitionsdepots in den überseeischen Dependancen der USA erfordert (siehe AK 209, S. 20).

Ebenfalls 1978 wurde den US-Militärs von der Verwaltung des in den Nord-Niederlanden gelegenen Hafens Eemshaven eine Übernahme der Munitionstransporte angeboten (angeboten ... zumindest ist das die offizielle Lesart). Die Niederländische Eisenbahn-Gesellschaft war bereit, den Transport von Eemshaven nach Arnhem zu übernehmen, von wo aus die Munitionszüge von der Deutschen Bundesbahn zu den US-Garnisonen in Süddeutschland weiterbefördert werden sollten. Mit den erforderlichen Genehmigungen hatten das Verteidigungs- und Verkehrsministerium, wie bei allen wirklich grossen Geschäften, keine Probleme.

Anscheinend unüberwindliche Probleme hatten die (in den Deal eingeschalteten obersten) Obrigkeiten mit der Informierung des Parlaments und der Bevölkerung darüber, daß – nach „Versuchstransporten" – jährlich etwa 300 Züge mit jeweils mindestens 300 Tonnen Munition die Niederlande vom Norden bis zum Süden durchfahren würden. Und so ließ die Obrigkeit das mit der Informierung lieber gleich.

Die US-Militärs erhielten am 4.11. 1981 die schriftliche Genehmigung für einen „Versuchstransport": Am 17.1.82 sollte in Eemshaven ein US-Schiff mit 3.000 Tonnen Munition (davon ca. die eine Hälfte reine Explosivstoffe, die andere Hälfte Ummantelungen, Verpackungen etc.) eintreffen. Die Ladung sollte von der Niederländischen Eisenbahn übernommen und mit vier Zügen täglich vom 18.–22.1. nach Arnhem, dem Grenzübergang zur BRD, transportiert werden.

eintreffen. Die Ladung sollte von der Niederländischen Eisenbahn übernommen und mit vier Zügen täglich vom 18.–22.1. nach Arnhem, dem Grenzübergang zur BRD, transportiert werden.

In der letzten Novemberwoche wurden die Bürgermeister der Gemeinden, die die Munitionszüge durchqueren sollten, über die Notwendigkeit der beschleunigten Einführung eines Katastrophenplans informiert. Strikte Geheimhaltung war den Bürgermeistern anbefohlen worden. Dennoch bekam eine Friedensgruppe die Sache spitz und informierte eine Regionalzeitung, die am 28.11. die Schweinerei aufdeckte.

Fred van der Spek, Abgeordneter der Pazifistisch-Sozialistischen Partei in der Zweiten Kammer (dem „Bundestag"), forderte am 1. Dezember Aufklärung von der Regierung über die anstehenden Munitionstransporte. Erst vier Wochen später (und acht Wochen nachdem den US–Militärs die Genehmigung erteilt worden war) wurde Van der Speks Frage – sehr summarisch – beantwortet und damit das Parlament erstmals von den kurz bevorstehenden Munitionstransporten in Kenntnis gesetzt: Im Juni 1981 – lautete die Antwort – habe das Kommando der amerikanischen Streitkräfte in Europa beim Verteidigungsministerium um Erlaubnis für das Anlanden und den Weitertransport per Bahn von höchstens 1.500 Tonnen konventioneller Munition nachgesucht. Dieser Transport solle als Versuch gelten, bei positiven Erfahrungen mit den Umschlags- und Transportumständen sollen etwa zehn Transporte pro Jahr folgen.

Runde sechs Wochen mußten die Ständigen Kammerkommissionen für Verteidigung und für Verkehr auf eine Antwort der Regierung zu den für den Munitionstransport getroffenen Sicherheitsmaßnahmen warten. Fünf Tage vor dem ersten „Versuchstransport" ließen die angesprochenen Ministerien wissen, es seien alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen, „menschliches Versagen" indes sei natürlich nie auszuschließen ...

Angesichts der mehr offen lassenden als beantwortenden Mitteilungen der Regierung liegt nahe, daß die Kammerkommissionen nunmehr Verteidigungs- und Verkehrsministerium darauf hinweisen, daß die ganze Angelegenheit Sache des Parlaments ist. *„Wie es dann weitergeht"*, weiß „Vrij Nederland", *„ist voraussagbar. Denn in der Vergangenheit hat jede niederländische Regierung bei einer solchen Einmischung standfest auf den Nato-Vertrag von 1949 verwiesen und den bilateralen Vertrag über gegenseitige Verteidigungsunterstützung mit den USA von 1950. Und das beinhaltet: die Ausschaltung des Parlaments bei jeder Form der Verteidigungszusammenarbeit mit den Amerikanern."*

Grund genug also für die niederländischen Antimilitaristen, bei dieser Lage der Dinge nicht mehr auf das Schmuckstück parlamentarische Demokratie zu setzen, sondern den notwendigen Widerstand in die eigenen Hände zu nehmen.

Blockade

Sonntag, 17.1.: Das amerikanische Schiff U.S. American Ranger wird

Blockade

Sonntag, 17.1.: Das amerikanische Schiff U.S. American Ranger wird

mit 3.000 Tonnen Munition in den Eemshaven eingeschleppt.

Montag, 18.1.: Im gekraakten Grand Theater in Groningen (der Eemshaven nächstgelegenen Bahnstation, die die Munitionszüge passieren müssen) versammeln sich mehrere hundert Antimilitarist/inn/en zur letzten Besprechung der geplanten Blockadeaktionen gegen die Transporte. „Gewaltloser Widerstand" ist angesagt, Gewalt gegen Polizisten oder (andere) Sachen soll nicht angewendet werden. Mit den noch Blockade-Unerfahrenen wird „auf dem Trockenen" geübt, wie mensch eine Gruppe bildet, wie mensch sich aneinander festhält gegenüber einer Polizeitruppe.

Die Blockadegruppen begründen in einem Flugblatt die anstehenden Aktionen: *„Echte Lösungen für nationale wie internationale Konflikte sind mit Waffengewalt nicht zu erzwingen. Aus diesem Grund ist jede Vorbereitung eines Krieges, also auch der Transport von Munition, abzulehnen ... Die betreffende Munition kommt aus den USA und ist für US-Truppen bestimmt. Europa, also auch Niederlande, hat keinerlei Interesse daran, daß die Kriege der Großmächte auf seinem Boden vorbereitet und geführt werden. Dieser Versuch mit Munitionstransporten ist ein weiterer Schritt im Rahmen einer nicht aufzuhaltenden Entwicklung: die der Militarisierung Westeuropas im Nato-Verband zum Nutzen der amerikanischen Regierung und Waffenproduzenten."*

Von den für jeden, also auch den ersten Tag geplanten Munitionstransporten sind zum Zeitpunkt der Versammlung im Grand Theater erst zwei auf dem Weg.

Der erste Transport verläßt Eemshaven mit achtstündiger Verspätung. Während des Tages hatten rund 30 Aktivist/inn/en einen Personenzug bei Groningen per Notbremse gestoppt, sich dann teils an die Wagen angekettet, teils vor den Zug gesetzt. Die Polizei ging erst nach zwei Stunden, nachdem sie von der Niederlän-

Aktivist/inn/en einen Personenzug bei Groningen per Notbremse gestoppt, sich dann teils an die Wagen angekettet, teils vor den Zug gesetzt. Die Polizei ging erst nach zwei Stunden, nachdem sie von der Niederlän-

dischen Eisenbahn-Gesellschaft dazu aufgefordert worden war, gegen die Demonstranten vor.

Bei Deventer wird in der Nacht der erste der Munitionszüge für anderthalb Stunden durch eine Blockade aus Menschenleibern aufgehalten. Dann wird die Bullerei ungemütlich und räumt.

Den zweiten Munitionszug aufzuhalten ist das Ziel der Groninger Antimilitaristen.

Rund 400 Demonstranten setzen sich bei schneidender Eiseskälte auf die Gleise und bringen den Zug zum Stehen. Groninger Gemeindepolizei versucht – erst stoßend und ziehend, dann unter Einsatz des Schlagstocks und durch das Wegschleppen der Demonstranten – die Strecke zu räumen. Das dauert zum einen hübsch lange, zum anderen schließen sich die gerade Weggetragenen flugs wieder der Blockade an, so daß trotz aller Bemühungen der Bullizei der Zug nur stückchenweise vorankommt. Zu stückchenweise jedenfalls, um noch vor Ostern sein Ziel, die Grenze zur BRD, zu erreichen. Die Bullerei reagiert auf diese Einsicht ausgesprochen unsensibel: *„Es folgte ein scharfer Ausfall mit Schlagstöcken"*, berichtet „de Volkskrant". *„In einigen Minuten waren die Demonstranten von den Gleisen weggeprügelt."*

Dienstag, 19.1.: Der neue Tag ist schon angebrochen, aber noch immer plagt sich unser Munitionstransport Nr.2 übers platte Land im Norden der Niederlande. Die Blockade bei Groningen gerade überstanden, wird er erneut aufgehalten. Auf den Gleisen „tickt was" ... womit es Sache des amtlich berufenen Sprengstoffräumdienstes wurde, festzustellen, daß nicht alles was tickt, auch eine Bombe ist.

Knappe hundert Kilometer gehts dann ziemlich in einem Rutsch durch, bis der Transport am Morgen um neun Uhr von Deventers Antimilitaristen gestoppt und bis zum späten Nachmittag festgehalten wird. Was

Knappe hundert Kilometer gehts dann ziemlich in einem Rutsch durch, bis der Transport am Morgen um neun Uhr von Deventers Antimilitaristen gestoppt und bis zum späten Nachmittag festgehalten wird. Was

allerdings nicht nur mit der Kampfstärke der dortigen Friedensfreunde zu tun hatte, sondern auch damit, daß die Obrigkeiten nicht vorausgesehen hatten, daß der Widerstand gegen die Munitionstransporte den ersten Tag überleben würde. So waren die zur Verfügung stehenden Bullizisten schon in der Nacht zuvor verschlissen worden und erst um 17 Uhr kommt Entsatz in Gestalt eines ME-Trupps, der die Strecke *„in Friedensuniform, in fast gemütlicher Atmosphäre"* („de Volkskrant") abräumt.

Die Verwaltung der Niederländischen Eisenbahn zeigt sich noch relativ unbeeindruckt, will die Munitionstransporte durchführen, *„solange uns das nicht unmöglich gemacht wird"*. Eine etwaige Unterbrechung oder Beendigung der Transporte sei von den Aufträgen des Verladers abhängig: *„Wenn unser Kunde das Experiment für gelungen hält, wollen auch wir weitermachen."* (Die sicherlich sehr interessanten Kommentare – eher wohl Sammlung von Flüchen und Verwünschungen – dieser Kunden, der U.S.-Militärs, die als „Beobachter" jeden der Züge begleiten, wurden leider nicht bekanntgemacht).

Mittwoch, 20.1.: Der dritte und vierte Munitionstransport scheinen uns am Dienstag irgendwie durch die Lappen gegangen zu sein. Ungeachtet dieses Erfolgserlebnisses für die Transporteure und ihre Schutztruppen hat sich die Lage stellenweise bös verschärft: 30 Jugendliche, die nach den Aktionen der Nacht auf dem Bahnhof von Deventer auf ihre Züge Richtung Heimat warten, werden von *„einer Anzahl mit Helmen und Schlagwaffen ausgerüsteter Arbeitnehmer (!!) der Niederländischen Eisenbahn, Polizisten in Uniform und in Zivil"* zusammengedroschen. Die Bullerei fährt Flüchtenden in ihren Wagen hinterher, fährt sie an – zehn der Jugendlichen werden verwundet, ein Mädchen schwer verletzt.

Munitionstransport Nr. 5, der am Dienstag Eemshaven hätte verlassen sollen, fährt mit einem Tag Verspätung am Mittwochmorgen ab. Zwei Blockadetrupps aus Groningen haben beschlossen, diesen Transport zu stoppen. Der Eisenbahnverwaltung wird das zwei Stunden zuvor mitgeteilt. Weit vor der Blockade haben sich Demonstranten mit Signallampen aufgestellt, um den Lokführer auf die Blockade hinzuweisen. Die Bockadeteilnehmer müssen jedoch eilends die Gleise räumen, da der Zug *„mit sehr hoher Geschwindigkeit"* („de Volkskrant") auf die Blockade zurast.

Dann muß der Transport aber doch wegen einer Streckensperrung halten – es muß erst der soundsovielten „Bombenwarung" resp. „tikkendem Gegenstand" nachgegangen werden. Kurz darauf stößt der Munitionstransport auf eine brennende Barrikade aus Autoreifen auf den Gleisen, die unser vor kurzem noch so heldenhafter Lokführer erheblich mehr respektiert als die vorherige Blockade aus Menschenleibern. Nachdem es noch hier und da weiteren Putz gibt, fährt nun eine Versuchslok mit Polizeibesatzung den Rest der Strecke ab, bevor der Transport endlich und unglücklich in Arnhem einläuft.

Donnerstag, 21.1.: Der achte Munitionstransport, der in der Nacht zwei Stunden aufgehalten werden konnte, bevor ME die Gleise räumt, und dann noch bei zwei weiteren Aktionen gute drei Stunden lahmgelegt ist, verpaßt den Anschluß in die BRD und

tionstransport, der in der Nacht zwei Stunden aufgehalten werden konnte, bevor ME die Gleise räumt, und dann noch bei zwei weiteren Aktionen gute drei Stunden lahmgelegt ist, verpaßt den Anschluß in die BRD und

bleibt in Arnhem hängen.

Im Laufe des Donnerstag passieren noch vier weitere Munitionszüge, von Blockaden und kleinen Sabotageaktionen aufgehalten die Strecke.

Damit liegt der Transportplan – vier Züge pro Tag – am Donnerstag um einen ganzen Tag zurück. – Wird die U.S. American Ranger nicht vor Sonntag vollständig entladen, meldete „De Waarheid", muß der Dampfer unter Mitnahme der restlichen Munition wieder abfahren. Bei Redaktionsschluß war das Ergebnis des Streits einiger tausend Antimilitaristen gegen nicht unerhebliche Teile des Staatsapperat uns noch nicht bekannt. Aber auch wenn die American Ranger ihre Todesladung vollständig verladen kann, steht fest: Der Nebeneffekt, den sich die US-Militärs von ihrer Transportaktion in den Niederlanden versprochen haben, nämlich den niederländischen Staat „in die Pflicht" zu nehmen und so der Friedensbewegung drastisch vor Augen zu führen, daß es mit der „Hollanditis" bei den niederländischen Oberen nicht so weit her ist – ob sie nun auf der Amsterdamer Demo der 500.000 im November ihr Sprüchlein aufgesagt haben oder nicht – hat einen durchaus gegenteiligen Effekt gezeitigt: Teile der Friedensbewegung sind zu wesentlich entschiedenerem Widerstand, auch militanterem Widerstand gegen den Militarismus übergegangen, als das bisher der Fall war.

Die niederländische Regierung ihrerseits hat schon ihre Schlüsse gezogen: Standen zu Beginn der Aktionen noch nicht einmal ausreichend Polizeitruppen im Einsatz, ist das Innenministerium mit dem Plan zur Bildung eines „Koordinationszentrums" unter Einschluß des Verkehrs- und des Justiz-Ministeriums zur Sicherung der Transporte herausgekommen.

Das Wort hat die niederländische Friedensbewegung!

(Quellen: „de Volkskrant, „de Waarheid", „NRC Handelsblad", „De Gelderlander" – div. Ausg. vom 18.-22.1.; „Vrij Nederland", 23.1.82)

Niederlande-Kommission



Das amerikanische Munitionsschiff U.S. American Ranger im niederländischen Eemshaven (Foto: Hans van den Bogaard/Vrij Nederland)



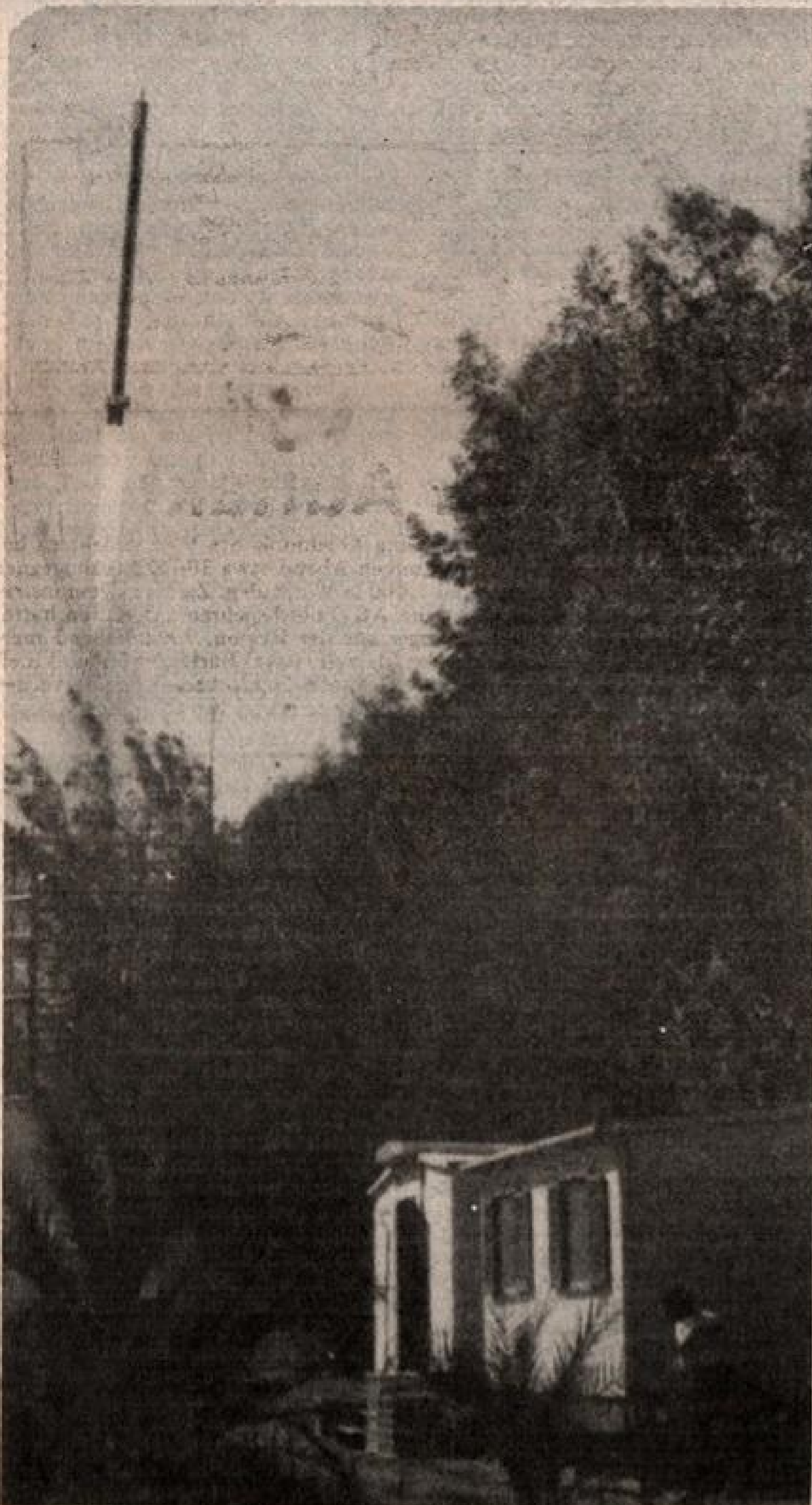
Bereitschaftspolizei (ME) prügelt in der Nacht vom 18. auf den 19.1. Groninger Antimilitarist/inn/en von einem Munitionszug weg, dem sie sich in den Weg gelegt haben (Foto: De Waarheid)

OTRAG — neue Raketenhöhenflüge

An normalen kapitalistischen Maßstäben gemessen, müßte die OTRAG inzwischen pleite und von der Bildfläche verschwunden sein.

1974 bei der Gründung hatte OTRAG-Chef Lutz Kayser versprochen, daß seine Gesellschaft 1980 mit Billig-Raketen *„den gesamten kommerziellen Markt für geostationäre Satelliten"* beherrschen würde. Bisher kamen die Raketen jedoch kaum über das Versuchsstadium hinaus. Während die V-2-Rakete im 2. Weltkrieg am 3.10.42 90 km hoch und 192 km weit flog, haben die inzwischen wieder in der OTRAG versammelten Raketenbastler der Nazis bei ihren Versuchen in Zaire (von 1977 und '78 gab es insgesamt 3 Versuche, von 4 weiteren Geheimversuchen ist die Rede (3)) nur 30 km Höhe geschafft; die dritte Rakete schlug sich gleich seitwärts in den Busch (5). Dafür hat die OTRAG aber dennoch reichlich kassiert. 500 Mio. DM und weitere 300 Mio. an Kreditzusagen hatte sie schon 1975 beisammen gehabt. 10,5 Mio. hat die OTRAG an Bonner Forschungsgeldern kassiert (3). Seit 1975 besaß die OTRAG in Zaire eine eigene 100.000 Quadratkilometer große Kolonie als Testgelände. Für deren Aufrüstung („Entwicklungshilfe") konnten die OTRAG-Gelder bis zu 326% von der Steuer abge-

bis zu 326% von der Steuer abge-



schrieben werden, d.h. praktisch wurden die Investitionen vom Staat bezahlt. Obwohl die OTRAG erst dann hätte Pachtzinsen an Zaire zahlen müssen, wenn ihr ein erfolgreicher Satellitenstart geglückt wäre, konnten auch die Pachtzinsen von der Steuer abgeschrieben werden. Und für Frachtflüge im Auftrag der Bundesregierung nach Zaire während des Shaba-Aufstandes 1977 kassierte die OTRAG noch einmal knapp eine Million an Fluggeldern (945.000 DM (5)). Erst nachdem der Kolonialpachtvertrag der OTRAG enthüllt worden war, ein Vertrag der bis zum Jahre 2000 nicht kündbar sein sollte, gab es einen internationalen Proteststurm. Der angolanische Ministerpräsident sprach in der UNO vom *„Gewehrlauf, der auf die Länder Afrikas zielt"*.

Genscher, zu dessen Ehren anläßlich seines Besuchs in Zaire 1977 die erste OTRAG-Rakete getestet wurde, sprach nun davon, daß *„der außenpolitische Schaden so groß"* sei, *„daß in jedem Fall etwas unternommen werden muß"* (5). Während die OTRAG erklärte, daß die Bundesregierung den Kolonialvertrag bereits 1976 bekommen und sogar ausdrücklich ihren Segen dazu gegeben hätte (8), sprach ein Genscher-Berater später vom „reinrassigen Kolonialismus"; Helmut Schmidt wollte nun „dem Kerl den Hals umdrehen" („Spiegel", 27/78). 1979 wurde auf Drängen der Bundesregierung der OTRAG-Vertrag von Zaire gekündigt, die OTRAG mußte nach eigenen Aussagen 70 Mio. DM in Form von Anlagen in Zaire lassen. Allerdings gab es schon damals gewisse Zweifel, die durch ein Unglück genährt wurden, das sich 7 Monate nach der angeblichen Auflösung ereignete (1).

Die Bundesregierung, die bislang die Raketenteile der OTRAG ohne jede Ausfuhrgenehmigung hatte ausfliegen lassen, erließ eine Ausfuhrgenehmigungspflicht für Raketenteile (5). Die OTRAG-Benutzungserlaubnis für die DFVLR-Testanlage in Heilbronn (zu über 90% aus Staatsgeldern finanziert) wurde zurückgezogen (2).

Insgesamt hatte die OTRAG 500 Mio.DM Schulden hinterlassen (5 und 11). Wie gesagt, normalerweise wäre das das Aus für die OTRAG gewesen.

das das Aus für die OTRAG gewesen.

Von Zaire nach Libyen

Die OTRAG hatte allerdings vorgesorgt. Von Hessen war sie in ein Bundesland gezogen, in dem es – so die „FAZ" (vom 23.11.76) – *„keine ideologischen Probleme"* gebe, also nach Bayern, das beim Grundstückskauf (Kosten 8 Mio. DM) half. CSU-Finanzminister und Strauß-Freund Streibl *„versprach Hilfe für die weitere steuerliche Förderung des Abschreibungsobjektes"* (6). Zur Imagepflege bot Kayser der UNO an, seine Tests unter ihrer Aufsicht durchzuführen.

Nächste Station der OTRAG war Libyen. Am 1.3.81 kam es in der Oase Sebha, 800 km südlich von Tripolis, zu einem neuen Teststart: *„Seit dem Schuß in der Wüste ist Experten klar: die OTRAG baut für Libyen Militärraketen. Das Testgeschoß flog knapp 300 km weit"*, meldete der „Stern" (9). *„Einige Details an dem in Libyen getesteten Raketenmodell deuten auf eher unfriedliche Absichten. So soll die neueste Version mit Schwenkflügeln und Steuerdüsen ausgestattet sein. Damit wäre eine genauere Zielsteuerung möglich – für eine schlichte Forschungsrakete eine überflüssige Vorrichtung"*, hieß es im „Spiegel" dazu (7).

Damit waren auch alle Verharmlosungsbemühungen der OTRAG geplatzt. Unterstrichen wurde dies durch die plötzlich laut werdenden Befürchtungen der westlichen Regierungen, die OTRAG könne Raketen, einschließlich Atomraketen für Ghaddafi bauen. Die OTRAG dementierte diese Behauptungen umgehend und behauptete, sie hätte lediglich Versuchsgelände erhalten (3). Allerdings wurde OTRAG-Chef Kayser wegen seiner „Extravaganzen mit Ghaddafi" entmachtet, so OTRAG-Berater Gerisch; Kaysers Anteil wird seither treuhänderisch verwaltet. Wegen *„Managemententscheidungen"* und einer *„Marketing-Entscheidung, die mit der politischen Weltlage nichts zu tun hat"*, („FR", 4.11.81) will OTRAG inzwischen aus Libyen ausgezogen sein.

Ein Milliarden-Programm für Ghaddafi?

Ein Milliarden-Programm für Ghaddafi?

Dies soll nach den Aussagen des „Stern" beim Libyen-Experiment (9) im Hintergrund gestanden haben. Nachdem Kayser 1978 vergeblich versucht habe, Syriens Präsident Hafez Assad zwei Raketenfabriken anzudrehen (Syrien hat kein Geld), habe Kayser bei Ghaddafi schließlich begeisterte Unterstützung und volle Kassen gefunden. Mit einem Scheck von 1,5 Mio. Dollar soll Ghaddafi 1979 den Umzug nach Libyen finanziert haben. 100 Mio. Dollar hätte Ghaddafi bereits für Testreihen locker gemacht; im Januar 1980 soll in Zürich ein Vertrag über 1,5 Mrd. Dollar abgeschlossen worden sein, berichtete der „Stern" unter Berufung auf den Londoner „Observer". Dem „Stern" habe ein libyscher Regierungsbeamter erläutert, daß die OTRAG versprochen hätte, *„Raketen zu liefern, die auch Atomsprengköpfe transportieren können"* (9).

Wohin jetzt?

Bereits im August hatten allerdings Meldungen die Runde gemacht, die OTRAG *„baue gegenwärtig an einem zweiten Startplatz an einem geheimgehaltenen Ort im Ausland."* Im Gespräch waren *„ein südamerikanisches Land oder eine Inselgruppe im Pazifik"*. Bereits *„in etwa einem halben bis dreiviertel Jahr sei der erste Start zu erwarten"* („FR", 4.8.81). In einem Gespräch mit dem ID hatte Wukasch schon im Dezember '80 angedeutet, als mögliche Länder kämen Brasilien und Indonesien in Frage.

Vordergründig wird derzeit von der OTRAG auf Seriosität gemacht. Die Gesellschaft wurde durch Abschreibung von 370 Mio. DM Verlusten erst einmal finanziell (auf Steuerkosten) saniert. Der neue Chef Wukasch bekundete, man betreibe jetzt *„Höhenforschung"* und erhoffe sich *„Erträge, vor allem aus wissenschaftlichen Aufträgen"*, d.h. wiederum aus dem Etat des Forschungsministers. Die OTRAG äußerte *„den deutlichen Wunsch nach einer Zusammenarbeit mit Bonn. Die politischen Rahmenbedingungen ... müßten dringend verbessert werden"* (11).

Doch im Hintergrund stehen Länder, die nach eigenen Trägerraketen streben. Wukasch äußerte gegenüber dem ID, daß bereits an sechs Länder Optionen verkauft worden seien, neben Libyen und Zaire sind bislang Namen wie Indonesien, Brasilien, Pakistan, Sri Lanka und Saudi Arabien gehandelt worden. Über Verhandlungen mit Saudi Arabien will der „Stern" sogar interne Sitzungsprotokolle besitzen; der Plan soll auch dem israelischen Geheimdienst bekannt geworden und von daher erst einmal in dieser Form geplatzt sein. Federführend wirkte bei diesen Plänen der Ex-General der Bundeswehr Wust. Er betreibt auch die Aufrüstung Saudi Arabiens mit Waffen ‚made in Germany', einschließlich von Leopard-Panzern.

Der folgend dargestellte DELTA-Plan gibt einigen Aufschluß über die OTRAG. Veröffentlicht wurde er im „Stern" (9) und in der „Neuen" (29.4.81). Die OTRAG hat natürlich dementiert und das Ganze als eine „aufgebauschte" Geschichte bezeichnet (3).

Neue OTRAG-Auskünfte

Was die Verwendungsmöglichkeiten der OTRAG-Raketen betrifft, so hat Regierungssprecher Lothar Rühl früheren Darstellungen seines Chefs Helmut Schmidt widersprochen. Schmidt hatte in einem Interview mit Reuters in Lusaka noch am 30.Juni 1978 beteuert, aus einem Untersuchungsbericht von Wissenschaftlern und Ingenieuren ginge „klar hervor, daß (bei OTRAG) die Gefahr eines Mißbrauchs ihrer bisherigen Erzeugnisse für militärische Zwecke nicht gegeben ist". Der Waffenspezialist Rühl sagte in einem Interview des Hessischen Rundfunks: „Weil diese Raketen nach ihren technischen Merkmalen eingesetzt werden können als Boden-Boden-Raketen mit einer Reichweite von 300 km oder mehr, was ihnen, würden sie als Waffenträger benutzt, eine ganz erhebliche Waffensystem-Reichweite gebe, außerdem auch eine Höhenreichweite bis zu 250 km hätten, was sie natürlich auch als Boden-Luftabwehr-Rakete und darüber hinaus bis in die Stratosphäre hinein ergäbe, und schließlich weil sie ein Gewicht zwischen 80 und 200 Kilogramm

Stratosphäre hinein ergäbe, und schließlich weil sie ein Gewicht zwischen 80 und 200 Kilogramm

tragen könnten, was die Möglichkeit gebe, einen Gefechtskopf darauf zu setzen – all dies bedeutet, daß sich hier allem Anschein nach eine Raketenwaffensystementwicklung ankündigt... Wir haben Hinweise, daß sich ein mittelöstlicher Staat für den Erwerb dieser Rakete in einer nicht unbeträchtlichen Stückzahl für die Boden-Boden-Anwendung, mit anderen Worten, als Waffenverwendung, interessiert..."
(„Neue", 29.4.81).

Der DELTA-Plan

Bereits 1979 hatten Kayser & Co. ihre Verbindungen auch auf Saudi Arabien ausgedehnt. Über eine „OTRAG-Holding" in Zürich (um die BRD-Waffenexportbestimmungen zu umgehen) schlossen sie einen Vertrag über den Verkauf von Raketentechnologie an Saudi Arabien ab, ein Handel, an dem auch noch einige weitere interessante Instanzen und Personen beteiligt waren: Zunächst ist da ein Herr Nickel, Chef der Firma Meaplan (= Mittelost-Industriebau und Entwicklungs-AG), der über beste Verbindungen nach Saudi Arabien verfügt. Nickel sammelte einen erlesenen Kreis um sich: –**General a.D. H. Wust**, ehemals Generalinspekteur der Bundeswehr. Wust arbeitete für die Saudis zunächst eine 200-seitige Expertise aus – das Projekt „Delta", in dem er detaillierte Pläne zur Um- und Aufrüstung der saudischen Armee entwickelte: Die Studie legte genau fest, *„wo welche Raketen stationiert werden, wo unterirdische Kommandostäbe eingerichtet und wie die Raketenbrigaden militärisch aufgegliedert werden müßten. Insgesamt sollten ‚für die Bereiche Kurz-, Mittel-, und Langstrecken-Abschrekkung' sowie für die Luftabwehr 1943 Raketen von den am Projekt Delta beteiligten Firmen in Saudi Arabien produziert werden. Davon sollten 1346 auf mobile oder unterirdische Basen verteilt und 597 in Bergstollen in Reserve gehalten werden"*.

– **Die Firma Diehl**, eine der großen Waffenschmieden Deutschlands. *„Ihr Vertreter ließ keinen Zweifel daran, daß man ‚konventionelle Gefechtsköpfe für die Raketen sofort' liefern könne. Nur für die ‚fortgeschrittenen Technologien der endphasengelenkten Submunition' ..., ferngelenkte Granaten, sei eine ‚Anpassungsentwicklung notwendig' "* („Stern", 29.9.80). Diehl ist bekannt als enger Freund von F.J. Strauß (s.u.).

– **AEG Telefunken**, Hersteller „weltweit gefragter Radaranlagen".

– **Firma Palensky und Zöllner** baut Straßen in Saudi Arabien.

– *„Weil die Raketen-Anlagen bombensicher in riesigen unterirdischen Hallen ... am Roten Meer gebaut werden sollten, kamen aus der Schweiz die Ingenieur-Firmen* **Godeplaning** *(Zürich) sowie* **Blanchut und Bertrand** *(Genf). Die hatten Erfahrungen erworben beim Bau von unterirdischen Munitionsdepots in den Schweizer Alpen"*.

– Und natürlich ist Herr **Wukasch** von der **OTRAG** dabei (alle Angaben nach „Stern" (6) .

Im Auftrag dieses Kreises fuhr Wust nach Saudi Arabien, wo er berichten konnte, daß die OTRAG-Raketen *„für militärische Zwecke umgerüstet worden seien"*, („Stern", 24.9.80). *(„Der Reisebericht des Generals, der sein militärisches Arabien-Engagement bestreitet, liegt dem Stern vor – ebenso ein Protokoll der Sitzung des Delta-Konsortiums, am 20.6. in Frankfurt, auf dem der General nochmals über seinen Wüsten-Trip referierte"* („Stern" (9)).

Im April '81, einen Monat nach dem erfolgreichen Test in Libyen (*„Seitdem ist das Interesse der Saudis wiedererwacht"*, „Stern"), fand schließlich der Saudi Arabien-Besuch Helmut Schmidts statt, in dessen Zentrum die Frage von Waffenlieferungen stand. In seiner Begleitung befand sich u.a. R. Lust vom „Institut für extraterrestrische Physik" in München. Das Institut beschäftigt sich hauptsächlich mit Raumfahrt und Raketenforschung und liegt auch räumlich nahe der Münchner OTRAG-Niederlassung. Darüber hinaus ist Lust stellvertretender Vorsitzender des alten OTRAG-Partners DFVLR. Warum dieser Herr Lust Schmidt begleitete, konnte auf Nachfragen der Presse nicht „begründet" werden.

Nur wenige Tage zuvor hatte F.J. Strauß Pakistan besucht. Daß diese beiden Staatsbesuche eng zusammenhängen, behauptet Wolf Geissler in der „Neuen" (25. und

F.J. Strauß Pakistan besucht. Daß diese beiden Staatsbesuche eng zusammenhängen, behauptet Wolf Geissler in der „Neuen" (25. und

29.4.81):

1. OTRAG-Raketen sollen nach Pakistan und nach Saudi Arabien geliefert werden.

2. Saudi Arabien bot Pakistan 800 Mio. Dollar für die Finanzierung der pakistanischen Ultrazentrifugen-Urananreicherungsanlage, an deren Bau auch westdeutsche Firmen beteiligt sind.

3. *„Neben der Frankfurter Firma Meaplan lieferten die Schweizer Unternehmen Godeplaning LTD. und Blanchut und Bertrand Fertigungsanlagen für OTRAG nach Saudi Arabien. In der Person des Doppelgeschäftsführers Horst Reichwald vereinen sich das Atombombengeschäft mit Pakistan und die OTRAG-Raketen für Saudi Arabien und Pakistan: Reichwald ist Geschäftsführer der Metallwarenfabrik Oeventrop, die Lieferant von Gefechtsköpfen für Bundeswehrraketen und Teillieferant der OTRAG ist. Gleichzeitig führt Horst Reichwald die Geschäfte der Firma Leifold, die Teile für das pakistanische Uran-Anreicherungsprojekt liefert"* („Neue").

4. Über diese Firmen führen weitere Verbindungen zur EMSER AG, in der nach 1945 deutsche Atom- und Raketenbastler unterkamen, zu Messerschmidt, Daimler Benz und Bölkow KG, die schon an den ägyptischen Raketenprojekten beteiligt waren, ebenso wie zentrale OTRAG-Mitbegründer (Pilz und Sänger).

5. Franz-Josef Strauß ist persönlich mit dem Waffenfabrikanten Diehl befreundet, seine bayerischen Minister haben der OTRAG beim Umzug nach München entscheidend geholfen. Seine Kontakte zur OTRAG stammen noch aus dem „Zaire-Geschäft".

Eine in der Tat bemerkenswerte Anhäufung von Zufällen bzw. Verbindungen. Es wäre zu naiv anzunehmen, bei der OTRAG seien schlicht spinnerte Wissenschaftler und Großmäuler am Werk, die sich auf Kosten der Steuer bereichern. Dazu sind die Verflechtungen und Provisionen mit staatlichen und großindustriellen Stellen zu groß. Erst kürzlich wurde das staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren gegen General Wust wegen der Meaplan-Affäre eingestellt. Die OTRAG selbst spricht davon, daß sie noch zwei Jahre Testversuche machen müsse. Man darf gespannt sein, bei wem diese Raketen schließlich landen werden.

Antimil-Kommission/KB/ Gruppe Göttingen

Anmerkungen:

1. bisherige AK-Artikel zu OTRAG: AK 111, S. 1, S. 52; AK 112, S. 50, AK 113, S. 53; OTRAG: gigantischer Stützpunkt der BRD in Zaire; AK 115, S. 52: OTRAG 4 AK 115, S. 27 OTRAG 5 AK 121, S. 15, OTRAG 6: AK 152, S. 56 OTRAG – der große Bluff;
2. Atomanlagen und Atomwaffen – Schwerpunkt Süddeutschland (erhältlich über IZ3W, C 3,19, 68 Mannheim
3. ID (Informationsdienst für unterbliebene Nachrichten) 7.11.80
4. Spiegel, 10.10.77
5. Spiegel, 33/78,
6. Spiegel, 47/78,
7. Spiegel, 2.11.81
8. Stern, 24.5.78
9. Stern, 11.6.81
10. Frankfurter Allgemeine, 23.11.76,
11. Frankfurter Allgemeine, 7.11.81;

Volksbegehren abgelehnt
BI beschließt Großaktion

„*Auf Wiedersehen Demokratie!*" So schließt ein Flugblatt der Startbahngegner zum negativen Beschluß des hessischen Staatsgerichtshofs über das Volksbegehren „Keine Startbahn West". Auf Wiedersehen im doppelten Sinne des Wortes: „*Unser Kampf geht weiter, denn wir wollen die Demokratie wiedersehen*". Selten hat sich der bundesdeutsche Staat in seiner Geschichte so vorführen lassen. Die Startbahngegner hatten ja nicht beantragt, daß ihnen mit ihrer Kritik am Ausbau des Frankfurter Flughafens recht gegeben werde. Sie hatten lediglich gefordert, die M e h r h e i t der hessischen Bürger, die die Landesregierung für sich reklamiert, durch einen Volksentscheid zu ermitteln. Da stehen sie nun: Ein Parlament, daß die Flughafenerweiterung einstimmig begrüßt, aber den Anspruch erhebt, das Volk zu „repräsentieren"; eine Landesregierung, die den Widerstand gegen dieses Projekt als „Kirchturmpolitik" und „Egoismus" einer Region beschimpft; drei Parteien, die bei Wahlen über 90% der Stimmen auf sich zu vereinigen pflegen, und eine Justiz, die vorgibt, „neutral" zu sein. Und doch konnten sie es nicht wagen, die Bevölkerung über den Bau einer Betonpiste in einem Wald selbst entscheiden zu lassen. Dieses simple Recht, das – einmal abgesehen davon, daß es in der hessischen Landesverfassung verankert ist – für jeden überzeugten Demokraten eine Selbstverständlichkeit ist, gewährt der „Rechtsstaat" n i c h t. Diese „freiheitlichste Grundordnung, die wir auf deutschem Boden je hatten", kann im Vergleich mit der Schweiz, Österreich oder Schweden nicht bestehen. Diese „Demokratie, die sich international sehen lassen kann" – wie nackt und häßlich würde sie dastehen, gäbe es in Europa das Beispiel eines revolutionären Sozialismus.

Woher die Angst der Mächtigen vor dem Votum der kleinen Leute? Schließlich ging es ja nicht um die Aufhebung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln, um die Abschaffung der Bundeswehr, das Wahlrecht für Ausländer, das Verbot faschistischer Organisationen oder anderes, was ihnen unentbehrlich ist. Die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren behauptet, die Startbahnbefürworter würden bei einem Volksentscheid in Hessen in der Minderheit bleiben. Das ist ihr gutes Recht. Mindestens aber hätte das Bestehen eines Volksentscheids die Regierung und die Landtagsparteien vor erhebliche Anstrengungen gestellt. Es wären noch etliche Sprengsätze in Bahnhofshallen oder Telefonzellen nötig gewesen. Kunstvoll geschriebene „Bekennerschreiben von Startbahngegnern", die das kritische Auge der Öffentlichkeit passieren können. Man hätte Augenzeugen auftreiben müssen, die Alexander Schubart persönlich beobachtet haben, wie er mit dem Gewehr im Anschlag nachts um den Flughafen streicht. Und natürlich hätte man Geldüberweisungen von sowjetischen Banken an die Bürgerinitiative finden müssen. Auf alle Fälle wäre der Ausgang eines Volksentscheids in dieser Frage ungewiß gewesen. Das bedeutet: Die Gegner der Startbahn West hätten derart viele Stimmen bekommen, daß der Anspruch der „demokratischen Institutionen", die Bevölkerung zu vertreten, einen schweren Schlag erhalten hätte. Die Staatsraison gebot den Richtern des höchsten hessischen Gerichts, diesen Schaden von „unserem Gemeinwesen" abzuwenden.

Natürlich ging es auch um einen Präzedenzfall. Volksbegehren/Volksentscheide gegen Atomanlagen oder gar gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen sollen von vornherein unterbunden werden. Denn wenn die Herrschenden bei der Startbahn West v i e l l e i c h t noch einmal mit einem blauen Auge davon gekommen wären, so hätte es sie früher oder später – bei einem Volksentscheid über ein AKW, eine Wiederaufbereitungsanlage oder ein Endlager – doch erwischt. Um diese Gewißheit zu haben, braucht man nur die Analysen der Medien über die Staatsverdrossenheit der Bevölkerung zu studieren. Von diesem negativen Gerichtsentscheid sollten sich die Oppositionsbewegungen daher keinesfalls entmutigen lassen. Der nächste Versuch muß – wohlüberlegt – dort gestartet werden, wo solche politischen Zustände hergestellt werden können, daß es für die Regierenden letztlich ein kleineres Übel ist, einen Volksentscheid hinzunehmen (und zu verlieren), als ihn zu verbieten. Es wäre schön, wenn das wieder in Hessen der Fall sein könnte.

Unter den Startbahngegnern gibt es jetzt den Vorschlag, ohne den Staat und seinen institutionellen Segen eine autonome Volksbefragung über die Flughafenerweiterung durchzuführen. Interessanterweise schießt sich die bürgerliche Presse auf diese Idee z.Z. am heftigsten ein.

Offenbar trägt schon die Diskussion dieses Vorschlags dazu bei, die ‚offenen Flanken', die Schwächen und Blößen des bürgerlich-demokratischen Systems aufzudecken. Die Schwierigkeiten der Herrschenden mit der Legitimation scheinen erheblich zu sein. Tatsächlich wäre ein autonomes Volksbegehren als Antwort auf die diktatorischen Methoden, mit denen die Bürgerbewegung unterdrückt wird, momentan die größte denkbare Beleidigung für den demokratischen Anspruch des Systems und seiner Träger. Ob es jetzt schon dazu kommt, ist unter den BI's umstritten und ungewiß. Aber früher oder später wird sich demokratisches Bewußtsein und demokratische Praxis neben und g e g e n diesen Staat entwickeln.

Wut und Empörung

Nicht zuletzt die Art und Weise, wie der Staatsgerichtshof das Volksbegehren ausbootete, hat dazu beigetragen daß unter den Startbahngegnern, wie die bürgerliche Presse erstaunt feststellt, von Resignation nichts zu spüren ist. Die BI erklärte, die Bürger der Region hätten mit „Wut und Empörung" auf den Beschluß reagiert. Das Vertrauen in die Justiz sei „tief erschüttert". Die AG Volksbegehren wird eine Feststellungsklage beim Bundesverfassungsgericht anstrengen, da der Staatsgerichtshof das Grundrecht auf rechtliches Gehör mißachtet habe (dies kann an dem ergangenen Beschluß freilich nichts mehr ändern). Dementsprechend wird sich die AGV bis auf weiteres n i c h t auflösen, sondern weiterarbeiten. Die Anwälte der AGV machten darauf aufmerksam, daß der Antragsteller in diesem Verfahren, juristisch gesehen, „das Volk" in seinem verfassungsmäßigen Anspruch, Gesetze zu erlassen, gewesen sei. Man habe das Volk wie „einen Kindergarten" oder „wie eine Ansammlung von Tertianern" behandelt. Der Richterspruch könne den Rechtsfrieden nicht wiederherstellen, da das Verfahren nicht „korrekt und fair" gewesen sei. Selbst die „FR" (21.1.82) warnte vor dem „fatalen Eindruck", „*es sei bewußt mit juristischen Tricks gearbeitet worden, die auch der friedliche und einsichtsvolle Bürger nicht mehr verstehen kann*".

Andererseits verfehlte die Entscheidung, wie erwartet, nicht ihre Wirkung auf die Naturschutzverbände, die Kommunalpolitiker und die evangelische Kirchenleitung, die dazu aufriefen, sich dem Urteil zu beugen. Doch auch dieser Flügel fügte seinen Stellungnahmen ein mehr oder weniger deutliches „Aber" an. Die Vorsitzenden des Bundes für Umwelt- und Naturschutz und der Hessischen Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz hielten mit Kritik an dem Verfahren nicht zurück und sprachen von „*Kaltschnäuzigkeit, mit der wieder einmal mit der Meinung Andersdenkender umgegangen wurde*". Bürgermeister Brehl (Mörfelden-Walldorf) erklärte, die letzte Instanz seien die Politiker, an die er appellierte, den Startbahnbau rückgängig zu machen. Die Leitung der evangelischen Kirche von Hessen-Nassau mußte sich von der „FAZ" vorwerfen lassen, ihre Stellungnahme sei nicht scharf genug, und man könne nicht sicher sein, ob sie von der Kirchenbasis auch befolgt werde.

Mit großer Spannung wurde erwartet, ob das erste Plenum der Bürgerinitiativen nach diesem „Leberhaken" Anzeichen dafür ergeben würde, daß sich ein Teil der Widerstandsbewegung zurückzieht, oder ob es gar eine Spaltung geben würde. Die Überraschung an diesem Abend des 20.1. in der überfüllten Rüsselsheimer Stadthalle: Anders als bei den letzten Vollversammlungen waren ganze Bankreihen mit „gestandenen Berscherinnen und Berschern" gefüllt. Alexander Schubart erhielt lang anhaltenden Beifall, als er feststellte, daß der Widerstand selbstverständlich weitergehe. Ebenso umjubelt wurden die Aussagen, man werde dem herrschenden Block den „unangenehmsten Wahlkampf bereiten, den SPD, CDU und FDP in Hessen je erlebt haben". Dies solle nicht nur durch eine Wahlempfehlung gegen die Startbahnparteien geschehen, sondern auch durch „direkte Einmischung" der Bewegung. Ziel dieses Eingreifens müsse es sein, daß die Startbahn West, wenn überhaupt, nur noch von einer Großen Koalition weitergebaut werden kann.

Nach dieser Perspektivdebatte, bei der im Mittelpunkt stand, neben dem Widerstand vor Ort auch die „politische Schiene" weiter zu nutzen, befaßte sich die Versammlung mit der bevorstehenden Inangriffnahme von „Baulos 2". Die FAG hat angekündigt, daß „bis Ende März" sämtliche für die Starbahn West erforderlichen Rodungsarbeiten abgeschlossen sein sollen. **Zu erwarten ist also, daß mit Baulos 2, dem nächsten Bauabschnitt, in allernächster Zeit begonnen wird und daß die Inangriffnahme von Baulos 3 unmittelbar daran anschliessen soll.** Problemlos waren die Beschlüsse über sofort zu ergreifende Maßnahmen, um einen „hinhaltenden Widerstand" im Wald zu leisten: Besetzung des Waldgeländes möglichst vor Beginn der Baumaßnahmen, Behinderung von Polizei und Baufahrzeugen, Aktionen in den Städten und Gemeinden, Errichtung von Palisaden, Gräben und Türmen im Wald, Überflutung des Geländes, auf dem die Polizei und die Bautrupps arbeiten. Wie erwartet gab es jedoch Auseinandersetzungen um eine G r o ß a k t i o n mit bundesweiter Unterstützung, die mit dem Ziel einer Platzbesetzung durchgeführt werden soll, und zwar

- am folgenden Samstag, falls Baulos 2 an einem Montag, Dienstag oder Mittwoch begonnen wird oder
- am Samstag in einer Woche, falls Baulos 2 an einem Donnerstag oder Freitag in Angriff genommen wird.

Hierzu beantragte die BI Dreieich im wesentlichen drei Punkte:

- Beim Platzbesetzungsversuch sollten in den ersten Reihen „*möglichst Leute stehen, die bereit sind, ohne besondere Schutzausrüstung (z.B. Helme) der Polizei entgegenzutreten*".
- „*Das Baulos 1 ist kein Ziel unserer Aktion*" (dabei handelt es sich um das bereits gerodete und ummauerte Gelände).
- „*Es werden auch keine Betonmauern zerstört*".

Die BI Mörfelden trat dafür ein, den letzten dieser Punkte zu streichen. Die BI Groß-Gerau beantragte, das Baulos 1 solle kein Ziel der Platzbesetzungsaktion sein. Sollte es gelingen, Baulos 2 zu besetzen, dann werde man darauf verzichten, die Stirnmauer des Baulos 1 anzugreifen. Bei all diesen Anträgen handelte es sich um Änderungen bzw. Ergänzungen an dem bereits gefaßten Beschluß der BIs zu dieser Aktion (siehe Abdruck in diesem AK). Nach kontroverser Diskussion einigte sich das Plenum mit sehr großen Mehrheiten darauf, den Antrag aus Groß-Gerau als Kompromiß anzunehmen, den von Dreieich jedoch nicht zu befassen.

Dieses Verfahren entsprach keineswegs dem „Kalkül von Politprofis", alles offen zu lassen, wie die „FR" (22.1.) demagogisch unterstellt. Tatsächlich ist die Aktion sehr präzise festgelegt, wie aus der Gesamtheit des Beschlusses eindeutig hervorgeht. Vielmehr ist dieses Ergebnis in zweierlei Hinsicht bemerkenswert:

1. Anders als in den letzten sechs Wochen faßte das Plenum die geplante Aktion nicht als „letzte Entscheidungsschlacht" auf, bei der man aller Voraussicht nach eine endgültige Niederlage kassieren werde. Sondern die Aktion wurde als ein Höhepunkt, aber nicht Schlußpunkt gewertet, aus dem es das Beste zu machen gelte.

2. Die unterschiedlichen Flügel der Bewegung waren sichtlich darauf bedacht, sich nicht gegenseitig das Leben schwer zu machen, sondern zu einem konsensfähigen Kompromiß zu gelangen.

Natürlich ist die Kontroverse damit nicht abgeschlossen. Nach der Beschlußfassung erklärten einzelne Vertreter des Dreieich-Flügels ihre Unzufriedenheit und beantragten eine Neueröffnung der Debatte. Umgekehrt gab das Hüttendorf bekannt, es wolle sich nicht an die vereinbarte B e f r i s t u n g der Platzbesetzung halten, sondern versuchen, das Gelände, falls es besetzt werden kann, weiter zu halten. Beiden Fraktionen sollte zu denken geben, daß es für diese Vorstöße nur noch je eine Handvoll Unterstützer in der Vollversammlung gab. Insbesondere muß von den politischen Organisationen (DKP auf der einen Seite, SAG auf der anderen) angesichts solcher „SED-Mehrheiten", wie es im Plenum scherzhaft hieß, Augenmaß erwartet werden.

Die Mitglieder des KB in dieser Bewegung setzen sich energisch dafür ein, den erreichten, zweifellos noch wackeligen Konsens zu stabilisieren und sich an die gefaßten Beschlüsse und Vereinbarungen zu halten. Trotz aller nicht wegzudiskutierenden Differenzen über die F o r m e n des Widerstands muß es eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Flügeln der Bewegung geben. Wenn sich diese, bisher geübte Praxis in der jetzigen schwierigen Situation bewähren kann, werden die besten Voraussetzungen dafür geschaffen, aus den kommenden Wochen gestärkt hervorzugehen. Wir wissen nicht, ob eine Spaltung vermieden werden kann, und unsere eigenen Möglichkeiten, dies zu verhindern, wären letztendlich sehr gering. Wir würden es aber für verhängnisvoll halten, wenn Linke durch unbedachte Alleingänge dazu beitragen würden.

Kein Schlußwort zum Volksbegehren ...

... aber ein paar Anmerkungen von denjenigen Kommunisten, die es von Anfang an herzhaft unterstützt haben: Wir haben uns sauwohl dabei gefühlt. Das aber nicht nur wegen der offenkundigen Massenhaftigkeit dieser Initiative. Auch nicht, weil man/frau die Wirkung der Schläge, die man/frau austeilt, mal richtig sehen konnte. Sondern vor allem deshalb, weil wir feststellen konnten: Kommunismus ist, wenn er sich das Anliegen der Demokratie im eigentlichen Sinn (Volksherrschaft) ernsthaft und radikal zu eigen macht, auch heute, in der Krise, eine echt dynamische Sache. Gewiß waren bzw. sind die Kommunisten nur eine recht unbedeutende Fraktion innerhalb dieses breiten Bündnisses, das das Volksbegehren getragen hat. Aber für das Profil und das Selbstverständnis einer relevanten Alternative zur herrschenden Politik und besonders zur SPD ist in diesem knappen Jahr viel getan worden. In aller Bescheidenheit muß freilich hinzugefügt werden: Das größte Verdienst in dieser Hinsicht gebührt keinem anderen als ... Holger Börner!

KB/Gruppe Frankfurt

Flotter Auftakt

Als der Staatsgerichtshof am 20.1. seine Ablehnung des Volksbegehrens bekannt gab, demonstrierten noch am selben Abend etwa 300 Startbahngegner in Walldorf, 1.500 in Frankfurt und 1.000 in Wiesbaden. Zu einer Demonstration am 23.1. in Walldorf, zu der die AG Volksbegehren aufgerufen hatte, erschienen 4.000, hauptsächlich Bürger aus der Region. Anschließend merschierten 1.000 bis 2.000 Leute in das (derzeit vierte) Hüttendorf, das aktuell von einer Räumung bedroht ist. Eine Schneeballschlacht an der Mauer des Baugeländes nahm die Polizei zum Anlaß für teilweise brutale Ausfälle gegen die Startbahngegner.

Stramm rrrevolutionär!

„Massenentlassungen, Jugendarbeitslosigkeit und NATO-Kriegsvorbereitungen – und Tausende von Linken verschwenden ihre Energie im Kampf gegen einen Flughafenausbau.

Kommunisten verteidigen die demokratischen Rechte der Startbahngegner wie das auf Demonstration und Volksentscheid gegen den bürgerlichen Staat. Wir sind weder gegen Flughäfen noch schlagen wir den Kapitalisten vor, welche ausgebaut werden sollen und welche nicht. Ausgehend von den Interessen der Arbeiterklasse gibt es für uns keinen Grund, für oder gegen den Bau der Startbahn West zu sein. Kommunisten zerbrechen sich nicht den Kopf über die Verkehrspolitik und -planung der Bourgeoisie. Wir kämpfen für sozialistische Planwirtschaft, um dem kapitalistischen Chaos ein Ende zu bereiten."

(Aus „Spartakist", Zeitung der Trotzkistischen Liga Deutschlands/TLD, Dezember 1981)

Beschluß der Bürgerinitiativen zur Platzbesetzung

Die Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt Rhein Main haben sich zu einer befristeten Besetzung des Bauloses 2 nach Inangriffnahme des entsprechenden Waldgeländes durch FAG und Landesregierung im Rahmen ihres gewaltfreien aber aktiven Gesamtkonzeptes entschlossen.

Liegt der Baubeginn für Baulos 2 von Montag bis Mittwoch, findet die Bauplatzbesetzung am darauffolgenden Samstag statt; fällt der Baubeginn auf Donnerstag oder Freitag, haben wir uns zur Durchführung am übernächsten Samstag entschlossen.

Sonntag, spätestens gegen Einbruch der Dunkelheit, werden wir das besetzte Baulos gemeinsam verlassen ...

Wir gehen davon aus, daß sich der Bauplatzbesetzung Freunde aus dem gesamten Bundesgebiet anschließen wollen.

Der eigentliche Anmarsch auf das Baulos 2 beginnt Sonnabend gegen 9 Uhr über drei Sammelpunkte (West: Raunheim-Rüsselsheim, Dr. Bauer See; Süd: Mönchbruch; Ost: Walldorf, SKG-Heim). Wir gehen davon aus, daß sich an den verschiedenen Sammelpunkten mehrere zehntausend Menschen in Bewegung setzen werden. Etwaige Hindernisse, z.B. von der Polizei aufgestellte Container werden von den Marschkolonnen entfernt. Die Marschkolonnen führen Material-LKWs und Lautsprecheranlagen mit.

Gegen 12 Uhr erwarten wir die Masse der Startbahngegner von der Stirnseite des Bauloses 2, dessen Ummauerung bis dahin unserer Erfahrung nach nicht geschlossen sein wird. Von daher werden wir zur Platzbesetzung aller Wahrscheinlichkeit nach nur den uns wohlbekannten Nato-Stacheldraht zu überwinden haben. Dies geschieht in breiter Front, ruhig und besonnen mittels ausgelegter Teppiche, jedoch mit allem nötigen Nachdruck und der nötigen Entschlossenheit.

Aus Gründen des Selbstschutzes bitten wir alle unsere Freunde, sich gegen Wasserwerfer, Tränengaseinsätze und Prügelorgien der Polizei hinreichend zu schützen. Konkret: Helme, Gasschutzbrillen, Wasser für Augenspülungen und entsprechend wattierte Kleidung sind Vorraussetzung für ein Gelingen der Aktion. Unsere Kraft ist unser Wille zur Platzbesetzung und unsere Geschlossenheit.

Für die gesamte Aktion gilt: keinerlei harte Gegenstände gegen Polizeibeamte. Trotz aller bitteren Erfahrungen gibt es für uns zum Konzept der Gewaltfreiheit keine Alternative. Farbbeutel werden geworfen, um uns gegen gezielte Wasserwerfereinsätze zu schützen.

Die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung schließt eine Besetzung des Geländes des Bauloses 1 aus.
Die Stirnmauer des Bauloses 1 wird nach erfolgter Platzbesetzung nicht angegangen.(*)

V O R der unmittelbaren Platzbesetzungsaktion wird es entlang der Schandmauer im Wald absolut ruhig bleiben.

Nach dem Gelingen der Platzbesetzung werden wir mit der Demontage der begonnenen Flankenmauern von Baulos 2 beginnen. Ein Mauersegment wird nach Mörfelden-Walldorf auf den „Dalles" gebracht. Aller auf dem Baugelände des Bauloses 2 befindlicher Nato-Stacheldraht wird gesammelt und zu unserer eigenen Sicherheit vor die Tore des Bauloses 1 gebracht. Die Bürgerinitiativen planen zum weiteren Verlauf ein Kulturprogramm mit prominenten Künstlern „vor Ort".

Sollte es uns, aus welchen Gründen auch immer, nicht gelingen, auf das Gelände des Bauloses 2 zu kommen, werden wir der hessischen Landesregierung deutlich machen, was der Bürger dieser Region von der Errichtung von Betonmauern in seinem Wald hält. Für diesen Fall werden wir uns Alternativaktionen überlegen.

Dieser Beschluß wurde vom BI-Plenum am 15.12.81 gefaßt und vom darauffolgenden Plenum am 20.1.82 bestätigt. Ergänzend wurde am 20.1. der Absatz (*) beschlossen.

Zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs

Der Staatsgerichtshof hat unter Bruch zwingender Verfahrensvorschriften und des Grundrechts auf rechtliches Gehör unser Volksbegehren abgewiesen. Nach dem Gesetz über den Staatsgerichtshof hätte zwingend eine öffentliche Hauptverhandlung stattfinden müssen. Eine solche Hauptverhandlung, auf die wir uns gut vorbereitet hatten und auf der wir unsere guten Argumente deutlich machen wollten, hat jedoch nicht stattgefunden.

Der Staatsgerichtshof kann von einer öffentlichen Hauptverhandlung nur in wenigen,

Zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs

Der Staatsgerichtshof hat unter Bruch zwingender Verfahrensvorschriften und des Grundrechts auf rechtliches Gehör unser Volksbegehren abgewiesen. Nach dem Gesetz über den Staatsgerichtshof hätte zwingend eine öffentliche Hauptverhandlung stattfinden müssen. Eine solche Hauptverhandlung, auf die wir uns gut vorbereitet hatten und auf der wir unsere guten Argumente deutlich machen wollten, hat jedoch nicht stattgefunden.

Der Staatsgerichtshof kann von einer öffentlichen Hauptverhandlung nur in wenigen, gesetzlich genau geregelten Fällen absehen. Dazu gehört auch der Fall, daß ein Antrag „offenbar unbegründet" ist. Auf dieses Gleis nun hat der Staatsgerichtshof unser Volksbegehren abgeschoben. „Offenbar unbegründet" ist ein Antrag, wenn er abwegig ist, völlig neben der Sache liegt oder wenn es eindeutig ist, daß kein rechtlicher Gesichtspunkt denkbar ist, mit dem er erfolgreich sein könnte, beispielsweise wenn wir — um Börners Beispiel vom 25. November zu gebrauchen — die Wiedereinführung der Todesstrafe verlangt hätten. Wir hatten es noch bis gestern abend, als uns die Entscheidung zugestellt wurde, für ganz und gar undenkbar gehalten, daß der Staatsgerichtshof unser Volksbegehren in die Kategorie „offenbar unbegründet" einordnen würde.

Vor diesem Staatsgerichtshof hatten wir keine Chance, die Sache war ja auch längst festgeklopft, lange, bevor wir das Gericht anriefen. Wir hatten schon immer bezweifelt, daß angesichts der Vorwegnahme des Urteils durch die Politik der vollendeten Tatsachen im Wald, der Staatsgerichtshof noch den Mut aufbringen könnte, unser Volksbegehren zuzulassen. Denn dies hätte in Wiesbaden nicht nur eine Regierungskrise, sondern eine Staatskrise ausgelöst. Der Staatsgerichtshof hat nun nicht einmal den Mut aufgebracht, sich in einer öffentlichen Verhandlung Argumenten und Gegenargumenten zu stellen, sondern er hat unser Volksbegehren in einem Geheimverfahren kurz abgehackt.

In der Sache selbst bringt der Staatsgerichtshof keine neuen Argumente; er macht sich die Argumente der Landesregierung voll zu eigen: wir würden mit unserem Gesetzentwurf in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes eingreifen; wir würden "Luftverkehr" und nicht — wie wir es in Anspruch nehmen — „Raumordnung und Landesplanung" regeln. Mit der eigentlich entscheidenden Frage der Standortplanung für flächenintensive Großvorhaben, die allen Flächenstaaten der Bundesrepublik, auch in Hessen, integraler Bestandteil der Landesplanung ist, setzt sich die Entscheidung des Staatsgerichtshofs nicht auseinander.

In der Sache selbst gibt es gegen die Entscheidung des Staatsgerichtshofes kein Rechtsmittel. Wir werden jedoch prüfen, ob wir wegen Verletzung des Grundrechts auf rechtliches Gehör Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht erheben.

Man hat uns ein Mittel der friedlichen und demokratischen Konfliktlösung aus der Hand geschlagen. Deswegen wird es jetzt in den Reihen der Startbahngegner weder Resignation noch Zweifel an der Fortsetzung des Widerstandes geben. Der Staatsgerichtshof hat nur darüber zu befinden gehabt, ob ein Volksbegehren und Volksentscheid stattfinden kann oder nicht. Er hat nicht darüber zu entscheiden gehabt, ob die Startbahn West sinnvoll oder unsinnig und ob Protest und Widerstand dagegen berechtigt oder unberechtigt sind.

Jetzt werden die Startbahngegner intensiv diskutieren, wie neben dem Widerstand im Wald weitere politische Felder erschlossen werden können, auf die sich der Widerstand konzentrieren kann. Dazu gehört die autonome Volksbefragung ebenso wie der Landtagswahlkampf dieses Jahres.

(Alexander Schubart)

Ölskandale

Zur Abschreckung von Umweltschutzsünden, wie das Frankfurter Amtsgericht begründete, wurde ein türkischer Arbeiter zu der unverhältnismäßig hohen Geldstrafe von DM 2 250.- verurteilt, weil er zwei Liter Öl von seinem Auto ins Erdreich laufen ließ.

DIE GRÜNEN FRANKFURT befürworten die Tat des Türken nicht, empfinden das Urteil gegen diesen „kleinen" Umweltsünder jedoch als Hohn, verglichen damit, daß am Flughafen Millionen Liter von Kerosin ins Erdreich versickerten, ohne daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wurden.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß das durch die zwei Liter Öl verseuchte Erdreich durch die Feuerwehr sorgsam abgegraben wurde, während die Forderungen des BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz) und der GRÜNEN FRANKFURT, das am Flughafen durch Kerosin verseuchte Erdreich abzutragen, bisher bei allen Verantwortlichen und im Umweltministerium auf taube Ohren stieß.

Wir GRÜNEN FRANKFURT fragen uns, weshalb Gerichte und Behörden mit solch zweierlei Maß messen. Weshalb wird eine verhältnismäßig geringe Umweltkriminalität schwer geahndet, während eine millionenfach schlimmere Umweltkatastrophe gigantischen Ausmaßes am Flughafen völlig ungesühnt bleibt?

Ungeheuerlich ist auch die Taktik bei den neuerlichen Funden von Kerosin im Grundwasser auf dem Baugelände der Startbahn West, den Verdacht auf Startbahngegner oder Umweltschützer zu lenken und die wahren Verantwortlichen wieder zu schonen.

DIE GRÜNEN FRANKFURT fordern eine lückenlose Aufklärung über die Ursachen der Verseuchung des Grundwassers mit Kerosin sowie die Bestrafung der Personen, die für die Kerosinkatastrophe verantwortlich sind.

Die Grünen, Frankfurt

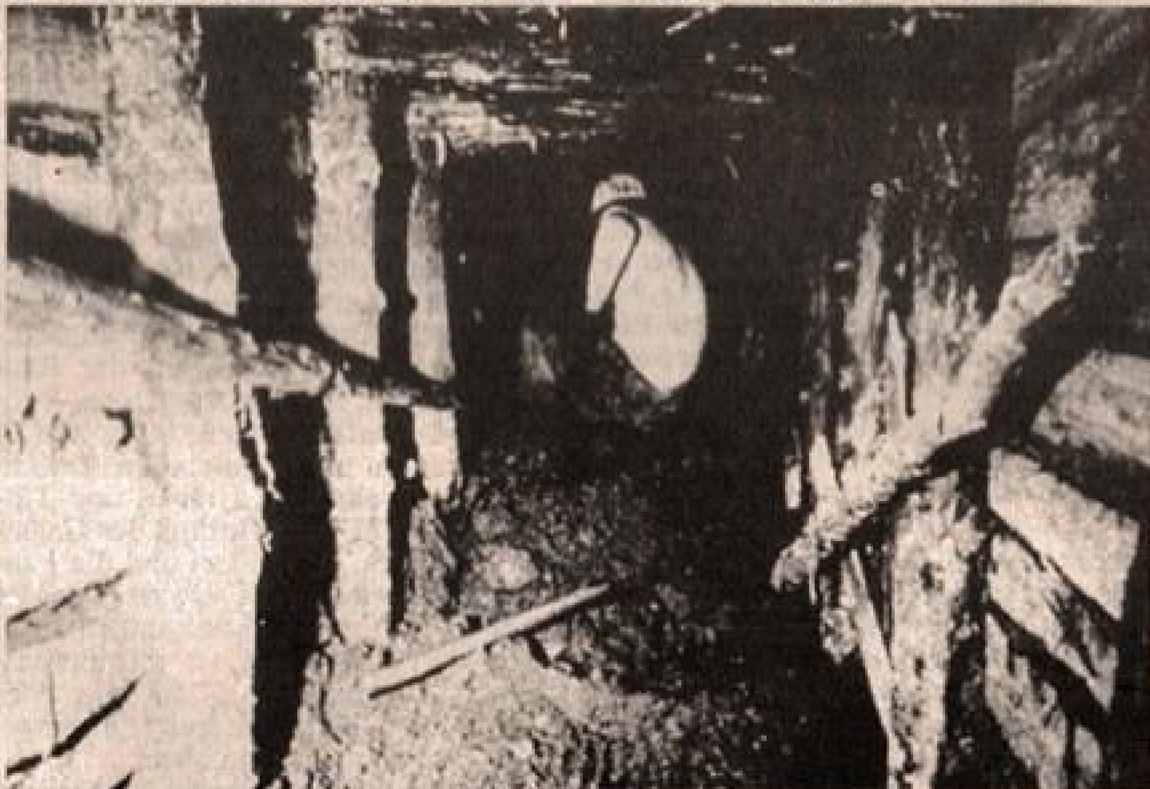
Von Sanrizuka lernen!

3.Teil von Samuel Meldreg

Die Tunnel Sanrizukas reichen bis zu den Reisfeldern Vietnams

Die Schärfe der Auseinandersetzungen um die Enteignung von 3 1/2 ha Bauernland anläßlich der Errichtung des Flughafens Narita sind nur verständlich vor dem Hintergrund der Entwicklung des Krieges in Indochina. Ende 1970 wird die Bombardierung Nordvietnams durch die Bomberflotten der USA wiederaufgenommen. Im Februar 1977 kommt es zum Einmarsch südvietnamesischer Truppen nach Laos und Kambodscha. Am 15. Juli hält Richard Nixon seine berühmte Fernsehansprache, in der er seinen Besuch in Peking ankündigt. Gleichzeitig wird die Bombardierung Nordvietnams verstärkt fortgesetzt.

Nachdem die Versuche zur Landvermessung im Herbst 1970 im Schlamm stecken bleiben, ruft die



Flughafengesellschaft die japanische Regierung an und fordert sie zur Anwendung des Sondergesetzes zur Landenteignung auf. Dieses Gesetz erlaubt es dem Bauminister, bei "bestimmten dringenden Öffentlichen Unternehmen" eine endgültige Entscheidung zu treffen, wenn das Landenteignungskomittee unter dem Gouverneur des Bezirkes nicht in der Lage ist, binnen zweier Monate eine Enteignung mit den Betroffenen zu erreichen. Daher ist im Frühjahr 1971 die Situation klar: Die "Öffentliche Gesellschaft für den neuen Internationalen Flughafen" ist nach fünf Jahren endlich juristisch rechtmäßige Besitzerin des Landes. Nur, die verbliebenen Bauern und die sie unterstützende Oppositionsbewegung sind weniger denn je bereit, das Land zu räumen. Im Gegenteil, sie haben nicht nur durch die jetzt täglich erscheinende Zeitung des Oppositionsverbandes und Demonstrationen in den umliegenden Städten gezeigt, daß ihr Widerstand auch nach dieser Entscheidung ungebrochen ist, sondern vor allem auch durch die Vorbereitung auf die kommende Auseinandersetzung. *"Sanrizuka wird Japans Vietnam werden!"* ,erklärt Issaku Tomura, der Vorsitzende des Oppositionsverbandes.

Sechs regelrechte Festungsanlagen sind im Winter und Frühjahr gebaut worden. Sie sind untereinander durch ein weitverzweigtes Tunnelsystem verbunden. Ein großer, ca. 30 m hoher Turm wird errichtet und mit einer starken Lautsprecheranlage versehen. Von ihm kann man ständig Nachrichten und Aufrufe während der Auseinandersetzungen hören.

Am 22. Februar 1971 ist es dann so weit. Großspurig erklärt die Flughafengesellschaft, innerhalb von vier Stunden sei die ganze Situation bereinigt und dem ungesetzlichen Treiben auf ihrem Gelände ein Ende bereitet.

Sechs Tage lang versucht die Polizei vergeblich, das Feld zu räumen. Der Widerstand der Bauern wird um so heftiger, je brutaler die Polizei sie angreift. Wie schon im Jahr zuvor wird auch jetzt wieder das Land unter Wasser gesetzt, Reifen angesteckt, aber sie greifen jetzt auch zu anderen Kampfformen. So schmiert sich z.B ein alter Bauer von oben bis unten mit Scheiße ein und treibt somit zahlreiche Polizisten in die Flucht. Die nächsten Angriffe der Polizei gehen in einer wahren Flut von Mist und Scheiße unter, da selbst die "Eliteeinheiten" der Aufruhrbekämpfungsspezialisten mit diesem Naturprodukt ihre Schwierigkeiten haben (auch in Japan gibt es eine Reinlichkeitsdressur – außer für Bauern, versteht sich).

Nachrichtensendungen tragen zur Mobilisierung bei. Täglich kommen mehr und mehr "Zuschauer", die sich nach und nach auch an den Auseinandersetzungen beteiligen.

Nach dreitägiger Unterbrechung nimmt die Polizei verstärkt ihre Angriffe wieder auf. Mit einem Großeinsatz an technischem Gerät (über 200 gepanzerte Spezialfahrzeuge, Bagger und Räumungsmaschinen) und äußerster Brutalität werden die Festungen berannt. Obwohl die Bauern in dieser Situation auf den japanischen Nationalsport Kendo zurückgreifen, und anfangen, sich mit Bambusstökken gegen diese Angriffen zu verteidigen, gelingt es, Festung auf Festung zu schleifen und dem Erdboden gleich zu machen. "Zuschauer" greifen zu Steinen, vereinzelt fliegen Molotowcocktails. Um jeden Baum wird erbittert gekämpft. Frauen haben sich um die Baumstämme gebunden. Kinder sitzen in den Baumwipfeln. Trotzdem wird ein Baum nach dem anderen gefällt. Erst als zwei Bauern, die in einem Bauernhaus Widerstand leisten und sich geschickt mit Bambusspeeren verteidigen, unter dem gefällten Baum schwer verletzt aus den Trümmern der Hütte geborgen werden, unterbricht die "Öffentliche Gesellschaft ..." die Räumungsarbeiten.

Im Juli unternimmt die Polizei einen zweiten Anlauf. Als sie auch jetzt nach 3 Tagen Kampf nicht in der Lage ist, das Gelände zu räumen, läßt die Flughafengesellschaft in den Medien eine Erklärung verlesen, daß sie vorläufig alle Aktionen einstelle, da der Widerstand zu stark sei. Das stellt sich aber noch am selben Tag als abgekartetes Spiel mit der Polizeiführung heraus. Nachdem nämlich, begeistert von ihrem vermeintlichen Erfolg, die Masse der Bauern, Jungarbeiter und Studenten vom Platz zieht, greift die Polizei überraschend mit aller Gewalt die Tunnelanlagen an und zerstört sie. Dabei werden 13 Bauern und Studenten, die sich noch in den Tunnels befinden, schwer verletzt.

Daher ist die Erbitterung der Bauern äußerst groß, als am 16. September 1971 die Polizei mit über 6000 Mann die letzten Festungen zu stürmen versucht. Alle Mühen, alle Opfer sollen umsonst gewesen sein? Mit dem Mut der Verzweiflung stemmen sie sich den ganzen Tag gegen die immer brutaler angreifende Polizei. Als bei einem Versuch, zu den Eingeschlossenen durchzudringen, drei Polizisten durch Molotowcocktails getroffen und tödlich verletzt werden, gibt es kein Halten mehr. Zusätzlich werden tausende von Polizisten nach Sanrizuka gebracht. Wer sich ihnen in den Weg stellt, wird niedergemacht. Die 11 köpfige Turmbesatzung des über 20 Meter hohen Komeinoturmes wird regelrecht plattgewalzt, als der Turm von Räumbaggern eingerissen wird.

Bei einer späteren Untersuchung kommt heraus, daß die Polizei für diesen Tag schon vorsorglich eine ganze LKW-Ladung mit Särgen bereit gestellt hatte. Am 20. September ist die Enteignung des für die erste Ausbauphase benötigten Landes endgültig abgeschlossen. Aus Verzweiflung über den Ausgang des Kampfes begeht Fumio Sannomiya, ein Mitglied der Jugendgruppe, Selbstmord.

Insgesamt 1456 Bauern und Sympathisanten werden verletzt, 1727 verhaftet, viele davon für Monate. 216 werden später angeklagt.

(wird fortgesetzt)



Flughafengesellschaft die japanische Regierung an und fordert sie zur Anwendung des Sondergesetzes zur Landenteignung auf. Dieses Gesetz erlaubt es dem Bauminister, bei "bestimmten dringenden Öffentlichen Unternehmen" eine endgültige Entscheidung zu treffen, wenn das Landenteignungskomittee unter dem Gou-

mit Bambusspeeren verteidigen, unter dem gefällten Baum schwer verletzt aus den Trümmern der Hütte geborgen werden, unterbricht die "Öffentliche Gesellschaft ..." die Räumungsarbeiten.

Im Juli unternimmt die Polizei einen zweiten Anlauf. Als sie auch

gestellt hatte. Am 20. September ist die Enteignung des für die erste Ausbauphase benötigten Landes endgültig abgeschlossen. Aus Verzweiflung über den Ausgang des Kampfes begeht Fumio Sannomiya, ein Mitglied der Jugendgruppe, Selbstmord.

Insgesamt 1456 Bauern und Sympathisanten werden verletzt, 1727 verhaftet, viele davon für Monate. 216 werden später angeklagt.

(wird fortgesetzt)



Technologie politischer Unterdrückung:

Testfeld Frankfurt

Ein vertraulicher Bericht des Arbeitskreises Technik (AK II) der Polizeiführungsakademie (PFA) Hiltrup über „neu entwickelte oder in der Entwicklung befindliche Einsatzmittel" kursiert derzeit auf Innenministerebene. Darin werden die angemessenen Polizeiwaffen für die unruhigen 80er Jahre beschrieben: unerträgliche Hochfrequenztöne, grelle Lichtblitze, Elektroschlagstöcke und Schaumbarrieren sind einige der getesteten Mittel.
Der Öffentlichkeit bereits bekannt sind die Pläne, CS und Gummigeschosse einzuführen. Bisher weitgehend unbekannt sind „Geräte zur Aufrechterhaltung der Inneren Ordnung", die teilweise entgegen geltendem Recht bei den Auseinandersetzungen an der Startbahn-West-Baustelle einer Tauglichkeitsprüfung unterzogen wurden.

Flammenwerfer...

„Das ist sozusagen selbstgestrickt, eine polizeieigene Entwicklung", gab Frankfurts oberster Schupo, Vogel, stolz von sich. Er beanspruchte in einem Telefongespräch für seine technische Abteilung fälschlicherweise das Urheberrecht für ein Gerät, das in der Schweizer Armee als Flammenwerfer gebräuchlich ist. Umgerüstet auf eine Wasser-Tränengas-Mischung kann dieser Flammenwerfer, so das Ergebnis einer Untersuchung der Schweizerischen Polizeitechnischen Kommission, *„bei einer Spritzdauer von 90 Sekunden ... 18 Liter in Wasser emulgiertes Tränengas auf eine Distanz von 35m"* versprühen. Wahlweise kann dem Trägerstoff Wasser entweder CN oder CS beigemengt werden, mit einem Kipphebel wird das Gerät auf Einzel- oder Dauerstrahl eingestellt. Die Frankfurter Polizei kaufte das Gerät vor neun Jahren ein.

Seine bundesrepublikanische Premiere hatte der umgerüstete Flammenwerfer am Nachmittag des 2. November 81, als sich nach der Räumung des ersten Hüttendorfes Tausende Menschen im Flörsheimer Wald einfanden. Etwas unbeholfen wurden mindestens zwei Geräte herangeschleppt. Die Beamten hatten keine Gasmasken aufgesetzt, da die Geräte zielgerichtet auf entfernt stehende Demonstranten sprühen sollten. Trotz sichtlich mangelnder Übung war die Wirkung enorm: getroffene Demonstranten, unter ihnen ein Mitglied der Frankfurter TAZ-Redaktion, berichteten, für gut eine halbe Stunde ziemlich reaktionsträge gewesen zu sein und starke Schmerzen im Gesicht und an den Augen verspürte zu haben. Die Chemische Riesenkeule, die in Zürich die Demonstrationen der AJZ-„Bewegig" auseinander zuspritzen half, hatte an der Startbahn-West-Baustelle ihre Feuertaufe bestanden.

...Konventionelles...

An anderen Stellen ging es derweil rund: mehrere gezielt auf Kopfhöhe abgefeuerte CN-Petarden (Petarden: von speziellen „Schießbechern" abzufeuernde Wurfkörper mit einer Reichweite bis zu 100 Meter) hatten teilweise schwere Verletzungen verursacht. Das Unterholz war derart von CN-Schwaden durchzogen, daß sich mehrere Demonstranten mit akuten Asthmaanfällen in ärztliche Behandlung begeben mußten. Bei einigen Demonstranten diagnostizierten Ärzte des Hüttendorfes heftige Abwehrreaktionen, Vorstufen allergischer Schocks. Andere wiederum, vom CN geschwächt, fielen den SEK-Kommandos unter die Knüppeleinsätze, die sich nach dem Kommunique der Ärzte unterschiedslos *„gegen Mütter mit Kindern, gegen Jugendliche, gegen grauhaarige Männer und Frauen"* richteten. In einem „Spiegel"-Interview kommentierte Frankfurts Polizeipräsident Gemmer später diese Übergriffe, denen auch offizielle Sanitäter und Verletzte auf Tragen zum Opfer fielen, mit der denkwürdigen Bemerkung: *„Vor allem wenn es dunkel ist, sehen sie von hinten weitgehend gleich aus."* Immerhin gab er damit ungewollt zu, daß seine Lederjacken auf fliehende Demonstranten angesetzt wurden.

...Pfeffer-Nebel...

Einige der Getroffenen waren vorher

angesetzt wurden.

...Pfeffer-Nebel...

Einige der Getroffenen waren vorher in den Wirkungsbereich des von einer Smith&Wesson-Tochterfirma hergestellten Pepper-fog-Generators geraten. (Näheres zu diesem Gerät siehe Arbeiterkampf 211). Sein Einsatz stehe nicht mehr zur Diskussion, hatte die Frankfurter Polizei noch 1977 nach einem internen Test im Präsidium anderslautende Berichte zurückgewiesen (Frankfurter Rundschau, 23.7.77). 1981 war die Zeit wieder reif für das Pfeffer-Nebel-Gerät, das in 45 Minuten ununterbrochenen Einsatzes mehrere Tausend Kubikfuß CN oder CS ausstoßen kann. *„Die dabei auftretende Konzentration in der Luft (CN-Dampf und Aerosol) ist sehr groß, so daß in unmittelbarer Nähe des Generators die letale Dosis erreicht werden kann"*, beschrieb ein leitender Chemiker des Beschaffungsamtes für das Bundesinnenministerium, Dr. Walter Gromes, die Gefahren des Gerätes (in: Polizeitechnik und Verkehr, 2/74).



Umgebauter Flammenwerfer im Einsatz gegen Startbahngegner.

...Sound-and-Flash

Zwei Wochen später setzten SEK-Beamte an der Baustellenmauer dann erstmals Explosivkörper ein. Nach Angaben der Frankfurter Pressestelle waren es 8 Exemplare des sog. Blend-Schock-Wurfkörpers, der im Auftrag der Polizeiführungsakademie von der Trittauer Firma NICO-Pyrotechnik entwickelt wurde. An die Frankfurter Polizei will die Firma 10 - 15 dieser „Irritationskörper" geliefert haben, so jedenfalls Willi Lübbers, technischer Leiter von NICO, in einem Telefongespräch. Eine Sprengladung läßt den aufgesetzten Deckel des dosenähnlichen Wurfkörpers abheben. Durch den Druck werden 8 einzelne Knallkörper herausgeschleudert, die wie Luftheuler in der Gegend herumfliegen und dabei einen hellen Blitz erzeugen. Knall und Blitz sollen dazu dienen, beispielsweise bei Geiselbefreiungsaktionen für Ablenkung zu sorgen; daher auch der Name Irritationskörper. Die Demonstration an der Startbahn-West war aus polizeitaktischer Sicht ein völlig unpassender Anlaß, die Sound-and-Flash-Dose einzusetzen.

Bei der Bundeswehr werden ähnliche Explosivkörper unter der Bezeichnung „unterkalibrige Übungsmunition" geführt und zum Test der Reaktionsfähigkeit eingesetzt. Ein Mindestabstand von 15 m vom Übungsopfer muß eingehalten werden, da sonst Augen und Trommelfell arg in Mitgleidenschaft gezogen werden können. Für die Polizei war diese Vorschrift kein Hindernis; ihre Kommandos placierten die Behälter direkt über die dicht zusammenstehende Menschenmenge, teilweise unterhalb der Baumwipfelhöhe.

Im Zusammenhang mit dem Blend-Schocker-Einsatz wurden von verschiedenen linken Zeitungen Horrormeldungen verbreitet: Der Blend-Schock-Wurfkörper sei erstmals von der GSG 9 als Explosionsgranate in Mogadischu eingesetzt worden, der Explosionsknall habe mehrere Gehörverletzungen zur Folge gehabt, einem Demonstranten habe ein Metallsplitter des Wurfkörpers aus dem Bein operiert werden müssen und in Malville habe eine wirkungsgleiche Waffe 1977 dem französischen Lehrer Vital Michalon das Leben gekostet. Ganz so wild ist die Wirkung des Explosivkörpers nun doch nicht: in Mogadischu wurde bei der Erstürmung der entführten Lufthansa-Maschine ein Wurfkörper britischer Herkunft mit weitaus stärkerer Blendwirkung eingesetzt; Gehörverletzungen wurden im Zusammenhang mit dem Sound-and-Flash-Körper nicht diagnostiziert; die Metallsplitterverletzung eines Demonstranten rührte höchstwahrscheinlich von den abgesprengten Aluminiumring einer CN-Petarde her und Vital Michalon wurde von

eines Demonstranten rührte höchstwahrscheinlich von den abgesprengten Aluminiumring einer CN-Petarde her und Vital Michalon wurde von

einer Offensivgranate mit weitaus stärkerer Spreng- und Splitterwirkung getötet. „Die Todesursache scheint auf Lungenrisse zurückzuführen zu sein, der Art, wie sie bei Explosionen vorzufinden sind", hieß es im Obduktionsbericht des Medizinischen Instituts von Lyon.

Ungefährlich sind die Sound-and-Flash-Wurfkörper deswegen natürlich nicht: neben den möglichen Verletzungen der Sinnesorgane stellen auch die herabfallenden Teile des Blend-Schockers eine erhebliche Gefahr dar.

Wer einmal lügt...

Für die Polizeiführung war der Sound-and-Flash-Einsatz allerdings mit Komplikationen verbunden: noch in der folgenden Nacht schickte sie Suchtrupps durchs Unterholz, um die Überreste der explosiven Dosen wieder einzusammeln. Selbst als auf einer Pressekonferenz der Frankfurter Bunten-Hilfe ein sichergestelltes Exemplar vorgezeigt werden konnte, verstieg sich Polizeipressesprecher Kraus noch zu der Behauptung, von Seiten der Ordnungshüter seien keine Wurfkörper eingesetzt worden, vielmehr gehörten die Dosen zum Arsenal der Startbahngegner. Einen Tag später mußte er allerdings einräumen, daß die Blend-Schocker tatsächlich von Polizeibeamten eingesetzt wurden. Flugs beeilte er sich zu versichern, dieser Einsatz sei durch die Bestimmungen des „Gesetzes über den unmittelbaren Zwang" (hess. UZwG) abgedeckt.

Polizeipressesprecher Kraus befindet sich auch mit dieser Zweckbehauptung im Irrtum. Das hessische UZwG unterteilt die „gewaltsame Einwirkung auf Personen oder Sachen" durch Polizeibeamte in drei Punkte:

1) Einfache körperliche Gewalt – hierzu zählen Polizeigriffe, Tritte und Fausthiebe.

2) Hilfsmittel der körperlichen Gewalt – hierunter fallen Fesseln, Wasserwerfer, Diensthunde und -pferde sowie Reiz- und Betäubungsstoffe.

3) Waffen – hierzu werden die zugelassenen Hieb- und sonstigen Waffen sowie Schußwaffen gezählt, also Schlagstöcke und Dienstpistolen. Da Hessen das Einheitliche Polizeigesetz (noch) nicht verabschiedet hat, fallen Maschinenpistolen und Handgranaten nicht unter diesen Punkt. (Siehe auch Kasten auf Seite 7).

Das hessische UZwG ist mittlerweile 31 Jahre alt und hatte bei seiner Verabschiedung den damals durchaus fortschrittlichen Anspruch, die Entmilitarisierung des Polizeiapparates, speziell seiner technischen Ausstattung abzusichern, indem es schwere Waffen aus den Arsenalen verbannte. Heutzutage hinkt es der Waffenentwicklung hinterher und wird nach Bedarf ausgelegt: sämtliche Einsatzformen für chemische Kampfstoffe wie Wurfkörper, Petarden, Pepper-fog, umgerüstete Flammenwerfer etc. werden durch den vagen Begriff „Reiz- und Betäubungsstoffe" der Kategorie „Hilfsmittel körperlicher Gewalt" abgedeckt. Die aufgezählte Palette hat jedoch längst den Charakter offensiver Waffen, die geeignet sind, Menschen lebensgefährlich zu verletzen. Zudem nennt das Gesetz nicht einmal die verschiedenen Gerätschaften und bietet so Tür und Tor für jede Neuentwicklung, die auch nur entfernt etwas mit „Reizstoffen" zu tun hat. Der Innenausschuß des hessischen Landtages wird sich am 22. Januar mit dieser Problematik beschäftigen, vorab war vom Pressesprecher des Landtages, Herrn Langendorf, zu erfahren, daß von dieser Seite keine Bedenken hinsichtlich der eingesetzten „Hilfsmittel" zu erwarten sind. Ein rechtlicher Zustand, über den der Frankfurter Professor für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie, Dr. jur. Erhard Denninger, bemerkt, es sei „an sich aus rechtsstaatlichen Gründen zu fordern, daß diese Geräte im Gesetz festgelegt sind".

Nebenbei läßt sich auf der Grundlage des hessischen UZwG durch eine einfache Verordnung das Kampfgas CN gegen das für polizeitaktische Überlegungen günstigere CS austauschen, und es besteht im übrigen begründeter Anlaß zu der Vermutung, daß an der Startbahn-Baustelle bereits einmal CS testweise unters Volk gebracht wurde. Von autonomen Sanitätern wurde jedenfalls eine merkwürdige Häufung von Übelkeit und Kopfschmerzen festgestellt, was selbst hartgesottenen und Tränengas-(CN)-erfahrenen Demonstranten reichlich schweizerisch vorkam.

Der Sound-and-Flash-Explosivkörper läßt sich auch bei großzügiger Auslegung des UZwG rechtlich nicht abdecken. Das Gesetz führt weder Sprengmittel noch Sprengsätze auf. Doch bei der Durchsetzung der NATO-Startbahn-West scheint es auf einen zusätzlichen Rechtsbruch schon nicht mehr daraufanzukommen – die Landesregierung setzt auf polizeiliche Gewalt und notfalls muß halt auf militärisches Gerät zurückgegriffen werden.

Hilfsmittel der körperlichen Gewalt und Waffen
– Stand der Gesetzgebung: Oktober 1980 –
aus Die Polizei, 12/81

	Hilfsmittel der körperlichen Gewalt sind insbesondere: [Spaltenköpfe illegible]	Waffen sind: [Spaltenköpfe illegible]
Baden-Württemberg § 33 PG	Das Innenministerium bestimmt, welche Hilfsmittel der körperlichen Gewalt und welche Waffen zu verwenden sind.	
Bayern Art. 40 PAG	X X X X X X X X	X X X X X X X
Berlin § 2 UZwG	X X X X X X →	X X X X X X X X
Bremen § 44 PG	X X X X X → →	die dienstlich zugelassenen Hieb- und Schußwaffen, Reizstoffe, Explosivmittel (als Hand- und Wurfgranaten)
Hamburg § 18 SOG	X X X X X X → →	allgemeine Waffen: Reizstoffe, Hieb- und Schußwaffen, soweit nicht besondere Waffen, dies sind: X X X X
Hessen § 2 UZwG	X X X X X	die zugelassenen Hieb- und sonstigen Waffen sowie Schußwaffen
Niedersachsen § 4 VO UZw	X X X X X X	die zugelassenen Hieb-, Stoß- u. Schußwaffen, insbesondere X X X X X und sonstige vom Innenministerium zugelassenen Waffen
Nordrhein-Westfalen § 36 PG	X X X X X X X X	X X X X X X X
Rheinland-Pfalz § 52 PVG	X X X X X X → →	X X X X X X X X X*) X *) Tränengaswurfkörper und -granaten
Saar § 2 UZwG	X X X X X X → →	allgemeine Waffen: Reizstoffe, Hieb- u. Schußwaffen, soweit nicht besondere Waffen; dies sind: X X X
Schleswig-Holstein § 226 LVwG	X X X X X X → →	dienstlich zugelassen: Reizstoffe, Hieb- und Schußwaffen, soweit nicht besondere Waffen; dies sind: X X X X
Bund § 2 UZwG	X X X X X X → →	die dienstlich zugelassenen Hieb- und Schußwaffen, Reizstoffe und Explosivmittel

Das Recht des unmittelbaren Zwanges regelt polizeiliche Maßnahmen, bei denen Gewalt gegen Personen oder Sachen angewendet werden muß, um bereits vorgegebene rechtliche Entscheidungen durchzusetzen. In den einzelnen gesetzlichen Regelungen in Bund und Ländern bestehen spürbare Unterschiede: Nicht alle Länderpolizeien dürfen beispielsweise über Handgranaten und Maschinengewehre verfügen und der Kasten zeigt, daß die Einsatzmittel „Reiz- und Betäubungsstoffe" in einigen Bundesländern als „Hilfsmittel der körperlichen Gewalt" geführt werden, während sie in anderen Ländern und beim Bund (für den BGS) unter den Begriff der Waffe fallen.

Die unterschiedliche Zuordnung ist deshalb von Bedeutung, weil Waffen erst eingesetzt werden dürfen, wenn Hilfsmittel zur Durchsetzung des polizeilichen Auftrages nicht mehr ausreichen. Vom Gesetz her müßte die Einsatzschwelle bei der Anwendung von CN in denjenigen Ländern also höher liegen, in denen der „Reizstoff" den Waffen zugeordnet ist.

„Daß dieser Rechtszustand unbefriedigend ist, ist ein offenes Geheimnis", klagt ein Aufsatz im Fachblatt „Die Polizei" und kommt zu dem Schluß, daß in Bayern, **Hessen**, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen **„eben früher mit Reiz- und Betäubungsstoffen gearbeitet werden darf als in den übrigen Bundesländern und beim Bund..."**

Neben der gesetzlichen Absicherung ungehemmter Kampfgas-Einsätze bestehen für die Auseinandersetzungen an der Startbahn-West weitere Sonderregelungen: Daß z.B. die Anwendung unmittelbaren Zwanges

Neben der gesetzlichen Absicherung ungehemmter Kampfgas-Einsätze bestehen für die Auseinandersetzungen an der Startbahn-West weitere Sonderregelungen: Daß z.B. die Anwendung unmittelbaren Zwanges

nicht fortgesetzt werden darf, wenn der angestrebte Zweck erreicht ist oder sich aber als unerreichbar herausstellt, ist in Hessen nicht geregelt. Wenn die Umstände es erfordern, sieht das hessische UZwG auch Ausnahmen bei der Androhung körperlicher Gewalt vor.

Hessen kennt außerdem weder eine gesetzliche Regelung der Fesselung noch der Hilfeleistung für Verletzte.

aus STRASSENMEDIZIN, 1/82, Rundbrief der Sanitätergruppen

„Gedanken zum Jahreswechsel"

Die Neujahrspredigt des sich immer mehr zum Oberguru westdeutscher Sicherheitsfanatiker entwickelnden Dr. Alfred Stümper (z.Z. Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg) ist wieder einmal so aufschlußreich bzgl. Denkweise und Geisteszustand in diesen Kreisen, daß wir sie nachstehend dokumentieren. Entnommen ist sie aus der Zeitschrift „Die Polizei" (1/82), wo sie als Kopfbeitrag unter der Überschrift „Gedanken zum Jahreswechsel" zu finden war. Besonders hinweisen möchten wir auf die außerordentlich tiefsinnige historische Betrachtung Stümpers, dem auffällt, daß wir heute in einer „Epoche tiefgreifenden Umbruchs leben, in der „jahrhundertealte Entwicklungen ... zu Ende (gehen)", und in der „wesentliche Vakuen im weltanschaulichen, ethischen, gesellschaftlichen und menschlichen Bereich entstehen, die es auszufüllen gibt". Nun – und wer wird diese „Leerstellen", in die sich sonst staatszersetzende und von außen gesteuerte Kräfte einschleichen könnten, ausfüllen können und sollen, wenn nicht die Polizei?!

Übrigens: Im selben Heft veröffentlicht der „Direktor im BGS", Hans Joachim Gebauer, mit unglaublicher Penetranz nun schon wieder einmal eine aktualisierte Fassung seiner aus früheren Ausgaben von „Die Polizei" und aus „Kriminalistik" sattsam bekannten Darstellungen zu „Aufgaben und Gliederung des Führungsstabs des Bundesministers im Innern", in denen die Zentralisierung am Lagezentrum des Bundeskanzleramts beschrieben und propagiert wird (siehe AK 212, S. 11ff). Es ist offensichtlich, daß die Vorstellungen Stümpers von der Notwendigkeit der Schaffung einer „Generaldirektion Innere Sicherheit", die „Großlagebilder" und „Weltlagebilder" zur „Inneren-" und „Äußeren Sicherheit" herstellen soll, zunehmend zum Leitmotiv der Veröffentlichungspraxis der beiden wichtigsten polizeilichen Propagandablätter wird.

Antifa-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Gedanken zum Jahreswechsel

DIE POLIZEI

ZENTRALORGAN FÜR DAS SICHERHEITS- UND ORDNUNGSWESEN
MIT BEITRÄGEN AUS DER POLIZEI-FÜHRUNGSAKADEMIE
73. JAHRGANG · HEFT 1 · JANUAR 1982

Der polizeiliche Grundauftrag – auf dem Hintergrund einer prognostischen Einschätzung künftiger Entwicklungen

Landespolizeipräsident Dr. Alfred Stümper, Innenministerium Baden-Württemberg

1. Grundsituation

1.1 Kriminalität ist kein isoliertes Geschehen, Kriminalität ist ein Teil unseres Lebens, unserer Gesellschaft und unserer Geschichte. Deshalb muß man bei der Bekämpfung der Kriminalität nicht nur die Symptome sehen und angehen, sondern den systematischen Ansatz in der Lagebeurteilung und in den Gegensteuerungsmaßnahmen möglichst »vorne« machen, d.h. bei den Ursachen der Kriminalität und den sie fördernden Faktoren.

Dies ist insbesondere in einer Zeitepoche wichtig, wo auf vielfachen Gebieten ein totaler Umbruch erfolgt und es entscheidend darauf ankommt, eben nicht »im alten Trott« weiter zu machen, sondern sich rechtzeitig auf die kommenden Aufgaben einzustellen.

Und wir leben in einer solchen historischen Zeitepoche, einer Epoche eines tiefgreifenden Umbruchs. Jahrhundertealte Entwicklungen gehen zu Ende. Sie lassen wesentliche Vakuen im weltanschaulichen, ethischen, gesellschaftlichen und menschlichen Bereich entstehen, die es auszufüllen gibt. Dabei kann man noch gar nicht abschätzen, welche Wertvorstellungen aus überkommener Zeit überdauern und welche auslaufen.

1.2 Zeiten eines solchen Umbruchs mit tiefgreifenden ethischen, geistigen, gesellschaftlichen und menschlichen Veränderungen und dabei entstehenden Leerräumen bringen Unsicherheiten, Anfälligkeiten und auch hohe Labilitäten gegenüber kriminellem Handeln auf den verschiedensten Gebieten mit sich.

1.3 Dies wirkt sich insbesondere, gewissermaßen multiplizierend, im Bereich der Jugend aus: Die jungen Generationen sind und waren schon immer kritisch, innovativ, »aufmüpfig« und auch rebellisch; und sie mußten das im Grund sein, um überhaupt etwas vorwärts bewegen zu können. Wenn das vorwärtsdrängende und verändernde Element der Jugend auf eine im Grunde geschlossene Erwachsenenwelt mit einer im wesentlichen gefestigten Wertordnung traf, waren »Sturm und Drang« eingefangen und wurden umgemünzt in eine relativ konstante, problemlose Weiterentwicklung auf den verschiedensten Gebieten. Wenn jedoch, wie in unserer Zeit des totalen Umbruchs, die Erwachsenenwelt selbst sich fragwürdig geworden und weithin ohne festen Halt ist, muß dies zwangsläufig nicht nur die Gesamtsituation stark verunsichern, sondern dadurch wiederum besonders die Jugend treffen. Sie findet keine festen Balken und Pfosten vor, an denen sie sich zwar reiben muß, an denen sie sich aber auch notfalls festhalten kann. Sie stößt vielmehr ins Leere, sie schwebt weitgehend im freien Raum, sie wirkt ohne Maßstäbe. Drogengefährdung und Jugendsekten, motivlose Taten und Bindungslosigkeiten, Suche nach neuen Einbindungen (Clique, alternativer Lebensstil) und Distanz zum Überkommenen, Abkehr vom Elternhaus und u.U. sogar Haß gegen den eigenen Staat, massiv provozierendes Auftreten und von trostloser Perspektivlosigkeit getragene Angst – all das sind die Folgen jener Situation.

1.4 Zeiten solcher Unsicherheiten und Gefahren wiederum bieten Kräften, die ganz gezielt gegen diesen Staat agieren wollen, beste Voraussetzungen, eine solche staatliche Gemeinschaft von ihrer inneren Substanz her aus unterschiedlichsten Anlässen und mit den unterschiedlichsten Einzelmethoden schleichend zu entkräften und kaputt zu machen, um dann die eigene, intolerant vertretene und letztlich totalitäre Idee den anderen zwangsweise aufzupfropfen.

1.5 Schließlich wirken sich in Zeiten solcher hoher Labilität und Anfälligkeit auch sonstige »falsche Propheten«, die es möglicherweise gar nicht so schlecht meinen, besonders nachhaltig und negativ aus. Damit meine ich all diejenigen, die in dem Bestreben geistreich zu sein und sich zu profilieren oder die aus politischer Taktik, Pragmatik oder aber auch aus persönlicher Angst bestimmten Kräften nach dem Munde reden. Ferner zählen dazu auch diejenigen, die aus Unbedachtsamkeit oder aber auch – schlicht und einfach – aus Dummheit im theoretischen, meinungsbildenden Bereich »herumreden« und in ihn hineinwirken. All diese »Mitmeinungsmacher« erweisen unserer Jugend einen äußerst verhängnisvollen Bärendienst. Statt klare Positionen ehrlich und offen aufzuzeigen, bescheren sie ihr noch weitere Irritationen und machen es für sie noch schwieriger, wieder festen Boden unter den Füßen zu bekommen. Auch kriminologisch bedeuten sie für eine ohnehin total überforderte Jugend eine große Gefahr: Sie liefern ihr bewußt oder unbewußt vermeintliche Rechtfertigungen zu rechtswidrigem Tun, verleiten sie dadurch zu strafbaren Handlungen, bringen sie somit auf den falschen Weg und u.U. sogar in eine kriminelle Karriere hinein. Unüberlegtes Reden in einer hochlabilen Entwicklungsphase, in der durch die Breite der Medien noch eine hohe Multiplizierungsmöglichkeit geschaffen wird, kann sich sicherheitspolitisch weiträumig und dadurch außergewöhnlich nachteilig auswirken. Böswillige, unverantwortliche wie auch innerlich harmlose, aber leichtfertig handelnde »Schreibtischtäter« können in solchen Zeiten verheerende Schäden mit weithin irreparablen Folgen anrichten.

2. Die Kriminalitätslage

Diese ist gekennzeichnet durch

2.1 ein weiteres Anwachsen der Kriminalität. Alles Relativieren, Interpretieren und Querrechnen kann darüber nicht hinwegtäuschen, daß insgesamt die Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren erheblich angestiegen ist und sich seit 1963 praktisch verdoppelt hat:

Die Gesamtzahl der in der Bundesrepublik Deutschland 1963 bekanntgewordenen Fälle betrug 1 678 840, die der 1980 bekanntgewordenen Fälle 3 815 774; dies ist ein zahlenmäßiger Anstieg von 127,3%. In Verhältnis zur Bevölkerungsentwicklung gesetzt bedeutet dies ein Anstieg der Häufigkeitsziffer von 2 914 im Jahre 1963 auf 6 211 im Jahre 1980, also um 113,1%.

2.2 Dabei ist es nicht nur die Anzahl der Straftaten, sondern auch deren »Qualität«, was ernste Sorgen bereiten muß. So erfolgte während dieser Zeit auch eine ganz deutliche Verschiebung der Kriminalitätsstruktur hin zur Gewaltkriminalität. Diese ist während dieser Zeit – unter Zugrundelegung der Häufigkeitsziffer – nicht »nur« um 113,1%, sondern sogar um 225% gestiegen.

2.3 Die Kriminalitätsentwicklung ist ferner entscheidend von den jüngeren Jahrgängen geprägt. Dies gilt nicht nur bezüglich der allgemeinen Zunahme der Kriminalität (Kriminalitätsbelastungszahl der Erwachsenen stieg im genannten Zeitraum um 40,8%, die der Heranwachsenden um 129,7%, die der Jugendlichen um 196,5% und die der Kinder um 119,3%!), sondern auch – und zwar ganz deutlich – bezüglich der Gewaltkriminalität: Die Kriminalitätsbelastungszahl der Erwachsenen stieg hier im genannten Zeitraum um 150%, die der Heranwachsenden um 222,2%, die der Jugendlichen um 312,5% und die der Kinder um 650%. Diese Entwicklung im Bereich der Kinderdelinquenz und Jugendkriminalität mit dem Hinweis auf Ladendiebstähle und Schwarzfahren bagatellisieren zu wollen, ist also eine eindeutige Verfälschung der wahren Entwicklung!

2.4 Durch die weltweite, rasche Kommunikation (insbesondere auch auf informatorischem Gebiet), durch technische Entwicklungen und einen zunehmend starken Reiseverkehr (steigende Mobilität) sowie durch das Zusammenwirken von Lebens- und Wirtschaftsräumen haben sich der gezielt operierenden Kriminalität weite Gebiete und Möglichkeiten länderübergreifenden Handels erschlossen.

2.5 Ein weiträumiges kriminelles Agieren setzt in der Regel eine gewisse personelle und auch strukturelle Logistik voraus. Bandenkriminalität tendiert zur organisierten Kriminalität, diese wiederum tendiert zur internationalen organisierten Kriminalität. Das, was vor mehreren Jahren mit dem gezielten Diebstahl von Luxuskraftfahrzeugen begann, hat in bestellten Großdiebstählen aus Lkw-Transporten, in vielschichtig ineinander verschobenen Großbetrügereien, im weitverzweigten Kunstdiebstahl, im illegalen Handel mit Waffen, Sprengstoff und Falschgeld sowie im weltweiten Agieren der Rauschgiftkriminalität seinen Fortgang genommen.

2.6 Die Arbeitsweise ist dabei geprägt durch
- systematische Planung und hohe Intelligenz in der Ausnützung nicht abgedeckter Sicherheitsbereiche,
- konspirative Arbeitsweisen im taktischen Bereich und
- rücksichtslose Brutalität in der Durchsetzung der eigenen Ziele.

2.7 Das Zusammenwachsen der Völker und die mannigfachen Beziehungen von Interessengruppen untereinander haben darüber hinaus auch dazu geführt, daß wirtschaftliche, soziologische, ideologische, politische Konflikte rasch, teilweise sogar kurzschlußartig – auch in entferntere Länder – durchschlagen können, so daß sich der allgemeine Spannungs- und Konfliktsboden, aus dem heraus Auseinandersetzungen, Unsicherheiten, Labilitäten und Kriminalität entstehen kann, auch insoweit ganz erheblich erweitert. Es gibt auf Dauer keine ruhigen, isolierten Inseln mehr. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die einzelnen Lebens- und Wirtschaftsräume vom allgemeinen Weltlagebild her in irgendeiner Form erfaßt und möglicherweise auch tiefgreifend verändert werden.

2.8 Vor allem aber tritt auch das Ausländerproblem dazu, die »kleine Völkerwanderung« in unserer Zeit, die unter dem Druck politischer Verhältnisse oder/und der Anziehungskraft stabilerer Wirtschaftsräume zwangsläufig vielfache Bewegungen von Hunderttausenden auslöst.

Dabei sind es beileibe nicht nur die vordergründigen Probleme – so auch im Bereich der allgemeinen Sicherheit und Ordnung –, die finanziellen Belastungen und die möglichen sozialpolitischen Spannungen, sondern es entstehen hier ethnologische und gesamtpolitische Probleme, die teils noch verborgen sein mögen, die aber auf Dauer hervortreten werden: So kann – um nur einen Bereich anzusprechen – mangelnde Integration einerseits und eine Reduzierung der Arbeitsplätze andererseits ernstzunehmende Konflikte mit sich bringen und sogar zu weitverzweigten inneren Auseinandersetzungen einmal führen. Zudem bringen andere Religionen, andere Gebräuche und andere Einstellungen auch andere Wertungen ins Land, die hier auf Unverständnis, u.U. auf Ablehnung stoßen können und deren Auswirkungen auf das Zusammenleben, den Werdegang und das Schicksal eines Volkes nicht außer Betracht bleiben können.

2.9 Ferner bringt das zunehmende Zusammenwachsen der Völker und Staaten und der damit sich verdichtende weltweite Verbund auch auf dem Gebiet des Ordnungs- und Sicherheitsrechts – man denke nur an das Melde-, Paß-, Gesundheits-, Verkehrswesen – eine Unzahl von Problemen administrativer Art mit sich. Auch diese kann man nicht als »bloße Formalien« so einfach auf die leichte Schulter nehmen. Einerseits ermöglichen nämlich erst sie eine einigermaßen reibungslose Kommunikation über Ländergrenzen hinweg, andererseits bringen schlechte Lösungen unterschiedlichste Ordnungs- und Sicherheitslücken, die gerade überwiegend der überörtlichen und damit insbesondere der schweren Kriminalität »zugute« kommen.

2.10 Schließlich zeigt sich immer deutlicher, daß Sicherheit ein Problem ist, welches sich seinem Wesen nach nicht etwa als die Summe der der Polizei bekanntgewordenen Vorgänge oder der zur Verurteilung gekommenen Straftäter darstellt, sondern ein das gesamte menschliche, gesellschaftliche, wirtschaftliche und staatliche Leben durchziehendes Element ist.

Nicht nur die Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit ist in einer Zeit sehr fragwürdig geworden, in der die Anzettelung interner Konflikte mit der Durchführung offener militärischer Aktionen planerisch genau aufeinander abgestimmt werden kann und wird – Beispiele dafür erübrigen sich –, vielmehr gibt es in unserer Zeit die verschiedensten Ansatzpunkte für innen- und außenpolitische Gegner eines Staates, dessen Sicherheit anzugreifen und ihn damit aus den Angeln zu heben.

So kann beispielsweise über einen Angriff auf die energiepolitische Sicherheit, die wirtschaftliche Sicherheit, dadurch die arbeitsmarktpolitische und finanzielle Sicherheit und somit wiederum die soziale und die psychologische, innenpolitische und im Endeffekt auch die außenpolitische und militärische Sicherheit zunehmend untergraben und schließlich gebrochen werden.

3. Innere Unruhen

3.1 Die Verantwortung für die innere Sicherheit gebietet insbesondere in einer Zeit, die einerseits durch eine geschichtlich – entwicklungsmäßig bedingte hohe Labilität und Unsicherheit geprägt ist, dabei auch eine steigende und insbeson-

dere auch strukturell immer gefährlicher werdende Kriminalität aufweist, andererseits weltweite Bewegungen und Reaktionen auf staatlichen, ideologischen, wirtschaftlichen und sozialen Gebieten auslöst, sich Gedanken um die allgemeine innere Stabilität zu machen. Sich um die dabei autretenden, weithin politisch nicht nur unergiebigen, sondern unerfreulichen und sogar sehr brisanten Fragen herumdrücken zu wollen, wäre nicht nur unverantwortlich, sondern geradezu frevelhaft.

3.2 So kann man bestimmte deutliche Anzeichen größerer innerer Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik Deutschland, wie sie sich in gewalttätigen Großdemonstrationen und bundesweiten gezielten Rechtsbrüchen darstellen, nicht als bloße Reaktionen auf einzelne ungelöste Probleme sehen. Dies zwar auch! Aber dahinter steht ein gewisser innerer Bruch von – Gott sei Dank einer relativ begrenzten Zahl – überwiegend jugendlichen Bevölkerungsgruppen zu der Gesellschaft und zu dem Staat, in dem sie leben. Die einzelnen Anlässe, ob Protest gegen die öffentlichen Gelöbnisse der Bundeswehr, der Häuserkampf, Demonstrationen gegen die NATO und den US-Kapitalismus, gegen den Bau von Kernkraftwerken usw., sind oft nur Ansätze und Kristallisationspunkte.

3.3 Man muß sich darüber hinaus fragen, ob und inwieweit noch mehr vorliegt, als bloß ein innerer »Sympathie- und Verständnisbruch«. Und die feststehende Tatsache, daß es sich jeweils bei den einzelnen Teilnehmern um ganze Motivbündel handelt und sich deshalb eine Generalisierung und Schematisierung verbietet, entbindet nicht darauf zu achten, ob nicht aus internen ideologischen Quellen oder aber auch von außen aus machtpolitischen Überlegungen an dieser Entwicklung laufend mitgedreht wird.

3.4 Warum sollte in einer Zeit, wo die psychologische Kampfführung zum militärischen Instrumentarium zählt, nicht auch von Staaten, die die Bekämpfung eines anderen Staates viel weiter sehen und mit ihrer Vernichtungsstrategie schon weit im Vorfeld des Friedens beginnen, auch die psychologische Kampfführung nicht erst im Spannungs- und Verteidigungsfall praktiziert werden, sondern Teil einer weit ausgelegten Friedens-, Kriegs-, Vernichtungsstrategie sein. Eine Frage, nicht mehr.

3.5 Aber auch Entwicklungen im internen Bereich können zu inneren Unruhen führen. Links- und Rechtsextremisten können – wie die jüngste Vergangenheit lehrt – sehr rasch zu Links- und Rechts-

3.5 Aber auch Entwicklungen im internen Bereich können zu inneren Unruhen führen. Links- und Rechtsextremisten können – wie die jüngste Vergangenheit lehrt – sehr rasch zu Links- und Rechts-
terroristen werden. Umgekehrt kann Links- und Rechtsterrorismus wiederum Links- und Rechtsextremismus fördern.

So kommt das breite Potential jugendlicher Unzufriedenheit, Ablehnung, ja sogar teilweisen Hasses gegen diesen Staat auch der neuen Strategie der RAF entgegen: Nachdem durch die Entführung der »Landshut« der Sympathisantenkreis der RAF wesentlich eingeengt wurde – die Zielrichtung gegen »normale Bürger« und die Zuhilfenahme eines ausländischen Terroristenkommandos stießen auf erheblichen inneren Widerspruch – versucht nunmehr die RAF wieder einen breiten Konsens gegen diesen Staat in der allgemeinen Protestbewegung zu finden, so insbesondere durch Herausstellung von Feindbildern wie Bundeswehr, NATO, US-Imperialismus usw.. Damit ist zwangsläufig die Gefahr vorhanden, daß aus dem breiten Potential einer unruhigen und auch zu Gewalttätigkeiten neigenden Jugend bestimmte Personen absplittern und dem Linksterrorismus in die Hände geraten.

Aber auch im rechten Bereich »gärt« es, wohl zeitlich etwas versetzt, unter der Decke. Je mehr offiziell scheinbar eher nach links »ausgewichen« wird, desto mehr bilden sich rechts Verdrängungseffekte. Die grundsätzlichen Erfahrungen aus der Weimarer Zeit darf man nicht deshalb völlig ignorieren, weil zweifellos unverkennbare unterschiedliche Strukturen im Vergleich beider Zeitepochen vorhanden sind. Bestimmte politische Schwachpunkte sind jedoch im Gefahrenbereich konstellationsmäßig sehr angenähert!

3.6 Zudem – und dies gilt für die Gefahren von außen wie von innen, von links wie von rechts –:

Ein Staat, dessen Entscheidungsmechanismen in Gefahr sind, sich zunehmend zu blockieren, der dadurch zunehmend schwerfälliger und unschlüssiger reagiert, wird immer mehr gezwungen sein, um Probleme sich »herumzumanövrieren« oder sogar nur »herumzuformulieren«. Dies wiederum fördert zwangsläufig nicht nur die Erfolgschancen der gezielt gegen den Staat angetretenen Kräfte, sondern erweckt zugleich auch in der breiten Bevölkerung ein zunehmendes Verlangen nach »durchgreifender Veränderung«. Es steht so außer Zweifel, daß Unschlüssigkeiten und schwierige Entscheidungsvorgänge eines Staates – speziell auch im Bereich der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und der Durchsetzung der Rechtsordnung – die besten Wegbereiter für Umstürzler, Terroristen und Extremisten aus jeglicher Richtung sind.

4. Weitere Entwicklung

4.1 Die oben aufgezeigten Entwicklungen werden im großen und ganzen in der nächsten Zeit noch anhalten. Dabei werden verschiedene Schwankungen im Lagebild eintreten, die durch die unterschiedlichsten Faktoren bestimmt sind, so beispielsweise durch einen Verdrängungseffekt (Überfälle auf Geldtransporte anstelle von Banküberfällen), durch eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur (weitere Auswirkungen des Pillenknicks) durch besondere wirtschaftliche Situationen (Konkursdelikte) usw.

4.2 In der grundsätzlichen Tendenz werden die gesellschaftlichen und sozialen Spannungen weiter, und zwar wohl sehr erheblich, zunehmen. Dies wird nicht zuletzt auch bestimmt werden durch die Entwicklung der Wirtschaftslage, die daraus resultierende Beschäftigungslage und das Ausländerproblem: So dürfte eine Jugendarbeitslosigkeit die ohnehin schon schwierige Jugendproblematik noch weiter verschärfen. Eine allgemeine Zunahme der Arbeitslosenzahl könnte in Verbindung mit einer eventuellen systematischen Unterwanderung von Betriebsräten Spannungen zwischen den »etablierten« Gewerkschaften und einzelnen Betriebsräten hervorrufen und damit den Arbeitsfrieden belasten. Mit einer Zunahme echt Obdachloser kann sich auf dem Hintergrund der bisherigen Hausbesetzungen einerseits und dem sog. Stadtstreicherproblem andererseits ein neuer Unruhefaktor ergeben, usw.

4.3 Vor allem werden aber auch die ideologischen Spannungen innerhalb der Bevölkerung stark zunehmen. Dies gilt insbesondere für
– den ökologischen Bereich
(Kampagne gegen Kernkraftwerke;

4.3 Vor allem werden aber auch die ideologischen Spannungen innerhalb der Bevölkerung stark zunehmen. Dies gilt insbesondere für
– den ökologischen Bereich
(Kampagne gegen Kernkraftwerke;
Verhinderung des Ausbaus von Flughäfen und sonstiger Verkehrswege usw.)
– für den Bereich der Rüstung
Die Rüstung wird nicht nur zunehmend zu einem erheblichen finanziellen und volkswirtschaftlichen Faktor, sowohl was die haushaltsmäßigen Aufwendungen angeht, als auch bezüglich der damit sich in einer Zeit schwieriger Beschäftigungslage ergebenden Produktions- und Ausfuhrmöglichkeiten. Das Rüstungsproblem wird angesichts der sprunghaft steigenden Vernichtungskraft moderner Waffen vielmehr auch zu einem zentralen ethischen Problem. Dieses wiederum gibt ein attraktives Betätigungsfeld für gezielte Agitationen gegnerischer Kräfte ab. Hochmoralische und ernsthafte Sorgen, sowie systematisch gezielte Zersetzungsversuche werden schwere oder gar undurchsichtige, gefährliche, ja sogar hoch explosive Spannungen erzeugen können.
– für die allgemeinen Friedensbewegungen
die insbesondere natürlich auch auf dem Hintergrund der o.g. Rüstungsproblematik einerseits auf zunehmende Resonanz in der Bevölkerung und insbesondere in der Jugend hoffen können; andererseits aber in Gefahr sind, umfunktioniert und in den Dienst anderer, zerstörerischer und totalitärer Kräfte gestellt zu werden.

4.4 Die zunehmenden Spannungen werden zu weiteren, inneren Gegensätzlichkeiten, gegebenenfalls auch zu inneren Aufspaltungen von institutionellen und gesellschaftlichen Gruppierungen führen. Beispiele:

– Bund-Länder-Einrichtungen
Ein politischer Konsens in existenziellen Fragen ist – dies sind jedenfalls die praktischen Erfahrungen der letzten Zeit – immer schwieriger zu erreichen. Die politische Einigungskraft von Bund und Ländern, auch speziell der Konferenz der Innenminister und Senatoren, hat in den vergangenen Jahren nachgelassen. Früh einsetzende ideologische und politische Überlegungen lassen in den Fachgremien eine sachliche Aufbereitung und Bewertung nurmehr in bestimmten Grenzen zu, so beispielsweise im AK II und in der AG Kripo.
– Parteien
Die Polarisierung innerhalb der Parteien hat in jüngster Zeit auch stark zugenommen (Beispiel NATO-Doppebeschluß; Kernkraftwerke; Jugendproblematik)
– Vereine
Selbst in bisher relativ unproblematischen und geschlossenen »Gesinnungsgemeinschaften« wirken sich die genannten ideologischen und sozialen Spannungen aus und schaffen unterschiedliche Fronten.
– Kirchen
Schon seit geraumer Zeit nehmen Meinungsunterschiede und daraus resultierende Gruppierungen innerhalb der christlichen Kirchen deutlich zu. Konservative, an der bisherigen Grundausrichtung hängende Kräfte kommen zunehmend in Konflikt mit »modernistischen« kirchlichen Kräften, die insbesondere auch aus dem Sozialbereich und aus pazifistischer Grundeinstellung heraus das Christentum verstehen und vertreten wollen. Erscheinungen, die zunächst in der evangelischen Kirche deutlich hervortraten, haben auch auf die katholische Kirche übergegriffen. Dabei ist es ein deutliches Zeichen unserer historischen und geisteswissenschaftlichen Situation, daß gerade in der sonst stark konservativen katholischen Kirche sich signifikante Änderungen, auch in der äußeren Darstellung, ergeben haben, die vom »landläufigen Bild« früherer Zeiten weit abgerückt sind.

4.5 Zeiten zunehmender Spannungen und in deren Verfolg einsetzender Spaltungen führten in der Geschichte zwangsläufig immer wieder zu neuen Verbindungen und Gruppierungen. So wie bei einem gespaltenen Molekül die freiwerdenden Atome neue Verbindungen eingehen, so vollzieht sich dies auch im menschlichen, gesellschaftlichen, religiösen und staatlichen Bereich. Wir leben somit am Anfang einer Periode, in der Weichen zu neuen Verbindungen – mittel- und längerfristig – gestellt werden.

Dies gilt insbesondere für

giösen und staatlichen Bereich. Wir leben somit am Anfang einer Periode, in der Weichen zu neuen Verbindungen – mittel- und längerfristig – gestellt werden.

Dies gilt insbesondere für

– die politischen Parteien, und zwar nicht nur bezüglich des Eingehens von Koalitionen, sondern auf längere Sicht hin möglicherweise auch bezüglich von Neubildungen
– sonstige Gruppierungen, wie beispielsweise Jugendverbände, Wohlfahrtsverbände, Aktionsgemeinschaften usw.
– den staatlichen Bereich
In dem weltpolitischen Geschehen ist auf weite Sicht hin nicht nur an Machtverschiebungen und Änderungen in der Bündnispolitik zu denken. Vielmehr stehen historisch – und zwar aufgrund gewandelter Interessenlagen und neu belebter Zusammengehörigkeitsgefühle – selbst die Zusammensetzung von Staatsgebilden und insoweit auch Staatsgrenzen wieder in Frage.

4.6 Die unverkennbaren Einbußen in der Rechtssicherheit und der Entscheidungs- und Durchsetzungskraft unserer freiheitlichen Demokratie sowie die in naher und weiterer Zukunft erkennbaren vielfachen Bedrohungen unseres jetzigen Staates lassen unterschwellig den Glauben an und die Identifiziertung mit unserem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat in Gefahr geraten. Hier und dort macht sich eine resignative Stimmung breit, die entweder zu einem sozialistischen Staat östlicher Prägung neigt, »der sich dann doch noch behaupten kann« oder aber wieder rechtstendierende Kurzschlußanfälligkeiten offenbart.

5. Ausblick

5.1 Beklagen und Sorgen allein hat noch nie geholfen. Die wahre Gefährdungslage verniedlichen und die Probleme in ihrer Brisanz nicht sehen wollen, ist aber ebenso falsch.

Notwendig ist deshalb ein klares Gesamtlagebild und die deutliche Erkenntnis, daß wir in einer vielfach gefährdeten Zeit leben. Höchste Aufmerksamkeit ist geboten, um unseren freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat behaupten und verteidigen zu können. Dabei darf man sich im Ansatz auch nicht um die Erkenntnis herumdrücken, daß der allgemeine Rechtsfrieden und die Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren immer mehr Einbußen erlitten haben. Diese Feststellung reicht vom allgemeinen Kriminalitätslagebild über die Erscheinungen innerer Unruhen bis zu der Feststellung, daß man in der Entschlossenheit im Entgegentreten gegenüber extremistischen und sogar auch terroristischen Aktivitäten schon so weit zurückgewichen ist, daß auf unseren Straßen und Plätzen nicht nur durch aufgeschmierte Parolen sondern auch bei Demonstrationszügen und teilweise sogar in bestimmten Medien offen oder »elegant eingekleidet« für staatsfeindliche Parolen und terroristische Organisationen weithin unbehelligt geworben werden kann und auch weitgestreut sowie in den unterschiedlichsten Formen geworben wird. Eine sich in Teilbereichen in jüngster Zeit andeutende Tendenz, auch hier noch weiter nachzugeben und zurückzuweichen und damit das Vorfeld noch mehr den inneren und äußeren Gegnern unseres freiheitlichen Staates zu überlassen, wäre unverantwortlich.



Aufführungsrecht vorbehalten

5.2 Die derzeitige Situation muß neu überdacht und angepackt werden. Ein politisches Management, das Probleme nur wegformuliert und zur eigenen Abdeckung nur vor Hysterie und Schwarzmalerei warnt, wird im Laufe der Zeit die Dinge nicht mehr in der Hand halten können. Regieren und arbeiten wir nicht einfach an weiten Teilen der Bevölkerung vorbei? Aber auch bloße »Zackigkeit« und »Brechstangenpolitik« wird nicht helfen. Was also?

5.3 Alle die damit zusammenhängenden Probleme und schwierige Situationen

vorbei? Aber auch bloße »Zackigkeit« und »Brechstangenpolitik« wird nicht helfen. Was also?

5.3 Alle die damit zusammenhängenden Probleme und schwierige Situationen
sind nur dann zu meistern und durchzustehen, wenn wir insgesamt über eine hohe moralische, persönliche sowie politische Ethik verfügen.

Diese Forderung beinhaltet insbesondere das Gebot nach

– Ehrlichkeit (ein klares Nein ist viel besser, als ein »wohlwollendes« Prüfen und ewiges Hinausziehen von Entscheidungen)
– Mut (man muß einfach die Dinge beim Namen nennen und die Gefahren ansprechen) und
– Opferbereitschaft (eine ehrliche und mutige Haltung bringt zwangsläufig auch Opfer für den Einzelnen mit sich, sei es in der beruflichen Karriere, sei es im familiären Bereich, sei es sogar an Leib und Leben)

5.4 Wir müssen die Gefahren nicht nur erkennen, sondern wir müssen auch »mit Köpfchen« ihnen begegnen. Intelligenz ist also eine weitere Voraussetzung, um mit der künftigen Gesamtlage fertig zu werden. Entscheidungen, die nicht gründlich vorbereitet sind, die so obenhin »auf den nächsten Tag hin« getroffen werden, sind im Grunde nicht zu verantworten.

5.5 Weitere, entscheidende Voraussetzung ist eine festentschlossene innere Abwehrbereitschaft gegenüber zersetzenden Kräften. Unser Rechtsstaat darf einfach nicht mit Rechtsbrechern kokettieren. Dies gilt selbstverständlich für die staatlichen Stellen. Dies gilt aber auch für die in sonstiger Weise hohe Verantwortung für unseren Staat tragenden Kräfte im allgemeinen gesellschaftlichen Bereich, einschließlich des Medienbereichs.

5.6 Im übrigen deuten sich gerade auch im Bereich junger Menschen neue positive Ansatzpunkte an, die aus dem Kleinen heraus wieder zu neuen Formen persönlicher und gesellschaftlicher Bindungen kommen wollen. Die Parole »small is beautiful« ist im Grund geradezu nostalgisch und konservativ. Gelingt es, hier anzusetzen, ist gegenüber den anarchistischen Bestrebungen, die jede Bindung ablehnen, eine Front aufgerichtet, die sich zunehmend von selbst ausweiten und stärken wird.

5.7 Innerhalb dieser gesellschaftlichen und staatlichen Gesamtaufgabe kommt der Polizei eine wichtige Rolle zu.

Die Polizei kann durch ebenso vernünftiges wie entschlossenes Einschreiten und eine feste Haltung einen wesentlichen Stabilisierungsfaktor für die politisch Verantwortlichen, wie auch für die Bevölkerung abgeben.

Für sie ist es deshalb besonders wichtig, über ein richtiges Lagebild zu verfügen. Sie muß hierzu aber auch instrumentativ in die Lage versetzt werden. Und auch ihre Verantwortlichen müssen den Mut haben, von sich aus ein ungeschminktes Lagebild nach oben zu melden, auch wenn es nicht gerne gehört werden sollte.

Doch auch ein richtiges Lagebild allein nützt noch nichts, wenn daraus nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Die Polizei wird also mit der Lagedarstellung auch Vorschläge zur Bewältigung zu machen haben. Kein Bereich darf dabei letztlich ausgespart werden. Auch nicht vermeintliche oder auch echt heikle Bereiche wie zum Beispiel in der Gesetzgebung oder in der Bewaffnung. Richtige Zielvorstellungen und Entscheidungsvorgaben sind aber auch noch nicht alles. Man bedarf schließlich noch einer, an den politischen Realitäten ausgerichteten »Durchsetzungsstrategie«. Die hier Verantwortungtragenden,

nung. Richtige Zielvorstellungen und Entscheidungsvorgaben sind aber auch noch nicht alles. Man bedarf schließlich noch einer, an den politischen Realitäten ausgerichteten »Durchsetzungsstrategie«. Die hier Verantwortungtragenden,
insbesondere natürlich im politischem Raum, werden es gar nicht leicht haben, bei der derzeitigen meinungsbildenden Konstellation unliebsame, »unfreundliche« Dinge durchzudrücken. Die Demokratie ist nun einmal eine »anstrengende« Staatsform. Man muß ihre inneren Gesetzmäßigkeiten kennen und insbesondere auch in der Meinungsbildung das Notwendige tun, um richtige Entscheidungen durch die nach der Verfassung berufenen Kräfte zu erzielen.

6. Abschließend

Die Verantwortung, die im besonderen die Polizei und im allgemeinen die Politik und die Gesellschaft unserer Zeit für die Zukunft unseres Volkes und das Wohlergehen unserer Kinder tragen, ist ausgesprochen hoch. Wir dürfen unsere Kraft nicht in der Tagesaktualität, in kleineren Auseinandersetzungen oder gar in eitlen Profilierungsbemühungen verschleißen. Wir müssen unserer Verpflichtung, ggf. unserem Diensteid gerecht werden und in der kommenden Zeit sehr vieles gründlich anpacken. So manche allgemeinen Probleme und so mancher spezielle Auftrag in der Bewältigung drohender Gefahren für die innere Sicherheit können nicht mehr vor uns hergeschoben werden. Das, was wir in unserer Zeit noch an Rechtssubstanz, Rechtsverbindlichkeit und Rechtsdurchsetzungsmöglichkeit haben, müssen wir besonders sorgfältig hüten. Denn so, wie wir in der vergangenen Zeit offensichtlich in finanzieller Hinsicht über unsere Verhältnisse gelebt haben, haben wir dies auch bezüglich der rechtlichen Substanz, des Rechtsbewußtseins und der Sicherheit getan.

„Aus zuverlässiger Quelle..."

„Gerüchte über Massenverhaftungen von J u d e n sind nach israelischer Ansicht möglicherweise gezielt von Mitgliedern der 'Solidarität' in Westeuropa lanciert worden. Damit sollen offenbar jüdische Organisationen in den Kampf gegen das Militärregime eingebunden werden, berichtete der staatliche israelische Rundfunk" („Süddeutsche Zeitung" / „SZ", 21.12.81).

Die Meldung aus Israel verweist auf eine interessante Begleiterscheinung des polnischen Ausnahmezustands und seiner Verwertung in der Politik des „Westens": Die massive Bearbeitung der Bevölkerung mit Falschmeldungen. – Daß unzutreffende Nachrichten verbreitet werden, ist in derartigen unzugänglichen, informationsarmen Situationen natürlich nicht völlig zu vermeiden. Das Ausmaß, der Charakter und das System der Falschmeldungen in Sachen Polen lassen jedoch erkennen, daß dafür nicht Mangel an Durchblick, sondern politische Absicht bestimmend ist. Ziel der Desinformations-Kampagne ist eine massive Emotionalisierung der Bevölkerung, einschließlich wichtiger Multiplikatoren (vgl. Hinweis auf die „jüdischen Organisationen" im Zitat des israelischen Rundfunks). Zweck der Kampagne ist vor allem die Schaffung einer günstigen Öffentlichkeit für imperialistische „Strafmaßnahmen" gegen Polen und die Sowjetunion. Die polnische Gewerkschaft Solidarnosc bzw. deren Überreste spielen für diese Kampagne eine wichtige Rolle als Gerüchte-Produzent und Stichwortgeber – offensichtlich im Einklang mit der Forderung der im Westen befindlichen Solidarnosc-Funktionäre nach wirtschaftlichem und politischem Druck auf Polen und die Sowjetunion. Was den Vertretern von Solidarnosc kurzfristig als besonders schlaue Taktik erschienen sein muß, könnte sich allerdings in der Länge zerstörerisch auf ihre politische Glaubwürdigkeit ü b e r h a u p t auswirken.

Es sollen im folgenden einige

auswirken.
Es sollen im folgenden einige

Hauptpunkte der imperialistischen Desinformations-Kampagne näher untersucht und dargestellt werden. Dabei geht es, neben den verschiedenen Zahlen und Details, auch um den Gesamtaufbau und -ablauf einer solchen Kampagne, die ja alles andere als einmalig, vielmehr ganz und gar t y p i s c h für ähnliche Unternehmungen in Vergangenheit und Zukunft ist.

45.000, 70.000, wer bietet mehr?!

Besonders gut läßt sich die Sache studieren an der sprunghaften Entwicklung der Angaben über die Zahl der Verhafteten bzw. Internierten. Dazu gibt es sehr präzise Angaben des polnischen Militär-Regimes, die inzwischen als von kirchlicher Seite bestätigt und von niemandem mehr ernsthaft angezweifelt gelten können. Demnach beläuft sich die Zahl der Internierten ungefähr auf 5.000. (Der offiziell verwendete Ausdruck „Internierte", im Gegensatz zu „Verhaftete", besagt, daß die Betroffenen nicht zum Zweck einer späteren Aburteilung einsitzen, sondern nach einem nicht näher definierten Zeitraum freigelassen werden sollen. Davon unterscheiden sich die seit dem 13. Dezember V e r h a f t e t e n , die wegen Streiks, Demonstrationen etc. von Schnellgerichten abgeurteilt werden sollen bzw. z.T. schon sind. Die Zahl der Verhafteten liegt nach offiziellen Angaben unter 1.000. In der westlichen Presse war häufig von „Verhafteten" die Rede, wo eigentlich „Internierte" gemeint waren.)

An den Meldungen der Presse zur Zahl der „Internierten" fällt auf, daß sie unmittelbar nach Erklärung des Ausnahmezustands in Polen (13.12.) noch sehr gemäßigt gehalten waren: Angegeben wurden zunächst 3.000. (So in wohl sämtlichen Tageszeitungen am 15.12., z.T. unter Berufung auf den französischen Rundfunk). Diese Zahl dürfte dem damaligen Stand außerordentlich nahegekommen sein; **das deutet darauf hin, daß erheblich genauere, zuverlässigere Informationsmöglichkeiten zur Verfügung standen, als man aufgrund späterer Phantasie-Zahlen vermuten müßte.**

Das Signal zum Umschwung gab die französische Regierung: Premierminister Mauroy sprach plötzlich von 45.000 Verhafteten; dabei berief er sich auf *„Informationen aus diplomatischer Quelle"*, die der französischen Regierung „zugespielt" worden seien. Um diese Zahl an die Öffentlichkeit zu bringen, benutzte die französische Regierung den Vorsitzenden der Gewerkschaft CFDT, Edmond Maire, der die Sache unter Berufung auf Mauroy im Fernsehen vortrug (nach „Welt", 17.12.). Auf dieselbe Art wurde eine erste (zu diesem Zeitpunkt vermutlich unzutreffende) Meldung über neun Tote abgesetzt. „Bild" (17.12.) erschien mit der Schlagzeile „45.000 verhaftet – 9 Tote", entsprechend der Gewohnheit dieser Massenzeitung, passende Gerüchte gleich auf der Titelseite wie sichere Fakten zu präsentieren. Die Hamburger „Morgenpost" meldete am selben Tag lediglich 5.000 Verhaftete und machte damit noch einmal die Existenz von einigermaßen präzisen Informationskanälen deutlich. Die „Frankfurter Allgemeine" („FAZ") verhielt sich am 17.12. gleichfalls noch zurückhaltend: Die genaue Zahl der Internierten sei *„weiterhin unklar"*, betrage aber nach verschiedenen Berichten *„mehrere Tausend"*.

Am 18.12. war zu melden, daß eine aus Polen zurückgekehrte bayerische Landtagsabgeordnete der FDP nach *„mehreren Gewährsmännern"* von 46.000 Festnahmen berichtet habe („FAZ"). Ein Solidarnosc-Funktionär in Frankfurt sprach von etwa 70.000 „Verschwundenen", mit der Einschränkung, daß viele davon wohl „untergetaucht" seien („Welt"). Die linke „Tageszeitung" („TAZ") meldete: *„Nach Berichten aus informierten Kreisen soll die Zahl zwischen 25.000 und 49.000 liegen"* (18.12.). Woher die Zahl 25.000 stammt, ist unklar. Die Zahl 49.000 wurde vom Korrespondenten der italienischen Nachrichtenagentur ANSA in Warschau gemeldet. (Letzteres kann man zwar nicht der „TAZ", wohl aber der „FAZ" vom selben Tag entnehmen.)

Mit den 45.000 hätte man es eigentlich genug sein lassen können. Stattdessen triumphierte die Maßlosigkeit: *„In Warschau kursierten auch gestern Zahlen zwischen 15.000 und 75.000 Festgenommenen"* („Welt", 19.12.). Von über 50.000 schrieb die

Polen: Panzer stürmten Lenin-Werft

Walesa weint

45 000 verhaftet

Erbitterte Kämpfe: 200 Tote in Schlesien

„Bild" (19.12.), von 60.000 die „Morgenpost" (19.12.), von 50.000 die „Welt" (21.12.). Daß es nach offiziellen Angaben zu diesem Zeitpunkt nicht mehr als 4.000 gewesen sein sollen, konnte immerhin der „Süddeutschen" (22.12.) entnommen werden. Am 23.12. berichtete das „Hamburger Abendblatt" von 70.000 Internierten und berief sich dabei auf Angaben des Mitglieds der Regionalkommission Lodz von Solidarnosc, R. Batory; „ähnlich" hätten sich, so das „Abendblatt", die Professoren Etkind aus der Sowjetunion und Strynowski aus Polen geäußert. Die beiden waren vom Schriftsteller Heinrich Böll zu einer Pressekonferenz mitgebracht worden. (Bölls Pressekonferenz demonstriert die infame Wirksamkeit derartiger Desinformationskampagnen gerade auf sensible Multiplikatoren. Unter dem Eindruck der Flut von Falschmeldungen hatte Böll offenbar Polen mit Chile und der Türkei verwechselt.)

Immerhin lagen zum selben Zeitpunkt schon Berichte „westlicher Geheimdienste" vor, die ein „weniger dramatisches" Bild der Lage in Polen zeichneten. Beispielsweise wurde die Zahl der Internierten auf „unter 10.000 und über 5.000" geschätzt; „die Darstellung, es handele sich um 45.000 Verhaftete, stößt auf Unglauben" („SZ", 23.12.).

Es folgte der Höhepunkt und gleichzeitig auch schon das Finale der Zahlenspiele: *„Nach Angaben der Gewerkschaft sollen seit der Verhängung des Ausnahmezustandes in Polen mehr als 100.000 Menschen inhaftiert worden sein"* („Welt", 28.12.). Die Horror-Meldungen über Anzahl und Verhältnisse der Internierten verschwanden danach vollständig aus den Medien. Den Abschluß machte die Meldung, daß der Präsident der Caritas unter Berufung auf „kirchliche Kreise" Polens die offizielle Angabe von rund 5.000 Internierten bestätigt habe („Frankfurter Rundschau"/„FR", 7.1.82).

„Tausende frieren in Todeslagern"

Am 19.12. wurde in der bundesdeutschen Presse erstmals über die Existenz von Lagern *„aus Baracken und Zelten"* berichtet. Als Standort der Lager wurden zunächst die Halbinsel Hela und die „Gegend von Warschau" genannt; später folgten noch andere Ortsangaben. Ausgangspunkt der Berichte war die „Financial Times", die sich ihrerseits auf „westliche Diplomaten" berief („Welt", 19.12.). Die „Bild" schlagzeilte: **„Tausende frieren in Todeslagern"**. *„Eisiger Wind fegt durch die Barackengassen, reißt an Zeltwänden, verschärft noch die Kälte (minus 20 Grad). In den ungeheizten Bretterbuden und Zelten frieren 15.000 polnische Gewerkschafter, verhaftete Streikteilnehmer..."* („Bild", 19.12.). Innerhalb weniger Tage steigerte „Bild" sich noch bis zu der Meldung: „Inzwi**schen sollen bereits 70.000 Menschen bei schneidender Kälte in Konzentrationslagern dahinvegetieren"** (23.12.).

„In einem solchen Lager ohne Heizung kann man diese Temperaturen nicht lange überleben", zitierte „Bild" ein nach London geflüchtetes Solidarnosc-Mitglied (19.12.). *„Tausende von Polen würden ohne Nahrung und Unterkunft in Lagern festgehalten"*, behauptete der polnische Ex-Botschafter Spasowski, der in den USA Asyl genommen hat („Hamb. Abendblatt", 21.12.). *„In den Lagern bei Warschau und Stettin seien die Internierten in ungeheizten Zellen untergebracht"* („Welt", 21.12., unter Berufung auf „Angaben der Solidarität"). 70.000 Internierte seien *„in 'Konzentrationslagern' bei Temperaturen von weniger als minus 15 Grad in Zelten untergebracht"* („Hamb. Abendblatt", 23.12., unter Berufung auf den Lodzer Solidarnosc-Funktionär Batory. Nicht unwesentlich ist, was das „Abendblatt" verschwieg: Batory befindet sich nicht etwa im polnischen „Untergrund", sondern in der BRD, wo er als Redner auf CDU-Veranstaltungen auftritt. Siehe „Welt" vom 24.12.).

Bei diesen Meldungen ist exakt dasselbe zu beobachten wie bei den Phantasien über die Z a h l der Internierten: Am 28.12. wurde der Höhepunkt und zugleich das Finale der Kampagne erreicht; danach wurde das Thema nicht wieder aufgenommen. Dieses Finale wurde von einer Schilderung des brutalsten Sadismus gebildet: **„In einem Breslauer Gefängnis sollen 300 Internierte gezwungen worden sein, eine ganze Nacht bei eisiger Kälte auf dem Gefängnishof zu stehen. Alle 60 Minuten wurden sie mit Wasser übergossen"** („Bild", 28.12.; ähnliche Darstellung in anderen Tageszeitungen; als Quelle wurde ein Solidarnosc-Flugblatt angegeben).

In denselben Zusammenhang gehören weitere Berichte über Mißhandlungen und Folterungen Gefangener, von denen am 28.12. berichtet wurde: Mehrere prominente Exil-Polen in den USA behaupteten, die Führer der früheren polnischen Bürgerrechtsgruppe KOR, Jaczek Kuron und Adam Michnik, seien in der Haft geschlagen und gefoltert worden; Michnik habe durch die Schläge eine schwere Rückenverletzung erlitten; beider Leben sei in großer Gefahr. (Z.B. „Welt" und „FR" vom 28.12., wobei als Quelle mal *„polnische Augenzeugenberichte"* und mal einfach *„zuverlässige Quellen"* angegeben wurden).

Das Gerücht wurde umgehend von Leuten dementiert, die Gelegenheit gehabt hatten, Kuron und Michnik im Gefängnis zu besuchen („FAZ", 29.12.). Immerhin hatte in der kurzen Zwischenzeit das bloße Gerücht einige prominente westliche Intellektuelle zu einer Alarm-Erklärung veranlaßt.

Schon vorher hatte sich das Gerücht erledigt, der Chefredakteur der Zeitung „Solidarnosc", Tadeusz Mazowiecki, sei in der Haft gestorben („Welt", 21.12., „nach Angaben der Solidarität"). Französische Zeitungen hatten dem Schein-Toten bereits Nachrufe gewidmet („TAZ", 24.12.).

Als kurzlebig erwies sich auch das Gerücht, Internierte seien in die Sowjetunion abtransportiert worden. Wohl erstmals tauchte diese Version in Meldungen am 18.12. auf – zunächst nur in der Form, daß die „verhafteten" Solidarnosc-Führer in einer polnischen Stadt *„nahe zur Grenze"* gefangengehalten würden. *„Vielleicht will man sie im 'Ernstfall' rasch über die sowjetische Grenze schaffen"* („Welt", 18.12.). Dem in die USA übergewechselten polnischen Ex-Botschafter Spasowski waren die ersten „Hinweise" zu verdanken, daß schon „einige" Internierte *„in Lager in Nachbarstaaten transportiert worden"* seien (z.B. „Hamb. Abendblatt", 21.12.). – Roman Pucinski, Präsident einer Vereinigung polnischer US-Bürger, sprach sogar von Deportationen polnischer Arbeiterführer und Intellektueller in die Sowjetunion und deutete die Möglichkeit an, daß diese dort ermordet werden sollten („Welt", 22.12.). Am 24.12. wurde (unter Berufung auf in Schweden eingetroffene „Reisende" aus Polen) gemeldet, „zahlreiche" Führungsmitglieder der Solidarnosc seien in die Sowjetunion transportiert worden und würden dort *„in einem eigens eingerichteten Lager unweit von Königsberg"* gefangengehalten (z.B. „FAZ", 24.12.). – Danach wurde das Thema nicht mehr erwähnt. **In Verbindung mit den noch darzustellenden Berichten über** russische Soldaten in polnischen Uniformen sollte das Gerücht offensichtlich dem Zweck dienen, eine d i r e k t e Beteiligung der Sowjetunion in Polen nachzuweisen und Stimmung für „Strafmaßnahmen" gegen die Sowjetunion zu machen.

Walesas Odyssee

Das Schicksal des Solidarnosc-Vorsitzenden Lech Walesa steht naturgemäß im Mittelpunkt des „öffentlichen Interesses". Entsprechend wechselhaft und unzuverlässig ist die Berichterstattung.

Am 16.12. schlagzeilte die „Bild": **„Walesa in Geiselhaft"**. Mit Walesa als Geisel solle die Solidarnosc zur Kapitulation gezwungen werden. Am 17.12. war zu lesen, Walesa sei *„sehr deprimiert und psychisch gebrochen"* („FAZ"). Gemeldet hatte das zuerst der britische Rundfunk BBC. Am 18.12. behauptete die „Bild": *„Walesa brach zusammen. In Tränen aufgelöst sitzt er als Gefangener in einer Staatsvilla 100 km von Warschau entfernt"*. Konfusion im Hause Springer: Am selben Tag schrieb die „Welt", Walesa sei *„bei guter Gesundheit"* und *„psychisch stark"*. Als Quelle wurde in diesem Fall die Londoner „Times" angegeben, die sich auf „kirchliche Kreise" berief.

Am 19.12. war zu lesen, Walesa befinde sich – nach Angaben von Mitgliedern des Stockholmer Solidarnosc-Kontaktbüros – mittlerweile in Haft im Warschauer Zentralgefängnis („FAZ"). „Bild" hingegen behauptete am 21.12., Walesa werde in der Villa eines verhafteten früheren Politikers festgehalten und habe einen Herzinfarkt erlitten. Am 22.12. jedoch befand sich Walesa im Hauptquartier der Streitkräfte, wie die „Süddeutsche" unter Berufung auf BBC meinte. Anderer Meinung war der Sekretär der polnischen Bischofskonferenz, Dambrowski: Er berichtete, Walesa befinde sich immer noch in einem Gästehaus der Regierung, wo er ihn besucht habe („Welt",

in einem Gästehaus der Regierung, wo er ihn besucht habe („Welt",

23.12.). Am selben Tag behauptete aber die „Bild", Walesa sei nach einem Fluchtversuch ins Militärgefängnis verlegt worden. Seit dem 19.12. sei er im Hungerstreik.

Am 28.12. schrieb die „FR", Walesa sei nunmehr „Kirchenkreisen zufolge" im Gebäude des Armeegeneralstabs in Warschau interniert. Die „Bild" jedoch eröffnete am 29.12. mit der Schlagzeile **„Walesa ungebeugt – jetzt hat ihn die Geheimpolizei"**. Walesa befinde sich im Hauptquartier der Geheimpolizei. Strittig blieb auch, ob Walesa, falls überhaupt, seinen Hungerstreik bereits abgebrochen habe oder ob er ihn – wie ein Solidarnosc-Funktionär in Stockholm behauptete – noch fortführe („Welt", 30.12.).

Danach wurde es um Walesa sehr still, nachdem die bange Befürchtung aufgekommen war, er könne sich auf Verhandlungen mit dem Militär-Regime eingelassen haben. (31.12.). – Am 12.1. des neuen Jahres nahm „Bild" das Thema in gewandelter, emotional gewiß noch wirksamerer Form wieder auf: **„Kälte, Hunger, Psycho-Terror: Frau Walesa bangt um ihr Baby"**. Frau Walesa, so kann man lesen, stehe unmittelbar vor der Geburt ihres siebenten Kindes. Das Militär-Regime fürchte sich vor diesem Kind als *„Freiheitssymbol für ganz Polen"* und wolle deshalb mit allen Mitteln eine Fehlgeburt herbeiführen. *„Psychoterror: Sie durfte ihren Mann noch nicht besuchen; und man sagte ihr mehrfach, Lech sei auf der Flucht oder an Herzinfarkt gestorben"*. Quelle der „Bild"-Meldung war der Londoner „Daily Star", der sein Wissen angeblich von einem Solidarnosc-Vertreter in Zürich hatte. Anzumerken ist, daß über den angeblichen Herzinfarkt die „Bild" selbst berichtet hatte (21.12.); ebendort war auch zu lesen gewesen, daß Walesa von seiner Frau besucht worden sei. –

Am 19.1. war es dann mal wieder soweit: „Bild" hatte sich den außenpolitischen Sprecher der FDP, H. Schäfer, engagiert, um diesen erzählen zu lassen: **„Es gibt schon lange kein Lebenszeichen mehr von Walesa. Keiner weiß genau, wie es ihm geht. Nicht einmal mit Sicherheit, ob er noch lebt"**. DGB-Vorsitzender Vetter müsse nach Polen eilen, um Walesas Leben zu retten. Nur einen Tag vorher hatte „Bild" berichtet: Der US-Senator Pressler habe zwei Tage lang in Polen mit Erzbischof Glemp gesprochen und von diesem erfahren, daß Walesa *„zeitweise deprimiert..., aber gesund"* sei. Walesa verlange als

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

Vorbedingung für Verhandlungen eine „Entschuldigung" des Militär-Regimes („Bild", 18.1.).

„... stark antisemitische Züge..."

Dem polnischen Militär-Regime Antisemitismus vorzuwerfen, ist ein wichtiges Thema der Desinformations-Kampagne. Das gilt naturgemäß gerade für ein Land wie die BRD, das sich in Sachen Juden, Ausländer und sonstige Minderheiten von niemandem etwas vorwerfen zu lassen braucht.

Am 19.12. meldete die „FAZ": Tandberg (Auslandssekretär der schwedischen Akademie der Wissenschaften) habe berichtet, *„die ihm zugegangenen Informationen ließen kaum mehr Zweifel daran, daß die Verfolgung von Wissenschaftlern und Intellektuellen auch stark antisemitische Züge trage"*. Am selben Tag zitierte die „FAZ" die französischen Zeitungen „Le Matin" und „Liberation" mit Meldungen über *„zunehmende antisemitische Töne in Polen"*. *„Die Juden würden als Sündenböcke gebrandmarkt, da die Führung mit einer antideutschen oder antiwestlichen Kampagne keinen Erfolg habe"* („Liberation"). Gleichfalls am selben Tag eröffnete auch Springers „Welt" das Thema: *„Die Kampagne gegen Regime-Kritiker wie Kuron bekommt zunehmend antisemitische Züge. Warschau meldete die Gründung eines 'Polnischen Selbstverteidigungskomitees', das führende Berater der 'Solidarität' als Juden oder 'Rabbinersohn' zu diskreditieren versucht"*.

Das Militär-Regime weiß offenbar um die Wirkung derartiger Vorwürfe und weist sie zurück. Gornicki, Pressesprecher Jaruzelskis, *„bestritt ..., daß die Verfolgungskampagne antisemitische Züge trage. Antisemitische Äußerungen seien unmittelbar vor dem Zuschlagen der Militärs lediglich in einer Rede gefallen, die eines der Vorstandsmitglieder von Solidarität, Jurcek, gehalten habe. Nach Verhängung des Kriegsrechts wiederum sei eine einzige 'schändliche Story' in einer Stettiner Zeitung erschienen, die Juden als verantwortlich für den früheren Stalinismus in Polen bezeichnet habe"* („FAZ", 8.1.). Es wird also versucht, den Schwarzen Peter weiterzureichen. –

Die konkreten Belege für den behaupteten Antisemitismus des Militär-Regimes sind, sofern überhaupt Belege angeführt werden, von auffallender Dürftigkeit und Obskurität:

+ „Eine Augenzeugin" will in Warschau Plakate gesehen haben, *„auf denen dem Namen 'Solidarität' Dollarzeichen und Davidstern hinzugefügt worden seien"* („FAZ", 19.12., nach „Le Matin").

+ „Liberation" zitierte einen angeblichen „Bericht" von Radio Warschau,
fügt worden seien" („FAZ", 19.12., nach „Le Matin").
+ „Liberation" zitierte einen angeblichen „Bericht" von Radio Warschau,
in dem es geheißen habe: *„Die polnische Krise ist das Ergebnis der Aktivitäten der chauvinistischen jüdischen Internationale, die achtzig Prozent der westlichen Wirtschaft kontrolliert und die Macht in Polen ergreifen will ..."* (zit. in „FAZ", 19.12.). Man wird zugeben müssen, daß dieses angebliche Zitat absolut nichts mit den Standpunkten zu tun hat, die aus den offiziellen Erklärungen des Regimes bekannt sind. Übrigens stützte sich ein Artikel der „TAZ" am 21.12. offensichtlich auf denselben Artikel von „Liberation", allerdings ohne überhaupt irgendeine Quelle anzugeben. Dort tauchte das angebliche Zitat von Radio Warschau wieder auf, jedoch mit dem Zusatz, es stamme aus der Gründungserklärung eines neugegründeten „Polnischen Selbstverteidigungskomitees", die im Rundfunk verlesen worden sei. Es gibt im Westen Agenturen, die sich professionell mit dem Mitschnitt u.a. von östlichen Rundfunksendungen befassen. Deshalb ist zumindest merkwürdig, daß die angeblichen Texte von Radio Warschau nicht über eine der großen Nachrichtenagenturen gemeldet wurden, sondern ausgerechnet über „Liberation", das antikommunistische Kampfblatt der französischen Regierungs„sozialisten".

+ Ein weiteres Gerücht besagt: Bronislaw Geremek, ein „enger Berater" von Walesa, sei auf einem Plakat *„bei einem angeblichen Telefongespräch nach Israel abgebildet worden"* („FAZ", 19.12., nach „Le Matin", offenbar unter Berufung auf die schon erwähnte „Augenzeugin"). Über antisemitische Angriffe gegen Professor Geremek berichtete die „FAZ" auch am 29.12., diesmal mit der Behauptung, Radio Warschau habe Geremek als „Rabbinersohn" bezeichnet. – Nicht gut zu diesen Darstellungen passen allerdings neuere Berichte, aus denen hervorgeht, daß Professor Geremek, der als eher „gemäßigt" bekannt sei, vom Militär-Regime umworben werde, um über ihn Einfluß auf das weitere Verhalten von Walesa zu gewinnen.

Ein Kommentar in der „Welt" (28.12.) wiederholte die Behauptung, *„im Westen abgehörte Sendungen des polnischen Rundfunks lassen erkennen, daß eine scharfe Kampagne gegen die Juden geführt wird"*. Daran schloß sich die bemerkenswerte Mahnung, man hätte *„gerade in Polen mehr Respekt erwarten können vor den Schrecknissen, die nicht so lange zurückliegen; einen Funken wenigstens von Gefühl für den historischen Zusammenhang in einem Land, das mit jüdischen Massengräbern übersät ist"*. Dem Kommentator fehlt wahrscheinlich das „Gefühl", daß ein solcher Kommentar ausgerechnet in einer d e u t s c h e n Zeitung nicht am richtigen Platz ist; schließlich war Polen nicht der V e r a n s t a l t e r der nazi-deutschen Verbrechen, sondern gleichfalls deren O p f e r. (Einen ähnlichen Denkfehler macht der DDR-Schriftsteller Stefan Heym, wenn er in seiner Polen-Erklärung schreibt: „... *Es hat gerade in Polen, und das ist noch gar nicht so lange her, solcher grausamen Lager genug gegeben, und derartiges darf sich nie, nie wiederholen"* – zit. nach „FR", 14.1.).

Ein besonders bemerkenswerter Kommentar ist der „Tageszeitung" („TAZ") zu verdanken: Der Verfasser nimmt Bezug auf die Tatsache, daß einige Tage nach der Erklärung des Ausnahmezustands mehrere Internierte freigelassen wurden, von denen neun Namen offiziell bekanntgegeben wurden. Unter diesen befand sich Dr. Marek Edelmann, *„der einzige Überlebende aus dem Führungskreis des Warschauer Ghettoaufstands"*, wie der Verfasser schreibt.

Peinlich genug ist, daß Menschen wie Dr. Edelmann auf den Internierungs-Listen des Militär-Regimes standen. Für den „TAZ"-Kommentator bestätigt das den zutiefst antisemitischen Charakter des Regimes: **„Seine Geschichte als polnischer Jude und als Widerstandskämpfer hat ihn nicht vor dem Zugriff geschützt, sondern eher dazu disponiert, festgesetzt zu werden"**. Mit dem Wort „disponiert" soll ausgesagt werden: Daß Dr. Edelmann Jude und Antifaschist ist, war für das Regime ein b e s o n d e r e r Grund, ihn einzusperren. Der Verfasser bringt das in Zusammenhang mit antisemitischen Kritzeleien am Jüdischen Theater in Warschau und mit *„antisemitischen Ausfällen des Warschauer Rundfunks"*, die er nicht näher konkretisiert. Es folgt der eigentliche Zweck der Bemühungen: **„Angesichts dieser Informationen erscheint die Indolenz und Herzensträgheit besonders der linken politischen Öffentlichkeit in der BRD, die emsig den Charakter des Regimes diskutiert, immer unerträglicher"** („TAZ", 11.1).

Und zu Weihnachten kommen die Russen

Und zu Weihnachten kommen die Russen

Wie es wunschgemäß hätte weitergehen sollen, schrieb „Bild" einen Tag nach Erklärung des Ausnahmezustands: *„Ein Generalstreik wurde ausgerufen. Ein Bürgerkrieg droht. Mit sowjetischem Eingreifen ist zu rechnen. Eine Weltkrise wäre die Folge"* (14.12.). Ganz so wunschgemäß verlief die wirkliche Entwicklung leider nicht, aber die bevorstehende oder gar schon begonnene Militärintervention der Russen gab der Desinformations-Kampagne reichlich Stoff.

Seit mehreren Wochen schon „sollen" sowjetische Soldaten in polnischen Uniformen in Polen „operieren", meldete die „Welt" am 15.12. unter Berufung auf die französische Nachrichtenagentur AFP und auf eine „polnische Ärztin". *„Sowjet-Transporter gelandet"*, meldete „Bild" am 17.12. Nicht etwa, wie behauptet, Lebensmittel, sondern sowjetische „Elite-Soldaten" seien damit eingeflogen worden. Quelle: „... *nach Angaben eines westlichen Diplomaten"*. – *„Sowjetoffiziere sind in Danzig gegen Streikende vorgegangen, nachdem Polen-Soldaten den Befehl verweigert hätten"* („Bild", 17.12.). *„Aus Polen zurückgekehrte katholische Theologen berichteten gegenüber der WELT, daß an wichtigen Schaltstellen in Armee und Verwaltung sowjetische Kontrolleure in polnischen Uniformen säßen"* („Welt", 17.12.). Daß *„Offiziere der Roten Armee"* in polnischer Uniform in Danzig gegen Streikende „eingesetzt" worden seien, war am selben Tag auch der Hamburger „Morgenpost" zu entnehmen. Mitgebracht hatten dies Gerücht die Bremer Bürgerschaftsabgeordneten Erfurth (CDU) und Klatt (SPD), die den Vorgang zwar nicht selbst beobachtet, aber immerhin aus *„zuverlässiger Quelle"* erfahren hatten. Nicht weniger seriös war auch ein Bericht des französischen Fernsehens zum Thema „Russen in polnischer Uniform": Ein Pole habe einen Soldaten nach der Uhrzeit gefragt und sei von diesem nicht verstanden worden! (nach „FAZ", 17.12.).

Kälte, Hunger, Psycho-Terror: Frau Walesa bangt um ihr Baby



Danusia Walesa zeigt Töchterchen Ania (2) eine Illustrierte mit dem Foto ihres Mannes. Sie trägt ein geblümtes Umstandskleid

rb. **Danzig/London**, 12. Januar

Danusia Walesa (32), die Frau des polnischen Arbeiterführers, erwartet in dieser Woche ihr siebtes Baby – unter unmenschlichen Umständen. In ihrer Danziger Wohnung ist es eiskalt (selten über Null). Zu essen haben sie und ihre sechs Kinder nur, wenn Solidaritäts-Mitglieder etwas bringen. (Lesen Sie bitte weiter auf S. 2)

Vor dem Haus steht Tag und Nacht die Polizei, registriert jeden Besucher. **Psychoterror: „Sie durfte ihren Mann noch nicht besuchen; und man sagte ihr mehrfach, Lech sei auf der Flucht**

„Ihr Mann ist tot", sagten sie zu Frau Walesa

oder an Herzinfarkt gestorben", berichtete ein Solidaritäts-Mann der englischen Zeitung „Daily Star".

„Das Baby wird ein Symbol für ganz Polen sein. Ein Symbol der Freiheit", sagt er weiter.

Und: **„Wir hoffen, daß sie ihr Baby nicht verliert."**

Die Angst ist begründet: Frau Walesa verlor letztes Jahr schon einmal ein Baby.

● **Angeblich fürchten bestimmte Kreise der polnischen Regierung das Baby als Freiheitssymbol.** Und man habe auch Angst, daß Danusia Walesa in die Rolle ihres Mannes als Arbeiterführer hineinwachsen könnte.

Zwei Tage später wurde die Kampagne kräftig gesteigert. Die „Welt" (19.12.) meldete: **„Moskau droht: Intervention bei Generalstreik in Polen"**. *„Heute fällt in Moskau angeblich die Entscheidung, ob Truppen des Warschauer Pakts in Polen eingreifen"*. Urheber der Meldung war die französische „Le Monde", die ihr Wissen angeblich von einem *„offiziösen Sprecher der sowjetischen Regierung"* bezogen hatte.

Die Kampagne erlebte noch eine weitere Eskalation: Am 23.12. wurde mitgeteilt, daß sowjetische und tschechoslowakische Truppen unmittelbar für eine Intervention in Polen zusammengezogen würden; als Datum dieser Intervention stehe der 26.12. schon fest. (So in sämtlichen Tageszeitungen). Urheber des Gerüchts war ein Sprecher von Solidarnosc in Stockholm, dem es seinerseits auf extrem zuverlässigem Wege zugetragen worden sein soll: *„Einer seiner Verbindungsleute"*, der gerade in Belgien eingetroffen sei, habe mit jemandem gesprochen, der über *„besondere Beziehungen"* zur sowjetischen Botschaft in Warschau verfüge („FAZ", 23.12.). So etwas nennt man journalistisch eine **„Information aus gewöhnlich zuverlässiger Quelle"**! (ebenda).

(„FAZ", 23.12.). So etwas nennt man journalistisch eine „Information aus gewöhnlich zuverlässiger Quelle"! (ebenda).

Begleitet wurde das Gerücht von neuen Meldungen wie etwa: *„In den Waldgebieten um Warschau halten sich sowjetische Panzer und Soldaten verborgen. Dies berichtete ein französischer Fernsehjournalist, der sich auf einen polnischen Geistlichen berief. Auch bei Posen habe ein Geistlicher gehört, wie sich die polnische Uniformen tragende Besatzung eines Panzers auf russisch unterhalten habe"* („Welt", 24.12.). Andere Meldungen stellten das angeblich Geplante bereits als eingetretene Realität dar: *„Unter den Milizen, die zur Blutarbeit vorgeschickt werden, befinden sich Tschechen. Sicher werden auch Deutsche gebeten..."* (H. Kremp in der „Welt", 23.12.). –

Nach dem Ausbleiben der zu Weihnachten angekündigten Russen-Invasion unterblieben alle weiteren Meldungen zum Thema. –

Ein paar weitere Beispiele für die Themen-Vielfalt der Desinformations-Kampagne:

+ Die „Welt" berichtete am 17.12.: *„Aus Polen zurückgekehrte katholische Theologen ... bestätigten Vermutungen, daß die polnischen Behörden in der Vergangenheit Lebensmittel gehortet haben, die demnächst verteilt werden sollen."* Gerüchte über bewußte Lebensmittelverknappung durch die Regierung hatte Solidarnosc schon vor dem 13.12. immer wieder in Umlauf gebracht und hatte dafür auch bei manchen Linken offene Ohren gefunden. Tatsache ist allerdings, daß nach dem 13.12. trotz umfangreicher Hilfssendungen aus der Sowjetunion und DDR Lebensmittel in Polen weiterhin extrem knapp sind – ein neuer abgefeimter Trick des Regimes?! ...

+ „Bild" am 22.12.: *„Jetzt entlassen die polnischen Behörden sogar Verbrecher mit langen Freiheitsstrafen aus den Gefängnissen. Einzige Bedingung: Sie müssen auf seiten der Militärs kämpfen. In Sondereinheiten mit weißen Armbinden werden sie zusammengefaßt"*. Die Meldung war zur Abwechslung ganz ohne Quellenangabe, sie tauchte ausschließlich in der „Bild" und nur an diesem einen Tag auf. Vermutlich also in der Stammkneipe des Redakteurs erfunden.

Einige Schlußfolgerungen

Die Gesamtschau zeigt, daß die Desinformationskampagne zu Polen am 17.12. mit einem Schlag in sämtlichen Medien voll einsetzte, daß sie sich etwa ab dem 22./23.12. voll entfaltete und, noch auf dem Höhepunkt, am 28./29.12. ihr Ende fand.

Wenn hier von einem Ende der Kampagne die Rede ist, so selbstverständlich nicht in dem Sinn, daß nach diesem Datum plötzlich überhaupt keine Falschmeldungen oder Tendenz-Kommentare zu Polen mehr publiziert worden wären. Vereinzelt, unsystematisch und im Zuschnitt maßvoller werden weiterhin Falschmeldungen, Gerüchte usw. verbreitet; nachgelassen hat aber der massierte, konzertierte und nahezu schrankenlose Einsatz dieses Instruments. Das braucht jedoch nicht mehr zu bedeuten als eine Atempause, denn jede denkbare neue Zuspitzung der Situation in Polen würde mit Sicherheit eine neue Kampagne der oben beschriebenen Art in den westlichen Medien hervorrufen.

Die Desinformationskampagne hat, im engeren Sinn, also nur knapp

schriebenen Art in den westlichen Medien hervorrufen.
Die Desinformationskampagne hat, im engeren Sinn, also nur knapp

zwei Wochen angehalten. Dafür spielen einige allgemeinere Gründe eine Rolle. So beispielsweise der Umstand, daß für den bürgerlichen Journalismus ein bestimmtes Thema in der Regel nur für begrenzte Zeit „interessant" ist und dann in den Hintergrund tritt, bis es vielleicht unter veränderten Bedingungen erneut „interessant" wird. Eine Rolle spielt dabei außerdem die psychologische Einsicht, daß eine „Überfütterung" des Publikums mit Falschinformationen eher zu negativen Effekten führt, nämlich zu Überdruß, Langeweile oder gar zu Mißtrauen. Und schließlich hat Jaruzelski wohl recht, wenn er sagt: „... *Man könne die Wahrheit über Polen in Polen nicht verbergen. Über kurz oder lang werde auch die ganze Welt sie erfahren"* („FR", 28.12.). Eine Lügenkampagne derart gigantischen Stils (bis hin zur Verzwanzigfachung der Zahl der Internierten) setzt eine extreme Undurchsichtigkeit der wirklichen Verhältnisse voraus. Diese Undurchsichtigkeit ist in Polen, insbesondere wegen des alles durchdringenden Einflusses der katholischen Kirche, nicht gegeben.

Auffällig ist das „Timing" der Desinformationskampagne mit den politischen Ereignissen, so etwa mit den drei Schüben der von Reagan verkündeten „Strafmaßnahmen" gegen Polen und die Sowjetunion am 15., 23. und 30.12., sowie mit den Versuchen, die europäischen Verbündeten zum Anschluß an diese Politik zu veranlassen. Das Ende der Kampagne fällt exakt zusammen mit dem vorläufigen Ende des aktiven Widerstands gegen die Militärdiktatur: In der Nacht zum 29.12. wurde die letzte besetzte Zeche geräumt.

Was hier über die zeitlichen Daten und die Inhalte der Kampagne gesagt wurde, gilt mit sehr großer Übereinstimmung für praktisch a l l e Medien. Das deutet auf einen hohen Grad von Gleichschaltung hin. Das entscheidende Instrument dieser Gleichschaltung scheint das System der Nachrichtenagenturen zu sein. Sie bewirken, daß zuverlässig sämtliche Medien zum selben Zeitpunkt mit denselben Informationen versorgt werden. Dieses Rohmaterial wird von den meisten Medien nur noch geringfügig verändert. Das führt beispielsweise zu dem beachtlichen Phänomen, daß mitunter Polen-Artikel in der konservativen „FAZ" w o r t g l e i c h waren mit Artikeln der linken „TAZ" – beide hatten denselben Agentur-Text einfach aus dem Fernschreiber übernommen. (Z.B. der Artikel „Der Widerstand ist angelaufen" in der „TAZ" vom 16.12. und „Offenbar Streiks in ganz Polen" in der „FAZ" vom gleichen Tag.

Im übrigen verdankt auch das Gerüchtewesen den Nachrichtenagenturen einen großen Teil seiner Möglichkeiten. Daß irgendeine anonyme „zuverlässige Quelle" irgend etwas ganz und gar Unüberprüfbares behauptet haben soll, ist eigentlich überhaupt keine Meldung. Erst die Tatsache, daß der Unsinn von Nachrichtenagenturen gesammelt, sortiert und verbreitet wird, gibt der Sache ihre höheren Weihen und einen Anschein von Glaubwürdigkeit. Was eine Nachrichtenagentur der Aufnahme für wert hält, kann ja so unwahrscheinlich wohl nicht sein... Außerdem erspart das System dem Journalisten, der aus lauter Gerüchten eine Meldung zusammenbastelt, ernste Skrupel: Nicht er, sondern die Agentur

spart das System dem Journalisten, der aus lauter Gerüchten eine Meldung zusammenbastelt, ernste Skrupel: Nicht er, sondern die Agentur

ist schließlich verantwortlich, wenn sich am Ende alles als grober Schwindel erweist.

Daß System der Nachrichtenagenturen ist heute so gewohnt, daß seine Wirkungen kaum noch Gegenstand von Überlegungen sind. Das gilt übrigens auch für Teile der Linken, wie die unkritische und unbearbeitete Übernahme von Agentur-Meldungen durch die „TAZ" Tag für Tag aufs neue demonstriert. Es ist darum sinnvoll, dieses moderne System einmal mit einer ganz anderen Methode der Medien-Gleichschaltung zu vergleichen: Unter der Nazi-Diktatur gab es eine präzise und detaillierte Planung aller politisch wichtigen Medien-Kampagnen; verantwortlich war dafür insbesondere das Reichspropagandaministerium. Beispielsweise setzte die gesteuerte Medien-Vorbereitung für den deutschen Überfall auf Polen 1939 schon mehrere Monate vorher ein. Vermittelt wurde die Steuerung in Tagesbefehlen an alle Verantwortlichen in den Medien. Geplant und angeordnet wurde nicht bloß, w a s zu melden war, sondern auch die genaue Plazierung und Aufmachung (Großer Artikel auf der Titelseite oder kleinere Meldung im Innenteil, große oder kleine Überschrift, Hintergrundsberichte etc.), bis hinein in die Tonart der Artikel. Diese Steuerung ging bereits weitgehend von Entkenntnissen der Psychologie aus. (Vermeidung von pausenloser, sich linear aufheizender Agitation; Vermeidung von „Überfütterung" des Publikums; Kalkulationen über die Glaubwürdigkeit bestimmter Meldungen usw.).

Selbstverständlich kann ein derart totalitäres, durchzentralisiertes und auf unbedingter Befehlsgewalt aufgebautes System unter den Bedingungen einer modernen parlamentarischen Demokratie keine Anwendung finden. Umso beachtlicher ist der hohe Grad von Gleichförmigkeit, den heute das bürgerliche Mediensystem in kritischen Situationen aufweist, gerade w e i l sich diese Gleich-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von voriger Seite

schaltung schon unter den Bedingungen weitgehender „Freiwilligkeit" durchsetzt. Das moderne, demokratische System hat gegenüber dem totalitären einige Schwächen, was aber vermutlich durch den Vorteil weitaus größerer Glaubwürdigkeit mehr als ausgeglichen wird. Die Medien eines totalitären Staates müssen damit rechnen, daß alle ihre Aussagen auf prinzipiellen Zweifel oder Unglauben stoßen. Hingegen werden sich hierzulande heute zwar recht viele Menschen einig darüber sein, daß die „Bild" nicht gerade zuverlässig ist, aber solche prinzipiellen Zweifel werden kaum d e m gelten, was von den Nachrichtenagenturen als Meldungen produziert wird. Es ist ja auch letzten Endes gar nicht so, daß die Wahrheit wirklich total unterdrückt wird. Daß beispielsweise die Zahl der Internierten in Polen „nur" 5.000 beträgt (und nicht 70.000) kann man, wenn man will, schließlich doch den meisten Medien irgendwann entnehmen. Die berechnete Wirkungsweise ist aber, daß falsche Vorstellungen, die durch ein zweiwöchiges Totalbombardement mit Lügen und Gerüchten produziert worden sind, nicht völlig in sich zusammenbrechen werden, wenn man später vielleicht im Innenteil seiner Tageszeitung in einer Länge von 20 Zeilen den wahren Sachverhalt lesen kann. (Für die „Bild", die Zeitung mit der weitaus größten Verbreitung, gilt ohnehin, daß sie ihre Falschmeldungen in der Regel überhaupt nicht richtigstellt).

Ganz ähnlich wie hier am Beispiel der Polen-Kampagne beschrieben funktioniert auch die Meinungsmache über die militärische Überlegenheit der Sowjetunion, die auch ähnliche quantitative Hemmungslosigkeiten und Kettenreaktionen produziert wie oben am Beispiel der Angaben über die Zahl der Internierten dargestellt wurde.

Diese Mechanismen (Stichwort: „Manipulation") wieder stärker zum Gegenstand von Untersuchungen und Darstellungen zu machen, wäre sicher für alle Linken eine lohnende Aufgabe – sofern sie sich nicht selbst als Nutznießer bestimmter Desinformationskampagnen betrachten (Stichwort: „Hauptfeind Sowjetunion").

„Ich glaube ALLES!"

„In Polen wurden Hunderte vom Militär erschlagen und erschossen, Zehntausende wurden festgenommen, abtransportiert und in Lager gesteckt, wo sie bei 20 Grad Kälte Außentemperatur in Zelten entweder qualvoll dahinvegetieren oder schon erfroren sind. Die Medien, im Umgang mit Quellenangaben sonst nicht so zimperlich, betonen, daß es sich um unbestätigte Meldungen handelt. Um einen Mord zu beweisen, muß man, wie jeder Krimi-Leser weiß, erst die Leiche finden. Als man die Leichenberge in Bergen-Belsen fand, war das zu spät, um den Opfern helfen zu können. Es gibt in diesem Jahrhundert, nach Auschwitz, nach dem Archipel Gulag, nach Kambodscha und Uganda – keinen Grund, irgendeinem Regime irgendein Verbrechen nicht zuzutrauen. Bis zum Beweis des Gegenteils sind sämtliche Schreckensnachrichten aus Polen keine Gerüchte, sondern wahr".

Das sagte nicht Gerhard Löwenthal im ZDF, das schrieb nicht Matthias Walden in der „Welt", sondern Wolfgang Pohrt in der „TAZ" vom 7.1.82 - also zu einem Zeitpunkt, wo normale bürgerliche Medien bereits aufgehört hatten, von Hunderten Toten und Zehntausenden Internierten zu schreiben. Die spezielle deutsche Neigung, bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit geschmackvolle Vergleiche mit Auschwitz zu ziehen und damit die Verbrechen der Nazis schamlos zu verharmlosen, kommt in diesem Kommentar voll auf ihre alternativen Kosten.

Iwan klaut alles!

„Polen rinnt nach Osten aus – Sowjetischer Raubhandel als Ursache" titelte die „TAZ" am 19.1. eine Seite über Polen. In der Zeitung, die regelmäßig dramatische Platzprobleme bekommt, wenn es um Berichterstattung über sozialistische Politik geht, stand für das brisante Thema eine volle Seite zur Verfügung. Abgedruckt wurde angeblich eine Rede des „Parteiökonomen" Marian Rajski, die er auf der Parteikonferenz der Danziger Region im Mai 1981 gehalten haben soll. Diese Rede sei jetzt aus Polen „geschmuggelt" worden; in der Pariser Dissidenten-Zeitschrift „Kultura" wurde der Text erstmals publiziert.

Alleiniges Thema des erstaunlichen Textes ist die grenzenlose Ausplünderung Polens durch die Sowjetunion, die für sämtliche wirtschaftlichen Probleme des Landes allein verantwortlich sei. In dem Text wird die Wirtschaftspolitik der früheren Gierek-Regierung (1980 abgesetzt) ausdrücklich in Schutz genommen; der Einfluß der imperialistischen Ökonomie auf Polen wird mit keinem Wort erwähnt, geschweige denn problematisiert. Dafür kann man lang und breit lesen, daß die Russen praktisch alles aus Polen wegschaffen, was sich nur wegschaffen läßt, hochwertige Maschinen ebenso wie allerlei Kleinwaren bis hin zu Fleisch, Mehl und anderen Lebensmitteln. Manches wird den Polen einfach gestohlen, manches wird ihnen weit unterm regulären Preisniveau vom Iwan abgeknöpft. 6 Milliarden Dollar würden auf diese Weise der polnischen Volkswirtschaft jährlich geraubt. *„Und hier finden wir die Antwort auf die Frage, warum es zur Zeit in der Landwirtschaft an 80.000 Geräten und Ersatzteilen fehlt, warum der Wert der so lahmgelegten Maschinen die unvorstellbare Zahl von 430 Milliarden Zloty beträgt und warum man 12 Jahre auf eine Neubauwohnung warten muß."*

Der von der „TAZ" publizierte Text stellt alle halbwegs noch um Differenzierung bemühten Analysen der bürgerlichen Medien – einschließlich der direkt vom CIA inspirierten ‚Untersuchungen' – weit in den Schatten. In dieser Totalität hatte es bisher niemand gewagt, die vielfältigen Ursachen der polnischen Krise auf den e i n e n Punkt zu reduzieren, der nur noch mit dem nationalistischen Instinkt kalkuliert. Daß eine derart brutale Rede gegen die Sowjetunion auf einer offiziellen Parteikonferenz der PVAP gehalten worden sein soll, ist höchst unwahrscheinlich. W e n n diese Rede wirklich gehalten worden sein soll, so wäre sie zweifellos schon damals eine S e n s a t i o n gewesen. Bei den engen Verbindungen der Solidarnosc zu Teilen des Parteiapparats (gerade in Danzig!) wird auch niemand erklären können, warum eine solche Rede e r s t j e t z t öffentlich bekannt und im Westen publiziert wird.

Daß die Sowjetunion erhebliche Mittel aufwenden muß, um den Zusammenbruch der polnischen Ökonomie in Grenzen zu halten, ist dem Wirtschaftsteil jeder normalen Tageszeitung der BRD zu entnehmen. Der Schaden für die Sowjetunion ist aber weitaus größer, als es in den Daten über die direkte Hilfe für Polen zu Ausdruck kommt. Hinzu kommt nämlich, daß durch den Niedergang der polnischen Ökonomie viele Lieferverträge in die SU (wie auch in die DDR und die CSSR) gar nicht mehr oder bei weitem nicht voll erfüllt werden können. Da diese Lieferungen Teil von langfristigen Plänen sind, ergeben sich erhebliche Konsequenzen für die Ökonomie der Partnerländer Polens. Ein weiterer Nachteil für die Sowjetunion ist, daß sie damit rechnen muß, durch den faktischen Bankrott Polens in ihrer e i g e n e n Kreditwürdigkeit herabgesetzt zu werden; praktisch heißt das, daß die SU es generell schwerer haben wird, West-Kredite zu bekommen und daß sie mit höheren Zinsen rechnen muß.

Und, last not least, ist es doch eine sehr seltsame Vorstellung, daß die Sowjetunion durch Ausplünderung eines Landes dessen systematischen Ruin betreibt und sich damit die schwerste Krise ihres Blocksystems schafft, die sie in den letzten Jahren durchzustehen hatte. Glaubwürdig sind solche Vorstellungen nur für den, der ohnehin dazu neigt, die Russen nicht bloß für die größten Räuber, sondern zugleich für die größten Idioten der Weltgeschichte zu halten. Für solche Vorstellungen, die tiefe Wurzeln in der deutschen Volksseele haben, wird in der „TAZ" sicher auch zukünftig Platz sein.

Die Phantasie an der Macht...

Lange gerufen, endlich verwirklicht – die Parole vom Mai '68: *„L'imagination au pouvoir"* („Die Phantasie an die Macht"). Jahrzehntelang nährte sich die sogenannte französische Germanophobie vom Bild der kriegslüsternen Arier-Heere, die alle 30 Jahre mal wieder über den Rhein ausflogen. Der Sozialistischen Partei (PS) ist eine grundlegende Image-Korrektur zu verdanken: Ein Volk elender Pazis ist es, das hier lebt, angeführt vom Waschlappenkanzler Schmidt. Ach, wäre nur ein Strauß oder wenigstens ein Kohl an der Regierung, dann würde es dem Neutralistenpack schlecht gehen, Breschnew hätte nichts mehr zu lachen, und die BRD würde noch einmal knapp an der bevorstehenden „Finnlandisierung" vorbeisegeln. Und und und.

Aber: Was ist aus diesem Volk geworden (an dessen Wesen die ganze Welt genesen sollte; Anm. AK), fragt PS-Mitglied M. Bosquet im PS-Wochenmagazin „Le Nouvel Observateur". Ein Volk von Feiglingen ohne Ideale, die es vorziehen, daß die *„anderen ihr Leben für sie riskieren"*, aber die nicht bereit sind, *„für die anderen oder sich selbst sich einzusetzen"*. Denn ihre Lieblingsmaxime sei heute: *„Lieber rot als tot"* (na und?!).

Nahezu täglich wird in der PS-nahen Zeitung „Le Monde" die *„Abwartehaltung"*, die *„Feigheit"*, die *„Gefälligkeit gegenüber dem polnischen Militär und der sowjetischen Führung"*, die durch die BRD-Regierung geübt werde, angeprangert.

„Wo sind die immensen deutschen Massen geblieben?" fragt ein BRD-Korrespondent (20.12.), *„die noch vor einigen Wochen in Bonn wie in Westberlin, in Hamburg wie in Frankfurt ihre Friedensliebe und ihre Ablehnung von Waffengebrauch bekundeten? Anscheinend erschien ihnen die Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts innerhalb der Nato viel dramatischer als das Schicksal des polnischen Volkes hier und heute"*. Die PS-Tageszeitung „Le Matin" meint: *„Will das Europa der Zehn unter den drei Zeichen von* tin" meint: *„Will das Europa der Zehn unter den drei Zeichen von* *Ostpolitik, Pazifismus und Antiamerikanismus leben, dann wird man hinnehmen müssen, daß die 'Finnlandisierung' nicht mehr länger ein Mythos sein wird"* (6.1.).

Aber schon heute sei der BRD-Imperialismus nicht mehr Herr im eigenen Haus: *„Beweist nicht der Fall der BRD, daß der Westen, will er unbedingt gute Verhältnisse zum Osten haben, einen beträchtlichen Teil seiner Meinungs- und Manövrierfreiheit verliert?"* („Le Monde", 20.12.).

Die Ursache für das *„feige Aufatmen der deutschen Politiker"* („Le Monde") sieht „Le Matin" im Ost-West-Handel der BRD: *„Westeuropa hat soeben die ersten perversen Konsequenzen der berühmten Ostpolitik erlebt, das heißt der Politik des Dialogs, der gegenseitigen Verständigung, des Wirtschaftsaustausches und oft, leider, der Kompromisse mit den östlichen Regimes"* („Le Matin", 6.1.).

Kaum hatten es die USA angesprochen, schon wurde es von Mitterrand in Frankreich übernommen: *„Es ist gefährlich, daß die zwei Supermächte auf der Basis der Teilung Europas koexistieren, die seit bald vierzig Jahren andauert.* **Alles ist gut, was uns erlaubt von Yalta wegzukommen"** (zit. nach „Le Monde", 2.1.).

Gefahren sieht Mitterrand in Europa freilich nur von der e i n e n Supermacht ausgehen: *„Weltweit gesehen besteht annähernd ein militärisches Gleichgewicht zwischen den USA und der Sowjetunion. Innerhalb Europas nicht: da ist die Sowjet-Union im 'Vorteil"* („Stern", 23.4.81).

Welche ehrgeizigen Ziele die PS im Sinne des französischen Imperialismus verfolgt, verdeutlicht ein Interview mit PS-Führungsmitglied Louis Mermaz, auch Präsident der französischen Nationalversammlung: **„Die Bedingungen für die Ablehnung Yaltas müssen also geschaffen werden (in der Gesamtheit der Länder des Warschauer Paktes)"**. Der Weg dahin: **„Frankreich kann auf der internationalen Szene nur dann agieren, wenn es ihm gelingt, zum privilegierten Partner der Länder der 3. Welt zu werden"** (Interview in „Le Monde", 13.1.). Eine dankenswert offene Sprache, die sich die Befreiungsbewegungen in der 3. Welt gut merken sollten!

Im schon erwähnten „Stern"-Interview vom April vergangenen Jahres hatte Kandidat Mitterrand bereits seinen Sinn für französische Traditionen offengelegt. Auf die „Stern"-Frage *„Spielt Frankreich noch eine Rolle zwischen den Supermächten?"* antwortete er: *„Aber sicher! Auf vielen Gebieten. Ich denke an die Mittelmeer- und Afrikapolitik oder an den Aufbau Europas, mit dem es zu meinem Bedauern schlecht steht. Ich denke auch an unsere Kriegsmarine und unsere Atomstreitmacht. Außerdem haben wir Verpflichtungen gegenüber der 3. Welt"*. (Zum Beispiel in Kolwezi? Oder im Tschad? – Anm. AK).

Genau wie die USA drohte Premierminister Mauroy gleich nach dem 13. Dezember in Polen mit der Aufkündigung der Schlußakte von Helsinki (KSZE 1975): *„Wenn die polnische Entwicklung so weitergeht, und sie wird sich tragisch entwickeln, wie ich glaube, dann werden wir uns nicht länger an der Madrider Konferenz* (KSZE – Anm. AK) *beteiligen und auch nicht mehr die Schlußakte von Helsinki anerkennen"* („Le Monde", 24.12.). Die PS war es, die gleich die erste Erklärung der „Sozialistischen Internationale" (SI), geschrieben von Willy Brandt, als „zu lasch" ablehnte und eine Sondersitzung des „SI"-Präsidiums einberief. Ihr Engagement in der Solidarität mit dem polnischen Volk hat natürlich edle Motive: Es ist die Rede von *„fast familiären Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern"*, vom *„gemeinsamen Kampf für die Freiheit seit 1789"* (Mauroy, nach „Le Monde", 16.12.) usw. usf. Und wenn es um die Freiheit geht, fühlt sich Frankreich immer besonders herausgefordert: *„Es ist notwendig, daß das polnische Volk durch die Haltung Frankreichs einen Grund mehr sieht, in seine Kraft zu vertrauen und die Gefahren, denen es heute ausgesetzt ist, zu überwinden"* (Francois Mitterrand, „Le Monde", 17.12.).

Und weil die französische Regierung so humanitär denkt, soll natürlich die sogenannte „Lebensmittelhilfe" für das polnische Volk weitergeführt werden, denn: *„Wir wollen* *nicht das polnische Volk sanktionieren"* (Außenminister Cheysson, „Le *nicht das polnische Volk sanktionieren"* (Außenminister Cheysson, „Le Monde", 31.12.).

Nun ja: U m s o n s t hat Frankreich nur einmal – im vergangenen Sommer – 3.000 Tonnen Obst und für 3 Millionen Francs (ca. 1,5 Mio DM) Medikamente nach Polen geschickt. *„Aufgrund von nicht existierenden neuen Märkten hat Frankreich faktisch seine 'Hilfe' suspendiert, die stärker Exporten mit hohem Geschäftsrisiko ähnelt als einer Lebensmittelhilfe stricto sensu"* (= im strengen Sinne des Wortes; „Le Monde", 7.1.). Bei allem Geschrei um die „Feigheit" der Westdeutschen, denen nur ihre Geschäfte lieb seien, hat Frankreich ebenso wenig wie die übrigen westeuropäischen Regierungen bisher irgendwelchen wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen gegen den „Osten" zugestimmt, wie sie von Reagan lauthals gefordert werden.

Ähnlich wie die Thatcher-Regierung gibt Paris als Grund an: *„Nur eine internationale Instanz kann Sanktionen beschließen"* (PS-Sekretär L. Jospin, „Le Monde", 29.12.). **Das ist pure Heuchelei – Frankreich ist nämlich auch ganz hübsch in den Ost-West-Handel verwickelt.** Während auf die Zahl der Einwohner umgerechnet die BRD 1980 für 201 Dollar pro Kopf in den Osten exportierte, erreichte Frankreich immerhin die Zahl von 87 Dollar pro Kopf (USA: 18 Dollar pro Kopf; siehe „taz", 6.1.). Damit steht Frankreich an dritter Stelle im Ost-West-Handel, nach der BRD und Japan.

Zwar wird jetzt erwogen, eine Reduzierung der französischen Beteiligung am Erdgasgeschäft vorzunehmen (ab 1984 sollen jährlich 40 Milliarden Kubikmeter sowjetisches Erdgas an die EG-Staaten geliefert werden, davon soll Frankreich 8 Milliarden erhalten). Nur hat Mitterrand schon vor längerer Zeit erklärt, diese Zahl sei für ihn „kein Dogma". Hintergrund sind schon länger andauernde Verhandlungen mit Algerien. (Bislang bezog Frankreich 4 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Algerien, dies soll auf 9,1 Milliarden erhöht werden, und zu besseren Konditionen).

Weiterhin ist es nicht uninteressant zu wissen, daß bei allen Bekundungen der Solidarität mit „Solidarnosc" seitens der PS-nahen Gewerkschaft CFDT es der DGB (in Westeuropa) ist, der bisher die größte materielle Hilfe geleistet hat.

Der reale Hintergrund der PS-Kampagne ist viel nüchterner: Sowohl bei den amerikanischen wie auch bei den französischen Aufforderungen an die BRD, endlich Sanktionen zu beschließen, spielt der Gedanke eine maßgebliche Rolle, die westdeutschen Konkurrenten würden dabei einen erheblich größeren wirtschaftlichen Schaden erleiden. Auch auf der militärischen Ebene fühlt sich die PS-Regierung Regans Optionen verbunden: Im Falle eines Falles würde natürlich die BRD (und auf der anderen Seite die DDR) die Hauptlast und das Hauptrisiko einer militärischen Konfrontation tragen.

Das Ganze liefert uns ein nettes Beispiel über die „Solidarität" der Imperialisten untereinander bzw. über *„die kostbare und unersetzbare Intimität zwischen unseren beiden Nationen"* (Mitterrand über die „deutsch-französische Freundschaft", „Le Monde", 15.7.).

Kampagne gegen die PCF

Die Ereignisse in Polen versucht die PS-Regierung nicht nur nach außen zu benutzen, sondern auch die PS-Regierung nicht nur nach außen zu benutzen, sondern auch nach innen. Die PS hat selber ein Klima des Kalten Kriegs in Frankreich angeheizt, wobei ihr die Rechten noch in einem Punkt voraus sind: in der Forderung nach dem Rücktritt der vier KPF-Minister. Wenn jetzt die Rechten auch zufrieden feststellen, daß Frankreich die „entschiedenste" Position zu Polen in Westeuropa beziehe, reicht ihnen das auf der anderen Seite noch nicht aus. *„Alle sozialistischen Experimente endeten immer mit ihrem Scheitern und mit einem sozialen und ökonomischen Drama. Es steht außer Zweifel, daß es bei uns ähnlich verlaufen wird. Herr Mitterrand will auch tiefgreifende Veränderungen einleiten. Der Sozialismus ist eine überholte, bösartige, menschenfeindliche Doktrin, die den Menschen zum Sklaventum zurückführt"*, erklärte RPR-Chef Chirac („Le Monde", 8.1.).

Der Präsident der Giscardisten-Partei, Lecanuet, meint: *„Nach Budapest, Prag und Kabul zeigt Warschau, daß der Kommunismus sich nicht geändert hat. Für den Sozialismus gibt es nie einen Frühling. Wie kann die PS die kommunistische Repression in Polen verurteilen und in Frankreich die Verbündete der Kommunisten bleiben?"* („Le Monde", 15.1.).

Ein weiteres UDF-Führungsmitglied sagte: *„Die französische öffentliche Meinung kann sich nicht mehr in dieser ohnmächtigen Regierung wiedererkennen, der Agenten Moskaus angehören"* (zitiert nach „FR",



„Hallo, Breschnew? Ich habe ein Disziplinarproblem mit einem meiner Satelliten".

aus: „Le Monde"

Fortsetzung von voriger Seite

2.1.). Der Faschistenführer Jean Marie Le Pen („Front National") schrie auf: *„Jetzt hat die Stunde der Repressalien gegen das sowjetische Rußland geschlagen"* („Le Monde", 15.1.). Makabrerweise fühlte sich Chirac bemüßigt, ausgerechnet die Deutschen zu belehren, die Geschichte habe gezeigt, daß *„Pazifismus immer in Katastrophen endet"* (zitiert nach „FR", 7.1.). –

Über die PS-nahe Gewerkschaft CFDT lancierte die PS ihrerseits die Polemik gegen die CGT-Gewerkschaft und die KPF. Ursprünglich hatte Außenminister Cheysson auf die Frage, was Frankreich in Sachen Polen zu tun gedenke, die ehrliche, aber unzeitgemäße Bemerkung gemacht: **„Absolut nichts. Selbstverständlich werden wir nichts tun"** („Le Monde", 15.12.). Präsident Mitterand stellte dazu richtig, daß er alleine das letzte Wort in Sachen Außenpolitik zu sprechen habe. Die CFDT übernahm dann die weitere Kampagne: *„Nein – diese Entwicklung* (von Solidarnosc) *war nicht fatal. Nein – es ist nicht das kleinere Übel. Nein – Solidarität ist nicht zu weit gegangen. Nein – es ist keine innere Angelegenheit Polens ... Wir können keine definitive Teilung Europas akzeptieren"* („Le Monde", 24.12.).

Tatsächlich gab es die größte Solidaritätsbewegung anläßlich des polnischen Staatsstreichs in Frankreich. Gleich am 14.12. demonstrierten in Paris 50.000 Menschen – RPR, UDF und weitere Rechte inklusive. Daß Linke nahezu aller Schattierungen keine Magenschmerzen verspürten, mit solchen Feinden der Freiheit und der Arbeiterklasse gemeinsam zu demonstrieren, wurde in der „taz" seinerzeit damit erklärt, daß sich *„zum ersten Mal seit Mitterands Inthronisierung ihnen die Gelegenheit bot, sich von der Macht abzugrenzen"* („taz", 5.1.). „Gelegenheiten" zur Abgrenzung gibt es zum einen für die französische Linke in Hülle und Fülle (Atomenergieprogramm, Bau der Neutronenbombe, Zustimmung zur NATO-Raketenaufrüstung etc. ...), und zum anderen: Was heißt hier „Abgrenzung"?? War man nicht mit Mitterand vollkommen einig?!

KPF und CGT haben bislang jede Beteiligung an solchen Solidaritätsaktionen abgelehnt. Dies benutzt die PS, um beide tagauf, tagab anzugreifen – unter dem Beifall der übrigen Linken (der Rechten sowieso). Dabei muß mensch aber sehen, daß – aus welchen Gründen auch immer (z.B. ist es selbstverständlich, daß die KPF kaum Interesse an einer Verschärfung der polnischen Situation haben kann) – sich die Stellungnahmen der KPF und CGT schon um Einiges von denen der DKP unterscheiden.

So erklärte Minister Le Pors (KPF): *„Meine Konzeption des Sozialismus ist untrennbar mit der Freiheit verbunden. Und ohne Demokratie ist Sozialismus nicht möglich. Sozialismus wird nicht per Erlaß eingeführt. Die Franzosen müssen ihren Sozialismus in Frankreich aufbauen, die Polen ihren in Polen ohne irgendwelche Einmischungen von Außen"* („Le Monde", 4.1.). Ein ZK-Mitglied, P. Juquin, betonte: *„Wenn ich über Internierungen, Verhaftungen höre, dann zerreißt es mir das Herz ... In einer sozialistischen Gesellschaft dürfen Probleme nicht mit Hilfe militärischer Gewalt gelöst werden"* („Le Monde", 20.12.). Schließlich Georges Marchais selber: *„Mit Betroffenheit habe ich von den Ereignissen in Polen Kenntnis genommen. Seit Beginn der polnischen Krise hat die KPF erklärt, die Polen müßten ihre eigenen Probleme selber lösen, die für den Fortschritt des Sozialismus in ihrem Land notwendigen wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Reformen einleiten ... Wir haben mit Interesse und Sympathie die Anstrengungen in dieser Richtung verfolgt ... Es ist bedauerlich, daß Schwierigkeiten und Übertreibungen diesen Prozeß gehemmt und zur heutigen Situation geführt haben ... Nichts darf unternommen werden, was eine interne Konfrontation oder eine äußere Intervention begünstigen würde"* („Le Monde", 13.12.).

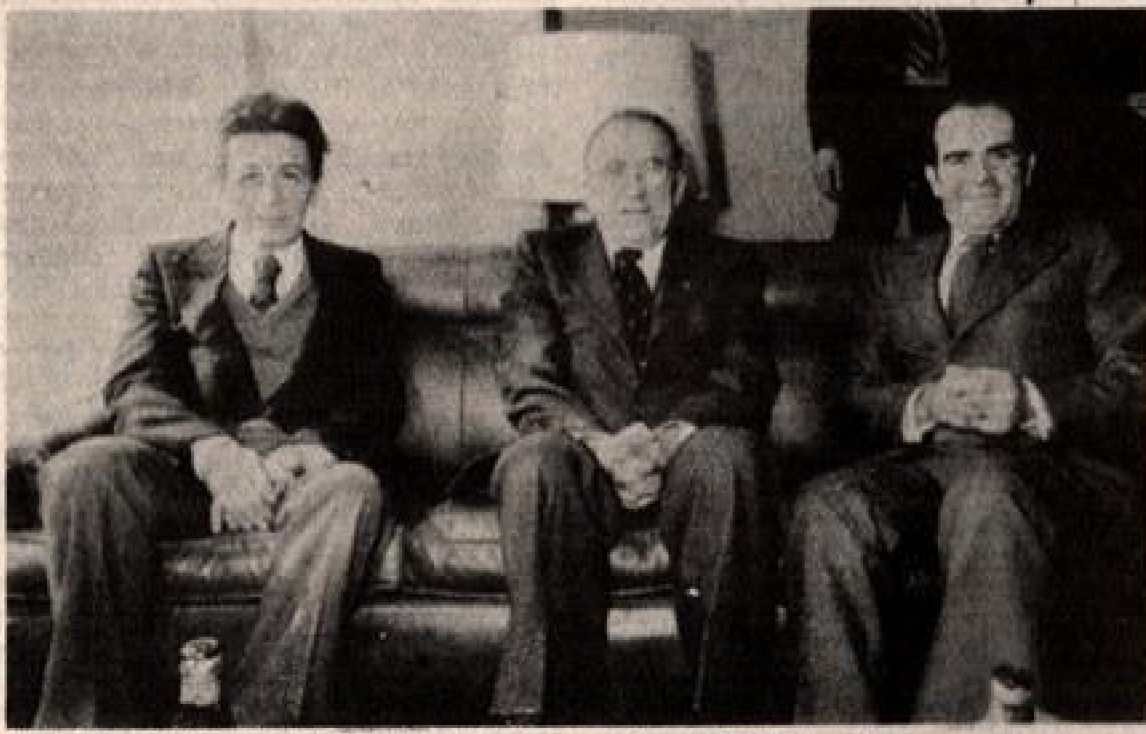
Die CGT lehnte eine Beteiligung an der von der CFDT initiierten einstündigen Arbeitsniederlegung vom 21.12. ab: *„Sie (die CGT) teilt die Betroffenheit und die Sorge aller Freunde Polens, aller aufrichtigen Freunde der Menschenrechte. Genauso wie sie ist die CGT über Meldungen von Konfrontationen entsetzt, wo Menschen, wo Arbeiter ihr Leben verloren haben ... Das Schicksal des polnischen Volkes, aber auch das der Entspannung und des Friedens in Europa und in der Welt steht auf dem Spiel ... Das Schlimmste kann aber vermieden werden, wenn von keiner Seite her eine Politik des Schlimmsten betrieben wird. Darum lehnt die CGT eine parteimäßige Ausnutzung der polnischen Situation zugunsten innenpolitischer Kalküle seitens der Rechten ab, für die das Unglück Polens nur ein Vorwand ist, um hier den Willen nach Reformen und Veränderungen zu verhindern"* („Le Monde", 20./21.12.)

Auf Initiative der PS fand am 8. Januar das erste Spitzengespräch seit dem 23.6. vergangenen Jahres zwischen KPF und PS statt. Die zwei Themen: Fortführung der gemeinsamen Regierungsarbeit und Polen.

Kurz zuvor hatte J. Poperen, „Nummer 2" der PS-Führung, ein Interview gegeben, in dem er die KPF-Minister als „Agenten Moskaus" bezeichnete, die die „Herrschaft der SU über ganz Europa herbeisehnen" würden.

Obwohl die KPF auch in der Polenfrage ihre volle Regierungssolidarität stets bekräftigt hat, hieß es dreist im PS-Kommunique zum Ergebnis des Treffens: *„Die KPF wurde dazu gebracht, ihr Engagement zu erneuern"* (Jospin, „Le Monde", 10.1.). Das läßt Ungutes erahnen.

PCI und PCE zu Polen



Von den eurokommunistischen Parteien PCI und PCE kamen naturgemäß die weitgehendsten Verurteilungen des Militärputsches in Polen, aber auch von kleineren Parteien wie der KP Belgiens (die auf ihrem letzten Kongreß ihren „entschiedenen eurokommunistischen Charakter" bekräf-

KP Belgiens (die auf ihrem letzten Kongreß ihren „entschiedenen eurokommunistischen Charakter" bekräf-

tigte), oder der KP Großbritanniens, den Kommunistischen Parteien der Schweiz und Schwedens. Die KP Portugals hingegen fand zu ähnlichen Tönen wie die DKP.

Noch am 13.12. fand eine Sondersitzung der PCI-Leitung statt; für den 14.12. bereits riefen die drei italienischen Gewerkschaften CGIL (PCI-nahe), CISL (Katholiken) und UIL (Sozialdemokraten) zu Betriebsversammlungen, Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen auf.

Die PCI hat ein Dokument „Reflexionen über die dramatischen Ereignisse in Polen" veröffentlicht, das bei nur einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen vom ZK verabschiedet wurde. Zu den Beziehungen mit der Sowjetunion heißt es dort. *„Die PCI will normale Beziehungen zu allen kommunistischen Parteien unterhalten genauso wie zu allen anderen sozialistischen revolutionären und fortschrittlichen Kräften, ohne besondere oder privilegierte Bindungen zu irgendeiner von ihnen, auf der Basis der Autonomie des Denkens und des politischen Handelns, ohne organisatorische oder ideologische Bindungen".*

Die Verantwortung der SU für die polnische Entwicklung wird als „groß" bezeichnet. *„Es gab schlimme Druckausübungen, offensichtliche Einmischungen und eine hemmungslose politisch-ideologische Kampagne gegen den Willen nach Erneuerung. Das sozialistische Lager ist keine Gemeinschaft von Gleichberechtigten, sondern ein ideologisch-militärischer Block unter der Herrschaft einer Machtlogik... Demokratie und Sozialismus sind untrennbar miteinander verbunden und können sich nur als Respekt vor dem Recht jedes Volkes artikulieren, über sich selbst zu entscheiden... In den östlichen Ländern entwickeln sich aufeinanderfolgende dramatische Krisen, die das Monopol der Macht und das Fehlen von Institutionen, die die Gesellschaft tatsächlich repräsentieren würden, in Frage stellen. .. Es muß also zur Kenntnis genommen werden, daß diese Phase der Entwicklung des Sozialismus, die mit der Oktoberrevolution begann, heute ihre Antriebskraft verloren hat, genauso wie die Phase erlosch, die die Geburt und die Entwicklung der sozialistischen Kräfte und der gewerkschaftlichen Bewegungen um die Zweite Internationale gesammelt sah".*

Zur polnischen Krise steht im Dokument weiter: *„Es handelt sich um eine extrem schwerwiegende soziale und politische Krise, die die gesamte Gesellschaft in ihrem Innersten erschüttert hat. Sie kann nicht auf Manöver sozialismusfeindlicher reaktionärer Kreise reduziert werden, auch wenn sie selbstverständlich für so etwas Raum und Möglichkeit*

reaktionärer Kreise reduziert werden, auch wenn sie selbstverständlich für so etwas Raum und Möglichkeit

schafft. Die Krise kommt von weither und kann nicht erklärt werden, ohne besonders das polnische Regime, seine Rigidität und seinen Widerstand gegen jede Veränderung zu kritisieren. Die Unzufriedenheit und die Revolte erhoben sich gegen die Nichtexistenz eines demokratischen Lebens innerhalb dieses Systems, gegen ein Verhältnis Massen/Partei, das im wesentlichen bürokratische Natur angenommen hatte, gegen die Unfähigkeit der offiziellen Gewerkschaften, die täglichen Interessen der Arbeiter zu verteidigen, und gegen Korruptionsfälle innerhalb der Partei" („Unita", 29.12.; „Le Monde", 31.12.).

In einem weiteren Artikel der „Unita" von Anfang Januar vertiefte E. Berlinguer seine Kritik am „sowjetischen Modell". *„Betrachten wir die sozialistischen Länder. Tatsache ist, daß es bei einigen von ihnen schwerfällt zu sehen, wo sie sich auf authentische revolutionäre eigene Bewegungen stützen sollen, das heißt auf die nationalen Volksmassen. Innerhalb der Gesamtheit dieser Länder konnte beobachtet werden, wie – unter besonders schwierigen internationalen und inneren Bedingungen – wirtschaftliche Fehler (die beschleunigte Entwicklung), Bürokratisierungsphänomene (Partei als Staat, Monolithismus, Verlust der spezifischen Aufgabenstellung der Partei, Transformation des Marxismus zur Staatsideologie), die Vorherrschaft eines beschränkten Dogmatismus, der zum Fanatismus führt (eine Gefahr besonders in gleichmacherischen Gesellschaften, wie es in Jahrhunderten des Christentums deutlich wurde) miteinander einhergegangen sind. Das Ergebnis war die Umkehrung der fundamentalen philosophischen Neuerung von Marx: seine Ideologiekritik. Die Praxis der Veränderung und der Schöpfung neuer Ideen und Fakten wurde durch ein neues ideologisches Glaubensbekenntnis ersetzt, mit dem Namen Marxismus-Leninismus, der als verkalkte, quasi metaphysische Doktrin konzipiert wurde mit dem Ziel, einen Typus wirtschaftlich-politischer Strukturen zu garantieren, der von universeller Gültigkeit für unterschiedliche Realitäten sei".*

Die Entwicklung des Sozialismus in Westeuropa ist für Berlinguer die *„wesentliche Bedingung für den Fortschritt des Sozialismus in der Welt und für einen Prozeß der demokratischen Erneuerung in den Ostländern".* Das nennt Berlinguer die *„dritte Phase des Kampfes für den Sozialismus".* (Die erste Phase sei die der Gründung der sozialdemokratischen Parteien, die zweite die der Gründung der KPs).

Zum Punkt Krieg und Frieden merkt Berlinguer an: *„Eine Veränderung zugunsten des Warschauer Paktes könnte die inakzeptable Verbreitung des sowjetischen Wirtschafts-, Planungs- und Staatssystems bedeu-*

tes könnte die inakzeptable Verbreitung des sowjetischen Wirtschafts-, Planungs- und Staatssystems bedeu-

ten, aber eine Veränderung zugunsten des atlantischen Paktes kann eine reaktionäre Wende bedeuten" (kann?!).

Die PCE erklärte am 13.12.: *„Es ist das erste Mal, daß in einem sozialistischen Land die Armee eine Art militärischen Staatsstreich durchführt... Die Maßnahmen sind inakzeptabel und zu verurteilen".*

S. Carrillo, Generalsekretär der PCE, setzt sich für eine neue „internationale Zusammenarbeit" zwischen kommunistischen und sozialistischen Kräften und den Befreiungsbewegungen ein. *„Die Organisierung der revolutionären Arbeiterbewegung um die UdSSR ist endgültig vorbei. Wir müssen uns zu einer neuen internationalen Zusammenarbeit hinbewegen, die die historische Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialisten überwindet und die Befreiungsbewegungen integriert".* Keine neue Internationale meine er, sondern eine *„sehr biegsame und flexible Organisation, die die Unabhängigkeit jeder Partei und jeder Bewegung respektieren soll ... Das sowjetische Modell kann nicht mehr als attraktives Modell für die sozialistischen Länder und noch weniger für die Arbeiterklasse der entwickelten Länder betrachtet werden ... Die polnischen Ereignisse fordern von uns eine tiefgehende Reflexion, die sich nicht mehr auf punktuelle Kritiken begrenzen kann. ... Sie zwingen uns zu einer Neubetrachtung dessen, was wir die traditionelle Kultur der Arbeiterbewegung nennen könnten, nicht um die marxistischen revolutionären Positionen zu verlassen, sondern um sie uns vollständig wieder anzueignen, sie zu entwickeln und zu bereichern".* Die PCE hat eine Resolution dazu verabschiedet:

„1) Bekräftigung des Pluralismus innerhalb der Machtorganisation des Staates. Dies setzt die Überwindung der Vorstellung des Arbeiter- und Bauernstaates der Diktatur des Proletariats voraus und ihre Ersetzung durch das Konzept der Hegemonie der demokratischen und kulturellen Kräfte;

2) Koexistenz von gesellschaftlichem und privatem Eigentum über eine lange Periode hinweg;

3) Einführung der Selbstverwaltung in den Betrieben.

4) Die PCE betrachtet sich nicht mehr als die einzige Vertreterin der werktätigen Massen, sondern erkennt die Repräsentativität der fortschrittlichen und sozialistischen Parteien an. Sie trachtet nicht mehr nach dem Monopol der Macht und besteht selber aus Mitgliedern, die frei diskutieren".

„Mißverständliches" von Robert Havemann

Prof. Havemann (DDR) hat in der Tageszeitung der italienischen KP, „l'Unita", einen Polen-Kommentar publiziert, der einige Mißverständnisse deutlich macht. Prof. Havemann leitet die, wie er meint, Chancen für Polen u.a. aus folgenden Faktoren her:

„+ Die Vorgänge in Polen sind in hohem Maß das Ergebnis starker Einflüsse von außerhalb, sagen wir vereinfacht: von Einflüssen der 'Bruderparteien', die sich vor dem 'polnischen Bazillus' fürchten.

+ Die internationale Lage, die wachsenden Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion und die im Gang befindlichen Vorbereitungen auf einen Atomkrieg in Europa engen die Bewegungsfreiheit gerade der Mächtigsten sehr ein".

Viel Sinn haben diese Aussagen nicht, sofern man den Begriff „die Mächtigsten" auch auf die USA bezieht. Denn das, was Havemann so neutral als „wachsende Spannungen" bezeichnet und was doch ausschließlich von den USA provoziert und veranlaßt wird, engt deren „Bewegungsfreiheit" ganz sicher nicht ein, sondern soll im Gegensatz dazu dienen, ihnen zusätzliche außenpolitische Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen („Strafmaßnahmen" gegen Polen und die Sowjetunion, Drohungen mit Abbruch der Genfer Rüstungsverhandlungen, Infragestellen der „Entspannungspolitik" generell). Sinn haben

„Die ‚Solidarität' ist nicht tot!"

Das Zentralorgan der italienischen KP, „l'Unità", hat am vergangenen Freitag einen Kommentar des DDR-Dissidenten Robert Havemann zur Lage in Polen veröffentlicht. Auszug:



Havemann

Die polnischen Arbeiter waren auf dem Weg zur Freiheit. Die Organisierung der vom Staat und von der Partei unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" war ein entscheidender Schritt zur Überwindung der stalinistischen Erstarrung des politischen Lebens.

Aber auch die Tatsache, daß die PVAP sofort bereit war, die neue Gewerkschaft anzuerkennen und mit ihr zusammenzuarbeiten, ist von großer Bedeutung. Ich betrachte sie als einen Beweis dafür, daß die Überwindung der stalinistischen Strukturen und Herrschaftsverhältnisse, die sich in den Ländern des „realen" Sozialismus entwickelt haben, von innen heraus, aus der eigenen Kraft der Arbeiterklasse, prinzipiell möglich ist.

Die Tragödie, deren Opfer gegenwärtig das ganze polnische Volk ist, erfüllt uns mit Entsetzen und Empörung, wegen der offensichtlichen historischen Parallelen mit Angst und Schrecken. Aber ich glaube, diese entsetzliche Tragödie ist doch kein Grund, am endgültigen Sieg der polnischen sozialistischen Revolution zu verzweifeln.

Was wir erleben, ist ein schmerzlicher Akt in der Revolution, aber nicht ihre Niederlage. Was sich in diesen Wochen in Polen abspielt, ist nur der politische Untergang der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, die mit der Erklärung des Kriegszustandes zwischen ihr und der polnischen Arbeiterklasse endgültig aufgehört hat, eine Arbeiterpartei zu sein, schon gar keine polnische.

Dieser Zusammenbruch einer kommunistischen Partei, die 30 Jahre im Besitz der Macht nichts anderes zustande brachte als Mißwirtschaft, Korruption und schamlose persönliche Bereicherung vieler, sogar führender Parteifunktionäre – dazu einen überdimensional aufgeblähten Apparat von Partei- und Staatsbürokraten – und das alles verbunden mit den stupidesten Formen der Unterdrückung und Verfolgung aller progressiven Ideen und Bestrebungen: Dieser würdelose Untergang einer kommunistischen Partei ist historisch gesehen das eigentlich Schlimme und Entsetzliche der polnischen Tragödie.

Mit diesem Zusammenbruch schwinden bei vielen von uns die Hoffnungen dahin, ob es überhaupt noch möglich sein wird, daß die Parteien des „realen Sozialismus" selbst wieder zur treibenden Kraft der revolutionären Umwandlung werden; oder zumindest entscheidend an der Vollendung der sozialistischen Revolution mitwirken. Die ganze Entwicklung vor der Erklärung des Kriegszustandes durch Jaruzelski hatte solche Hoffnungen in uns noch bestärkt.

Müssen wir sie nun für immer aufgeben? Ich denke, wir sollten das nicht tun. Aus vielen Gründen:

- ▷ Die unabhängige Gewerkschaft „Solidarität" ist nicht tot, sondern wird ihre Gegner überleben.
- ▷ Die Vorgänge in Polen sind in hohem Maße das Ergebnis starker Einflüsse von außerhalb, sagen wir sehr vereinfacht: von Einflüssen der „Bruderparteien", die sich vor dem „polnischen Bazillus" fürchten.
- ▷ Die internationale Lage, die wachsenden Spannungen zwischen den USA und der Sowjet-Union und die im Gange befindlichen Vorbereitungen auf einen Atomkrieg in Europa engen die Bewegungsfreiheit gerade der Mächtigsten sehr ein.
- ▷ Innerhalb der PVAP gibt es einen starken Flügel, der mit der „Solidarität" nicht nur als Gewerkschaft, sondern wegen weiterreichender politischer Ziele sympathisiert.
- ▷ Mit einer grundlegenden Erneuerung der polnischen Partei ist auch jetzt noch zu rechnen.

aus: „Spiegel", 11.2.82

Havemanns Aussagen erst, wenn man „die Mächtigsten" ausschließlich auf die Sowjetunion bezieht. Eine solche Interpretation ist auch legitim, da Havemann die polnische Situation wesentlich auf sowjetischen Druck zurückführt. **Richtig wird man Havemanns Ausführungen also wohl folgendermaßen interpretieren müssen: Die Tatsache, daß die US-Regierung das außenpolitische Klima gegenüber der Sowjetunion rasant verschärft und eine atomare Konfrontation in Europa vorbereitet, engt den Spielraum der Sowjetunion ein, effektiven Einfluß auf den Gang der Entwicklung in Polen zu nehmen.**

Man mag das noch mit ein paar Einschränkungen versehen, aber im Kern läuft Havemanns Argumentation auf die erstaunliche und bedenkliche These hinaus, daß die Vorbereitungen auf einen Atomkrieg in Europa eine Chance für das Streben der europäischen Völker nach Demokratie und nationaler Unabhängigkeit bedeuten. Das ist zwar noch kein offener Applaus für diese Kriegsvorbereitungen, aber doch schon ein ziemlich skandalöser Versuch, ihnen die „positiven Seiten" abzugewinnen und mit diesen Kriegsvorbereitungen abenteuerliche eigene Spekulationen anzustellen.

Oder ob wir wieder einmal alles otal falsch verstanden haben? Hinweise erbeten!

Zentrale Polen-Demonstration im März?

Daß die polnische Militärdiktatur zum Anlaß genommen werden würde, um in Fortsetzung des 22.11. (Anti-Breshnew-Demonstration in Bonn) Ausgewogenheit und Antisowjetismus zu demonstrieren, war zu erwarten. Um die Sache konkret in die Wege zu leiten, traf man sich erstmals am 5. Januar in ausgewählter Runde zu einem „Koordinationstreffen". Vertreten waren in erster Linie die bekannten Organisationen des 22.11., also der Bundesvorstand der Grünen, die JuSo-Hochschulgruppen, der JuSo-Bundesvorstand (der am 22.11. schließlich doch nicht voll mitziehen wollte), die AL Westberlin, der „Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa" (Eine Gründung der SPD, deren Hauptzweck in der Zurückdrängung des DKP-Einflusses in der Friedensbewegung besteht); außerdem die Basisgruppen im VdS (am 22.11. nur sehr teilweise engagiert) und natürlich der „Koordinationsausschuß der Komitees 'Solidarität mit Solidarnosc' " (Zusammenschluß von SPDlern, GIM und KBW). Ausgegangen war die Einladung zu dem Treffen von den Grünen, in Absprache mit dem „Koordinationsausschuß".

Zur Diskussion standen auf dem Treffen am 5.1. eine zentrale Polen-Demonstration Ende Februar in Köln und eine zentrale 'politisch-kulturelle Großveranstaltung' mit Podiumsdiskussion. Über konkrete Abmachungen konnte man sich auf dem Treffen nicht einigen, zumal die meisten Anwesenden kein Mandat ihrer Organisation hatten, Beschlüssen verbindlich zuzustimmen. Infragegestellt wurde der angepeilte Zeitpunkt für die Großveranstaltung, da die Vorbereitungszeit als nicht ausreichend angesehen wurde. Vorgeschlagen wurde, für die Veranstaltung einen späteren Zeitpunkt zu wählen. Einzelheiten sollten auf einem zweiten Treffen am 19. Januar weiterverhandelt werden.

Inzwischen ergab sich jedoch eine entscheidende Veränderung dadurch, daß die im Westen befindlichen Solidarnosc-Funktionäre am 9.1. in Brüssel beschlossen, den 30. Januar zum internationalen Aktionstag zu erklä-

daß die im Westen befindlichen Solidarnosc-Funktionäre am 9.1. in Brüssel beschlossen, den 30. Januar zum internationalen Aktionstag zu erklä-

ren. Dieser Aktionstag findet die denkbar breiteste Unterstützung, beispielsweise hierzulande durch SPD, CDU und DGB. Für die USA hat Polen-Freund Ronald Reagan den 30. Januar zum „Solidaritätstag mit Polen" erklärt. Am 31. Januar soll eine internationale Fernsehsendung „zur Unterstützung des polnischen Volkes" stattfinden, an der außer Reagan auch Herr Schmidt und Frau Thatcher teilnehmen sollen (Das ist kein Witz!).

Der Kreis ausgewogener Friedensfreunde, der sich am 19.1. zum zweitenmal traf, warf daraufhin die Vorplanung, die am 5.1. diskutiert worden war, völlig um. Nunmehr soll am 30.1. zu regionalen und lokalen Aktionen sowie zu einer 'zentralen Schwerpunktdemonstration' in Köln aufgerufen werden. Für die eigentlich geplante zentrale Polen-Demonstration will man sich lieber noch etwas Vorbereitungszeit gönnen: Vorgesehen ist jetzt der 13. März. Getragen wird der Aufruf auch vom BBU, vom SB, KBW und GIM (nach „KVZ", 8.1.; „Welt", 21.1.; „taz", 21.1.).

Die eigenen linken Absichten noch von rechtem „Mißbrauch" abzugrenzen, wird zusehends schwieriger. Am 30.1., wenn man mancherorts gemeinsam mit der CDU demonstrieren wird, wird diese Abgrenzung sogar ziemlich unmöglich werden. Man mag sich mit dem Gedanken trösten, daß Berührungsängste sowieso etwas schrecklich Antiquiertes sind, während die Verbrüderung mit der CDU/CSU das Abwerfen dogmatischer Scheuklappen signalisiert. Oder man wird sich darauf zurückziehen, daß die Rechten „falsche Freunde" der Solidarnosc sind, denen „wir" sowieso das „Recht" absprechen, für Polen zu demonstrieren. Bedauerlich ist nur, daß wahrscheinlich die Solinosc-Leute s e l b s t am kompetentesten sind, ihre „richtigen" Freunde zu bestimmen. Und die meisten Solidarnosc-Leute im Westen mögen nun einmal die CDU und den Ronald Reagan ganz gern, weil sie sich in deren aggressivem Antikommunismus und Antisowjetismus recht gut wiederzufinden glauben.

Reagan ganz gern, weil sie sich in deren aggressivem Antikommunismus und Antisowjetismus recht gut wiederzufinden glauben.

Wenn Trotzkisten träumen...

Winfried Wolf, führendes Mitglied der trotzkistischen GIM (Gruppe Internationaler Marxisten), träumte, es wäre Revolution in Polen. Was er geträumt hat, muß er herzeigen. Er tut's in der GIM-Zeitung „was tun", deren Chefredakteur er ist. Es träumte ihm: **„Was wäre, wenn der Solidarnosc-Kongreß und die Gewerkschaftsführung diesen Plan nicht nur dargelegt, sondern energisch und zügig in die Tat umgesetzt hätten?".** Gemeint ist die Ankündigung von Solidarnosc, ein Referendum (Volksentscheid) über die Regierung erzwingen zu wollen. Und es träumte ihm weiter: **„Was wäre, wenn die Gewerkschaft mit ihren Arbeitermilizen die Partei- und Militärführung in dem Moment verhaftet hätte, wo diese sich gegen die Abhaltung eines Referendums ausgesprochen hätten? Was wäre, wenn Solidarnosc sich bis zur Durchführung des Referendums selbst als provisorische Regierung ausgerufen hätte? Was wäre, wenn die neue Solidarnosc-Regierung erklärt hätte, daß sie im Warschauer Pakt zu bleiben gedenke, daß sie kein Zurück zum Kapitalismus wolle, jedoch für das Recht auf nationale Selbstbestimmung und Arbeiterselbstverwaltung mit allen verfügbaren Mitteln kämpfen werde?"**

Winfried Wolf, glaubt, daß das ein sehr schöner Traum ist. Mit diesem Traum möchte er uns mitteilen, daß seiner Meinung nach die Solidarnosc an fehlender „revolutionärer Konsequenz" gescheitert ist. Sachliche Einwände lassen sich gegen einen T r a u m selbstverständlich nicht vorbringen. Für einen Traum spielt beispielsweise die kleinkarierte Frage keine Rolle, ob Solidarnosc überhaupt über Strukturen verfügte, die eine große Verhaftungsaktion und die Ausschaltung der staatlichen Repressionsapparate möglich gemacht hätten – bzw. ob Polens Staats- und Parteibürokratie (und die Sowjetunion) dem Aufbau solcher Strukturen („Arbeitermilizen") freundlich abwartend zugesehen hätten (Sie h a b e n es offensichtlich nicht getan, aber was spielt das im Traum schon für eine Rolle?!). Ebenso braucht es im Reich der Träume keine Rolle zu spielen, daß Solidarnosc auf ihrem Kongreß im September ausdrücklich g e g e n eine Resolutionsvorlage votiert hatte, die sich verbal zum Verbleib im Warschauer Pakt bekennen wollte. Wenn Solidarnosc die geringste Gelegenheit gehabt hätte, eine 'provisorische' Regierung zu bilden, so wäre einer ihrer ersten Schritte gewesen, den Austritt aus dem Warschauer Pakt zu erklären und sich unter den 'Schutz' der NATO zu stellen. Und das wäre im Sinn i h r e r politischen Ziele nicht einmal unvernünftig gewesen, denn daß die Sowjetunion einer Massenverhaftung der polnischen Bürokratie (und den wahrscheinlich folgenden politischen Prozessen, „spontanen" Massakern an Parteifunktionären wie in Ungarn 1956) passiv zugesehen hätte, glaubt doch im w a c h e n Zustand sowieso kein Mensch.

Es ist das Privileg der Träume, unvernünftig sein zu dürfen. Aber warum muß ein Traum dazu mißbraucht werden, um wieder einmal anderen Völkern Lektionen zu halten, wie man Revolution macht?

Welche Solidarität mit Solidarnosc?

1. Zuerst habe ich auch gedacht, wir, die westdeutschen Linken, könnten massenhaft und effektiv was tun für die Freilassung der vielen Inhaftierten in Polen, für die Aufhebung des Ausnahmezustands. Deshalb emotional volle Übereinstimmung mit Dany Cohn-Bendits Hoffnung, *„daß eine breite Mobilisierung der gesamten Friedensbewegung im Westen dazu beitragen könnte, das drohende Gemetzel in Polen zu verhindern. Gut wäre das, wenn wir den Rechten zuvorkämen"* (taz, 15.12.).

Auf der Aktionseinheitsverhandlung in Hamburg dann eine Ansammlung der Vertreter verschiedener Gruppen (KB, KBW, AL, Grüne, diverse Trotzkisten, Einzelkämpfer und ich von der Gruppe Z/ISP) mit teilweise grandiosen Einfällen: Man muß sich an das westdeutsche Proletariat wenden – das geht nur über den DGB oder die Einzelgewerkschaften. Deren Vertreterversammlungen haben freilich schon eine Teilnahme an Solidaritätsdemonstrationen abgelehnt, teils mit Hilfe der DKP. Oder sie haben sich dem offiziellen DGB-Protest angeschlossen, aus dem ja praktisch nichts folgt. Wie sollen auch Gewerkschaften, die kaum etwas dafür tun, daß die bundesdeutschen Arbeiter mit sich solidarisch sind gegen die hiesige Arbeitslosigkeit, den hiesigen Lohn- und Sozialabbau etc., effektiv zur praktischen Solidarität mit ausländischen Arbeitern aufrufen können?

Andere möchten sich gleich mit dem ganzen deutschen Volk verbünden, ganz gleich, um welche reaktionären Zwecke es dabei geht. Ganz heroisch werfen sie dem KBler, dem ALer und mir Berührungsängste vor, als hätte den polnischen Arbeitern und Inhaftierten der Schwachsinn der AL-Westberlin, mit Lummer und Co. gegen die Ausrufung des Kriegszustandes in Polen zu demonstrieren, irgendetwas genützt. Trotz dieser unerfreulichen „Offenheit" eines Teils der Versammlung gelingt es dann noch, in den Flugblattentwurf die demagogische Verlogenheit christdemokratischer u.a. „Freunde" der polnischen Gewerkschaft unterzubringen und vor der Einmischung von NATO-Staaten in Polen zu warnen. Daß sie es ökonomisch schon lange tun und auf diese Weise das armselige Leben in Polen mitverursacht haben, fällt allerdings flach. Irgendetwas stimmt nicht mit dieser

lange tun und auf diese Weise das armselige Leben in Polen mitverursacht haben, fällt allerdings flach. Irgendetwas stimmt nicht mit dieser

Solidarität!

2. Das internationalistische Pathos, mit dem Vertreter der GIM und anderer trotzkistischer Gruppen auf der dann stattfindenden Solidaritätsveranstaltung die Dringlichkeit beschwören, die Zerschlagung von Solidarnosc und eine sowjetische Intervention in Polen zu verhindern, obwohl sie nicht einmal eine Demonstration zustande bringen würden, erinnert mich an einen Kommentar von Rossana Rossanda, den ich einen Tag vorher gelesen habe, und der mir spontan ganz gut gefiel:

„Zu ruhig und vorsichtig sind die Erklärungen der **Staatschefs**, *um nicht den Gedanken aufkommen zu lassen, sie wüßten etwas und seien immer bereit, die Freiheit Polens und besonders der polnischen Arbeiter zu opfern für ihre Vision von den in*ternationalen **Gleichgewichten**. *Dieses Mal darf ein derart elendes Manöver nicht durchgehen. Schon genug, daß sie Ungarn '56 und die Tschechoslowakei '68 verschluckt haben:* Es wäre *eine namenlose Schande, die der Idee selbst und auch dem Schicksal des Sozialismus und der Demokratie teuer zu stehen käme, wenn* wir *zuließen, daß Solidarnosc geschlagen wird"* (taz, 17.12. 81).

Und wie sollen wir das verhindern? Und müßte Rossanda sich nicht mit den Staatschefs verbünden, die nicht „ruhige und vorsichtige" Erklärungen abgeben, sondern durchaus eine „Vision von der Veränderung der internationalen Gleichgewichte" im Namen der „Freiheit Polens und der polnischen Arbeiter" verfolgen? Ich möchte das nicht, weil dies erstens die „Idee und das Schicksal des Sozialismus und der Demokratie teuer zu stehen käme" und weil es zweitens Krieg bedeuten würde.

Natürlich wollen Rossanda u.a. nicht die eben geschlußfolgerten Konsequenzen ihrer Einwände gegen die „Entspannungspolitik" nach dem Muster der SPD. Deshalb findet sich in ihren Stellungnahmen (z.B. beim SB) auch immer der Zusatz, ihre Kritik an sozialdemokratischer „Entspannungspolitik" dürfe keineswegs als Zustimmung zu Reagen, Strauß und Co. gewertet werden. Ganz anders ist dies bei einigen besonders undogmatischen Arbeiter- und Friedensfreunden in der TAZ.

So interpretieren KH/mtm nach einigen Schlenkern gegen die Supermächte Bundeskanzler Schmidts in der DDR geäußertes (nicht mal zutreffendes) Bekenntnis zur Nichteinmischung in Polen als Ausdruck der *„Subalternität (!) deutsch-deutscher Politik"* (taz, 14.12.81), um ihren nationalistischen Machtwahn loswerden zu können – im Interesse des Schutzes des *„großartigen sozialen Experimentes (!) des polnischen Volkes"* (ebda) natürlich – : *„Es hat eine fatale Redimensionierung stattgefunden: als* Staatsmänner *sind Schmidt/Honnecker in der Mark Brandenburg angetreten, als gartenzwerghafte Entspannungstechnokraten blicken sie jetzt ernst, aber locker in die Linsen der Weltöffentlichkeit"* (ebda). Diesen ehemaligen Linken reicht also ein Kanzler, der vom Führer der gegnerischen Macht als Vermittler zwischen den Supermächten empfohlen wird, der in der „Polenfrage" ein Stück „Selbständigkeit" gegenüber der Führungsmacht in mäßigender Hinsicht geltend macht, nicht aus. Wirkliche Befriedigung ist solchen Leuten nur durch die amerikanische Staatsbürgerschaft zu verschaffen, da nur der US-Präsident in der Lage ist, ihrem reaktionären Interesse an der Beförderung *„einer sozialemanzipatorischen Bewegung dieses Ausmaßes"* (ebda) wie in Polen durch riesenhafte Konfrontationspolitik Genüge zu tun.

Ihre Sehnsucht, die (polnische) Arbeiterklasse zu befreien durch imperialistische Gewalt, was deren Opfer- und Objektrolle zur bleibenden Voraussetzung hat, erreicht ihren Höhepunkt in einem Kommentar des taz-(Mit)Chefs Max Thomas Mehr. Mehr beklagt die mangelnden Solidaritätsdemonstrationen gegen den Versuch der Zerschlagung der Solidarnosc in der BRD, feiert die großen Demonstrationen in Frankreich und Italien, lügt einiges über das Schweigen der westdeutschen Frie-

Versuch der Zerschlagung der Solidarnosc in der BRD, feiert die großen Demonstrationen in Frankreich und Italien, lügt einiges über das Schweigen der westdeutschen Frie-

densbewegung zusammen und kommt dann zur Sache:

„Diese Friedenstauben lassen sich einlullen, sich von den Weltuntergangsaposteln im Bündnis mit der DKP und Schmidt/Honnecker völlig entpolitisieren. Ihr Entspannungsdenken unterscheidet sich in nichts von den Technokraten der Macht. Entspannungs- und Friedenspolitik heißt für sie: die Hegemonie der beiden 'Supermächte' über ihren jeweils klar abgesteckten politischen Block muß erhalten bleiben, auch wenn zur Aufrechterhaltung jede emanzipatorische Bewegung, wie die polnische Gewerkschaft Solidarnosc, zerschlagen werden muß. Diese Art von Entspannungspolitik läßt sich am besten betreiben, wenn in Ländern beider Blöcke Ruhe und Ordnung herrscht. Jede Unruhe zerstört diesen Prozeß. Wir Linken, Friedensbewegung neigen in der BRD dazu, jeden *politischen Protest gegen den Militärputsch als „revanchistisch", „antikommunistisch" umzuinterpretieren. Eine historische Wahrheit bleibt. Als 1939 die deutsche Reichswehr Polen überfiel, waren es Frankreich und England, die Deutschland den Krieg erklärten. In Frankreich gibt es eben ein historisch ungebrochenes, nicht teilbares politisches Selbstverständnis von Freiheitsrechten in der Geschichte und heute. In Deutschland waren und sind offenbar auch noch heute Freiheitsrechte teilbar"* (taz, 16.12.81).

Während tags zuvor Bruno Kreisky auf solche Vorschläge, wissend, daß sie von der „taz" kommen, noch zurückhaltend geantwortet hatte: *„Naja, der ist ja nie ein Spiel zu hoch. (...) Aber daß man jetzt sagt: Zu den Waffen usw., nein..."*, meint der „ARBEITERKAMPF", der Kommentar zeige *„nur allzu klar, wie leicht Teile der Linken, der Friedensbewegung dem ideologischen Druck nachgeben werden und vor lauter edler Freiheitsliebe zu offenen Vertretern der ideologischen Kriegsvorbereitung werden können."* (AK 215, S.7)

Das muß man wohl noch ein bißchen verschärfen. Das einzig „linke" an diesem Kommentar ist Mehrs Selbstbezeichnung „Wir Linke...". Ansonsten könnte der Text einem Organ der französischen „Neuen Rechten" entstammen. Außerdem gibt Mehr keineswegs irgendwelchem ideologischem Druck nach, gibt es doch keinen Kommentar in einer der vielen reaktionären Gazetten, in dem eine solche Offensive in Sachen Kriegspropaganda enthalten ist. Woran liegt das? Mir scheint daran, daß er ähnlich rabiat wie die früheren stalinistischen „ML-Parteien" bereit ist, die Realisierung seiner Träume und Ideale mit allen Mitteln durchzusetzen oder durchsetzen zu lassen, auch wenn dabei niemand mehr übrig bleibt.

Wenn schon die Führung oder die Verbindung mit der hiesigen Arbeiterklasse nicht geklappt hat, so können durch ein positives Verhältnis zum früher bekämpften oder abgelehnten Staat doch wenigstens emanzipatorische Bewegungen im gegnerischen Lager gefördert werden – wenigstens in der Phantasie und natürlich wieder in einer führenden Rolle. Daß solche Typen dann insgesamt zur Konstruktion von Wahngebilden neigen, die die eigene Wichtigkeit zusätzlich hervorheben sollen, verdeutlicht nicht nur Mehrs Schwachsinn, „wir Linken" interpretieren jeden Protest gegen den Militärputsch als revanchistisch oder antikommunistisch um, sondern noch mehr der Freibrief für „Frankreich". Das dort angeblich vorhandene *„historisch ungebrochene, nicht teilbare politische Selbstverständnis von Freiheitsrechten in der Geschichte und heute"* schließt nämlich u.a. ein paar brutale Nettigkeiten in Indochina, Algerien und in der Franc-Zone ein, an denen auch der im Falle des polnischen Militärputsches so bewunderte französische Präsident Mitterrand teil hatte und noch hat.

Doch der hat ja auch, anders als „Deutschland(!)", in dem die *„Angst die Grundlage politischen Handelns"* ist, seine eigenen Atomwaffen, die er ständig ausbaut, und die er in Form von US-Mittelstreckenwaffen außerdem ganz gern in der BRD stationiert sähe.

ist, seine eigenen Atomwaffen, die er ständig ausbaut, und die er in Form von US-Mittelstreckenwaffen außerdem ganz gern in der BRD stationiert sähe.

Wenn es richtig ist, was der „ARBEITERKAMPF" und die „Katholische Nachrichten-Agentur" (KNA) gleichermaßen ausführen, daß nämlich ein sowjetischer Einmarsch in Polen um so wahrscheinlicher ist, je erfolgreicher der Widerstand gegen den Militärrat verläuft, weshalb aus diesem Umstand ein zusätzliches Motiv für einen harten Kurs des Militärregimes folgt (vgl. AK 215 und den Korrespondenbericht der KNA in FR 18.12.81), dann müssen wir allen Schreihälsen entgegentreten – auch wenn es sich um Solidarnosc-Vertreter handelt – die hier im Westen wohlfeile Konfrontationsrezepte für Polen backen, für Kriegsmusik a la Mehr eintreten, oder wie die von Thompson in London erlebten Exil-Polen gegen die Friedesbewegung ihren antisowjetischen Verdacht verbreiten.

Obwohl ich mit Bahros taz-Artikel *„Wer interveniert für Polen"* in vieler Hinsicht uneins bin, teile ich seine Auffassung, daß wir jetzt für Polen „direkt *gar nichts*" (taz 22.12.) tun können, daß aber *„gerade weil der polnische Knoten international geschürzt ist, (...) mehr von unserer normalen „alternativen" Arbeit hier ab(hängt) als wir im allgemeinen denken."* (taz 23.12.)

Das bedeutet also die Fortsetzung der Friedensarbeit, den ständigen Nachweis, daß noch mehr U-Boote, Raketen oder Atombomben – mit dem Stichwort Polen „begründet" – ebenso zurückgekämpft werden müssen wie der geforderte Anschluß der BRD an die US-Strafaktionen gegen Polen und die UdSSR (Vgl. dazu auch die Stellungnahme der SPD Politiker v. Oertzen, Matthiesen, Vitt und Pieczyk).

Michael Stamm, Z/ISP

Zu dem Artikel „Revolutionärer Zynismus statt humanitärer Hilfe“ (AK 216)

Die Autoren des folgenden Artikels sind die Verfasser des im AK 215 abgedruckten Offenen Briefes „Der imperialistische Mythos vom Hunger". Darin wenden sie sich gegen einen in der „KVZ" abgedruckten Aufruf von Ärzten für eine Medikamentensammlung für Polen. In AK 216 polemisierte U. aus der RGW-Kommission gegen die Stoßrichtung dieses Briefes und warf den Verfassern „revolutionären Zynismus statt humanitärer Hilfe" vor. Auf diese Artikel beziehen sich die Autoren dieser Antwort.

Ein Hinweis ist aus Verständnisgründen notwendig. Die Verfasser des Offenen Briefes werfen U./RGW-Kommission mangelnde Konsequenz vor, weil dieser seinen Artikel nicht mit einem Spendenaufruf abgeschlossen habe. Hierzu muß gesagt werden, daß im Manuskript ein solcher Aufruf enthalten war, daß dieser aber von der AK-Redaktion gestrichen wurde. Wir hielten es für nicht angebracht, daß über einen Artikel zu einer Spendensammlung aufgerufen wird, die wir als KB nicht unterstützen.

Werter U.,

Eure Zeitschrift hat zu Polen, zu den Anti-Breschnew-Demonstrationen und gegenüber der linken Ausgewogenheit manches richtige geschrieben in den letzten Monaten. Gegenüber den Zeitungen der heimatverbundenen Gruppierungen von TAZ bis KVZ, denen die Bourgeoisie nur noch zu „lasch" ist, ist das ja ein nicht unwichtiger Unterschied. Dennoch scheint uns, daß einige theoretisch von Euch falsch beantwortete Fragen Euren W i l l e n, staatsstragende Politik zumindest in Westdeutschland abzulehnen, einen Streich spielen.

Ob Dein Artikel „Revolutionärer Zynismus statt humanitärer Hilfe?" ein Zurückschrecken vor den Konsequenzen eigener Erkenntnisse (s.S. 1-6 des AK 216) ist oder Konsequenz unzureichender Erkenntnis, hoffen wir hier etwas aufhellen zu können. Immerhin fehlt am Schluß Deines Artikels die Konsequenz eines Spendenaufrufs. Wieso?

Offensichtlich hat unser undiplomatischer „revolutionärer Zynismus" einen in Eurer RGW-Kommission vor sich hinschlummernden Humanismus geweckt, der sich bisher mit stillschweigender Akzeptierung einer Art Arbeitsteilung beruhigte, nach der die einen Päckchen verschicken und die anderen kritisieren?

Du bist mit uns darin einig, daß es „frivol" ist, e i n e r s e i t s zur Ausplünderung Polens durch den Westen zu schweigen und a n d e r e r s e i t s Päckchen nach drüben zu schicken; aber in Umkehrung folgerst Du daraus, daß derjenige, der diese Ausplünderung aufdeckt, geradezu verpflichtet ist, Päckchen zu schicken. Unter Hinweis auf „ein an Eiweißmangel leidendes Kind", das dringend Hilfe benötige und nicht auf Erfolg im Kampf gegen den IWF warten könne, werden unsere Konsequenzen als inhuman bezeichnet. Die moralische Wucht dieses Vorwurfs wird sodann noch verstärkt durch den uns aus jeder Regierungserklärung bekannten Spruch, nach dem „wir" auch noch „wohlgenährte Westdeutsche" wären, denen es am allerwenigsten zustehe, unterernährte Kinder ohne Hilfe zu lassen.

I. „Humanismus"

Achtzehn Millionen Menschen, vor allem Kinder, sterben jährlich aus Mangel an Trinkwasser. 790 Millionen Personen in allen Erdteilen leiden an Krankheiten, die durch diesen Mangel oder verseuchtes Wasser verursacht werden. Für schon vierzehn Milliarden Dollar wäre es laut Weltgesundheitsorganisation möglich, die betroffenen Gebiete mit ordentlichem Wasser zu versorgen. Die Regierungen der kapitalistischen Länder und vor allem die Hofschranzen des Herrn Jesus verstehen es nicht erst seit heute, „unseren Konsum" unermüdlich in Kontrast zu den Entbehrungen anderswo zu setzen. Die Botschaft lautet, daß unser Konsum ihr Leiden verursacht. Die Tatsache, daß es die von der Bourgeoisie veranstaltete Ökonomie ist, die bei profitlicher Nutzung hiesiger und auswärtiger Arbeitskraft durchaus auch ganze Weltgegenden mitsamt den dort Lebenden nicht mal einer Ausbeutung für wert befindet, dient inländischem Ausbeutungsmaterial so zum schlechten Gewissen statt zum Grund für praktische Kritik. Nicht zuletzt deshalb wird *„der westdeutsche Spendenmarkt auf 2,4 Mrd. DM geschätzt mit Steigerungsraten von jährlich etwa 10%"* (FAZ, 21. 12.81). 76 Millionen sammelte letztes Jahr „Brot für die Welt", 112 Mio DM „Misereor". Motto einer Werbung: „Wenn Sie diese Seite umblättern, kann ein Kind davon sterben."

Im KBW interpretieren die Mitglieder das mit folgender volksfreundlicher Zurechtlegung: 1. Die Massen sind gut. Kritik an ihnen ist massenfeindlich. 2. Die Kirche nutzt diese Gutheit schamlos für ihre Zwecke aus. 3. Es kommt darauf an, diese Gutheit für den richtigen, also guten Zweck auszunutzen. 4. Was ein guter Zweck ist, entscheiden wir jeweils konkret. Unsere Antwort: 1. Die „Massen" spenden in der Regel genau dafür, wozu sie je nach aktueller politischer Konjunktur von Regierung, Parteien, Kirche usw. aufgefordert werden. Spendensammlungen für vermeintliche Feinde der Regierung werden schlicht unterdrückt, spätestens wenn sie Resonanz finden. 2. Wer deswegen spendet, weil er „unseren Konsum" für die Ursache des Elends in anderen Ländern hält, ist nicht „gut", sondern weigert sich beharrlich, die weltpolitischen Taten seiner Politiker zu kritisieren, wobei noch jeder christlich-humanistische Spender genau weiß, daß seine paar Mark nix am Weltelend ändern. Ganz nebenbei eröffnet solche der christlichen Moral entspringende Opfergabe noch den Politikern die schöne Möglichkeit, dem Deiner Meinung nach „wohlgenährten Westdeutschen" (Kanzler: „das deutsche Volk ist verwöhnt") einen tiefen Griff in die Taschen zu tun, ohne auf Gegnerschaft zu stoßen. 3. A l l e Aufrufe zu materieller Hilfe, auch die linken, gehen e.ner mit bestimmten p o l i t i s c h e n Ereignissen und Kampagnen. In Genuß irgendwelcher humanitären Hilfen kommen daher auch nur die an Eiweißmangel leidenden Kinder, die auf der „richtigen Seite" stehen. Mit dieser Feststellung ist der Charakter des sogenannten „Humanismus" klar bestimmt: Er ist brutal parteilich! Wie wenig es dem KBW z.B. bei dem Abdruck eines inszenierten Ärzte-Aufrufs um an Eiweißmangel leidende Kinder geht, kannst Du schon daran sehen, daß er in der KVZ z.B. die Einstellung westlicher Hilfe geradezu fordert (er hält die „Hilfe" wirklich für Hilfe!) und die von der DDR durchgeführte Spendenaktion verurteilt (sie sei im Gegensatz zur westlichen „unfrei", die Spenden seien mehr oder weniger gewaltsam „e i n g e t r i e b e n", was nicht mal die FAZ behauptet), als ob den Kranken interessieren müßte, ob seine Medizin, die er ohnehin jeweils nach politischer Konjunktur von dem einen oder anderen oder gar nicht bekommt, vom KBW oder FDJ geschickt wurde. Koenen und seine Weißkittel schicken weit mehr als Kekse und Urinbeutel: In ihren Päckchen haben sie viel westliche Freiheit mitreingepackt und sie machen es sich zum Problem, wie man das auch ihren Päckchen a n s e h e n k a n n; die Polen könnten die Lieferung ja für eine aus dem Osten halten. Da muß man schon persönlich mit zur Übergabe und aufpassen, daß auch nicht der falsche für einen Tag satt wird bzw. der richtige mit klarem Bewußtsein die Margarine als freiheitliche erkennt.

4. Den Aufruf der Frankfurter Jungdoktoren in der KVZ, für Polen zusammeln, versteht man noch besser, wenn man sich daran erinnert, daß die „äußerst schwierige Versorgungslage z.B. des t ü r k i s c h e n Volkes" diesen Leuten bisher n i e „eine schmerzlich bewußte Tatsache" war. Bekanntlich b e g r ü ß t e der KBW die „Beendigung des Terrorismus" durch das Militärregime, weil die Türkei ein vorgeschobener Nato-Posten gegen den „Sozialimperialismus" sei. Daß der Aufruf selbst „keine antikommunistischen Schoten" beinhaltet, wie Du vermerkst, ist eine seltsame Feststellung. Selbst w e n n d i e s e ehrenwerten Spender lauter normal-bürgerliche Onkel Doktors w ä r e n, so ändert das nichts daran, daß es einerseits ein leichtes ist, eine von der eigenen Regierung zum moralischen und demnächst praktischen A b s c h u ß freigegebene f r e m d e Herrschaft zu verachten und gleichzeitig über die eigene Regierung k e i n Wort zu verlieren. Die brutale Trennung von Politik und Moral, wo es um die Südostflanke der Nato geht, entlarvt die „humanitären Prinzipien" ebenso als schlichte Z u g a b e zur imperialistischen Außenpolitik wie in der Polenfrage, wo der aufrechte Moralist keine Relativierung der Moral duldet, **weil er es darf.** Solche **Untertanen unterstreichen ihre Staatstreue** gerade in der Kritik, die Regierung sei zu lasch, um dann mit eigenen Sammelinitiativen, in denen nichts gegen die eigene Herrschaft zu lesen ist zu glänzen.

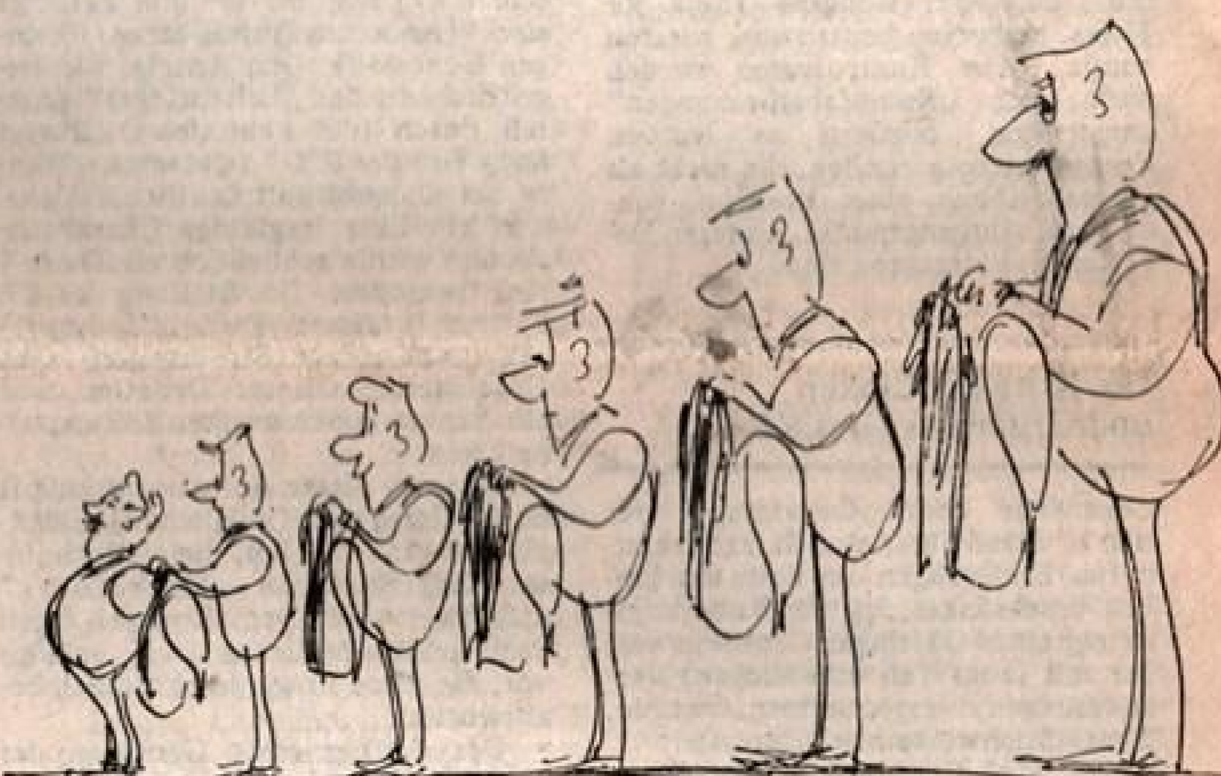
Im Klartext: Wir bestehen darauf, daß es f a l s c h e Kämpfe gibt, und man daher Kämpfenden mit Kritik durchaus nützen kann. Diese Kritik hat als erste Adresse alles, was eine Gegnerschaft zu den Taten der hiesigen Herrschaft behindert. Und: schlechte Bedingungen in einem Land sind für uns keine Entschuldigung, wenn der Kampf falsche Ziele anstrebt.

II. Dogmatismus

Deine Behauptung, die polnischen Gewerkschafter wüßten naturgemäß besser, was heute in Polen zum gesunden Überleben für die Menschen benötigt wird, wird auch durch den ebenso moralischen Umkehrungsschluß, nach dem wir deshalb von „dogmatischer-ML-Avantgarde-Partei-Kader-Besserwisserei" Abstand zu nehmen hätten, nicht überzeugender. „Naturgemäß" spüren die polnischen Gewerkschafter lediglich die brutalen Folgen ihrer realsozialistischen Ausbeutung. L e i d e r folgt daraus nicht zwangsläufig eine richtige Kritik nach wirkungsvoller Abhilfe. Dieser Tatsache hat doch auch der Arbeiterkampf zu recht in „besserwisserischer Manier" schon ein paar Zeilen gewidmet. Das Problem ist doch, daß sich Programm und Verlautbarungen der Solidarität stets p o s i t i v auf den Westen beziehen, daß Walesa in Frankreich (und die Solidarität in ihrem Programm) versprach, sich der „Verschwendung" westlicher Kredite entgegenzustellen, daß diese Gewerkschaft gegen den Verleih polnischer Lohnsklaven für die Drecksarbeit in westdeutschen Kohlegruben nichts einzuwenden hat und stattdessen mit dem DGB eine Kommission bilden wollte, nun von dessen „wertvollen Erfahrungen" in Sachen Mitbestimmung zu lernen. Das Problem ist doch, daß es in der Programmatischen Erklärung des ersten Kongresses der Solidarität nicht nur heißt, daß sie ihre Wertvorstellungen *„christlicher Ethik und nationalen und demokratischen Traditionen"* entlehnt, sondern diese präzisiert werden unter den Forderungen: Betriebe müssen von „Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten" geleitet werden (soziale Forderung?), gemischte Unternehmen (mit ausländischem Kapital) müssen her, **Polen soll dem IWF beitreten**, Preise sollen sich am „Marktgleichgewicht" orientieren, wobei Solidarität f ü r Preiserhöhungen und W ä h r u n g s r e f o r m ist, wenn sie vorher gefragt wird (woher kennt man solche Gewerkschaftslogik?). Wenn Jaruzelski jetzt eine Währungsreform durchführt, die Solidarität selbst wollte, wie soll dagegen Widerstand entstehen? Und wenn diese Gewerkschaft dann einen Aufruf an den Westen losläßt, er möchte Polen mit Lebensmitteln über den Winter helfen a n s t a t t einmal die Frage aufzuwerfen, wozu polnische Lebensmittelexporte in den Westen gehen, was tut sie da anderes als unter ihren Volksgenossen n a c h h a l t i g die Vorstellung zu befestigen, daß die einzige wirkliche Hilfe von den westlichen „Schutzmächten" zu erwarten ist?

Deine Ansicht, die Solidarität kämpfe *„um konkrete Verbesserungen der Lebensbedingungen"* der polnischen Arbeiter, können wir zumindest in ihrem Programm leider nicht bestätigt finden. Im AK 215 heißt es: *„Die IWF-Forderungen richten sich eindeutig gegen die sozialen Forderungen der Solidarnosc."* Auf was stützt Ihr diese These, wenn die Solidarnosc s e l b s t den IWF-Beitritt fordert und ein staatstragendes Wirtschaftsprogramm auf der Basis nationaler Interessen aufstellt? Mit solchen programmatischen Festlegungen werden doch selbst noch die wenigen 1980 im Danziger Abkommen fixierten sozialen Forderungen untergraben. Wo der IWF Polen saniert, gibt's jedenfalls keine freien Samstage und keinen „automatischen Lohnanstieg parallel zu den Preiserhöhungen".

Die aufständigen Polen haben mutig gekämpft, haben ihre Herrschaft mit rücksichtslosen Streiks in die Knie gezwungen, die Verwaltung lahmgelegt, Funktionäre des Staatsapparates abgesetzt und ihre Bestrafung durchgesetzt. Das all diese Aktionen im freien Westen, der sowas mit BGS, GSG 9 und gesetzlichem inneren Notstand ganz anders bekämpft hätte, positiv vereinnahmt werden konnte, liegt daran, daß der Z w e c k dieses Aufstandes leider kein revolutionärer war. Der Zweck war fromm und nationalistisch – und das mit zunehmender Tendenz. Traurige Tatsache ist, daß aus dem Kampf für höheren Lohn und gegen Fleischpreiserhöhungen ein Kampf um „demokratische Grundrechte" innerhalb des Staates bei Ersetzung der Partei durch eine fromme Herrschaft wurde, und genau diesen Punkt habt Ihr nicht gepackt.



III. Demokratie und Selbstbestimmung

„Der einzige Weg zum Sozialismus führt über die volle Entfaltung der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes" heißt es in AK 215. Wieso eigentlich?

Wenn die Solidarität in ihrem Programm den kompletten Staatsapparat für in Ordnung und übernehmenswert erklärt, nämlich unter ihrer Vorstellung von Selbstverwaltung, dann ist das kein Weg zum Sozialismus, nicht mal eine Kritik an der realsozialistischen Produktionsweise. Vom ökonomischen Gehalt her ist doch ganz deutlich die „demokratische Forderung" nach „Selbstverwaltung" die Forderung nach Herstellung miteinander konkurrierender, nach Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten geleiteten selbstverwalteten Betriebe. Dem entsprechen solche Forderungen wie „Selbstverwaltung der Gerichte". Haltet Ihr es für so attraktiv, wenn die polnischen Arbeiter – chancengleich sortiert in miteinander konkurrierende Belegschaften – für den Weltmarkt produzieren, wo die Wirtschaft jedes Landes erbarmungslos daran geprüft wird, ob sie bei der Ausnutzung ihrer Arbeitskräfte zur Spitzenklasse gehört? Ist die naive Sympathie der polnischen Gewerkschafter für die westlichen Methoden, die Unterwerfung unter die Herrschaft als F r e i w i l l i g e zu organisieren (Mitbestimmung, Mehrparteiensystem, Meinungs-Freiheit) erstmal in praktische Wirtschaftspolitik umgesetzt, wird sich die jetzige Armut noch wie ein halbes Paradies ausnehmen. Ohne „Enteignung" der Staatsgewalt plus Planwirtschaft scheint uns Sozialismus in Polen nicht so richtig denkbar.

Das Zauberwort Selbstbestimmung in Abgrenzung zur Fremdbestimmung oder Fremdherrschaft ist auch so eine Sache, die ihr seit Jahren mitschleppt und daher den Nationalismus oft nur in seinen F o l g e n kritisieren könnt. Inwiefern verschärft sich denn meine Kritik an einer Regierung, die dem Volk zusetzt, wenn ich das Wort „fremd" hinzufüge? Umgekehrt ist es doch gerade **ein Mittel des Feindes**, Vertrauen einzufordern, weil irgend etwas ganz „eigen" und „national" geregelt ist. In Jugoslawien werden längst alle Mißerfolge bequem der Arbeiterselbstverwaltung angekreidet und die Regierung ist aus dem Schußfeld. Der Einsatz der polnischen Armee geschieht als Antwort auf die nationalistische Fremdbestimmungsmarotte. Die Verehrung im Volk für Nation, Unabhängigkeit und Würde wird nun zu seiner Befriedung durch genau die Institution benutzt, die das alles repräsentiert: D i e A r m e e !

Solidarische Grüße
„Die Verfasser des Offenen Briefes"

Nachtrag

1. Die beiden folgenden Gegendarstellungen mußte die KVZ am 23.11.81 abdrucken.
2. Am 8.1.82 druckte die KVZ einen kleinen Auszug des im AK 215 veröffentlichten „Offenen Briefes" zur Polensammlung so ab, daß alle G r ü n d e unserer Gegnerschaft zur Natoweiten Polen-„Hilfe" wegdokumentiert sind.

Gegendarstellung

In der Ausgabe der „Kommunistischen Volkszeitung" vom 4. Dezember 1981 wurde auf der Seite 13 ein „Aufruf" zu humanitärer Hilfe in Polen veröffentlicht. Im Anschluß an diesen Aufruf wird behauptet, ich sei „Erstunterzeichner" dieses Aufrufs. Diese Behauptung ist unwahr. Richtig ist, daß ich diesen Aufruf weder erst- noch überhaupt unterzeichnet habe. Frankfurt, den 16.12.1981

Michael Roser

In der Ausgabe der „Kommunistischen Volkszeitung" vom 4. Dezember 1981 wurde auf der Seite 13 ein „Aufruf" zu humanitärer Hilfe in Polen veröffentlicht. Im Anschluß an diesen Aufruf wird behaup.et, ich sei „Erstunterzeichner" dieses Aufrufs. Diese Behauptung ist unwahr. Richtig ist, daß ich diesen Aufruf weder erst- noch überhaupt unterzeichnet habe. Frankfurt, den 16.12.1981

Bernhard Becker

aus: KVZ, 23.11.81

2. KB-Kongreß betont die Notwendigkeit...

Eingeleitet wurde der Kongreß durch ein Referat des LG zur Entwicklung und Krise des KB, in dem die Rahmenbedingungen der Zeitungsdiskussion im Zusammenhang mit Umgruppierungsprozessen in der Linken umrissen werden (siehe Abdruck). Im Anschluß an dieses Referat wurden erste Teilentwürfe zu einer Resolution zur Frage der Kriegsgefahr vorgestellt und „andiskutiert". Die Erarbeitung und Diskussion einer solchen Resolution soll einen unserer Arbeitsschwerpunkte für die nächste Zeit bilden.

In KB-internen Beratungen befaßte sich der Kongreß mit der Finanzsituation und bestätigte die Redaktion des AK; beschlossen wurde ferner, in den nächsten Monaten Arbeitstagungen bzw. Beratungen durchzuführen, die der „Öffnung" der Redaktion und ihrer Zusammenarbeit mit den Kommissionen und Arbeitsbereichen sowie dem Aufbau einer zentralen Schulungstätigkeit dienen sollen.

Die Diskussion über die Zeitung

Seit Anfang November wird im KB über die Konzeption und Perspektive des AK diskutiert. Die politischen Gründe, die für eine Änderung der Konzeption sprechen, sind in dem „Leitantrag" des LG zusammengefaßt, der vom Kongreß These für These, teilweise kontrovers, beraten wurde. Diese Kontroversen wurden nicht mit „Kampfabstimmungen" ausgetragen, sondern es wurden Kompromisse gefunden, die nicht als Festschreibung einer Position, sondern als Ausgangspunkt weiterer Debatten zu betrachten sind.

Die Krise der Linken und Grundsätze des KB

Gegenüber dem „Leitantrag", der sich in These 3 auf eine Skizze fehlerhafter Erklärungen der Krise der Linken beschränkte, lag ein Änderungsantrag eines Göttinger Genossen vor, der mit (zum Teil erheblichen) Veränderungen angenommen wurde.

antrag eines Göttinger Genossen vor, der mit (zum Teil erheblichen) Veränderungen angenommen wurde.

Einige Stichworte zur Diskussion:

Zu 3 a) Gegen die Feststellung, daß die Produktivkraftentwicklung im Kapitalismus durch die „massenhafte Freisetzung destruktiver Technologien" konterkariert werde, wurde eingewandt: Es gibt keine „destruktiven Technologien an sich"; entscheidend ist (allein?) die kapitalistische Anwendung der Produktivkräfte, deren allseitige Entwicklung für den Sozialismus unabdingbar sei; der KB dürfe gegenüber ökologistischen Positionen, die „in der Industrie" schlechthin und nicht in den gesellschaftlichen (Produktions) verhältnissen die Ursache der Naturzerstörung sähen, das positive Moment der Produktivkraftentwicklung nicht „vergessen".

Zu 3c) Über das revolutionäre Subjekt, die Arbeiterklasse, hieß es in dem Göttinger Änderungsantrag: *„... die Arbeiterklasse ist gegenwärtig nicht einmal ein schlafender Riese, sondern eine zersplitterte, politisch gelähmte Klasse. In den gegenwärtigen Massenbewegungen spielt sie so gut wie gar keine Rolle ... Analysen, die ... auf eine veränderte Rolle des Proletariats im Prozeß gesellschaftlicher Veränderungen schließen, (sind) schwer praktisch zu widerlegen"*. Die überwiegende Mehrheit der Delegierten sah in dieser Auffassung zumindest eine Konzession bzw. Annäherung an die These über den „Abschied vom Proletariat", mit der die historische Rolle der Arbeiterklasse negiert wird. In der Diskussion wurde betont, daß die Hegemonie der Sozialdemokratie wesentlich die Lähmung der Arbeiterbewegung bedinge, die mit der Erschütterung seiner objektiven Grundlage erste Risse zeige. Der umstrittene Punkt 3c) wurde schließlich ganz neu formuliert.

Ergänzend zum Änderungsantrag wurde ein Punkt „Die Offensive des Imperialismus" eingefügt, der die wachsende Kriegsgefahr als eine Grundlage für die Abkehr vom Marxismus benennt (3 e). In einer weiteren Ergänzung (4 d) wird hervorgehoben, daß die Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus, die eine Stärkung des Opportunismus hervorbringen, auch die objektiven Voraussetzungen für die Umsetzbarkeit revolutionärer Politik schaffen.

Umgruppierung der Linken und „Blockbildung"

Umgruppierungen in der Linken und die Krise der SPD werden von uns als widersprüchlicher Prozeß eingeschätzt, der wahrscheinlich auf die Bildung einer Reformpartei hinauslaufen wird (Leitrantrag des LG). Gegen diese These wurde zum einen eingewandt, daß dieser Parteibildungsprozeß noch so unentwickelt sei, daß alle Aussagen über die Herausbildung einer Reformpartei stark relativiert werden müßten. Dieser Meinung schloß sich der Kongreß nicht an.

Andererseits wurde die Charakterisierung dieser Reformpartei als „authentisch sozialdemokratisch" bzw. „Neue Sozialdemokratie" kritisiert, da sie dem KB die Zusammenarbeit mit den Kräften verbaue, die sich heute von der SPD wegzubewegen beginnen. In den Vordergrund müsse gestellt werden, daß diese Entwicklung „ein Schritt nach vorn" sei, den der KB *„wesentlich nicht unter dem Gesichtspunkt der Konkurrenz und Abgrenzung"* betrachten dürfe, *„sondern als Aufgabe zur Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit den linken und radikaldemokratischen Kräften, die an ihm beteiligt sind"* (Änderungsantrag eines Göttinger Genossen). Den Antrag, die Begrifflichkeit des „Leitantrages" generell durch (ein neutraleres) *„Partei links von der SPD"* zu ersetzen, lehnte der Kongreß mit deutlicher Mehrheit ab. Eine tragfähige Charakterisierung wurde schließlich als These 8 neu formuliert. Die Stellung des KB zu und in diesem Parteibildungsprozeß (und seinen Strömungen) wird Gegenstand weiterer Debatten und ein Schwerpunkt unserer Zeitungsarbeit sein.

Eng mit dieser Aufgabe verknüpft ist die Frage nach (möglichen) „Bündnispartnern" des KB, die vielfach unter dem Stichwort „Blockbildung" diskutiert wird. Dem Kongreß lagen dazu im wesentlichen zwei Anträge vor, die diese Frage gegensätzlich beantworten:

dazu im wesentlichen zwei Anträge vor, die diese Frage gegensätzlich beantworten:

– Der Antrag eines Genossen der RGW-Kommission, der die Entwicklung der „modernen Sozialisten" überwiegend positiv beurteilt und fordert, der KB müsse in diesem Parteibildungsprozeß die „modernen Sozialisten" als *„strategische Bündnispartner"* betrachten, und wir müßten unsere bisherige Politik, speziell gegenüber und in den Grünen, korrigieren.

– Im Gegensatz dazu wird im Antrag eines Freiburger Genossen gefordert, der KB solle mit Gruppen wie „z.B. BWK, FAU, MRI" die Auseinandersetzung *„privilegiert"* betreiben, um gemeinsam eine *„stärkere politisch-ideologische Vereinheitlichung dieses noch diffusen ‚revolutionären Pols'"* zu erreichen. Ergänzt wurde dies auf dem Kongreß von der Forderung nach Einbeziehung weiterer radikal-antiimperialistischer Gruppen.

Diese Fragen unserer Bündnispolitik hat der Kongreß nicht eingehender erörtert. Er schloß sich der Argumentation (des LG) an, daß die Zeitungsresolution nicht die allseitige Aufgabe einer „Leitlinie" für unsere weitere Arbeit erfüllen solle, sondern auf die Zeitungskonzeption begrenzt sei: Strömungen der Linken seien in diesem Zusammenhang nur als „Rahmenbedingung" erwähnt. Die Orientierung unserer Bündnispolitik sowie die Möglichkeiten und Grenzen einer „Blockbildung" werden Gegenstand zukünftiger Debatten (auch in der Zeitung) sein.

Eine neue Zeitung?

Breiten Raum nahm die Diskussion der These 12 ein, deren Überarbeitung durch eine Hamburger Genossin zur Grundlage der Beschlußfassung gemacht wurde. Im Mittelpunkt stand dabei, ob der KB *„einen expliziten Neuanfang"* machen und eine *„neue Zeitung entwickeln (solle), die als Organ des KB an die Stelle des bisherigen ‚Arbeiterkampf'"* treten solle (aus dem Antrag). Die Befürworter eines expliziten Neuanfangs argumentierten, die notwendige Ausrichtung unserer Politik auf Schwerpunkte beinhalte bzw. erfordere einen deutlichen Bruch mit der bisherigen Praxis, den es deutlich zu vollziehen gelte.

Dieser Argumentation wurde entgegengehalten, daß die Entwicklung **einer neuen Konzeption des AK**, die Umgestaltung der redaktionellen Arbeit, die Verbesserung des lay-outs usw. nur auf evolutionärem Wege, nicht als Bruch, erfolgen könne, eine neue Konzeption also wesentlich unter Einbeziehung der Leser **in der Praxis** vorangetrieben und erprobt werden müsse.

Gegen eine neue Konzeption wurde von einigen Genossen die Befürchtung geäußert, eine schwerpunktmäßige Ausrichtung könne zur Aufgabe einer allseitigen Arbeit des KB führen und den Kreis unserer Leser möglicherweise einengen; das Augenmerk müsse stattdessen auf die Entwicklung einer Zeitung „mit Massencharakter" gerichtet sein. Dieser Antrag wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Die Mehrheit hielt dies zwar auch für wünschenswert, aber gegenwärtig als nicht durchführbar.

Der Leser hat das Wort!

Bestandteil unserer Zeitungsdiskussion ist seit einigen Monaten die Frage eines neuen Namens, der die veränderte Aufgabenstellung unserer Zeitung (möglicherweise) besser zum Ausdruck bringen könnte. Dem Kongreß lag der Antrag mehrerer LG-Genossen vor, die öffentliche Diskussion um einen neuen Namen mit dem Vorschlag „5 vor 12" zu beginnen, der nach Meinung seiner Befürworter das Leitmotiv unserer Zeitungsarbeit zusammenfaßt, die massenhaft verbreitete Kriegs- und Existenzangst aufzugreifen. Dieser Vorschlag bekam jedoch nur sehr geringe Zustimmung der Delegierten. Angenommen wurde stattdessen ein Antrag, generell über einen möglichen neuen Namen nachzudenken und zu diskutieren

Nun hat der Leser das Wort! Weil wir eine Zeitung für die Leser und da-

Nun hat der Leser das Wort! Weil wir eine Zeitung für die Leser und da-

mit auch in Abhängigkeit von ihren Wünschen und Vorstellungen machen, rufen wir alle AK-Leser dazu auf, uns ihre Meinung zu der Konzeptionsdebatte, zur Gestaltung des AK, zur Umstellung auf eine monatliche Erscheinungsweise sowie einer neuen Namensgebung (Vorschläge erbeten!) zu schreiben. Erwünscht sind insbesondere Stellungnahmen zu den letzten Ausgaben des AK (in denen sich ein Teil unserer Überlegungen bereits wiederfindet) und natürlich zu den „Thesen". – Beschlossen wurde auf dem Kongreß einhellig, die Unterzeile des AK, „Arbeiterzeitung des KB", in „Zeitung des KB" zu ändern. Bei einem Meinungsbild sprach sich eine große Mehrheit dafür aus, den Namen „Arbeiterkampf" entsprechend einer neuen Konzeption zu ändern.

Die Diskussion über die Friedensresolution

Der Anti-Militarismus hat sich zu einem Schwerpunkt unserer Untersuchungsarbeit und Propaganda entwickelt. Unsere Analyse soll in einer „Antikriegsresolution" zusammengefaßt werden, die anhand von Tatsachen die Ursachen und Triebkräfte der dramatisch anwachsenden Kriegsgefahr aufzeigt und unsere Orientierung in der Friedensbewegung festlegt. Dazu lag dem Kongreß ein erster Entwurf vor. Die Diskussion darüber konzentrierte sich auf die besondere Rolle der BRD bei den Aufrüstungen der NATO und ihr Verhältnis zu den USA. Kritisiert wurde von Oldenburger Genossen die Aussage, daß *„Europa zum vorrangigen Schießplatz eines Atomkrieges"* werde. *„Wir stellen fest, daß die Einschätzung der BRD als besonders aggressivem Imperialismus und der BRD als Opfer, als Schießplatz des Atomkrieges, in eklatantem Widerspruch zueinander stehen"*. Die Genossen identifizierten die Aussage des Entwurfs mit der „Vasallentheorie", die eine knechtische Unterordnung der BRD unter die USA behauptet, also eigene Interessen der BRD an der Aufrüstung bestreitet. Ihrer Meinung nach verringere sich die Gefahr, daß Europa

streitet. Ihrer Meinung nach verringere sich die Gefahr, daß Europa

Schauplatz eines Atomkrieges wird, in dem Maße, in dem durch die umfassende atomare Überlegenheit der USA und der NATO der 3. Weltkrieg allgemein führbar werde.

Im Gegensatz dazu wurde vertreten, daß die besondere Aggressivität des BRD-Imperialismus, sein Eintreten für die „Nach"rüstung usw. zugleich reale Widersprüche zur Globalstrategie der USA hervorrufe, die wir ausnutzen müssen („Anti-Amerikanismus"). Diese Kontroverse um die besonderen Interessen der BRD und das Verhältnis BRD-USA wird im Hinblick auf ihre praktischen Schlußfolgerungen fortgeführt werden.

Es gibt viel zu tun!

Seit unserem 1. Kongreß im Januar 1980 haben sich die Voraussetzungen für den KB nicht verbessert. Gegenüber 1980 ist unsere organisierte Mitgliedschaft um fast 300 Genoss(inn)en noch weiter zurückgegangen, begleitet von einem anhaltenden Rückgang der Zeitungsauflage. Auflösungsprozesse von Organisationen mit revolutionärem Anspruch und die Abwendung großer Teile der Linken vom Marxismus sind vorangeschritten. Auf der anderen Seite gibt es im KB aber auch positive Entwicklungen, wie etwa die Stabilisierung arbeitender Einheiten, eine stärkere Einbeziehung von Genossen in politisch-theoretische Arbeiten (besonders auf dem Anti-Militarismus-Sektor). Dies spiegelten auch die Diskussionen auf dem Kongreß wider.

Die Entwicklung der Massenbewegungen hat die objektiven Bedingungen für revolutionäre Politik verbessert, denen wir durch eine Erhöhung unserer Anstrengungen gerecht werden müssen. Die Verbesserung unserer Zeitung ist dabei das zentrale Instrument, um den KB als autonome Organisation zu bewahren und seine politische Rolle zur Geltung zu bringen. Das setzt voraus, um es mit den Worten des Kongresses zu sagen, *„daß wir überhaupt erst wieder die Fähigkeit zurückgewinnen, systematisch und planmäßig Politik zu machen"*. Daran werden wir arbeiten!

tisch und planmäßig Politik zu machen". Daran werden wir arbeiten!

Heute feiern wir einen Geburtstag!

Mit 6 Wochen Verspätung feiern wir den Geburtstag des „Arbeiterkampf" und des KB. Vor 10 Jahren und 6 Wochen wurde der KB gegründet, damals noch bewußt als Bund und nicht als Vorstufe zur demnächst anstehenden Parteigründung, um den Entwicklungsprozeß verschiedener ML-Zirkel hin zu einer Organisation offenzuhalten. Dieses Konzept scheiterte sehr schnell, nachdem verschiedenste „Avantgarden" das Bedürfnis entwickelten, ihre eigenen Parteien zu gründen. Die Phase ernsthafter Diskussion und Auseinandersetzung in der sich auf den Marxismus-Leninismus berufenden Linken der Nach-APO-Phase war nur kurz und wurde schnell abgelöst von miteinander konkurrierenden „Parteien", die sich allein stark genug fühlten, die Revolution in der Bundesrepublik vorzubereiten und anzuführen.

Der Entstehungsprozeß der ML-Linken, zu der (mit Einschränkungen) auch der KB zählt, erklärt viel von ihrem späteren Scheitern, das heute gern als Scheitern des Marxismus-Leninismus interpretiert wird.

Dieser Kongreß und unsere „Geburtsfeier" sollten für uns Anlaß sein, kritisch unsere eigene Geschichte zu beleuchten, festzustellen und zu diskutieren, was wir bewahren und weiterentwickeln müssen, was wir auf den Müllhaufen überholter Auffassungen und Ansichten zu schmeißen haben, um für die Zukunft gewappnet zu sein; um in der derzeitigen Situation von verschärfter politischer Entwicklung nach Rechts und Umgruppierungsprozessen in der Linken die Voraussetzungen für einen neuen Anfang zu schaffen, — ein Neuanfang, der nicht die eigene Geschichte, Erfahrungen, Erfolge/Mißerfolge ignoriert, sondern sie zu einem neuen Konzept für die Zukunft verarbeitet, der uns in die Lage versetzt, auch unter veränderten und erschwerten Bedingungen wieder politikfähig zu werden.

Wie bereits bei unserer Gründung vor zehn Jahren wird dabei die Zeitung als kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator (Lenin) im Mittelpunkt stehen. Es ist daher nützlich, die Geschichte des KB wesentlich anhand der Entwicklung seiner Zeitung und der Versuche, mit der Zeitung eine politische Ausrichtung vorzunehmen, nachzuzeichnen.

Die ML-Gruppen Anfang der 70er Jahre bauten zum großen Teil auf einer unkritischen und schematischen „Aneignung" von Theorie auf. Folgen dieser unkritischen „Aneignung des Marxismus/Leninismus" waren auf der einen Seite Modelle der revolutionären Entwicklung, die auf einen schnellen, relativ gradlinigen Weg hin zum Sturz dieses Systems und zur revolutionären Veränderung orientierten. Fehlende revolutionäre Tradition und Erfahrungen im Klassenkampf waren eine wesentliche Grundlage dafür. Vom realen Klassenkampf abgehobener, zum Teil kurioser Revolutionarismus (Stürze von Magistraten und Senaten seitens des KBW z.B.) auf der einen und rigide innerorganisatorische Praxis (straffer „Demokratischer Zentralismus", formale Disziplin, formales Kaderprinzip) auf der anderen Seite waren Ausdruck dieser Entwicklung. Die fehlende Tradition wurde ersetzt durch unkritische und schematische Orientierung an Revolutions‚modellen' (China, Albanien).

Heute stehen wir vor den Scherbenhaufen der kurzen Geschichte der ML-Bewegung: so hundertprozentig, wie vor zehn Jahren der ML angelesen und ‚praktiziert' wurde, so hundertprozentig ist heute die Abkehr eines großen Teils der MLer von ihrer eigenen politischen Vergangenheit. Diese Reaktion ist die Umkehr der alten Fehler, indem genauso schematisch alles über Bord geworfen wird. Es ist die Antwort einer ML-Bewegung, die ihre Strategie und ihre Praxis nicht in den realen Klassenkämpfen entwickelt hat, sondern die über Jahre geglaubt hat, diese Klassenkämpfe anstelle der Massen führen zu können, entspre-

chend auch die Revolution stellvertretend für die Massen durchführen wollte.

KB und Arbeiterkampf

Der KB ist von dieser Entwicklung nicht verschont geblieben. Am deutlichsten und schmerzhaftesten wurde diese Erfahrung im Bereich unserer Politik in der Arbeiterklasse gemacht. Sie war in der ersten Phase des KB ein Schwerpunkt sowohl in der Zeitung, die mehr als zur Hälfte Berichte und Erfahrungen aus Betrieb und Gewerkschaft enthielt, als auch für die praktische Arbeit der Genossinnen und Genossen, die auf ein Hineingehen in die Betriebe orientiert wurden und dort zu wirken begannen. Bei allen Einschränkungen, die damals schon gemacht wurden, dominierte bei uns doch die Vorstellung von schnellen Veränderungen in Betrieb und Gewerkschaft; eine viel zu optimistische und realitätsfremde Einschätzung der Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiterklasse war vorherrschend. Anfängliche Erfolge (bei Betriebsrätewahlen, Gründung von Betriebsgruppen/-zellen, Einzug in untere gewerkschaftliche Gremien) förderten zusätzlich eine überwiegend linkssektiererische Praxis, die nicht vom notwendigen langen Atem gekennzeichnet war. Der blühende Markt zahlreicher Betriebs- und Branchenzeitungen, der Verkauf des ‚Zentralorgans' vor den Betrieben, all dies beleuchtet die dahinter stehende Hoffnung auf schnelles Übergreifen revolutionärer Vorstellungen auf die Arbeiterklasse. Unser enormer materieller und personeller Aufwand stand und steht in keinem Verhältnis zu dem, was an politischem Bestand und organisierter Festigkeit herausgesprungen ist; im Gegenteil läßt sich heute sagen, daß gerade hier die Erfahrungen vieler Genossinnen und Genossen den Rückzug aus der Betriebsarbeit und die nachhaltige Resignation als Reflex auf damaliges Engagement und Vorstellungen gefördert haben; der Verschleiß von politischen Kräften war nicht nur im KB hier am stärksten. Was ist daraus die Lehre?

Leisten wir auch hier hundertprozentige Abkehr? Nehmen wir „Abschied vom Proletariat?" Wir wissen, daß entscheidende und nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen nur erreicht werden können, wenn die Arbeiterklasse rebelliert, wenn sie sich gegen die herrschenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse wendet. Dies ist heute nicht der Fall — bei allen gesellschaftlichen Bewegungen und Veränderungen der letzten Jahre hat die Arbeiterklasse nur einen geringen Part gespielt, hat sie weitgehend in ihrer derzeitigen Stellung verharrt. Wir wissen, daß dies in hohem Maß der Hegemonie der Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse und in den Gewerkschaften geschuldet ist, die sich bislang

Part gespielt, hat sie weitgehend in ihrer derzeitigen Stellung verharrt. Wir wissen, daß dies in hohem Maß der Hegemonie der Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse und in den Gewerkschaften geschuldet ist, die sich bislang

noch als stabilste Stütze eines in vielen Bereichen erschütterten Systems erweisen. Die Arbeiterklasse ist heute noch ein ‚Schlafender Riese', der nur in Ansätzen (siehe die Stuttgarter Demonstration der 70.000 gegen den Sozialabbau) seine Kraft und Möglichkeiten zeigt.

Die revolutionäre Linke hat Abschied zu nehmen von überkommenen Vorstellungen der Arbeit im Proletariat, wie sie in den Anfängen auch unserer Organisation vorgeherrscht haben. Sie hat, wenn sie sich von den damaligen Illusionen löst, keinen Grund, vom Proletariat Abschied zu nehmen; denn gescheitert sind die eigenen Vorstellungen von dem, was Arbeiterklasse sein sollte.


die Internationale

REBELL

HAMBURGER STADTTEILZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES NR. 2 EINZELVERKAUFSPREIS 30 PF

Schmidt kündigt weiteren Abbau des Sozi Wohnungsbau

Jahre wieder...

Der Metallarbeiter

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND

August 71


DGB: Dritter Weg S.4 Politischer Mord S.4 Betriebsberichte S.7/8

Arbeiterkampf

Jg.1 Nr.33 Dez.71 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Metallrunde '71

40 000 in STUTTGART

Wie soll es nun weitergehen?

Kommunistischer Bund gegründet

'Abwehrfront' der IGM

Politische Ziele der Kapitalistenklasse

Es gibt andererseits keinen Grund, das Geleistete der Vergangenheit (Versuche der oppositionellen Arbeit im Betrieb und in den Gewerkschaften) zu

Es gibt andererseits keinen Grund, das Geleistete der Vergangenheit (Versuche der oppositionellen Arbeit im Betrieb und in den Gewerkschaften) zu

ignorieren. Das Ausmaß der Opposition zur sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik (ablesbar in oppositionellen Betriebsrätelisten) hat zugenommen; die Linke hat auch dort, wo sie personell geschwächt oder gar nicht mehr auf diesen Listen vertreten ist, beachtliche Vorarbeit geleistet.

In den Gewerkschaften sind heute in erheblichem Ausmaß Risse in der sozialdemokratischen Hegemonie erkennbar – Risse, die mit Sicherheit nicht zwangsläufig Richtung revolutionärer Veränderung laufen, die aber verdeutlichen, daß auch der ‚Schlafende Riese' seinen Schlaf nicht ungestört fortsetzen wird, zumal das materielle System der Sicherung der sozialdemokratischen Hegemonie – die Beteiligung der Gewerkschaften an Staat und Wirtschaft, die soziale Absicherung der Werktätigen, ihre Beteiligung am Wachstum etc. — zunehmend in die Krise gerät und bröckelt.

Absicherung der Werktätigen, ihre Beteiligung am Wachstum etc. — zunehmend in die Krise gerät und bröckelt.

Wir sehen keinen Grund, aus der selbstkritischen Benennung gemachter Fehler ähnliche Konsequenzen zu ziehen, wie dies heute von „Modernen Sozialisten" geschieht. R i s s e in der sozialdemokratischen Hegemonie in B r ü c h e mit ihr umzuinterpretieren, Abkehr von der linkssektiererischen Praxis der Vergangenheit zu leisten, indem die Gewerkschaften heute von ihrer staats- und systemerhaltenden Rolle freigesprochen werden — all dies ist seitens der EX-MLer unter den „Modernen" (von denen es nicht wenige gibt) rechtsopportunistischer Reflex auf gemachte Fehler, der in verhängnisvoller Weise einen zentralen Fehler wiederholt: nicht die Wirklichkeit zu untersuchen, sondern sie sich nach dem eigenen Bild zu zimmern.

Imperialismustheorie und Faschisierung von Staat und Gesellschaft

Ein zentraler Eckpfeiler seit Gründung des KB ist seine auf Lenins Theorie beruhende Einschätzung des Imperialismus und seiner aggressiven Tendenz nach innen wie nach außen. Auf Grundlage dieser Theorie und der historischen Erfahrungen mit dem deutschen Imperialismus analysierten wir eine zunehmende Entwicklung des Imperialismus hin zum Krieg, eine zunehmend stärkere Rolle des wiederaufstrebenden Nachfolgers des deutschen Imperialismus, der BRD, bei dieser Entwicklung, die zum Ziel hat, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu revidieren und sich mehr Einfluß und Geltung in der Welt zu verschaffen. Und schließlich eine fortschreitende präventive Absicherung des BRD-Imperialismus nach Innen, die wir mit dem Begriff der ‚Faschisierung von Staat und Gesellschaft' beschrieben haben. Trotz einzelner Fehler in der Anwendung dieser Analyse müssen wir heute feststellen: wir sehen keinen Grund, Abkehr von Lenins Imperialismustheorie zu betreiben und die erkennbaren Auswirkungen international wie auch im Lande zu leugnen, sondern wir sehen in der realen Entwicklung der letzten zehn Jahre eine Bestätigung der Grundlagen unserer Einschätzung. Weltweit strebt der Imperialismus auf einen Krieg zur Neuaufteilung seiner Einflußsphären und zur Rückeroberung des sowjetischen Machtbereichs zu. Der BRD-Imperialismus ist dabei seinen Interessen entsprechend bemüht, an diesem Vorhaben weitgehend zu partizipieren; er nimmt in Europa teilweise die Rolle eines Antreibers dieser Entwicklung ein (‚Nachrüstungs'beschlüsse) und mischt sich zunehmend in andere Länder ein (Türkei z.B.).

Im Inneren haben wir in den letzten Jahren eine zunehmende Faschisierung erlebt, die nach anfänglicher Praxis und Erprobung gegen die radikale Linke heute mit zunehmender Tendenz vom präventiven, vorbeugenden, zum operativen Einsatz kommt; sei es, daß die Computerisierung und Datenerfassung auf Massenebene greift, sei es, daß auch Massenaktionen (Startbahn West, Brokdorf) die Brutalität der staatlichen Repression zu spüren bekommen. Diese Tendenz zum staatlichen Terror gegen Massenaktionen wird mit Sicherheit im Hinblick auf die Absicherung der Kriegsvorbereitungen (Stationierung von Pershing II und Cruise Missile 1983) zunehmen.

In den Gründungsjahren des KB spielte die Auseinandersetzung um diese Einschätzung der ‚Faschisierung' insbesondere in der Diskussion mit dem KBW eine zentrale Rolle bei unserer Konstituierung und in unserer

spielte die Auseinandersetzung um diese Einschätzung der ‚Faschisierung' insbesondere in der Diskussion mit dem KBW eine zentrale Rolle bei unserer Konstituierung und in unserer

Zeitung. Der KBW (wie viele linke Gruppen auch) leugnete die Gefahr der Faschisierung, weil sie nicht in das erzwungene Weltbild unmittelbar bevorstehender revolutionärer Entwicklungen paßte; weil ein optimistisches Bild über den zukünftigen Gang revolutionärer Entwicklung die Voraussetzung für diese ganz spezifische Form von ML-Politik war. — Wir erleben heute, unter ganz anderen Vorzeichen, eine Fortführung dieser Herangehensweise bei den „Modernen", in deren Reihen sowohl eine Revision der lenin'schen Imperialismus-Theorie wie auch Leugnung der Faschisierung angesagt ist. Auch hier werden nicht auf der gesellschaftlichen Wirklichkeit basierende Untersuchungen zur Grundlage der Einschätzung gemacht, sondern die Wirklichkeit wird vorgefaßten Thesen angepaßt. Nebenaspekte werden dabei zu den Hauptlinien der Entwicklung hochstilisiert. Dazu ein paar Beispiele:

a) Der Staat wird heute zunehmend nicht als Sachwalter der Interessen der Bourgeoisie betrachtet, sondern Nebenaspekte des entwickelten imperialistischen Staates (‚repressionsfreie' Nischen, der Sozialstaatscharakter) werden zur Hauptseite erklärt; der Staat als sowohl für die eine Seite (Unterdrückte), als auch für die andere (Unterdrücker) ausnutzbar dargestellt. Die Tatsache, daß Lenins Staatstheorie weitgehend auf Erfahrungen mit dem totalen Unterdrückerstaat Rußland aufbaute und den Grad imperialistischer Staatsentwicklung, wie wir sie heute erfahren, nicht kannte, wird benutzt, um die ganze Theorie über Bord zu schmeißen. Dabei war es auch Lenin schon möglich, die zwei Taktiken der Bourgeoisie bei der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft zu analysieren und in seine Überlegungen einzubeziehen. Der entwickelte imperialistische Staat vereinigt diese zwei Taktiken in einem komplizierten System zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft.

Die heutige Tendenz der Entwicklung (ebenso wie die vor dem zweiten Weltkrieg) weist darauf hin, daß in wachsendem Maß der Charakter des Staates als Unterdrückungsinstrument in den Vordergrund tritt, daß die Nischen enger, der ‚Sozialstaat' brüchiger wird. Die Tendenz der „modernen" Theorie ist gegenläufig gegenüber diesen realen Entwicklungen.

b) Das Abschwören von Lenins Imperialismustheorie führt in der Linken zur Aufwertung der Theorie der „Beiden Supermächte", die die Welt unter sich aufteilen. Das fördert eine Abschwächung des Widerstands gegen die chauvinistische Vaterlandsverteidigung in den ‚schwächeren' imperialistischen Ländern. Eine Annäherung an Entwicklungen, die die Sozialdemokraten bereits vor 70 Jahren durchgemacht haben, ist bei den ‚Modernen' unverkennbar.

c) Die Versuche der Neubewertung des Reformismus und der SPD haben ihre Parallelen zum oben gesagten. Die Tatsache, daß die sozialdemokratische Regierungsvariante imperialistischer Herrschaft nicht n u r Unterdrückung bedeutet, wird nicht aus den objektiven ökonomischen und politischen Bedingungen des jeweiligen Entwicklungsstadiums des Imperialismus erklärt, sondern führt zu einer Neubewertung des Reformismus in seinen subjektiven Absichten. Tatsache ist: die BRD hat sich unter einer sozialdemokratischen, reformistisch beeinflußten Regierung mit Unterstützung der Gewerkschaften im Sinne aggressiver imperialistischer Politik weiterentwickelt, und trotz aufgrund internationaler Konstellationen angesagter „Entspannungspolitik" nicht in Richtung friedlicher Absichten und Veränderungen. Gleiches läßt sich heute schon für Frankreich sagen, wo auch die Regierungsübernahme durch die

tionaler Konstellationen angesagter „Entspannungspolitik" nicht in Richtung friedlicher Absichten und Veränderungen. Gleiches läßt sich heute schon für Frankreich sagen, wo auch die Regierungsübernahme durch die

weitaus „linkeren" Sozialisten nichts am Charakter des Französischen Imperialismus ändert, was dessen scharfe Reaktionen auf die polnischen Vorgänge, die ausschließlich von der Verfolgung der eigenen Interessen inspiriert sind, ebenso zeigen wie der harte „Nachrüstungs"-Kurs Mitterands.

Der „französische Weg zum Sozialismus", beliebtes neues Modell der „Modernen", ist kein möglicher Weg zum Sozialismus, wenn er auch – ähnlich wie die SPD-Reformpolitik Anfang der 70er Jahre – eine Reihe von Möglichkeiten für die Emanzipation der Arbeiterklasse und anderer unterdrückter Schichten eröffnet, deren Verwirklichung und Verstetigung allerdings nur über einen Ausbruch aus dem System denkbar ist.

Für uns bleibt beim Rückblick auf die grundsätzlichen Aussagen des KB aus der Gründerzeit und ihre Widerspiegelung in unserer Zeitung die Schlußfolgerung: wir halten fest an den Grundlagen unserer damaligen Einschätzung, an der Lenin'schen Imperialismus- und Staatstheorie, an unserer Einschätzung der Faschisierung von Staat und Gesellschaft sowie der Sozialdemokratie als einer Herrschaftsvariante des Imperialismus.

Wir müssen dort Selbstkritik und Veränderung leisten, wo die linksradikalen ‚Kinderkrankheiten' der ML-Gruppen Einfluß auf unsere Praxis und politischen Positionen hatten. Wir begreifen das Entstehen „moderner" Theorien als eine (nicht unbedingt kurzlebige) Zeiterscheinung, die die revolutionäre Linke herausfordert, ihre Bezugnahme auf den Marxismus-Leninismus durch Verstärkung ihrer theoretischen Arbeit und Analysen beweis- und überzeugungswürdig zu untermauern. An dieser Stelle gilt es für u n s, modern zu sein, und das heißt: nicht sich auf vor Jahren gemachte Aussagen zu-



rückzuziehen, sondern sie entsprechend den aktuellen Fragestellungen, wie sie auch von den „Modernen" aufgeworfen werden, einer kritischen Diskussion und Überprüfung zu stellen. Das heißt aber für uns nicht, mit dem Strom aktueller Zeiterscheinungen zu schwimmen und unsere Theorie und die Grundlagen unserer Arbeit aus Gründen des Opportunismus den Zeiterscheinungen anzupassen.

Ein Rückblick auf unsere Geschichte zeigt, daß wir kein Recht haben, uns auf irgendwelchen Lorbeeren auszuruhen, uns dem selbstgenügsamen Ruf in Teilen der Organisation, sich auf das Geleistete zu besinnen, zu beugen. Die vor uns liegenden Zeiten stellen an uns neue und größere Anforderungen, die allein mit den Rezepten der Vergangenheit nicht zu bewältigen sind.



Das waren noch Zeiten : 3 - 4ooo Menschen kamen zur Internationalismus - Veranstaltung des KB in Hamburg

KB und Internationale Solidarität

Zu einigen weiteren Stationen der KB-Entwicklung:

Bereits in der Gründungsphase angelegt, hatte die Entwicklung von internationalistischem Bewußtsein und Solidarität einen zentralen Stellenwert. Sie war und ist ein Grundpfeiler für eine revolutionäre Entwicklung, die sich freimacht von engem nationalistischen Egoismus, von Chauvinismus, rassistischer Überheblichkeit und „zivilisierter" Überlegenheit — was letzlich mit eine Grundlage für eine zukünftige freie, sozialistische Gesellschaft ist. In dieser Phase der KB-Politik, die aufbaute auf intensiver, aber nicht unkritischer Beschäftigung mit der chinesischen Kulturrevolution und der Solidarität mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes gegen den US-Imperialismus, wurde erstmals die umstrittene „Kampagnenpolitik" entwickelt. Sie versuchte, aufbauend auf gründlicher theoretischer Vorbereitung (Schulungen zu Chile, bewaffnetem Widerstand, Imperialismus und Dritter Welt), begleitet von ausführlichen Broschüren zum Thema, eine Ausdehnung unseres politischen Horizonts zu erreichen. Nach dem schweren Rückschlag des Befreiungskampfs in Chile 1973 gab es in den Jahren 1974/75 eine Reihe von positiven Entwicklungen in Portugal, Angola, im afrikanischen Befreiungskampf und im Nahen Osten, die den Boden für diese internationalistischen Kampagnen legten und die Themen einer Reihe von Großveranstaltungen waren. Letzlich konnte auch diese Bewegung nicht gehalten werden, da auch hier die Schwächen offensichtlich wurden: unser Internationalismus war eng gekoppelt mit der Möglichkeit der Identifizierung (China) bzw. mit den Erfolgsaussichten revolutionärer Bewegungen. Rückschläge (Chile, 25. November in Portugal) und rückläufige Entwicklungen (China, Krieg China/Vietnam) haben auch hier das Dilemma der ML-Linken offengelegt: aus hundertprozentigen Verteidigern jeder Phase revolutionärer und sogar konterrevolutionärer Entwicklungen und Rückschläge (z.B. das Nachvollziehen jeder Wendung in der Politik der VR China seitens „KPD", KBW und KPD/ML) folgte vielfach die vollständige Abkehr vom Internationalismus. Festzuhalten bleibt: daß dennoch in dieser Zeit vom KB erhebliche Grundlagen für den Kampf gegen die Politik des Imperialismus, für die Auseinandersetzung mit dem revolutionären Befreiungskampf und für die Organisierung praktischer Solidaritäts- und Untersuchungsarbeit mit gelegt wurden, die zu intensivieren um so notwendiger ist, als der Imperialismus sein „Roll Back" in der Dritten Welt verschärfen wird und die Situation für Befreiungsbewegungen zunehmend schwieriger werden wird.

In dieser Phase der KB-Politik transportierte der „Arbeiterkampf" ein hohes Maß an Information über den Befreiungskampf und zur Organisierung von Kampagnen, war der Internationalismus-Teil des AK umfangreich und für große Teile der Linken wichtige Informationsquelle.

Ab 1976 verstärkte der KB seine Politik der Kampagnen in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Grundlage dafür war die Einschätzung, daß sich in verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren Widerstand gegen die Politik der Herrschenden und die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung regt, den es zu radikalisieren und gegen Kapitalismus und Staat zu richten gelte.

KB und „Bewegungspolitik

Stichworte dieser Zeit: Bildungspolitik und Widerstand an den Hochschulen, Antirepressionskampagne, Anti-AKW-Widerstand, Frauenbewegung, Russell-Tribunal. Hervorzuheben bleibt aus dieser Zeit die Entwicklung der Fähigkeit zum organisierten politischen Eingreifen, die Entwicklung pluralistischer Bündnispolitik, die bereits angelegt war in den Gründerjahren der Organisation (Politik des Offenen Briefes, Aktionseinheitspolitik), und das Aufnehmen emanzipatorischer Elemente aus den verschiedenen sozialen Bewegungen — eine Entwicklung, die der KB vor dem größten Teil der ML-Linken machte, die z.T. erst nach ihrer Auflösung oder im vollen Niedergang diese Bewegungen „entdeckten".

Die Zeit der Bewegungs- und Kampagnenpolitik ist aber auch die Zeit der größten Hypotheken, die auch der heutige KB noch mitschleppt: Spontaneismus, Theorielosigkeit und zunehmende Oberflächlichkeit in der Arbeit (das Springen aus und in Arbeitsfelder) waren kennzeichnend. In dieser Phase hatten zwar die Organisation und die Zeitung ihre quantitativ stärkste Ausdehnung (fast 2000 Organisationsmitglieder, über 20.000 Auflage der Zeitung) — die Zeitung errang sich trotz ihres „partei"gebundenen Charakters den Ruf eines anerkannten Bewegungsblattes, das für viele lange Zeit „unentbehrlich" war. Insgesamt aber bleibt festzuhalten: das theoretische Niveau der Organisation sackte ab

(die Zeitung erreichte mit 64 Seiten ihren stärksten Umfang, zum größten Teil wegen umfassender Aktionsberichte), zum einen feststellbar an der gesamten Publikationstätigkeit: nachdem bereits 1973 das theoretische Organ „Unser Weg" zugunsten verbesserter AK-Arbeit und der Herausgabe verschiedener anderer Zeitungsprodukte („die Internationale", Jugendzeitung „Rebell", verschiedene Stadtzeitungen des KB, die zumeist entweder weit unter AK-Niveau oder mühsamer Abklatsch desselben waren) faktisch eingestellt worden war, kamen noch eine Reihe qualitativ guter Internationalismus-Publikationen sowie einzelne Untersuchungen als Bücher heraus. Danach schlug die über den AK hinausgehende Publikationstätigkeit in die Herausgabe von überwiegend Dokumentationen um, die ihren Zweck im Rahmen der Bewegungspolitik erfüllten, die, wie sich zeigte, aber nicht ausreichten, den Anforderungen an kommunistische Arbeit für die Zukunft gerecht zu werden.

Am schärfsten äußerte sich das Absacken des Niveaus der Organisation im Rückgang innerorganisatorischer Schulungen und theoretischer Untersuchungsarbeit. Es überwog der politische Pragmatismus gegenüber fundierter kommunistischer Grundlagenarbeit. Die Folgen sind uns allen aus der Krise des KB und der ML-Bewegung gut bekannt und können bis heute als nicht überwunden gelten. Perspektivlosigkeit und Frust bei vielen älteren Mitgliedern der Organisation und ein eher spontaneistisches Politikverständnis bei den vielen in der Phase der Bewegungspolitik gewonnenen Genossinnen und Genossen folgten. Die lange Zeit „erfolgreiche" Politik des Stellvertreters in der Führung der Bewegung geriet in die Krise. Gleichzeitig folgte eine Etablierung der Linken aus diesen Bewegungen als Alternativbewegung, die zunehmend auf verschiedenen Sektoren ihre eigenen Organe und Instrumente der Selbstorganisation entwickelten. Unsere Zeitung verlor in dieser Zeit zunehmend ihre Bedeutung als Blatt für die ‚Bewegung', eine Rolle, die immer stärker örtliche Alternativblätter und die „Taz" übernahmen. Der KB hat es in dieser Zeit trotz Krisendiskussion nicht geschafft, diesen Zustand zu überwinden. Mehr und. mehr ging die durch Verschleiß und Verluste reduzierte Kraft der Organisation in innerorganisatorischen Auseinandersetzungen auf, ohne daß neue Perspektiven für die Weiterarbeit entwickelt wurden/ werden konnten.

Die „Entdeckung" des subjektiven Faktors

Auf einen wichtigen Aspekt der KB-Entwicklung, der auch das Bild unserer Zeitung stark verändert hat, will ich hier noch eingehen. Etwa ab 1975 begann im KB die Diskussion um Frauenpolitik, die Bahnbrecher für eine politische Betrachtung wurde, die nicht allein ‚objektive Notwendigkeiten' und die politische Brauchbarkeit dieser Frage zum Inhalt hatte, sondern die erstmals auf organisierter Ebene in einer ML-Organisation den subjektiven Faktor entdeckte — die sich öffnete für individuelles Emanzipationsstreben, die das „Private" öffentlich und diskutierbar machte und die sich öffnete für Utopien, die nicht allein im Bereich des n a c h der Revolution Machbaren lagen. In dieser Phase öffnete der KB sich für die Diskussion (in der Zeitung gut nachvollziehbar) von konkreten Utopien in Bereichen wie der Kindererziehung, der Schwulenunterdrückung und Lesbenunterdrükkung ... Hier wurde, erstmals seitens einer ML-Organisation, die rigide und muffige Praxis und Kultur der meisten ML-Organisationen angegriffen und zum Gegenstand politischer Diskussion und Auseinandersetzung sowie der Entwicklung konkreter Veränderungen und Alternativen gemacht.

Diese Erfahrung bei unseren zukünftigen Aufgaben zu bewahren, das Niveau der Auseinandersetzung auf diesem Gebiet weiterzuentwickeln, gehört ebenfalls zu den Aufgaben des KB und seiner zukünftigen Zeitung. Die Entwicklung der ‚Keimform'-Behandlung im KB und im „Arbeiterkampf" mit zunehmender Tendenz in Richtung zänkischer Nabelschau, Vereinsmeierei und Familienklatsch, besonders gefördert im Fraktionsstreit mit der „Z"-Gruppe, darf und kann kein Argument sein, unsere Aufgaben auf diesem Gebiet zu vernachlässigen. Es ist unzulässig, die Verflachung des Niveaus auf diesem Gebiet als Argument gegen die Behandlung der Emanzipation des/der Einzelnen und ganzer gesellschaftlicher Gruppen einzusetzen — ist doch diese Verflachung Folge der gesamten Krise und hat nicht ihre Ursache in der stärkeren Hinwendung zum „Privaten".

Für einen neuen Anfang

Über 10 Jahre hat unsere Zeitung „Arbeiterkampf", Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes" geheißen. Der „Arbeiterkampf" von vor zehn Jahren ist aber sowohl vom Aussehen als auch von den Inhalten her nur bedingt mit dem „Arbeiterkampf" von heute identisch. Das heißt, Zeitung und Politik (zumeist die Zeitung vor der von ihr „angeleiteten" Praxis) unterlagen Wandlungen, die nicht willkürlich gewählt wurden, sondern die Erkenntnisprozesse widerspiegeln und politische Erfahrungen weiterverarbeiteten. Den stärksten Wandel gab es in dem Praxis-Bereich, der am stärksten durch den Namen der Zeitung repräsentiert wird.

Eine mögliche Namensänderung der Zeitung, die in den innerorganisatorischen Diskussionen teils vehement mit der Verteidigung des Namen „Arbeiterkampf" gekontert wurde, muß daher ganz und gar nicht zwangsläufig den grundsätzlichen Bezug auf die Arbeiterklasse ‚verraten', sondern sie sollte vielmehr unter der Fragestellung diskutiert werden: finden wir einen Namen, der die Aufgaben für Kommunisten in den nächsten Jahren wesentlich realitätsnäher beschreibt, als dies in unserem heutigen Namen zum Ausdruck kommt? All jene, die ‚Verrat' an unseren Prinzipien wittern, sollten kritischer hinterfragen, was die Motivation für das so vehemente Festhalten an einem Namen ist, der weder gesellschaftliche Realität beschreibt noch in den letzten Jahren überwiegend d a s zum Zentrum der behandelten Inhalte hatte, was der Titel der Zeitung verspricht. Dies ist selbstverständlich k e i n Plädoyer für die Verbannung der Arbeiterpolitik aus der Zeitung. Im Gegenteil, denn hier liegen genügend politisch-theoretische Aufgaben vor uns; hier gilt es vor allem, die Herstellung der Verbindung zur und die Orientierung auf die Arbeiterlinke den Aufgaben gemäß durchzusetzen. Dies ist ein Plädoyer gegen einen in der Sache nicht begründeten Konservatismus in der Organisation, der uns beim Anpacken der vor uns stehenden Aufgaben behindern kann.

Was sind nun die veränderten Bedingungen für kommunistische Politik, die uns m.E. berechtigt von einem neuen Anfang sprechen lassen?

Drei Faktoren möchte ich in diesem Zusammenhang behandeln, die im Zentrum der Diskussion stehen sollten:

1. Die Schwerpunkte der politischen Entwicklung der nächsten Jahre, deren bedrohliche, aber nicht unaufhaltsame Tendenz verstärkte Anforderungen an linke Politik stellen;

2. die veränderte Situation in der Linken im weitesten Sinne (also auch linke Sozialdemokratie mit eingeschlossen);

3. die Veränderungen in der eigenen Organisation

„Fünf vor Zwölf"

1. Zunehmend gerät die wachsende Kriegsgefahr ins Bewußtsein der Bevölkerung: verstärkte praktische und propagandistische Aufrüstung und die mögliche Konzentration eines Krieges mit Europa als Schauplatz werden in wachsendem Maße als mögliche Entwicklung der Zukunft erkannt. Nach über 30 Jahren ‚Frieden' in Europa bewegt die Angst vor dem Krieg mehr als andere Fragen der Vergangenheit große Teile der BRD-Bevölkerung.

— Daneben und in Abhängigkeit von der Entwicklung des Imperialismus hin zum Krieg gerät das System materieller und sozialer Sicherheit in die Krise. Ökonomische Krisenerscheinungen, Massenarbeitslosigkeit, Abbau des Lebensniveaus und Schnitte in die sozialen Leistungen stellen Angriffe auf d i e Bereiche dar, mit denen der Imperialismus in den Jahren seines Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg sich ganz erheblich die Loyalität der Massen erkauft hat.

Innenpolitisch straft diese Entwicklung die regierende SPD mit erheblichen Vertrauensverlusten. Während sie auf der Linken an Zustimmung verliert, profitiert auf der Rechten die sie auf der Linken an Zustimmung verliert, profitiert auf der Rechten die CDU/CSU von der zunehmenden Regierungsunfähigkeit der SPD, so daß ein Regierungswechsel spätestens bei der Bundestagswahl 1984 immer wahrscheinlicher wird. Im Inneren hat dies immer stärker anwachsende Tendenzen der repressiven Unterdrückung des zunehmenden Widerstands gegen die herrschende Politik zur Folge; Reformen werden weiter abgebaut, die Möglichkeiten progressiver neuer Reformen werden immer geringer.

Im Bewußtsein der Menschen heute spiegelt sich diese veränderte politische Situation nicht hauptsächlich als Wille zur Veränderung wider, sondern als Angst vor den zerstörerischen Kräften der Zukunft, sei es der Krieg, die Zerstörung von Natur und Umwelt, oder sei es, daß die Furcht vor der Vernichtung materiellen Wohlstands umgeht.

„*Die Angst wird in dem Maße zunehmen, wie sich die Gefahren für den ‚Frieden', für die ‚soziale Sicherheit' usw. immer bedrohlicher darstellen*", heißt es im LG-Entwurf der „Thesen zur Perspektive des AK". Und weiter: „*Von allen Sektoren der Bourgeoisie und ihrer politischen Agenturen wird diese Zukunftsangst als aktuell größte Gefährdung der herrschenden Verhältnisse und ihrer Herrschaft selbst angegangen. Ihr gemeinsames Anliegen ist es, wider alle realen Entwicklungen einen neuen Aufschwung des Vertrauens in die Möglichkeiten des bürgerlichen Staates zur ‚Meisterung der Zukunft' zustande zu bringen. Aufgabe der Revolutionäre ist es, die sich ausbreitende Zukunftsangst ernst zu nehmen, alle ‚Rinnsale' dieser Angst [z.B. auch ihre kulturellen Reflexe] zusammenzuführen, mit Argumenten und Fakten die B e r e c h t i g u n g dieser Angst zu untermauern, praktische Schritte des Widerstands zu organisieren — und ständig deutlich zu machen, daß die Verhältnisse, die die aktuelle Situation überhaupt erst produziert haben, einer radikalen und unbedingt raschen Umwälzung [Revolution] bedürfen*". Über diese Angst, ihre materiellen Ursachen und ihre Berechtigung zu diskutieren und sie in unserem Zeitungskonzept zu verarbeiten, sollte ein Schwerpunkt der Zeitungsdiskussion auf diesem Kongreß sein.

KB und neuer Reformismus

Die seit 1978 begonnene Umgruppierung in der Linken ist besonders ablesbar an der Entstehung Bunter Listen

und der Grünen Partei sowie neuer Strömungen des „undogmatischen" und „modernen Sozialismus". Sie entwickelte sich parallel zum Niedergang und Zerfall der alten ML-Gruppen. Gleichzeitig bedingt die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus und ihre Verarbeitung durch die SPD ein zunehmendes Abbröckeln an deren linken Rändern.

„Moderne Sozialisten" und unzufriedene Sozialdemokraten bilden heute das Hauptpotential für eine mögliche neue Partei links von der SPD. Wieweit eine solche Partei Zukunft hat, hängt nicht zuletzt davon ab, ob eine SPD in der Opposition ihr das anvisierte Feld streitig machen kann, um die sich herausbildende Strömung als Oppositionspartei wieder zu integrieren. So sehr eine solche Entwicklung weg von der SPD zu begrüßen ist, so wenig kann für uns das Überlaufen von Teilen der alten ML-Bewegung zu Positionen des Reformismus als Fortschritt begrüßt werden. Verglichen mit der Situation vor zwei Jahren, als wir uns auf dem 1. KB-Kongreß nach Abspaltung der „Z"-Fraktion trafen, muß festgestellt werden, daß das Tempo der Revision einstmals gemeinsamer Positionen seitens der „Z"-Gruppe atemberaubende Formen angenommen hat und das Ende noch nicht einmal absehbar ist. (Ähnliches gilt auch für die vom KBW abgespaltenen Komitees für Demokratie und Sozialismus.)

Dennoch müssen wir das Spektrum der „Modernen Sozialisten" als wichtigen Bezugspartner ernsthaft im Auge behalten. Es ist ein nicht wegzudiskutierender Vorteil der Zeiterscheinung des modernen Reformismus, daß er seine Anziehungskraft zum einen aus der Ablehnung alter ML-Vorstellungen, zum anderen aus einem Blanko-Scheck seiner politischen Vorstellungen auf die Zukunft zieht, die einzulösen er bislang nicht gezwungen war. Solange die Entwicklung neuer reformerischer Alternativ-Modelle zum herrschenden System im wesentlichen darauf bauen können, daß sie nicht in die Lage kommen, sich praktisch bewähren zu müssen, so lange wird der wissenschaftliche Sozialismus es schwer haben, in Konkurrenz zu dieser Mode-Erscheinung zu treten. Erst das praktische Scheitern reformistischer Modelle wird wieder stärker die Bereitschaft steigern, darüber zu diskutieren, daß sich dieses System nicht aufgrund logischer Entscheidungen über die Rationalität alternativer Krisenüberwindungsmodelle verändern läßt, sondern nur über die Veränderung der politischen Machtverhältnisse, die selbst wiederum verbunden sind mit dem Ausmaß und dem Bewußtseinsstand in den realen Klassenbewegungen. Der KB sollte daher seine Auseinandersetzung auf die Analyse der zu erwartenden gesellschaftspolitischen Entwicklungen und auf die Schlußfolgerungen für praktische Politik konzentrieren. In der Friedensbewegung läßt sich heute bereits erkennen, wo ein solcher Streit fruchtbar geführt werden kann. Eine ähnliche Entwicklung läßt sich für die Parlamentarismus-Diskussion

KB sollte daher seine Auseinandersetzung auf die Analyse der zu erwartenden gesellschaftspolitischen Entwicklungen und auf die Schlußfolgerungen für praktische Politik konzentrieren. In der Friedensbewegung läßt sich heute bereits erkennen, wo ein solcher Streit fruchtbar geführt werden kann. Eine ähnliche Entwicklung läßt sich für die Parlamentarismus-Diskussion

und das Agieren im Parlament gegenüber insbesondere der SPD vorhersehen. Hier u.a. liegt eine Zukunftsaufgabe für die Zeitung des KB.

Zukunft des KB

Rezepte der Vergangenheit zur Behebung der Krise, die sich in der innerorganisatorischen Diskussion hauptsächlich um Stichworte wie mehr Organisierung/mehr Zeitungsverkauf/mehr zentrale Anleitung etc. ranken, werden uns nicht in die Lage versetzen, die zukünftigen Aufgaben zu meistern. Auf dem letzten KB-Kongreß vor zwei Jahren hatten wir in unserer Resolution „Krise der Linken — Krise des Marxismus" als Aufgabe formuliert, *„am Marxismus als Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und Anleitung zum Handeln"* durch o r g a n i s i e r t e Tätigkeit festzuhalten. Wir hatten uns die Aufgabe gestellt, mehr als in den vergangenen Jahren, unseren *„theoretischen Beitrag zur Untersuchung sozialer Prozesse, zum streitbaren Dialog mit anderen ideologischen Positionen, zur Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus und seiner Verbreitung"* zu erhöhen und unsere eigene Praxis stärker zu reflektieren („Unser Weg" 32).

Heute müssen wir feststellen: diese Aufgabenstellung haben wir weitgehend nicht erfüllen können. Das politisch-theoretische Niveau ist zunächst eher noch weiter abgesackt; statt einer intensiveren Beschäftigung mit dem Wissenschaftlichen Sozialismus überwog, teilweise auch in der Zeitung, die Bezugnahme auf spontaneistische und verwandte Herangehensweisen an Politik, bekam die ‚aufblühende' innerorganisatorische Diskussion Züge der Vereinsmeierei. Was die organisierte Tätigkeit angeht, konnte der weitere Rückgang der Auflage unserer Zeitung nicht gestoppt werden, ebensowenig wie der weitere Rückgang der Zahl unserer organisierten Mitglieder. Die alten innerorganisatorischen Strukturen sind weiter zerfallen, ebenso wie ein großer Teil der alten Arbeitsstrukturen. Rückgänge gab es ebenfalls im Arbeitseinsatz in der Organisation und im Einsatz für die zentrale Technik. Der Bereich der schwierigen finanziellen Entwicklung sei hier nur am Rande erwähnt.

Relativ konstant geblieben ist die Arbeit des LG, wobei es eine Reihe neuer und veränderter Aufgabenstellungen gegeben hat. Konstant geblieben ist auch die Arbeit der AK-Redaktion sowie einer Reihe von Kommissionen und einiger Ortsgruppen.

Seit einigen Monaten gibt es in der Organisation nun eine Reihe von Veränderungen, die es mir ermöglichen, auch einmal einige optimistische Zukunftsaussichten zu verkünden: sie bestehen in

– der Stärkung der inhaltlichen und analytischen Arbeit einer Reihe von Kommissionen, deren Arbeitsergebnisse bereits in unserer Zeitung abzulesen waren;
– in aktiven Bemühungen um neue Formen der Organisierung (neue Schulungs- und Kommissionszellen);
– einer quantitativen und qualitativen Steigerung der Schulungstätigkeit – sowohl zentraler als auch regionaler Schulungen (Antimil, Antifa, B&G, Regionalschulungen z.B. Baden-Württemberg, Bremen).

Für die Entwicklung der Organisation KB läßt sich sagen, daß es heute wieder erkennbare Tendenzen von Stabilisierung (z.B. in Regionen wie Baden-Württemberg, in Westberlin, Frankfurt und Göttingen und in Teilen der neuen Bereiche in Hamburg) gibt, während der Zerfall in Schleswig-Holstein, Teilen von NRW, Niedersachsen und der alten Bereiche in Hamburg nicht aufgehalten werden konnte. (Wurden andere Bereiche nicht aufgeführt, mag man sie dem Stichwort Stagnation zuordnen, oder die Entwicklung entzieht sich meiner Kenntnis.)

Auf jeden Fall zeigt sich hier, daß eine Neueröffnung der Debatte um die Organisierung im KB angebracht ist und dringend auf einer von diesem Kongreß zu beschließenden Arbeitstagung aufgenommen werden sollte.

Allerdings sollten wir auch da nicht in den mehrfach gescheiterten Versuch rückfallen, den Hebel in erster Linie bei organisatorischen Veränderungen anzusetzen. Eine zeitgemäße Interpretation des folgenden Lenin-Zitats sollte uns die Bedeutung der Diskussion um die Zeitung für die Organisationsfrage klar machen, die es entgegen verschiedenster Forderungen aus der Organisation m.E. durchaus möglich macht, zunächst organisiert die Frage der Veränderung der Zeitung und daran orientiert die Reorganisation anzu-

mäße Interpretation des folgenden Lenin-Zitats sollte uns die Bedeutung der Diskussion um die Zeitung für die Organisationsfrage klar machen, die es entgegen verschiedenster Forderungen aus der Organisation m.E. durchaus möglich macht, zunächst organisiert die Frage der Veränderung der Zeitung und daran orientiert die Reorganisation anzu-

packen. Lenin schrieb in „Womit beginnen":

„Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. Was das letztere betrifft, kann sie mit einem Gerüst verglichen werden, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird; es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen die Arbeit zu verteilen und die durch organisierte Arbeit erzielten gemeinsamen Resultate zu überblicken. Mit Hilfe der Zeitung und in Verbindung mit ihr wird sich ganz von selbst eine beständige Organisation herausbilden, die sich nicht nur mit örtlicher, sondern auch mit regelmäßiger allgemeiner Arbeit befaßt, die ihre Mitglieder daran gewöhnt, die politischen Ereignisse aufmerksam zu verfolgen, deren Einfluß und Bedeutung auf die verschiedenen Bevölkerungsschichten richtig zu bewerten und zweckmäßige Methoden herauszuarbeiten, durch die die revolutionäre Partei auf diese Ereignisse einwirken kann".

Zur undogmatischen Interpretation gehört selbstverständlich, daß wir dieses „ganz von selbst" nicht im Sinne von: „dann brauchen wir ja nichts dazu zu tun" interpretieren dürfen. Selbstverständlich gehört auch dazu, daß wir nicht annähernd in der Lage sind, von der „revolutionären Partei" zu sprechen, sondern uns dabei der eingangs erwähnten Offenheit des KB in der Organisationsfrage (KB als B u n d) erinnern sollten, und neben unserer Mitarbeit am Aufbau von fortschrittlichen und widerstandsfähigen Fronten gegen die Kriegsgefahr, die reaktionäre Entwicklung und die soziale Ausplünderung längerfristig am Zustandekommen eines die heutigen Organisationsgrenzen sprengenden „revolutionären Blocks" arbeiten sollten.

Thesen zur Perspektive des „Arbeiterkampf"

1. Über die Krise des „Arbeiterkampf" zu sprechen, heißt, über die Krise des KB (und im weiteren Sinne der 70er „Neuen Linken" insgesamt zu sprechen. Über die Perspektive des „Arbeiterkampf" zu sprechen, heißt, über die Existenzberechtigung und — sofern eine Existenzberechtigung im Prinzip bejaht wird — spezifische Aufgabenstellung des KB zu sprechen.

2. Der „Arbeiterkampf" ist das Produkt einer Phase, in der die Ideologien und vorherrschenden Stimmungen der APO (Ablehnung von „traditionellen Organisationsformen", Ablehnung des „Marxismus-Leninismus" als veraltetes Dogmengebäude) abgelöst wurden bzw. übergingen in einen nur oberflächlich angeeigneten „Marxismus-Leninismus" und die heftige Konkurrenz diverser Avantgarden des Proletariats. Mehrere Jahre lang konnten die sich auf den „Marxismus-Leninismus" beziehenden Gruppen eine politisch-ideologische und praktische Hegemonie in der Linken außerhalb von SPD und DKP behaupten. Diese Hegemonie erreichte 1976/77 ihre Höhepunkte und ging dann in eine steile Abwärtsentwicklung über. Diese Entwicklung spiegelt sich wider in einem realen Auflagenverlust der „marxistisch-leninistischen" Presse (AK eingerechnet) um mehr als 50.000.

3. Unter den Erklärungsversuchen zu dieser Entwicklung überwiegen Argumentationsmuster, die von einem Scheitern nicht allein der diversen ML-Gruppen, sondern auch des Marxismus-Leninismus selbst ausgehen.

Objektive Grundlage dieser Abkehr von einer revolutionär-sozialistischen Strategie ist die Tatsache, daß der Kommunismus als „einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung" (Komm. Manifest) von der konkreten geschichtlichen Bewegung des Imperialismus überlagert, teilweise zerstört und unterdrückt wird. Die objektieve Entwicklung der Verhältnisse in den

Objektive Grundlage dieser Abkehr von einer revolutionär-sozialistischen Strategie ist die Tatsache, daß der Kommunismus als „einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung" (Komm. Manifest) von der konkreten geschichtlichen Bewegung des Imperialismus überlagert, teilweise zerstört und unterdrückt wird. Die objektieve Entwicklung der Verhältnisse in den

imperialistischen Metropolen begünstigt derzeit Resignation und Opportunismus. Kennzeichnend für diese Entwicklung sind:

a) Die destruktive Entwicklung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus

Der Kapitalismus schafft zwar durch die Entwicklung der Produktivkräfte die materiellen Voraussetzungen für eine sozialistische Gesellschaft, gleichzeitig aber konterkariert als reale Produktivkraftentwicklung in den imperialistischen Metropolen durch die massenhafte Freisetzung destruktiver Technologien und die destruktive Anwendung von Technologien diese Entwicklung. Da sich eine höhere Gesellschaftsform (Sozialismus nie anders entwickeln kann als auf der (materiellen) Grundlage der niedrigeren, und der Kapitalismus über 150 Jahre Zeit hatte, den gesamten Produktionskörper nach seinen Bedürfnissen zu gestalten, die Natur auszubeuten und ganze Landstriche zu zerstören, erscheint das kommunistische Ziel, die freie Assoziation der Produzenten zum Zwecke der allseitigen Entwicklung der Menschen, vielen unrealisierbar.

Jenseits von guten Hoffnungen und schlechtem Glauben läßt sich wissenschaftlich belegen, daß, je länger der Kapitalismus überlebt, desto mehr das Erbe, das uns dieses System allein auf dem Gebiet der Naturzerstörung und -ausplünderung sowie auf dem Gebiet des technischen Produktionsapparates hinterläßt, den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft komplizierter, schwieriger und langwieriger macht.

b) Der Ausbau des imperialistischen Gewaltapparates

Die objektiv zentrale Frage einer revolutionären Umwälzung der Verhältnisse ist die Eroberung der politischen Macht. Gerade dies erscheint angesichts der Machtfülle und der Machtinstrumente der Bourgeoisie vielen unmöglich. Wir stehen vor folgender paradoxer Situation: Je offensichtlicher die Bourgeoisien sich präventiv auf eine gewaltsame Zerschlagung von Massenaufständen vorbereiten, je mehr gewinnen Strategen an Boden, die auf eine „friedliche" Veränderung der Verhältnisse setzen. Chile erscheint so nicht mehr als „unsere Pariser Commune" („es kommt darauf an, den Bürgerkrieg zu gewinnen"), sondern als Waterloo der sozialistischen Revolution („es kommt darauf an, den Bürgerkrieg unter allen Umständen zu vermeiden"). Eine innere Zersetzung des bürgerlichen Gewaltapparates (Polizei, Justiz, Armee) ist derzeit nicht in Sicht, vielmehr seine Konzentration und Zentralisation zur Zerschlagung des inneren Feindes. Hinzu kommt, daß die antikapitalistischen Kräfte in den imperialistischen Metropolen nicht nur den eigenen Imperialismus, sondern den Imperialismus als Gesamtsystem (insbesondere den US-Imperialismus) zum Gegner haben.

Die in der Geschichte beispiellose Konzentration von Vernichtungsmitteln und Unterdrückungsapparaten in den Händen der herrschenden Klasse ist eine objektive Grundlage für das aktuelle Anwachsen des Revisionismus in der Staatsfrage und für die verschiedenen Unterlaufungs- und Versöhnungskonzepte.

c) Das revolutionäre Subjekt

Die entscheidende Trägerin revolutionärer Umwälzungen, die Arbeiterklasse, ist gegenwärtig ein schlafender Riese, eine zersplitterte, politisch gelähmte Klasse. Die Hoffnung der Linken, die Arbeiterkämpfe von 1968/69 seien Signal für ein andauerndes Anwachsen dieser Kämpfe hin zu einer revolutionären Arbeiterbewegung, haben sich nicht erfüllt. Dies ist eine Grundlage für die Abkehr von der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt.

d) Zusammenbruch der Sozialismusmodelle

Der sich auf die KP China berufende Antirevisionismus der ML-Bewegung war auch ein ideologischer Schutzwall gegen die Diskreditierung des Sozialismus durch die Länder des Warschauer Pakts. Von Anfang an haben in der ML-Bewegung schwärmerische und unkritische Positionen

d) Zusammenbruch der Sozialismusmodelle
Der sich auf die KP China berufende Antirevisionismus der ML-Bewegung war auch ein ideologischer Schutzwall gegen die Diskreditierung des Sozialismus durch die Länder des Warschauer Pakts. Von Anfang an haben in der ML-Bewegung schwärmerische und unkritische Positionen

zur VR China, insbesondere zur Kulturrevolution vorgeherrscht.

Die konterrevolutionäre Entwicklung in China hat diesen trügerischen Schutzwoll niedergerissen und den Revolutionären, sofern sie das „chinesische Modell" bedingungslos propagierten, die Identität und den praktischen Beweis für die Machbarkeit ihrer Ideen geraubt.

Die Rechtfertigung jeder unterdrückerischen und undemokratischen Politik der herrschenden Bourgeoisien in den realsozialistischen Ländern mit den Theorien von Marx und Lenin hat den Distanzierungsdruck innerhalb der Linken vom Marxismus-Leninismus verstärkt. Die inneren Schwierigkeiten der realsozialistischen Länder wird diese Entwicklung noch verschärfen.

e) Offensive des Imperialismus

Seit etwa Mitte der 70er Jahre demontiert der Imperialismus Zug um Zug die Ansätze der „Entspannungspolitik" und betreibt die Zurückdrängung des „realsozialistischen" Einflußbereichs ebenso wie der antiimperialistischen Kräfte in der 3. Welt. Begleitet wird diese Politik von einer Propaganda, die militärische Überlegenheit und Aggressivität der Sowjetunion behauptet und die für eine sprunghafte Steigerung der westlichen Rüstungsanstrengungen wirbt. Reflex dieser Entwicklung sind in der Linken die Entwicklung der militanten „Vaterlandsverteidiger"-Strömung und, auf wesentlich breiterer Ebene, Tendenzen zur Anpassung an die imperialistische Kriegspropaganda.

In der ML-Bewegung sind diese Schwierigkeiten einer revolutionär-sozialistischen Strategie durch scheinrevolutionären Voluntarismus und realitätsblinden Dogmatismus sowie durch unkritische Identifikationen mit der chinesischen Kulturrevolution überdeckt worden.

Der eingetretene ideologische Pendelschlag (Abkehr vom Marxismus-Leninismus) ist die spezifische Verarbeitungsform des Scheiterns einer kommunistischen Bewegung, die ihre Theorie und Strategie nicht in realen Klassenkämpfen entwickelt hat, sondern mit modisch zusammengefügten Theoriestücken aus der Vergangenheit der Arbeiterbewegung und dem aktuellen Beispiel der VR China, und die glaubte, die Klassenkämpfe stellvertretend für die Massen führen zu können.

4. Unter den genannten Bedingungen wird sich innerhalb der Linken die Abkehr vom Marxismus-Leninismus und die Zuflucht zu reformistischen und eurokommunistischen Theorien verstärken. Hinter allen diesen Theorien steht unausgesprochen der fromme Wunsch, die herrschende Klasse werde nicht zu den bereitgestellten Mitteln des Terrors und der Unterdrückung von Massenbewegungen greifen, um ihre Interessen durchzusetzen. Sämtliche Spielarten des Reformismus und der friedlichen Übergangsstrategien gehen implizit von einem „ruhigen", nicht durch Katastrophen, schweren sozialen und politischen Erschütterungen der Gesellschaft, durch Verfolgung und Illegalisierung gekennzeichneten Verlauf der Klassenkämpfe aus. Sie unterschätzen die reale Kriegspolitik des Imperialismus ebenso wie seine Vorbereitungen zur präventiven Konterrevolution im Innern.

Der Marxismus-Leninismus baut gerade aus einer realistischen und illusionslosen, durch die Geschichte der Arbeiterbewegung immer wieder bestätigten Einschätzung der Aggressivität der Kapitalistenklasse im Zeitalter des Imperialismus die Grundpfeiler seiner Revolutionstheorie:

die Unversöhnlichkeit zwischen Sozialisten und bürgerlichem Staat; die Notwendigkeit der gewaltsamen „Zerschlagung" dieses Staatsapparates und seiner Ersetzung durch rätedemokratische Strukturen, die in sich bereits den ersten Schritt zum völligen „Absterben des Staates" beinhalten muß; die absolute Ablehnung einer Verteidigung des imperialistischen „Vaterlands"; die Notwendigkeit einer Organisierung der Revolu-

zialisten und bürgerlichem Staat; die Notwendigkeit der gewaltsamen „Zerschlagung" dieses Staatsapparates und seiner Ersetzung durch rätedemokratische Strukturen, die in sich bereits den ersten Schritt zum völligen „Absterben des Staates" beinhalten muß; die absolute Ablehnung einer Verteidigung des imperialistischen „Vaterlands"; die Notwendigkeit einer Organisierung der Revolu-

tionäre als vorantreibende Kraft in den politischen und sozialen Bewegungen; die Orientierung auf die Arbeiterklasse als Hauptträgerin des revolutionären Prozesses.

Die dramatische Verschärfung der Kriegsgefahr unterstreicht die Aktualität dieser Grundpositionen des Marxismus-Leninismus. Wir verkennen nicht, daß diese uns von unseren Gegnern diktierten Grundsätze erhebliche Gefahren für eine demokratische Entwicklung nachrevolutionärer Gesellschaften in sich bergen. Die Erfahrungen mit dem „realen Sozialismus" müssen gerade unter dem Gesichtspunkt sozialistischer Demokratie ausgewertet werden (politisches Monopol einer Partei, linker Pluralismus). Wir sperren uns nicht gegen eine Diskussion um diese Fragen, auch nicht gegen das Suchen nach neuen Wegen, halten aber daran fest, daß die o.g. Grundsätze die Marksteine auf jedem Weg revolutionärer Veränderungen sind.

Zur Diskussion steht nicht der theologische Streit um Dog men und Formeln, sondern der Streit um Schlußfolgerungen für die praktische Politik. So in der Friedensbewegung, in der Politik der diversen alternativen Listen, in den politischen und sozialen Bewegungen.

Die Frage nach der Existenzberechtigung und gegebenenfalls nach einer spezifischen Aufgabenstellung des KB muß in Einschätzung der zu erwartenden Entwicklung der nächsten Jahre beantwortet werden.

a) Innenpolitisch zunehmende Tendenz zur Regierungsunfähigkeit der SPD; einerseits Anwachsen einer Opposition links von der SPD, andererseits Zunahme der CDU/CSU. Daraus resultierend höchstwahrscheinlich Regierungsübernahme durch die CDU/CSU (vielleicht in Koalition mit der FDP), möglicherweise noch

vor Ablauf der ordentlichen Amtszeit der jetzigen Regierung. Verschärfte Fortsetzung der „Faschisierung von Staat und Gesellschaft" (präventiver Polizei-Ausbau, unmittelbare Repression, Entwicklung faschistischer Massenbewegungen), weitere Verringerung des ohnehin bloß minimalen Spielraums für progressive Reformen.

b) Ökonomisch Verschärfung der Krisentendenzen , Angriffe auf das erreichte Lebensniveau der „Volksmassen" (Reallohn, Arbeitsbedingungen, staatliche „Sozial"politik usw.). Absolute „Verelendung" von Teilen der „Volksmassen".

Dabei sind die Frauen in besonderer Weise Opfer der sozialen Verschärfung und der Versuche, bereits erreichte Schritte der sozialen und politischen Emanzipation rückgängig zu machen.

c) Außenpolitisch ein dramatisches Anwachsen der Kriegstendenzen, mit möglicher Beteiligung der BRD und mit dem Risiko eines absoluten atomaren Schlagabtausches in Mitteleuropa/Europa. Die aktuelle Strategie des US-Imperialismus zielt darauf ab, im vollen Sinn des Wortes die Weltherrschaft zu gewinnen. Das beinhaltet „Eindämmung" und „Roll Back" aller emanzipatorischen Tendenzen in der „Dritten Welt", Zurückdrängung des Einflusses der Sowjetunion auf ihre eigenen Grenzen, Zersetzung und Zerstörung des unmittelbaren sowjetischen Einflußbereichs in Mittel- und Osteuropa, und es beinhaltet darüber hinaus den Versuch, einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion „führbar" zu machen. Damit soll das seit der Oktoberrevolution verfolgte Ziel, die Sowjetunion als Staat zu zerschlagen, nach mehrfachem Scheitern endlich zum Erfolg gebracht werden.

Bereits für die vor uns liegenden Jahre läßt sich ein brisantes Anwachsen der Kriegsgefahren prognostizieren. Dabei ist es von untergeordneter Bedeutung, ob zunächst einmal die Länder der „Dritten Welt" zum Schauplatz werden, da so oder so die innere Logik der US-Strategie die Möglichkeit eines „Übergreifens" auf Europa beinhaltet. Gerade in einer Zeit, wo die Herrschenden die wachsende Zukunftsangst der Beherrschten mit der Behauptung zu beruhigen versuchen, „das Zeitalter der Kriege in Europa" sei „zu Ende" (Strauß), sollten wir das Bewußtsein dieses finalen Risikos wachhalten und in Energie zum Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse zu verwandeln versuchen.

die herrschenden Verhältnisse zu verwandeln versuchen.

d) Gegen die genannten innen- und außenpolitischen Entwicklungstendenzen gibt es Widerstand, der sich derzeit immer noch in der Phase des Anwachsens befindet. Zugleich entstehen und entfalten sich in den verschiedenen Sektoren des Widerstands wertvolle demokratische, emanzipatorische Elemente, die von uns aufgenommen und gefördert werden sollen.

Aktuell sind die unter a) bis c) genannten Entwicklungstendenzen zwar immer noch die vorherrschenden, aber die Entwicklung des Imperialismus schafft auch die objektiven Voraussetzungen für die Umsetzbarkeit einer revolutionären Politik. Der Kapitalismus bringt gleichzeitig mit der Umweltzerstörung notwendig auch eine breite Massenbewegung für die Erhaltung der Lebensbedingungen hervor. Die Ausweitung des Staatsapparats und die ungeheure Machtkonzentration in seiner Hand verursacht eine für die Nachkriegszeit beispiellose Staats- und Parteienverdrossenheit in der Bevölkerung. Mit der Verschärfung der Kriegsgefahr riskiert der Imperialismus letztlich auch eine grundlegende Erschütterung seines bisherigen Herrschaftssystems. Diese Dialektik der Entwicklung meint Brecht, wenn er schreibt: „Das Sichere ist nicht sicher. So wie es ist, bleibt es nicht."

5. Die Fähigkeit des BRD-Staates, sich als Organisator relativen Massen-„Wohlstands" und eines weithin als ausreichend angesehenen Maßes an „persönlicher Freiheit" darzustellen, hat dem deutschen Imperialismus ein hohes Maß an innerer Stabilität gegeben. Wo Ansätze von tatsächlich systemfeindlicher, anti-staatlicher Opposition entstanden, blieben sie am Rande der gesellschaftlichen Verhältnisse. Dieser Zustand ist seit einigen Jahren wachsenden Erschütterungen ausgesetzt. Triebkraft dieser Erschütterungen ist wesentlich nicht der Wille nach Veränderungen, sondern ganz im Gegenteil die Angst, daß diese Gesellschaft sich selbst zerstört bzw. zerstört wird. Die Angst wird in dem Maß zunehmen, wie sich die Gefahren für den „Frieden", für die „soziale Sicherheit" usw. immer bedrohlicher darstellen. Von allen Sektoren der Bourgeoisie und ihrer politischen Agenturen wird diese Zukunftsangst als aktuell größte Gefährdung der herrschenden Verhältnisse und ihrer Herrschaft selbst angegangen, auch wenn sie einzelne dieser Ängste (z.B. „Gefahr aus dem Osten", Ausländer, Kriminalität, Drogen u.a.) reaktionär zu nutzen versuchen. Ihr gemeinsames Anliegen ist es, wider alle realen Entwicklungen einen neuen Aufschwung des Vertrauens in die Möglichkeiten des bürgerlichen Staates zur „Meisterung der Zukunft" zustande zu bringen. Aufgabe der Revolutionäre ist es, die sich ausbreitende Zukunftsangst ernst zu nehmen, alle „Rinnsale" dieser Angst (z.B. auch ihre kulturellen Reflexe) zusammenzuführen, mit Argumenten und Fakten die Berechtigung dieser Angst zu untermauern, praktische Schritte des Widerstands an dieser Front zu organisieren – und in all den Fragen, an denen sich Angst und Protest entzünden, deutlich zu machen, daß diese Verhältnisse nur durch den konsequenten Kampf gegen die Herrschenden in diesem Land geändert werden können. Gerade die wachsende Kriegsgefahr stellt uns vor die Aufgabe, nachzuweisen und zu propagieren, daß diese Verhältnisse einer radikalen und baldigen Umwälzung (Revolution) bedürfen. Dabei ist es nicht Aufgabe der Revolutionäre, abgestandenen Revolutions-Optimismus oder Aktions-Euphorie zu verbreiten.

6. Auf der Linken findet eine Umgruppierung statt, die sichtbar mit der Entstehung grün/bunter Listen 1977/78 begonnen hat und die noch nicht abgeschlossen ist. Wahrscheinlich wird diese Umgruppierung auf die Bildung einer Reformpartei hinauslaufen, die sich von der SPD aufgegebene Elemente des Sozialdemokratismus wieder aneignet. In diesem Parteibildungprozeß treffen Kräfte, die sich auf die SPD zubewegen („Moderne Sozialisten", „Undogmatische Sozialisten", Teile der Grünen und Alternativen), zusammen mit Kräften, die sich von der SPD wegbewegen. Der zukünftige Spielraum einer solchen „authentisch" sozialdemokratischen Reformpartei wird wesentlich davon abhängen, wieweit die SPD ihr diesen Raum überläßt oder aber – durch eine Rückverschiebung des eigenen Standorts in Richtung „links" – wieder streitig macht. Die Strömung des „Modernen Sozia-

tung „links" – wieder streitig macht. Die Strömung des „Modernen Sozia-

lismus" muß in diesem linkssozialdemokratischen Parteibildungsprozeß als der linke Flügel betrachtet werden, der noch einige Elemente der marxistischen Gesellschaftsanalyse und einer revolutionären Strategie bewahrt.

7. Es handelt sich bei der aktuellen Umgruppierung der Linken also um einen sehr widersprüchlichen Vorgang: Einerseits Tendenzen, die von der SPD und somit überhaupt vom herkömmlichen Parteiensystem wegdrängen, auf der anderen Seite Tendenzen der 70er „Neuen Linken" zur „Aussöhnung" mit dem imperialistischen Staat:

a) Innenpolitisch: Bruch mit der „Staats-Theorie" Lenins und dem „Revolutions-Verständnis" der Dritten Internationale. Annäherung an „dominant reformerische", „transformatorische" Strategien („Historischer Kompromiß", „französischer Weg zum Sozialismus" u.ä.).

b) Außenpolitisch: Bruch mit der „Imperialismus-Theorie" Lenins bis hin zur Bestreitung des imperialistischen Charakters der BRD (KBW). Bekenntnis zur Vaterlandsverteidigung und zum Antisowjetismus.

Die Herausbildung einer Partei links von der SPD ist unter den objetiven Bedingungen ein notwendiger Zwischenschritt im Entstehungsprozeß einer revolutionären Partei und insofern progressiv. Die Dokumentation und kritische Förderung der Herausbildung einer solchen linkssozialdemokratischen Partei gehört zu den Aufgaben unserer Zeitung. Eine solche Partei macht aber besondere revolutionäre Organisationen keineswegs überflüssig. Unser Verhältnis zu diesem Parteibildungsprozeß ist daher nicht nur durch Bemühen um Zusammenarbeit, sondern auch durch umfassende Auseinandersetzung und inhaltliche Abgrenzung gekennzeichnet. Vordringlich ist dabei die Zurückdrängung des Einflusses aller Spielarten der Vaterlandsverteidigung und des Nationalismus, der momentan über eine unheilige Allianz von alten MLern und linken Sozialdemokraten sowohl in dem Bildungsprozeß einer neuen Partei (einschließlich der Grünen) als auch in der Friedensbewegung beunruhigende Ausmaße annimmt. Es wäre der Tod der Friedensbewegung, wenn diese Strömungen die Hegemonie gewinnen würden.

Aus den genannten Verhältnissen und Entwicklungen ergibt sich die Notwendigkeit, den KB als autonome Organisation zu bewahren, statt ihn in der breiteren Strömung der „Neuen Sozialdemokratie" aufgehen zu lassen. Die Herausgabe einer Zeitung, die die spezifischen Ansichten und Vorschläge des KB vorträgt, und für die eine möglichst große Verbreitung angestrebt wird, ist das zentrale Instrument, um die politische Rolle des KB zur Geltung zu bringen.

10. Der „Arbeiterkampf" entspricht dem in der „ML"-Bewegung der 70er Jahre allgemein verbreiteten Modell des „Zentralorgans", das den Anspruch hatte, Informationsträger und Propagandist in einem zu sein, also neben Meinungs- und Ausrichtungs-Artikeln eine Fülle von Informationen aus dem Tagesgeschehen und aus der linken Scene zu präsentieren. Diese Zeitungen waren ihrem Anspruch nach „Massen"presse, d.h., sie entsprachen Vorstellungen über eine relativ rasche und jedenfalls geradlinige Ausdehnung des Einflußbereichs der Sozialisten. (Verkauf vor Betrieben, in „normalen Kneipen" u.ä.). Ein Überschlag der höchsten Gesamtauflage der Presse der 70er „Neuen Linken" zeigt, daß „Massen"haftigkeit nur ansatzweise erreicht wurde; immerhin sind aber gerade hinsichtlich des Vertriebs der „revolutionären" Presse in der Arbeiterlinken damals erste Erfolge erzielt worden, die inzwischen weitgehend verlorengegangen sind. Daß eine sozialistisch dominierte Zeitung mit „Massen"charakter wünschenswert wäre, soll hier nicht bestritten werden. Wohl aber ist die Realisierbarkeit entsprechender Projekte zum aktuellen Zeitpunkt mehr als zweifelhaft.

11. Angesichts des krassen Rückgangs von Einflußfeld, organisierter Mitgliedschaft und Zeitungsauflage des KB ist ein Festhalten am „Arbeiterkampf" in seiner aktuellen Form (48 Seiten alle 14 Tage mit entsprechendem, größtenteils außer-beruflichen, Arbeitsaufwand; relativ liberale und spontaneistische Veröffentlichungs-Praxis) außerhalb einer längerfristig sinnvollen Perspektive.

12. Aus den dargestellten Gründen ergibt sich die Notwendigkeit und die Aufgabe, ein neues Zeitungskonzept zu entwickeln, das sich auf unsere spezifische Aufgabenstellung als revolutionäre Organisation konzentriert und damit der Tatsache Rechnung trägt, daß es nicht mehr – wie zur Zeit unentwickelter Massenbewegungen – Aufgabe des KB ist, stellvertretend demokratischen Protest zu organisieren. Leitmotiv der neuen Zeitung soll sein, an der massenhaft verbreiteten Kriegs- und Existenzangst anzusetzen, dieses Bewußtsein mit Fakten und Argumenten zu versorgen und es auf die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen zuzuspitzen. Dabei soll künsterlischen und kultur-philosophischen Ausdrücken dieses Zeitgefühls und der Suche nach Alternativen im kulturellen Bereich in Zukunft besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die Auseinandersetzung mit neoreformistischen Strömungen, mit Illusionen in „Strategien" absoluter Gewaltfreiheit und die Debatte um die Rolle unserer „eigenen" Bourgeoisie (u.a.) stellen den KB dabei vor die Aufgabe, die zeitgemäße und notwendig kritische Aneignung und Verbreitung marxistisch-leninistischer Positionen stärker als bisher zum Bestandteil der Zeitungsarbeit zu machen.

Dieses Konzept bedeutet eine Orientierung weg von begrenzten Einzelinformationen, die z.B. auch durch „taz" und örtliche Alternativ-Presse abzudecken sind, hin zu umfassenderen Untersuchungsarbeiten und Debatten. Dieser Umorientierung sollen keine Bereiche unserer bisherigen Arbeit „geopfert" werden, sondern angestrebt wird eine schwerpunktmäßige Ausrichtung der gesamten Arbeit im Sinne der oben skizzierten Aufgabenstellung. Dies gilt auch für die Frauenpolitik, die wie bisher mit eigenständigen Artikeln und unter autonomer Redaktion der Genossinnen in der neuen Zeitung ihren Platz haben wird.

Das alles setzt voraus, daß wir überhaupt erst wieder die Fähigkeit zurückgewinnen, systematisch und planmäßig Politik zu machen. –

Die veränderte Aufgabenstellung unserer Zeitung könnte auch in einer neuen Namensgebung zum Ausdruck kommen. Die Diskussion um eine neue Namensgebung wird im AK geführt werden; die Leser(innen) sollen zu Stellungnahmen und Vorschlägen aufgerufen werden. Nach einem angemessenen Zeitraum werden Redaktion und LG der Organisation einen Vorschlag mit mehreren Alternativen zur Urabstimmung vorlegen.

Sollte ein neuer Name beschlossen werden, wird für eine Übergangszeit die Kennzeichnung „ehemals Arbeiterkampf" im Kopf der Zeitung erscheinen. Die Diskussion um eine neue Namensgebung schließt selbstverständlich nicht aus, daß es sich möglicherweise als zweckmäßig erweist, den Namen „Arbeiterkampf" beizubehalten. In jedem Fall soll der Name Arbeiterkampf rechtlich geschützt werden.

Der politische Gebrauchswert der Zeitung soll durch wichtige Dokumentationen, übersichtliche Zusammenstellungen von Hintergrundinformationen sowie durch eine „professionellere" Planung und Gestaltung erhöht werden. Mit der bisherigen Praxis des unkommentierten Abdrucks fast aller eintreffenden Manuskripte muß gebrochen werden. Für Informationen und Debatten von nur innerorganisatorischer Relevanz wird ein Spezialheft (Organisationsbulletin) herausgegeben.

Die neue Zeitung soll einen Leserkreis ansprechen, der über das bisherige KB-Umfeld bzw. die „scene" hinausgeht, und soll für alle, die aktiv linke Politik machen, zu einem wichtigen Informationsmittel und Denkanstoß-Geber werden. Dies bedeutet auch, sich verstärkt um Beiträge von Gastautoren zu bemühen. Da die Zeitung aber Instrument der spezifischen Politik des KB sein soll, finden Überlegungen für einen breiteren Trägerkreis der Zeitung vorerst ihre Schranken.

Die bisherige Erscheinungsweise des AK, alle 14 Tage, bietet unter politischen Gesichtspunkten viele Vorteile. Sie ist aber derzeit aus materiellen Gründen (Arbeits- und Finanzaufwand) nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die deshalb notwendig werdende Entscheidung, den AK auf monatliche Herausgabe umzustellen, beinhaltet zugleich den Auftrag an Redaktion und LG, Möglichkeiten für eine spätere Rückkehr zur bisherigen Erscheinungsweise ständig zu überprüfen.

Der AK soll weiterhin als Zeitung – also nicht in Broschüren-Format und Aufmachung – produziert werden, jedoch möglicherweise in kleinerem Format.

In Zukunft: Mehr Kultur in unserer Zeitung

Der Kongreß nahm u.a. einen Antrag einstimmig an, in dem gefordert wird, daß „künstlerischen und kulturphilosophischen Ausdrücken des Zeitgefühls und der Suche nach Alternativen im kulturellen Bereich in Zukunft besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden" sollen. Auf Wunsch der Kongreßteilnehmer/innen wird die Antragsbegründung im AK vorgestellt. Sie wird durch einige Ausführungen vom Antragsteller selbst ergänzt.

Begründung

Ich gestehe, daß es mir schwerfällt, die Begründung präzise und zugleich agitatorisch zu bringen. Aber ich werde es mal versuchen. Vielleicht springen mir ja noch ein paar Genossinnen und Genossen zur Seite.

Also zunächst grundsätzlich: Im Gegensatz zu dem wesentlich instrumentell und taktisch bestimmten Verhältnis großer Teile der BRD-Linken gegenüber Kultur/Kunst/Philosophie muß es m.E. darum gehen, kulturkritisches und darüber hinaus kulturrevolutionäres Verhalten als Bereicherung und Ergänzung organisierten politischen Handelns, nicht nur als massenwirksame Zutat zu verstehen und zu akzeptieren. Kunst, Literatur, Philosophie sowie die Normen des kulturgeprägten (!) Alltags konditionieren die Menschen einerseits weit differenzierter als „bloße" physische Repression. Andererseits entwickeln die Menschen – wenn mensch so sagen darf – noch unterhalb bewußter politischer Praxis gerade in kritischer Distanz zu diesem Alltag Träume, Utopien, die über die gesellschaftlichen Verhältnisse hinausweisen, die auch Energien zum Teil erst erschließen, den Kampf um die Veränderung der widerwärtigen Realitäten aufzunehmen, durchzuhalten ..., die den ganzen Menschen in vielen Differenzierungen unterhalb des rationalen artikulierbaren politischen Bewußtseins erfassen ... usw. Wer's nicht glaubt, die/der lese u.a. bei Lenin nach in „Was tun" S. 529/30 (Werke Bd. 5) oder bei Mao Tse-Tung oder auch bei Willi Münzenberg (KPD der Weimarer Zeit). Ich spar mir hier Zitate. Bildende Kunst, Literatur, Philosophie, Kulturkritik im Alltag sind darüber hinaus aufgrund ihrer subjektiven Empfindsamkeit empfindlichste Seismographen der geistigen Realität innerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse, die gesellschaftliche Umbrüche fühlbar machen, erkennbar, diskutierbar werden lassen – wenn sie beachtet werden. In diesem Sinne hat auch der AK bisher nur sehr ansatzweise Kultur-Politik gemacht.

Der zweite Grund ist ein aktueller: Die sich abzeichnende Erschütterung des gesellschaftlichen Gefüges im Rahmen der auf uns zukommenden Kriegs-/Krisenpolitik nach außen, der Verdunklung des gesellschaftlichen Horizonts und Heraufziehens reaktionärer und faschistischer Wendungen der apokalyptischen Ängste nach innen, macht es zur aktuellen Notwendigkeit, auch allen „Rinnsalen" geistigen und kulturellen Widerstands in allen Bereichen kulturgeprägten Verhaltens nachzuhorchen und zu einem erkennbaren Strom zusammenzuführen – sofern und soweit wir es vermögen! Weit unterhalb der bewußten politischen Ebenen gewinnt die „Sinnfrage" (in allen formalen Variationen in der Bildenden Kunst, Literatur, in utopischen Alltagsmodellen etc.) zunehmende existenzielle Bedeutung. Grob gesagt z.B.: Der „no future"-Slogan der Punk-Generation ist wohl weniger eine Absichtserklärung, keine Zukunft haben zu wollen, als vielmehr der in diese Negations-Form gekleidete Aufschrei nach einem Sinn. Die in den Liedern der Punk-Generation liegenden Utopien z.B. müssen wir verstehen lernen – wie vieles andere ...

Die andere Seite der aktuellen Medaille ist der Kampf gegen die Unkultur, d.h. gegen die Konditionierung durch reaktionäre faschistoide Verhaltens-/Denkweisen im geistig-kulturellen Alltag, eben auch auf den Ebenen des subjektiven vor-politischen Verhaltens (allerdings in harter Kontroverse zu psychologistischen und subjektivistischen Erklärungsversuchen ...!).

Des weiteren läßt sich beobachten, daß im Zuge der gegenwärtigen und sich abzeichnenden Repression der politische Widerstand eine tendenzielle Verlagerung in den kulturellen Bereich erfährt. Auch dies gilt es nicht zu beklagen, sondern aufzugrei-

fen, zu stärken und zu politisieren: Die wachsende kulturelle Betriebsamkeit (einschließlich der reaktionären Zynismen) ist ja Ausdruck einer wachsenden Unzufriedenheit und Verunsicherung mit den herrschenden Normen und Werten, und somit Ausdruck eines allgemeinen Unwohlseins, an dem eine Politik anknüpfen muß.

Schließlich, um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich möchte nicht, daß die zukünftige Zeitung eine Kunstzeitung wird. Genauso wenig soll der Schwerpunkt Kultur-Politik/Philosophie nur eine Rubrik oder eine „Kunstseite" sein, die gleichbedeutend neben anderen Rubriken wie jetzt im AK „Lesben", „Kinder", „Schwule", „Kultur" u.a. stehen würde. Ich denke vielmehr, daß ein zukünftiger kultur-politisch/philosophischer Schwerpunkt auch die bisherigen „Keimform"-Aspekte der KB-Politik (im Sinne subjektiver Aspekte revolutionärer Politik und Verwirklichungsversuchen von neuer Moral und Kultur hier und heute) in sich aufhebt, d.h. auf ein anderes umfassenderes Niveau hebt als im bisherigen AK, nämlich: den des allseitigen kultur-revolutionären Widerstands in allen kulturellen und philosophischen-moralischen, ethischen und ästhetischen Aspekten. Insofern soll dieser Schwerpunkt offen sein für die Behandlung neuer Lebensformen wie auch neuer Philosophien bis zu neuen Tendenzen in den bildenden und anderen Künsten, allerdings unter Vermeidung nutzloser Details! (Ich möchte ausdrück-
in den bildenden und anderen Künsten, allerdings unter Vermeidung nutzloser Details! (Ich möchte ausdrück-
lich betonen, daß ich Frauenpolitik nicht mit diesem Schwerpunktbereich „abgedeckt" sehe. Hier gilt, wie für die ganze Zeitung m.E., daß die Interessen der Frauen die gesamte Zeitung durchziehen.)

So, ich hoffe, mich einigermaßen verständlich gemacht zu haben. Zum Schluß noch: Dem Charakter dieses Schwerpunkts entsprechend muß diese Arbeit durch ideologische und formale Offenheit getragen sein und manches auch formal Provozierende hinnehmen können, wenn aus den Seiten nicht öde Kulturbesprechungen, sondern eine lebendige Auseinandersetzung werden soll, von denen – wie hoffentlich von unserer ganzen Zeitung – Anregung, Unruhe, Perspektiven ausgehen soll.

nach der Diskussion ...

[redacted]

Bei der Diskussion um den Antrag gab es glücklicherweise außer allgemeiner Zustimmung auch Widerspruch. Im wesentlichen waren das die folgenden Einwände:

1. Jede/r kann, wie sie/er es will ...

Bei dieser Argumentation wurde die Kritik an der bisherigen Kultur-Arbeit im AK auf eine Kritik an der Kultur-Kommission verkürzt, die ihre Möglichkeiten nicht genutzt habe, sich mit unwichtigen Details beschäftigt habe usw. Dem wurde zu recht – bei selbstkritischem Verständnis ihrer eigenen bisherigen Arbeit – von Vertreterinnen der Kultur-Kommission die Kritik am allgemeinen Verständnis der „ML"-Bewegung, z.T. auch des KB, entgegengehalten, nach dem Kultur als Luxus, bestenfalls als politisch nützlich betrachtet werde, und nach dem sich diejenigen in einem beständigen Rechtfertigungsdruck befänden, die sich im engeren Sinne mit Kunst und im weiteren mit Kultur befassen. Dieses Verständnis habe selbstverständlich auch ihre eigene Arbeit geprägt und in diesem Sinne behindert. Und genau dieses Verständnis gelte es zu durchbrechen, wenn Kultur (Freude daran/Arbeit damit) nicht weiter Privatsache bleiben oder ein Alibi-Eckchen in der Politik haben solle.

2. Wir haben nicht genug Künstler ...

Mehr Kultur in der Zeitung – das sei ja eine gute Idee, aber dafür fehlten uns die kompetenten Leute, nämlich die Künstler. Kulturarbeit sei nicht vergleichbar etwa mit Untersuchungsarbeiten z.B. einer Imperialismus-Kommission... Diese Argumentation verengt Kultur zunächst auf Kunst im engeren Sinne, zum zweiten geht sie sodann von einem Kunstverständnis aus, nach dem Politik und Kunst zwei gaaanz verschiedene Sterne seien und die Künstler offenbar mit besonderen Künstler-Genen auf ihrem gesonderten Stern geboren werden...

Demgegenüber gilt es aber gerade dieses typisch bürgerliche Verständnis (im Sinne der Trennung von Kunst und Politik, Wissenschaft und Politik u.a.m.) aufzubrechen und theoretisch wie praktisch zu zeigen, daß Kunst erlernbar ist, ebenso wie Kultur entwickelbar, daß Kunst und Kultur auch in ihrer ganzen Subjektivität, ihrer sog. Kreativität erkennbaren und veränderbaren Gesetzen folgen, materielle gesellschaftliche Ursachen
tivität erkennbaren und veränderbaren Gesetzen folgen, materielle gesellschaftliche Ursachen
haben u.a.m., wenn auch nicht jede/r, der/die ihre künstlerischen Fähigkeiten hier oder dort entwickelt, gleich Profi werden muß/kann. Aber, bitte! Ist das in einer Imperialismus-Kommission etwa anders? Oder beim Sport? Oder auf welchem Gebiet menschlicher Betätigung auch immer? Gerade in der Erlernbarkeit künstlerischer Initiative sowie der politischen Initiative liegt doch wohl eine gemeinsame Wurzel von Politik und Kunst, die beide auf Veränderung des Menschen und seiner Verhältnisse zielen. Dies jedenfalls gilt für revolutionäres oder wenigstens radikaldemokratisches Verständnis von Kunst und Politik.

Darüber hinaus läßt sich aber Kultur selbstverständlich nicht auf Kunst beschränken. Ich hab das in meiner Begründung bereits skizziert. Ich will das hier konkretisieren, indem ich – in aller Kürze, versteht sich – umreiße, was nach meinen Vorstellungen unter die „besondere Aufmerksamkeit" in Zukunft fallen könnte. Dies sind außer politischen Analysen/Berichten zur (repressiven) staatlichen Kulturpolitik, die gewissermaßen den Pflicht-Teil darstellen:

– Untersuchung kultur-pessimistischer Strömungen, Vorstellung einzelner Erscheinungen in diesem Zusammenhang; Auseinandersetzung mit Oswald Spengler und seinen heutigen Entsprechungen in Wissenschaft und Journalistik; Massenphänomene im okkultistisch-reaktionärem Bereich; Auseinandersetzung mit apokalyptischen Visionen und ihrer industriellen Vermarktung, mit neuen Heilslehren u.a.m.

– Kritische Untersuchung und z.T. einfache Vorstellung fortschrittlicher Utopien, gesellschaftlicher Experimente u.ä. in der Geschichte und heute – und dies nicht nach schlichtem Gradmesser des „ML", sondern mit kritischem und vorurteilslosem wissenschaftlichen und emotionalem Interesse. Die Bandbreite der interessanten Fragen reicht hier sicher von einer Auseinandersetzung mit dem spanischen Anarcho-Syndikalismus der Weimarer Zeit über Alternative Lebensmodelle damals und heute bis hin zur Vorstellung aufregender utopischer Romane wie z.B. Jack Londons „Eiserne Ferse", einer romanhaften Skizze des Imperialismus, die noch vor Lenins Analyse „der Imperialismus als höchstes..." erschien.

– Grenzbereiche der Wissenschaft, und zwar in faktischer Hinsicht (woran wird heute eigentlich geforscht u.ä.), in moralisch/ethischer und in metaphysischer Hinsicht. Wie stehen wir zu Forschungen in Grenzbereichen, welchen Sinn kann Wissenschaft haben (außer der Kriegsindustrie zuzuarbeiten), was für „Theorien" werden da vertreten, wie hängt Wissenschaft und Herrschaft zusammen u.a.m.

– Grenzbereiche zwischen Politik und Kunst sollten vorgestellt werden, z.B. Berichte über Entwicklung/Möglichkeiten von Straßentheater, von Straßenaktionen (mit Mitteln der Bildenden Kunst) wie die Sprayer von Zürich, wie Plakataktionen, wie andererseits Aktionsformen (die ästhetische Seite politischer Aktionen), um eine gegenseitige Bereicherung beider Seiten, um unsere Vorstellungskraft und Phantasie in der Politik zu fördern, auch in die kritische Auseinandersetzung mit dem „Modernismus" im heutigen „Kunst"-betrieb zu gehen usw.

– Schließlich noch Angebot, Vorstellung aller Arten (nicht zu verwechseln mit Vollständigkeitsan-
stellung aller Arten (nicht zu verwechseln mit Vollständigkeitsan-
spruch!) bildender Kunst – zur Anregung, zur Auseinandersetzung, zur Förderung des ganz und gar antiautoritären Rechts auf Spiel und Sinnlichkeit (wobei ich unter Sinnlichkeit nun keineswegs nur Sexualität oder Erotik, schon gar nicht in ihren genormten Vorkommensweisen, verstehe).

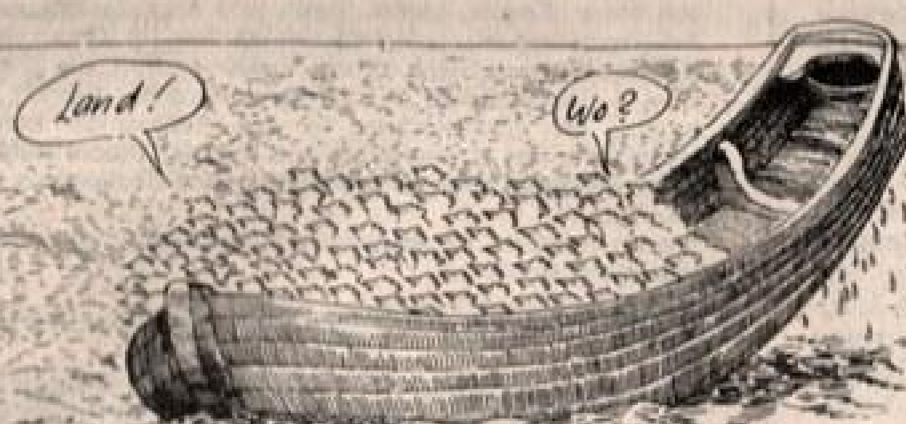
Ich will mich hier nicht in Details verlieren; nur eins noch: nicht nur Profi-Kunst, sondern auch Alltagskultur sollte in Zukunft mal vorgestellt werden, bzw. kreative alltägliche Äußerungen alltäglicher Menschen, in dem Bemühen, die Kluft zwischen Kultur und Alltag bei uns selbst und unseren Leser/inne/n zu durchbrechen, z.B. mal Alltagsgedichte der Linken vorstellen, den Blick öffnen für Fabrik(un)ästhetik etc. (Ich merke schon, wir kommen nunmehr zum Arbeitsplan...).

– Abschließend: selbstverständlich, wie auch auf dem Kongreß vorgebracht, bedeutet der Anspruch, der kulturellen Arbeit „besondere Aufmerksamkeit" zu widmen, nicht nur Aufmerksamkeit für ein paar Kulturthemen oder -seiten, sondern es ist ein Auftrag, dieses Bemühen auch im Gesamtgesicht der Zeitung, Schreibstil und Gestaltung deutlich werden zu lassen.

3. Der Anspruch ist zu hoch...

Ja, tatsächlich, er ist sehr hoch: Und die obige (ganz unvollkommene) Auflistung möglicher Ansätze ist ein bisher unrealisierter Wunschkatalog! Aber niemand wird denken, daß mit der Verabschiedung der Kongreßresolution nun alles in Butter sei. Der Beschluß des Kongresses, der Kultur/Philosophie in Zukunft besondere Aufmerksamkeit zu widmen, kann nur die Tür zur Diskussion in unsern eigenen Reihen und zur Entwicklung einer größeren Aufnahmebereitschaft für all die kulturellen Erscheinungen um uns herum öffnen und damit, hoffentlich, auch dazu beitragen, über unseren bisherigen traditionellen Wirkungskreis hinaus Menschen anzusprechen.

F. 20.1.82



[redacted]

Im folgenden drucken wir zwei Stellungnahmen zum Kongreß ab, die uns von am Kongreß teilnehmenden Gästen zugingen. Andere angesprochene Teilnehmer konnten sich aus Zeitgründen noch nicht äußern.

[redacted]

"...da steht in der BRD '82 doch wohl etwas anderes an!"

Werter KB,

An Eurem Kongreß ist uns folgendes aufgefallen. Daß die NATO und ihre politischen Führer in ihrer Absicht, dem Erzfeind im Osten eine weltgeschichtliche Niederlage zuzubereiten, mittlerweile nicht nur mit den darauf berechneten Erpressungsmanövern und Aufrüstungsfortschritten offen angeben, sondern dies auch zu ihrem guten und unveräußerlichen Recht erklären – davon war auf eurem Kongreß, so oder so, schon die Rede. Ebenso vom Nationalismus der Linken, die zielstrebig ihre Heimkehr in die Nation abschließt. Bloß, was folgt für euch aus alledem? Ausgerechnet die Organisationsfrage und mithin, es sei erlaubt, die gelinde Verrücktheit, sich nach den Bedingungen zu erkundigen, die zur eigenen „Existenz" als oppositioneller Verein „berechtigen". Ob ihr als Opposition von der Welt überhaupt noch vorgesehen seid (und wenn ja, mit welcher „Aufgabenstellung"!), diese zum Leitantrag eures Kongresses gemachte Frage wäre doch mit einem glatten „Nein!" zu beantworten. Folgerichtig habt ihr euch aufgrund der „zu erwartenden Entwicklung der nächsten Jahre" den Bündnispartner zurechtgelegt, der das Weiterbestehen des KB sinnvoll erscheinen läßt. Die „zunehmende Zukunftsangst" als Massenlinie nämlich, der ihr laut eigener Aussage ihre „Berechtigung" verleihen wollt. Einer angeblichen „Angst", über die ihr mitteilt, daß sie „*wesentlich nicht der Wille nach Veränderungen (ist), sondern ganz im Gegenteil die Angst, daß diese* (!!) *Gesellschaft sich selbst zerstört bzw. zerstört wird*". Wenn das keine den Umständen gemäße Korrektur eines Opportunismus ist! Einmal ganz abgesehen davon, woher ihr überhaupt die „zunehmende Zukunftsangst" vor den (?) Gefahren für den „Frieden" und die „soziale Sicherheit" nehmt („Spiegel"?). Es ist doch wohl ein Unterschied, ob man Angst vor dem Kriegs- und Sparprogramm seiner Politiker hat, oder sie als Argument pflegt. Die Friedensbewegung jedenfalls, auf die ja gerade in dieser Hinsicht eure Hoffnung nach wie vor gerichtet ist, hat sich da längst entschieden. Und zwar nicht nur für das letztere, sondern dahingehend, daß ihre „Angst vor dem Atomtod" (ohnehin bescheuert genug!) sehr zielsicher und unwiderruflich der „Angst" vor den Waffen des Hauptfeinds gewichen ist. Und zwar so definitiv, daß die avantgardistischen Überbleibsel dieser Bewegung ihre Friedensliebe der mangelnden Parteilichkeit bezichtigen und die NATO beharrlich auffordern, ihre Zuständigkeitserklärung für Polen noch härter durchzufechten. Dieser Bewegung eine „Perspektive" zu geben, wo die ihre Perspektive in der Zufriedenheit mit der eigenen Nation längst gefunden hat, das halten wir in der Tat für ein verheerendes Vorhaben.

Als „Aufgabe von Revolutionären" fiele uns angesichts dessen etwas ganz anderes ein, als das auf eurem Kongreß gewälzte Problem, „*alle ‚Rinnsale' dieser Angst (z. B. auch ihre kulturellen Reflexe) zusammenzuführen*", um darin – bescheiden! – „*den KB als autonome Organisation zu bewahren* (!)".

Fazit: Irgendwie sind wir bei eurem Kongreß den Verdacht nicht losgeworden, daß ihr die Methode einer Opposition pflegen wollt, also die gute Überzeugung, dem Fortschritt der Linken in ihrer Aussöhnung mit dem bundesdeutschen Vorkriegsstaat als „Revolutionäre" beizuwohnen. Da steht in der BRD '82 doch wohl etwas anderes an!

Eure Marxistische Gruppe

Eure Marxistische Gruppe

Der KB muß Inhalte revolutionärer Politik bestimmen

Der Kongreß stand vor einer schwierigen Aufgabe: Die Fälle häufen sich, daß revolutionäre Kräfte als Teil von Massenbewegungen in die Politik mit einbezogen werden. Aber sie nehmen nicht teil wegen ihrer revolutionären Ansprüche, sondern umgekehrt: Weil sie diese nicht mehr nach alter Sektenmanier zum Maßstab jedes Bündnisses machen, also wegen der Mäßigung dieser Ansprüche im Verkehr mit anderen. Der Kongreß hatte zu entscheiden: Wo schlägt die Mäßigung nach außen um in Auflösung der eigenen revolutionären Identität? Die Antwort war eindeutig. Die Scheidelinie zwischen revolutionärer Politik und „modernem Sozialismus" ist nach wie vor die Staatsfrage. Im Grunde hat sich seit hundert Jahren nichts geändert, der Staat ist in der Hauptsache Instrument der Repression; ein paar soziale Ecken sind angestückt worden, aber erstens hatten die nie das Übergewicht und zweitens werden sie zur Zeit ja wieder abmontiert. Voraussetzung jeder revolutionären gesellschaftlichen Veränderung ist also weiterhin die Zerschlagung des Staatsapparats.

Der KB glaubt, sich mit diesem Bekenntnis zum klassischen Marxismus-Leninismus gegen die Ansteckungen des modernen Reformismus immunisiert zu haben. Aber wie diese Position als Richtschnur für praktisch-revolutionäre Politik dienen soll, ist uns ein Rätsel geblieben. Wird er abseits stehen, wenn es zur Finanzierung eines Arbeitsmarktprogramms darum geht, die Steuern auf höhere Einkommen heraufzusetzen, die Finanzämter zur beschleunigten Eintreibung von Steuerrückständen anzuhalten, die Steuerfahndung zu verstärken – nur weil hier der Staatsapparat nicht zerschlagen wird? Wohl kaum.

Wird er sich abwenden, wenn den Massen klarer wird, daß auch solche Umverteilung zulasten der Besitzenden auf Dauer nichts hilft, solange die weiter privat über die Investitionen entscheiden können und sie deshalb Gesetze zur Nationalisierung von Unternehmen fordern – nur weil damit der parlamentarische Weg nicht verlassen wird? Natürlich nicht. Aber jeden Schritt der wirklichen Umgestaltung der Verhältnisse müßte er mit dem Kommentar versehen, eigentlich sei es gar keiner, weil dazu als Voraussetzung der Staatsapparat zerschlagen werden müßte. Es ist völlig unfruchtbar, die Frage revolutionärer Politik von der Zerschlagung des Staatsapparats her aufzuziehen.

Es geht um die Eroberung der Politik durch die Massen – und die Frage ist, in welche Richtung diese Aktion geht. Auch der Reformismus bezieht die Massen in die Politik ein, aber zugleich wird ihre untergeordnete Stellung festgeschrieben. Er zielt auf Veränderung der Lebnsweise unter Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsweise. Revolutionäre Politik setzt heute da an, daß solche Veränderungen nicht mehr möglich sind – jede Verbesserung der Lebenslage ist an die Umwälzung der Produktionsverhältnisse geknüpft.

Eroberung der Politik durch die Massen heißt grundsätzliche Veränderung der Politik – und in diesem Zusammenhang auch des Staatsapparats. Der KB wird nicht umhin kommen, klarer als bislang zu bestimmen, was die Inhalte revolutionärer Politik in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften sind und wo der Staat nicht mehr als Instrument der Durchsetzung solcher Inhalte Gegenstand des Klassenkampfs sein kann.

Sozialistische Studiengruppen (SoSt)

[redacted]

Zweite Konferenz der „Neuen Hauptseite Theorie"

Am 16./17. Januar fand in Frankfurt die zweite Konferenz der NHT (Neue Hauptseite Theorie) statt. Diese Gruppierung entstand 1979 aus der Vereinigung einiger sich als marxistisch-leninistisch verstehender Zirkel, die ihrerseits zumeist aus Abspaltungen größerer ml-Organisationen entstanden waren und deren Schwerpunkt in der theoretischen Arbeit lag und liegt. Die Mitglieder der NHT stammen größtenteils aus der „KPD", dem KABD, dem KBW und dem Arbeiterbund München.

Das bisherige Ziel der NHT-Arbeit lag in dem Einwirken auf die ml-Bewegung durch die Kritik der theoretischen Grundlagen sowohl der einzelnen Zirkel als auch der ml-Bewegung im Allgemeinen. Auf der zweiten Konferenz zogen nun etwa hundert Genoss(inn)en Bilanz der bisherigen Arbeit und diskutierten über die Schwerpunkte ihrer weiteren Arbeit. Der erste Tag der Konferenz galt der Einschätzung der Lage der ml-Bewegung, der Frage, ob diese sterbe, in der „existentiellen Krise" stecke oder bereits tot sei.

Das Ende der ml-Bewegung

Die Diskussion wurde eingeleitet durch zwei Referate, eines des Genossen Schroeder aus der Redaktion der „Aufsätze zur Diskussion" (AzD) und eines des Genossen Hermann vom AKV (ArbeiterKulturVerlag). Der Genosse Schroeder stellte die Ansichten der Redaktion zu Geschichte und Zustand der ml-Bewegung dar. Die ml-Bewegung sei bei ihrer Entstehung eine gesellschaftlich-politische Strömung gewesen, der revolutionäre Flügel einer Massenbewegung; sie habe sich „den Positionen des Leninismus" genähert (Notwendigkeit der Kommunistischen Partei, Diktatur des Proletariats. die Arbeiterklasse als revolutio-

(Notwendigkeit der Kommunistischen Partei, Diktatur des Proletariats, die Arbeiterklasse als revolutio-

näres Subjekt). Entsprechend ihren vorwiegend politischen Aufgaben habe die ml-Bewegung sich den Marxismus-Leninismus nur als Anleitung für die Politik angeeignet und bereits 1971/72 die theoretischen Aufgaben aufgegeben, die sie sich selbst in ihrem Anfang stellte (Imperialismus- und Klassenanalyse). Die Situation heute sei gekennzeichnet durch den Zerfall der ml-Organisationen, wobei die sich abspaltenden Zirkel sich heute nicht mehr auf den Marxismus-Leninismus bezögen, sondern größtenteils zu reformistischen und/oder eurokommunistischen Positionen übergingen. Die ml-Bewegung habe heute keine Anziehungskraft mehr, sie habe diese selbst unter revolutionären Kräften verloren. Die ml-Bewegung befinde sich in der Auflösung, sie sei heute an ihrem Ende angelangt. Als wesentliche Ursache für diesen Niedergang benannte der Referent die Vernachlässigung der theoretischen Arbeit, was ein Produkt der hauptseitigen Orientierung der ml-Bewegung auf praktische Politik gewesen sei.

Der Genosse des AKV versuchte, über den Beitrag der Redaktion hinauszugehen, wobei die Differenz wesentlich die Frage betraf, ob die ml-Bewegung jemals „Träger revolutionärer Theorie" gewesen sei. Während die Redaktion der AzD zu der Ansicht neigt, die ml-Bewegung als marxistisch-leninistische mit Schönheitsfehlern zu betrachten, streitet der AKV dieser Bewegung für alle ihre Entwicklungsphasen das Prädikat ML ab. Die ml-Bewegung habe überhaupt keine Theorie besessen, sondern nur über „bekennende Phrasen" verfügt und könne schon deshalb nicht als „Träger revolutionärer Theorie" begriffen werden. Die Begeisterung für die chinesische Kulturrevolution habe sozusagen auf einem Irrtum beruht, denn sie sei übernommen worden, weil sie an den Überbau-Revolten der Jugend- und Studentenbewegung anzuknüpfen schien. Ihren wirklichen Charakter als Revolution gegen den Revisionismus habe man theoretisch nicht reflektiert, Deshalb sei es möglich gewesen, ohne gründliche theoretische Aufarbeitung fast nahtlos von der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule zum ML und den Mao Tsetung-Ideen überzugehen. Die Kulturrevolution habe für die ml-Bewegung keinen theoretischen, sondern bloß einen politischen Anstoß abgegeben.

Der AKV-Genosse unterschied zwischen zwei Typen von ml-Organisationen: totale Pragmatiker (namentlich KPD/ML, AB München, KABD), und Gruppen, die wenigstens etwas theoretische Arbeit betrieben hätten (KBW, KB, „KPD"). Die meisten Gruppen seien mit der Verabschiedung zusammengestückelter Programme endgültig verloren gewesen, weil sie sich damit der weiteren theoretischen Arbeit versagten. Die ml-Bewegung sei dennoch „noch nicht tot", sie existiere noch, wenn auch in Rudimenten. Der Versuch der NHT, Einfluß auf die größeren ML-Organisationen zu gewinnen, sei vollauf gescheitert, und dies liege nicht zuletzt daran, daß die Kritik der NHT an den Organisationen zu halbherzig sei, da sie diese als marxistisch-leninistische begreife. Was not tue, sei „zersetzende Kritik" an den ml-Zirkeln.

Es gelang den Genossen nicht, sich darüber zu einigen, ob die ml-Bewegung in einer „existentiellen Krise" (AKV) oder bereits am Ende (Redaktion) sei. Dieser Streit ist insofern wichtig, als er die Ausgangsbestimmung für die weitere Arbeit betrifft. Die Redaktion möchte sich aus der Fixierung auf die ml-Zirkel lösen und zur Politik gelangen. Der AKV möchte wesentlich den bisherigen Arbeitsschwerpunkt beibehalten. Das Kuriose an dem Streit, ob es nun eine ml-Bewegung oder eine „ml"-Bewegung war, lag darin, daß beide Argumentationen sich eingestanden, daß der Begriff ML noch unbestimmt sei und erst mit Inhalt gefüllt werden müsse.

Die zukünftigen Aufgaben der NHT

In dem Einleitungsreferat zum zweiten Teil der Konferenz begründete Heiner Karuscheit für die Redaktion der AzD noch einmal die bisherige Schwerpunktsetzung Philosophie/Weltanschauung. Diese habe sich ergeben aus zwei Gründen: erstens aus den Versäumnissen der ml-Bewegung in der Auseinandersetzung besonders

geben aus zwei Gründen: erstens aus den Versäumnissen der ml-Bewegung in der Auseinandersetzung besonders

mit der Kritischen Theorie, zweitens aus der Bedeutung Gramsci's für den Auflösungsprozeß der „KPD". Die Konzentration der NHT auf die Auseinandersetzung mit den Theoremen Antonio Gramscis und ihrer Rezeption in der westdeutschen Staatsdebatte begründete H. Karuscheit damit, daß Gramsci im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehe, daß das gesamte Spektrum des Reformismus von den Jusos, der Zeitschrift „Argument" bis hinüber zur DKP sich auf die Schriften Gramscis beziehe. Die Bedeutung des subjektiven Idealismus, der sich zurecht auf Gramsci beziehe, liege in der Ideologie der „Neuen Innerlichkeit", die in der sich zuspitzenden ökonomischen und politischen Krise die Ideologie des Kritischen Rationalismus ablöse. Der Kritische Rationalismus/Neokantianismus entspreche einer relativ friedlichen Entwicklung des Kapitalismus, er stelle die Ideologie des „planbaren Kapitalismus" dar. Der Subjektivismus dagegen entspreche der Krisenentwicklung, der um sich greifenden Angst vor dem Weltuntergang. Die philosophischen Seiten Gramscis seien für die NHT-Redaktion mit der baldigen Veröffentlichung des „Anti-Gramsci" zunächst geklärt. Eine weitere Beschränkung der NHT auf weltanschauliche Fragen berge die Gefahr einer Verabsolutierung der Philosophie in sich, weswegen die NHT sich nun der Politischen Ökonomie und insbesondere der Imperialismustheorie zuwenden müsse.

Den Schwerpunkt Politische Ökonomie begründete die Redaktion der AzD in ihrem Thesenpapier mehrsträngig:

1. Die NHT müsse *„sowohl die Geschichtsschreibung der ml-Bewegung, die bisher wesentlich ideologiekritischen Charakter trägt, als auch die Auseinandersetzung um die Grundfragen der Theorie auf politökonomische Füße stellen"* (AzD 14, S. 100).

2. Da die von der NHT *„bekämpften Theorien nicht nur die weltanschaulichen Grundlagen der revolutionären Theorie angreifen, sondern auch die Erkenntnisse des historischen Materialismus über einen gesetzmäßigen Zusammenhang in der Entwicklung der Gesellschaft und speziell über die Rolle des Proletariats (...), ist konkret der Nachweis zu erbringen, daß der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit nach wie vor der bestimmende und die Arbeiterklasse aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozeß die einzig konsequent revolutionäre Klasse ist"* (ebd.).

3. Schließlich spiele die Politische Ökonomie eine zentrale Rolle für die Auseinandersetzung mit den Angriffen auf die Imperialismustheorie wie auch dem „alternativen Wirtschafts- und Sozialprogramm" á la SOST und neuerdings KBW (ebd., S. 101).

In seinem Referat auf der Konferenz führte H. Karuscheit weiterhin aus, daß die Beschränkung der NHT auf reine Theoriearbeit in Zukunft nicht aufrechterhalten werden könne. Denn die Voraussetzung für diese Beschränkung sei eine existierende ml-Bewegung gewesen, die in unmittelbarem Kontakt mit der gesellschaftlichen Realität gestanden hätte, was es der NHT ermöglichte, auf einen solchen Kontakt zu verzichten. Nun sei die ml-Bewegung verschieden und die NHT müsse einen neuen Bezugspunkt ihrer Arbeit bestimmen, was nur die Arbeiterbewegung sein könne. Die Auflösung der ml-Bewegung habe als positive Seite eine Heraustrennung der bewußten Revolutionäre herbeigeführt.

Das praktische Ziel der NHT könne nicht mehr Einheit der ml-Bewegung oder Einheit der MLer heißen, sondern müsse heute „Zusammenschluß der Kommunisten" heißen, denn viele begriffen sich heute als revolutionäre Kommunisten, aber nicht mehr als MLer.

Gegen die von der Redaktion befürwortete Neuausrichtung der Arbeit gab es starken Widerspruch (u.a. wiederum vom AKV). Die Haltung einiger NHTler läßt sich treffend mit der Formel „Hilfe! Politik!" beschreiben. Der AKV warf der Redaktion sogar Aktionismus vor! Das Schwergewicht müsse in der ideologischen Aufarbeitung der linksbürgerlichen Theorien liegen, die der AKV unter den Begriff „Imperialistischer Liberalismus" subsummiert. Nicht Politik, s o n d e r n das Erarbeiten

chen Theorien liegen, die der AKV unter den Begriff „Imperialistischer Liberalismus" subsummiert. Nicht Politik, s o n d e r n das Erarbeiten

programmatischer Inhalte in der Auseinandersetzung mit der ml-Bewegung einer- und dem „imperialistischen Liberalismus" andererseits, die „ideologische Defensive", sei Aufgabe der NHT. Die Orientierung auf die Bildung eines revolutionären Flügels der Linken führe zum Opportunismus.

Diese Auffassungen genießen innerhalb der NHT einige Sympathien, wobei wir die Stärke dieser Strömung nicht einschätzen können. Zwei Fragen bestimmten die Diskussion: Wie kann der Einfluß der Kritischen Theorie geschlagen werden und wie ist das Hauptkettenglied für die theoretische Arbeit zu finden? Die Art und Weise, wie über diese Fragen diskutiert wurde, machte zugleich die Schwäche der NHT deutlich.

Das Verhältnis von Theorie und Praxis

Das bisherige Verständnis der NHT führte dazu, daß sie die Probleme des wissenschaftlichen Sozialismus durch die Brille (der Krise) der ml-Bewegung hindurch wahrnahm und insoweit der inneren Logik der ml-Zirkel unterworfen war. Ihre Arbeit beschränkte sich daher weitgehend auf eine Verteidigung des ML gegen die aus den ml-Zirkeln kommenden Revisionen. So hatten die Arbeiten der NHT fast zwangsläufig einen dogmatischen Einschlag, zumal da die NHT, selbst aus der ml-Bewegung stammend, kaum mehr als einige Prinzipien der Theorie besaß. Die Artikel bleiben daher meist dabei stehen, „moderne" Theorien mit den Prinzipien des ML zu konfrontieren, was selbstredend bei nicht Mlern wenig Überzeugungskraft entfaltet.

Auf der Ebene der weltanschaulichen Prinzipien k a n n dies gar nicht anders sein. Auf dieser Ebene ist es bestenfalls möglich, einen gewissen Schutzwall gegen das Eindringen nichtmarxistischer Theorien in die eignen Reihen zu bilden, ist es aber unmöglich, in die wirkliche Bewegung hineinzuarbeiten. Die Theorie stagniert dabei zwangsläufig. (Es wäre falsch, die Problematik dieser Arbeitsweise allein für ein spezielles Problem der NHT zu halten; tatsächlich ist sie ein Problem all derer, die aus den ML-Gruppen kommend nicht die eilfertigen Revisionen nachzuvollziehen bereit sind).

Der Ansatz des AKV, e r s t einmal die wichtigsten nichtmarxistischen Theorien abzuklopfen und d a n n sich der wirklichen Bewegung zuzuwenden, kann in der Praxis nur heißen, den Dogmatismus als Prinzip festzuschreiben und die NHT in der Isolierung zu halten. Die einzige Möglichkeit, den wissenschaftlichen Sozialismus zum Anziehungspol für die nach links sich bewegenden Teile der Massenbewegungen werden zu lassen, besteht darin, seine Überlegenheit in den brennenden Fragen der Massenbewegungen selbst zu beweisen, d.h. in der Realanalyse und dem Herleiten politischer Schlußfolgerungen. Weltanschauliche Fragen spielen dabei durchaus ihre Rolle, soweit in der Auseinandersetzung mit konkurrierenden Theorien zu zeigen ist, daß deren Arbeitsweise und Schlußfolgerungen unwissenschaftlich sind. Die Fragen der Methode und der Weltanschauung von den konkreten Fragen zu trennen, führt zur selbstverordneten Isolierung von den Massenbewegungen.

Es könnte der. NHT nur nützen, wenn sie sich zur Politik, zu den Fragen der wirklichen Bewegung hinwenden würde.

Es ist durchaus richtig, daß die Hauptaufgaben der Kommunisten heute auf theoretischem Gebiet liegen; es ist dagegen falsch, Theorie und Praxis schematisch zu trennen, wie dies der AKV von der Intention her tut. Unsere theoretischen Aufgaben ergeben sich daraus, daß der wissenschaftliche Sozialismus in der BRD nicht auf der Höhe der Zeit ist, daß er weder über eine umfassende Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung verfügt noch über ausgereifte Antworten auf die Fragen der Massenbewegungen. Die ml-Bewegung hat sich diesen theoretischen Aufgaben nicht gestellt, sondern ist in den Dogmatismus konkurrierender Ml-Versionen geflüchtet. Selbst in ihrem Absterben behält sie den Größenwahnsinn bei, sich selbst für die Reinheit des ML zu halten, und schließt von ihrem eigenen Scheitern auf das Scheitern des wissenschaftlichen Sozialismus.

Den wissenschaftlichen Sozialismus auf die Höhe seiner Zeit zu bringen, kann nicht in erster Linie heissen, sich auf möglichst abstraktem Gebiet mit möglichst vielen halb- oder ganzbürgerlichen Ideologien herumzuschlagen. Sondern das kann nur heißen, auf der Grundlage des Marxismus und seiner theoretischen Weiterentwicklung durch Lenin die notwendigen Analysen zu leisten. Die Schwerpunkte der analytischen Arbeit werden heute - gottseidank! - von der politischen Praxis selbst gestellt, sie betreffen die Frage des Staatapparates (Kann und muß d i e s e r Staat überhaupt zerschlagen werden?), der Arbeiterklasse (Ob und wenn wie der „schlafende Riese" zu wecken ist), der Kriegsgefahr (Hauptursachen der Kriegsgefahr/Verteidigungswürdigkeit der BRD?) ebenso wie Fragen der Kultur im weitesten Sinne. Der wissenschaftliche Sozialismus wird nur dann überhaupt zum Anziehungspunkt werden können, wenn es gelingt, auf die Fragen Antworten zu geben und diese in einer stringenten marxistischen Theorie zu vereinigen.

Gerade deshalb mutet es sonderbar an, daß die NHT in ihre politischen Grundsätze (Siehe Kasten) die These vom „Sozialimperialismus" aufnahm, obwohl sie selbst in der Polemik gegen den KABD zurecht feststellte, daß diese These jede wissenschaftliche Begründung fehlt. Es mutet sonderbar an, daß die NHT sich bislang nicht kritisch mit der „Drei-Welten-Theorie" auseinandersetzte, die eben nicht das Proletariat, sondern stattdessen Staaten der Dritten Welt zum revolutionären Subjekt deklariert und die das Bündnis mit den EG-Imperialisten propagiert; die nicht die westdeutsche Bourgeoisie zum Hauptfeind der westdeutschen Kommunisten erklärt, sondern die Sowjetunion.

Bisher vertrat die NHT allen Ernstes, daß der Sozialchauvinismus der MLD und anderer ml-Zirkel nebensächlich, ihr B e k e n n t n i s zum ML und gegen den kleinkürgerlichen Sozialismus entscheidend sei. (Vergl. bspw. „Sondernummer zur Alten Hauptseite Theorie", S. 74 f, November '79). Die NHT bescheinigte der mittlerweile aufgelösten MLD, die sich selbst der CSU näher als der revolutionären Linken fühlte, daß sie *„sich dem Eindringen der bürgerlichen Ideologie in die Reihen der ml-Bewegung entgegenstemmt"* (ebd., S. 81).

Gerade in dem Punkt Vaterlandsverteidigung/Drei-Welten-Theorie gilt es, radikal mit dem Schrott der ml-Bewegung zu brechen. Wer dazu nicht bereit ist, wird den Weg der „KPD" gehen – und es gibt keinen Grund, das zu bedauern.

Zu begrüßen ist der Versuch der NHT, mit anderen Kräften der revolutionären Linken zusammenzuarbeiten, und die Absicht, mit Inhalt und Praktiken der ml-Zirkel zu brechen. Es wäre zu bedauern, wenn dieser Bruch ausgerechnet in der Frage der Drei-Welten-Theorie seine Grenze fände und die NHT damit das schlechteste Erbe der ml-Bewegung übernehmen würde. Die Drei-Welten-Theorie war eine der Krankheiten, an denen die ml-Bewegung starb, und ein wichtiger Grund dafür, daß heute nur wenige diesen Exitus bedauern.

J., RgW–Kommission

Erklärung politischer Grundsätze (Entwurf für das Beiratsstatut)

Konkreter Anlaß der nachfolgenden Erklärung bestimmter politischer Grundsätze, die in das Beiratsstatut aufgenommen werden sollen (im Statut seitlich angestrichen) ist der Beschluß, in den AzD in Rezensionen und Leserbriefen auch politische Fragen zu behandeln (siehe die Vorbemerkung in der Nr. 11/12). Grundsätzlich halten wir diese Festlegung mittlerweile aufgrund der zunehmenden Zersetzung der ml-Bewegung für erforderlich. Politische Auffassungen, die noch vor einiger Zeit gang und gäbe waren, sind heute keine Selbstverständlichkeit mehr. Konnte man in der Vergangenheit bestimmte politische Gemeinsamkeiten stillschweigend voraussetzen, ist es heute notwendig, sie offen zu benennen.

Diese Auffassungen grenzen die westdeutschen Marxisten-Leninisten in eindeutiger Weise sowohl gegenüber der DKP als auch gegenüber der „Linken", speziell den westdeutschen Eurokommunisten, politisch ab. Ihrem Inhalt nach sind sie bisher gemeinsames Gedankengut der ml-Bewegung gewesen. Wir sehen sie zwar in der Realität bestätigt, sie sind wissenschaftlich aber nicht zureichend begründet, sondern bedürfen zu ihrer Klärung in erster Linie einer Imperialismusanalyse. Wir sind überzeugt, daß in der erforderlichen theoretischen Debatte die vorhandenen Differenzen ausgeräumt werden können.

Statut des Beirats der Redaktion der AUFSÄTZE ZUR DISKUSSION

- Die Mitglieder des Beirats erkennen den Marxismus-Leninismus als theoretische Grundlage ihrer Tätigkeit an. Sie stellen sich in die Tradition der geschichtlich von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Zedong geführten kommunistischen Arbeiterbewegung, wobei sie sich darüber im Klaren sind, daß deren Verlauf und Kontinuität eine Reihe offener Fragen enthält, die geklärt werden müssen.
- Unsere Hauptaufgabe ist die Herstellung der Einheit der westdeutschen ml-Bewegung als Voraussetzung für den Aufbau der kommunistischen Partei; die Hauptform des Kampfes ist zur Zeit der theoretische Kampf, unsere entscheidenden Gegner sind der kleinbürgerliche Sozialismus und der moderne Revisionismus.
- Soweit möglich, ist bereits jetzt die Verbindung mit der praktischen Arbeiterbewegung zu suchen.

Politisch gehen wir von folgenden Gemeinsamkeiten aus:

- Wir leben in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution.
- In der gegenwärtigen Weltlage stellen die USA und die Sowjetunion zwei „Supermächte" dar, die um die Weltherrschaft ringen und von denen die Hauptgefahr für einen neuen Weltkrieg ausgeht. Gegenüber allen Illusionen über den Charakter der Sowjetunion ist festzuhalten, daß dieses ehemals sozialistische Land heute eine sozialimperialistische, nach Weltherrschaft strebende Macht ist.
- Die unterdrückten Völker und Nationen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind zur Zeit die Haupttriebkraft des antiimperialistischen Kampfes, auch wenn der Imperialismus grundsätzlich erst durch die Arbeiterklasse in den Metropolen zerschlagen werden kann.
- In der BRD, einem im wesentlichen selbständigen imperialistischen Land, ist der Hauptfeind der Arbeiterklasse als des revolutionären Subjekts die westdeutsche Monopolbourgeoisie. Nach allen geschichtlichen Erfahrungen wird deren Herrschaft nicht friedlich, sondern im gewaltsamen Kampf beseitigt und an deren Stelle die Diktatur des Proletariats als erster Schritt auf dem Weg zum Kommunismus errichtet werden. Diesen Kampf kann die Arbeiterklasse nur unter Führung durch eine kommunistische Partei siegreich bestehen.

Über diese hier ganz allgemein dargelegten Gemeinsamkeiten hinaus gibt es eine Reihe von politischen Fragen, in denen unterschiedliche Auffassungen bestehen. Diese Fragen hängen aktuell zum großen Teil mit der „Drei-Welten-Theorie" zusammen.

Bilanz des Marburger Bündnisses SPD/FDP/Grüne

Wie wir bereits in der letzten Ausgabe geschrieben haben, hat die Marburger SPD Anfang Dezember das Bündnis mit FDP und Grünen für „aus ihrer Sicht" gescheitert erklärt und Verhandlungen mit der CDU zwecks Bildung einer neuen „Großen Koalition" aufgenommen. Eine solche hatte schon bis zu den letzten Kommunalwahlen (21.3.81) in Marburg regiert und war seither von der SPD – trotz des Bündnisses mit FDP und Grünen – nie wirklich aufgegeben worden. Anlaß für die SPD, das Bündnis jetzt zu kündigen, war die Beteiligung von grünen Stadtverordneten an einer Protestaktion gegen Börner wegen der Startbahn West (siehe vorletzter ARBEITERKAMPF).

Bereits in der Wahlnacht im März vergangenen Jahres hatte OB Drechsler (SPD) angekündigt – gemäß einer Wahlaussage der SPD – die „Große Koalition" beenden zu wollen und die Zusammenarbeit mit FDP und Grünen zu suchen. Nachdem die FDP zuerst mit der CDU (offensichtlich erfolglose) Gespräche geführt hatte, kam es recht bald – noch vor der ersten Sitzung des Stadtparlaments – zu ersten Gesprächen zwischen SPD, FDP und Grünen.

Die Grünen erklärten gleich nach der Wahl, sie wollten sich nicht durch eine vierjährige Koalition „fesseln" lassen, seien aber in Sachfragen zur Durchsetzung grüner Positionen zu Absprachen – auch längerfristiger Art – bereit. Als *„unverzichtbare Grundlage"* ihrer Arbeit forderten sie eine sofortige Änderung der Hauptsatzung, so daß alle Fraktionen sowohl im ehrenamtlichen Magistrat als auch in den Ausschüssen beteiligt würden (Oberhessische Presse v. 24.3.1981).

Die – vom damals noch amtierenden SPD/CDU-Magistrat erstellte – Tagesordnung für die konstituierende Sitzung sah jedoch entgegen den Absprachen zwischen SPD, FDP und Grünen keine Ausweitung der Zahl der stellvertretenden Stadtverordnetenvorsitzenden vor. Darüberhinaus sollte der ehrenamtliche Magistrat von acht auf sechs Mitglieder verkleinert werden (obwohl die Größe des Magistrats Verhandlungsgegenstand der Gespräche zwischen SPD, FDP und Grünen sein sollte, Termine waren schon verabredet).

Die Grünen werteten dies damals – völlig zurecht – als Neuauflage der „Großen Koalition" bezeichneten
waren schon verabredet).

Die Grünen werteten dies damals – völlig zurecht – als Neuauflage der „Großen Koalition", bezeichneten die bisherigen Verhandlungen als *„Scheinverhandlungen"* und erklärten, daß künftig Verhandlungen *„nur noch Alibicharakter haben"* könnten (aus einem Flugblatt der Grünen).

Auf der konstituierenden Sitzung wurde dann der ehrenamtliche Magistrat sogar auf vier Mitglieder verkleinert (2 CDU, 1 SPD, 1 FDP – die SPD hatte der FDP dabei einen Magistratsposten überlassen). Ziel der Verkleinerung war – wie schon bei der Verkleinerung von 1977 – die DKP aus diesem entscheidenden Gremium **auf alle Fälle herauszuhalten. Nebenbei wurden so auch die Grünen herausgekippt.**

Obwohl hiermit die – personellen – Weichen für eine „Große Koalition" – evt. unter Einschluß der FDP – klar gestellt waren, gingen die Verhandlungen der Grünen mit SPD und FDP munter weiter. Verhandlungen, die „nur noch Alibicharakter haben" konnten, wie die Grünen kurz vorher erklärt hatten. Warum sie diese Verhandlungen überhaupt fortgesetzt hatten, dazu ließen sie zu diesem Zeitpunkt öffentlich nichts verlauten!

In einer späteren Stellungnahme wird von Jan Kuhnert (Stadtverordneter der Grünen) das Ziel der gesämten Verhandlungen wie folgt beschrieben: *„Unser Ziel war es, eine solche Situation* (gemeint ist eine erneute „Große Koalition") *– die wieder auf Jahre jede Politik ohne die CDU verhindern würde – zu vermeiden..."* (in: Alternative Stadtpolitik, S. 78). Danach ist es natürlich logisch, unter allen Umständen mit der SPD weiterzuverhandeln. Diese Verhandlungen zogen sich dann ein paar Monate ergebnislos hin, bis im Sommer – als die meisten studentischen Mitglieder der Grünen nicht in Marburg waren – ein neuer, rechterer Vorstand der Grünen gewählt wurde. Daraufhin wurde im August die Verhandlungsdelegation der Grünen, die aus den Stadtverordneten, Teilen des Vorstandes und Mitgliedern des Kommunalpolitischen Arbeitskreises (KAK) bestand, verändert: Die KAK-Mitglieder, die größtenteils dem „Sozialistischen Zentrum" (dem örtlichen SB) angehören und nur z.T. Mitglieder der Grünen sind, flogen aus der Delegation raus. Im folgenden wurden dann die Verhandlungen mit SPD und FDP zügig beendet, so daß Anfang September das „Marburger Bündnis" stand.

Die diesem Bündnis zugrundeliegenden schriftlich fixierten Vereinbarungen waren von Anfang an innerhalb der Grünen stark umstritten und wurden in ihrem Umfeld teils strikt abgelehnt.

Die grünen Befürworter dieses Bündnisses schätzten die Vereinbarungen zusammenfassend wie folgt ein: *„Wir haben der SPD die Unterstützung bei sozialdemokratischen Projekten zugesagt, die sie mit der CDU nicht hätte durchsetzen können (Frauenhaus, außerbetriebliche Lehrwerkstatt, mehr sozialer Wohnungsbau, Unterstützung freier und selbstverwalteter Gruppen etc.) während wir gleichzeitig die Unterstützung von GRÜNEN Projekten (Verkehrsberuhigung, alternative Energien, neue Müllkonzepte, Umweltschutz, Stop des Straßenbaus etc.) durch SPD und FDP gesichert haben."* (Jan Kunert/Roland Stürmer in: Informationsdienst Alternative Kommunalpolitik Nr. 4, S. 39). Das „Marburger Bündnis" also als faires Tauschgeschäft zwischen SPD und Grünen? Wir werden sehen ... Kuhnert und Stürmer geben zwar selbst zu, daß einige grüne Forderungen in dem Bündnispapier fehlen (bis auf die sehr vage Formulierung *„Unterstützung der Neueinrichtung eines Frauenhauses"* fehlt der gesamte Frauenbereich, der im Kommunalwahlprogramm der Grünen immerhin vier von 28 Seiten enthielt und teils sehr konkrete Forderungen stellte. Es fehlt außerdem der gesamte Gesundheitsbereich.), bzw. es gibt zu etlichen Punkten im Bündnispapier nur sehr schwammige Aussagen (z.B. findet sich zum Punkt Arbeitslosigkeit nur folgender Satz *„Schwerpunkt bleibt die Beseitigung der Arbeitslosigkeit bzw. die Milderung ihrer Folgen."* Punkt, doch leider nicht Schluß, denn es heißt an anderer Stelle im Papier recht konkret: *„Eine Ausweitung des Stellenplans findet im Prinzip nicht statt."* Also: wohlklingende Phrasen, doch wo es konkret wird: Asche.).

... Darin sahen Kuhnert/Stürmer aber ...
plans findet im Prinzip nicht statt." Also: wohlklingende Phrasen, doch wo es konkret wird: Asche.).

Darin sahen Kuhnert/Stürmer aber kein größeres Problem. *„Bei all diesen Punkten ist allerdings zu beachten, daß sie zum Teil Chancen haben, auf der Grundlage des Bündnispapiers dennoch verwirklicht zu werden, wir jedenfalls keineswegs auch nur einen Punkt n i c h t einbringen dürfen, wie es bei einer Koalition der Fall wäre."* (Anm.: Wenn d a s schon ein Erfolg ist ..?) oder: *„Die schwammigen Formulierungen im Bereich Wohnen behindern keine unserer konkreten Forderungen."* (Jan Kuhnert/Roland Stürmer in Infodienst Nr.4, S.40).

Was aus den vielen „schwammigen" und den etwas konkreteren Absichtserklärungen des Papiers hätte werden können, sei dahingestellt. In den drei Monaten des Bestehens des Bündnisses waren diese Punkte jedenfalls nicht Gegenstand von Parlamentsentscheidungen.

Die grünen Kritiker vom KAK versuchten, das Bündnispapier „differenzierter" zu sehen. Es gebe:

„1. Bereiche, in denen Elemente einer grün/ alternativen Kommunalpolitik in Marburg ... zum Tragen kommen" (Umwelt- und Energiepolitik, z.T. Stadtentwicklung und Kulturpolitik);

„2. Bereiche, in denen zwar auch bestimmte Elemente grün/alternativer Politik ihre Spuren hinterlassen haben, Forderungen aber nur auf der Ebene eher unverbindlicher Absichtserklärungen ihren Niederschlag finden" (v.a. Haushalt und Wohnen);

„3. Bereiche, in denen grün/alternative Einzelforderungen nicht durchgesetzt werden konnten bzw. explizit gegen die GRÜNEN gerichtete Vorstellungen nun von diesen mit unterschrieben worden sind" (Zwei konkrete Baumaßnahmen).

„4. Schließlich Punkte, bei denen sich die Grünen auf die Fixierung von politischen Rahmenbedingungen eingelassen haben, die sich für sie als höchst problematisch erweisen werden" (Haushalt).

(5.) *„Diejenigen grün/alternativen Forderungen und Vorstellungen, die im Papier gar nicht auftauchen"* (KAK in Infodienst Nr. 4, S. 41/42).

Schauen wir uns einige Punkte der Bündnisvereinbarungen im einzelnen an: Zuerst ein Bereich, in dem sowohl Befürworter als auch Kritiker des Bündnisses innerhalb der Grünen der Meinung sind, daß hier „die Unterstützung von GRÜNEN Projekten ... durch SPD und FDP gesichert" worden sei, bzw. „Elemente einer grün/alternativen Kommunalpolitik ... zum Tragen kommen": die Umwelt- und Energiepolitik.

Vier der neun Unterpunkte im Bündnispapier haben ausschließlich Planungscharakter, über eine Realisierung dieser Planungen wird nichts ausgesagt, bzw. vom Ergebnis der Planungen und Prüfungen abhängig gemacht.

Die fünf anderen Unterpunkte sind:

- keine weiteren Streckenstillegungen bei der Bundesbahn (hierauf hat das Stadtparlament kaum Einfluß);
- Restkanalisation aller Stadtteile (eigentlich eine Selbstverständlichkeit);
- Reduzierung des Streusalzeinsatzes (in diesem Winter in vielen Städten erprobt);
- Müllsortierung, Müllreduzierung etc.,
- vier Einzelforderungen bzgl. Naherholung.

Eine dieser vier Einzelforderungen lautet: *„Nutzung des alten Bauhofgeländes entsprechend dem Bebauungsplan."*

Die BI Südstadt, die – (unseres Wissens) neben einer Kulturinitiative – einzige Initiative, die sich ansatzweise positiv auf die Grünen bezogen hat, schreibt dazu: *„Das Problem Bebauung des alten Bauhofgeländes bekommt noch eine besondere Note dadurch, daß die Fraktion der GRÜNEN alle Absprachen gebrochen hat, die mit der BI Südstadt bestanden. Der kommunalpolitische Arbeitskreis der GRÜNEN, in dem die vier grünen Parlamentarier mehr oder weniger regelmäßig mitarbeiten, hatte vereinbart, daß über den Kopf der BI SÜDSTADT keine Statements abgegeben werden, die sich für eine Bebauung des Bauhofgeländes einsetzen. Die BI SÜDTSTADT hatte dazu im Juni 81 einstimmig beschlossen, daß das Bauhofgelände egal wie überhaupt*

BI SÜDTSTADT hatte dazu im Juni 81 einstimmig beschlossen, daß das Bauhofgelände egal wie überhaupt

nicht bebaut wird." Selbst der „Glanzteil" der Vereinbarungen enthielt neben viel unverbindlichem schon so einen Klops.

Das Papier enthielt darüberhinaus noch einige Hämmer:

- Akzeptierung der „Sparpolitik" des Bundes und deren Übertragung auf Marburg (*„Die Sparmaßnahmen des Bundes und der Länder für das Haushaltsjahr 1982 werden nicht ohne Folgen für die Gemeindehaushalte bleiben. ... Die Kredite auf dem privaten Kapitalmarkt müssen 1982 ... unter den Ansätzen der Jahre 1979 und 1980 ... bleiben"*). Daraus ergaben sich u.a. die zwei konkreten Forderungen: Neben der bereits erwähnten Absage für neue Stellen heißt es:
- *„Die Wasser- und Gasversorgung sowie die Müllabfuhr und die Kanalbenutzung sollen kostendeckend arbeiten"*. Das hieß faktisch eine Erhöhung der Tarife.
- Ein Offenhalten bzgl. neuer Straßenbaumaßnahmen, obwohl sämtliche konkreten Projekte von BIs abgelehnt werden: *„Straßen- und Brükkenneubauten oder -erweiterungen nur, soweit sie zur Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigung unbedingt notwendig sind."* Die BI-Südstadt schrieb dazu: *„Wir fragen uns: Ist in diesem Lande eigentlich jemals eine Straße oder Brücke gebaut worden, die nicht wegen der Verkehrssicherheit oder -beruhigung unbedingt notwendig war? Wir können uns jedenfalls nicht daran erinnern, daß ein Straßenbau unter Hinweis auf das Profitinteresse der beteiligten Unternehmen oder damit begründet wurde, daß der Staat die notwendige Infrastruktur bereitzustellen hat, damit weiter Kapital akkumuliert werden kann."*

Obwohl die Ablehnung eines neuen Hotelprojektes u.a. eine wichtige Forderung der Grünen im Wahlkampf war, hieß es dann in der Vereinbarung: *„Bei nachgewiesenem Bedarf Hotelneubau in der Innenstadt."* Zum Hotelneubau äußerte sich Dieter Höhne, Fraktionssprecher der Grünen, in einem Interview mit der örtlichen Alternativzeitung („Marburger Zeitung", Okt. 1981) ganz „schlau":

„Zunächst mal zum Kogreßhotel in der Innenstadt bei nachgewiesenem Bedarf. Das wird so interpretiert, als hätten wir dem Hotel schon zugestimmt. Eins hat der Beszon von der OP aber richtig gesagt: Daß mit den Grünen das Kongreßhotel nicht zu bauen ist. Wir meinen, daß ein Bedarf gar nicht nachzuweisen ist."

Wer soll mit dieser besonders „schlauen" Taktik zum Narren gehalten werden? Die SPD? Die Wähler? Eine ähnliche problematische Ebene spielt bei dem Punkt „Straßenbaumaßnahmen" hinein: Die grundsätzlichsten Debatten entzündeten sich am Punkt Haushalt: Hatten die beiden grünen Stadtverordneten Kuhnert und Stürmer, die das Bündnis insgesamt verteidigen, den Haushalt als einen der *„Punkte, die unseren Forderungen zuwiderlaufen"* charakterisiert und einzelne Punkte kritisiert, ohne aber eine Gesamteinschätzung vorzunehmen (Informationsdienst Nr. 4), sieht Fraktionssprecher Höhne das Ganze viel „realpolitischer": Angesprochen auf das „Akzeptieren gesellschaftlicher Rahmenbedingungen" (= Sparpolitik), äußerte sich Höhne im Interview mit der Marburger Zeitung wie folgt: **„Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen muß jeder, der irgendetwas mit einer der etablierten Parteien zusammenmacht, anerkennen."** Oder, zur Kritik beim Punkt Arbeitslosigkeit: *„Jetzt erzähl mir doch mal, selbst wenn man knallharter, blutigster Sozialist ist, was du in dieser Gesellschaft, noch im Kommunalprogramm gegen die Arbeitslosigkeit machen willst. Was willst du denn da reinschreiben außer Floskeln?"* Die Frechheit steigert sich aber noch: *„Es ist doch sicher, daß eine Gebührenerhöhung* (bei Gas, Müll etc. aufgrund des kostendeckenden Prinzips, wie es im Bündnispapier vereinbart war – Anm. d. Verf.) *'ne ganze Menge Unzufriedenheit erzeugt, aber an dieser persönlichen Betroffenheit der Leute kannst du sie zum Nachdenken bringen."*

Kommentar erübrigt sich.

Die grünen Kritiker vom KAK hatten immerhin erkannt, daß damit die

Kommentar erübrigt sich.
Die grünen Kritiker vom KAK hatten immerhin erkannt, daß damit die

Grünen *„in den Geruch kommen (können), eine sozial- und freidemokratische Sparpolitik, die vor allem auf dem Rücken der „kleinen Leute" ausgetragen wird, mit zu unterstützen"*. (Informationsdienst Nr.4 S. 42) Zusammenfassend würde die künftige Rolle der Grünen (nach Bildung des Bündnisses) wie folgt gesehen: Höhne: *„Die Grünen sind keine Fundamentalopposition, sonst wären sie eine sozialistische Partei"*. Bei Streitfällen in der Koalition werde die SPD mit der CDU stimmen und so ihre Positionen durchsetzen, das werde sie aber nicht sehr oft machen, da sonst *„das Ende der Fahnenstange erreicht"* sei, sprich: die Koalition platze. Irgendeinen „Trumpf" hätten die Grünen aber nie gehabt.

Kuhnert/Stürmer: *„Wir sind und bleiben im Prinzip von der Grundsätzlichkeit unserer Forderungen her Opposition, während die SPD beim Kippen ihren Wählern ein für sie bei Koalition mit der CDU mit Sicherheit ungünstigeres Papier vertreten müßte. ... Last not least würde ein weshalb auch immer zustandekommendes Ende dieses Bündnisses unserer Einschätzung nach unseren Wählern gegenüber leichter verständlich zu machen sein als der SPD ihren Wählern."*

KAK: *„Die* (politische Weichenstellung durch das Bündnispapier – d. Verf.) *besteht, kurz gesagt, in der Aufgabe einer Position der grundsätzlichen Opposition zugunsten des Versuchs, um den Preis des „Mitverantwortens" von „unpopulären Maßnahmen" einige Einzelziele nicht nur zu propagieren, sondern auch praktisch durchzusetzen. Dies aber bedeutet – nolens volens – de facto eine Annäherung an die „etablierten Parteien", zugleich aber auch eine tendenzielle Entfernung von einer Vielzahl von Initiativen, die sich ja unter den gegebenen Bedingungen kaum zur Übernahme „staatstragender Verantwortlichkeiten"* (wenn *auch nur im kleinen Rahmen) bereit zeigen."*

BI Südstadt: *„Wir betrachten das Koalitionspapier jedenfalls als eine Kampfansage, auf die wir entsprechend reagieren werden. Die Grünen haben der BI SÜDSTADT in der Vergangenheit mehrfach vorgeworfen, sie sage zu allem ‚nein', dadurch sei eine ‚alternative' Politik nicht zu verwirklichen. Dazu sagen wir: Wenn die Alternative zwischen Teer und Beton besteht, dann haben wir bestimmt keine!"*

Das Zustandekommen des Bündnisses hatte jedoch keine direkten Auswirkungen auf die Sachentscheidungen des Marburger Parlaments: Schon v o r dem Zustandekommen des Bündnisses hatte es zwei Entscheidungen gegeben:

- Der Magistrat (SPD, FDP, CDU) lehnte es mit fadenscheinigen Begründungen ab, dem Verein „Frauen helfen Frauen" ein bestimmtes, vorher zugesagtes Haus zur Verfügung zu stellen.
- Das Stadtparlament beschloß mit den Stimmen von SPD, FDP, Grünen und DKP die Einrichtung eines Jugendbildungswerkes. W ä h r e n d des Bestehens des Bündnisses gab es folgende Entscheidungen:
- **Ein Dringlichkeitsantrag der Grünen um eine ablehnende Entscheidung des Parlaments bzgl. einer Straßen- und Brückenbaumaßnahme „Am Eulenkopf" zu erreichen, wurde abgelehnt.**
- Mit den Stimmen von SPD/FDP und CDU wird die Privatisierung des Marburger Schlachthofes beschlossen. Die Grünen stimmen dagegen, weil „Tierschutzpolitik aktiv nicht in privaten Schlachthöfen möglich sei" (OP v. 3.11.). Die DKP stimmt dagegen, weil sie a) gegen Privatisierungen generell ist und b) Auswirkungen auf die Arbeitsplätze befürchtet.
- Mit den Stimmen von SPD, FDP und einem Teil der CDU („damit der Vergleich angenommen wird) wird ein Vergleich mit dem Kaufhauskonzern Horten angenommen. Horten hatte sein Kaufhaus in Marburg dichtgemacht und hätte daraufhin – aufgrund eines mit der Stadt geschlossenen Vertrages 2,5 Mio. DM Konventionalstrafe an die Stadt zahlen müssen. Der Vergleich sieht vor, daß Horten nur noch 1,5 Mio. DM zu zahlen hat. Grüne und DKP und ein Teil der CDU stimmt dagegen.

len müssen. Der Vergleich sieht vor, daß Horten nur noch 1,5 Mio. DM zu zahlen hat. Grüne und DKP und ein Teil der CDU stimmt dagegen.

- Gegen die Stimmen der CDU wurde ein Antrag angenommen, Sozialhilfeempfängern die vom Land gestrichenen Weihnachtsbeihilfen zu zahlen.
- Gegen die Stimmen der CDU wurde beschlossen, auf dem Gelände des Bauhofes kein Hotel zu bauen. Schon am nächsten Tag erklärt die SPD, daß sie natürlich weiterhin den Bau eines Tagungshotels – d.h. an anderer Stelle – in Marburg für erforderlich halte.

In der kurzen Zeit, in der das „Marburger Bündnis" bestanden hatte, war also die SPD die eindeutige Nutznießerin desselben. Entweder zusammen mit FDP und Grünen oder zusammen mit FDP und CDU gelang es ihr, ihre Vorstellungen jedesmal durchzusetzen. In den wesentlichen Entscheidungen, bei denen es keine verbindlichen Absprachen im Bündnispapier gab (Horten, Privatisierung), wurden sich die etablierten Parteien schnell einig – gegen die Grünen und gegen die DKP. Es erscheint von daher ziemlich unwahrscheinlich, daß die vielen „schwammigen" Absichtserklärungen des Bündnispapiers (s.o.) realisiert worden wären – außer vielleicht zu Bedingungen, die die SPD hätte diktieren können.

Vorstellungen, daß das Bündnis deshalb zustandegekommen sei, weil sich in der Marburger SPD ein – wie auch immer gearteter – „Reformflügel" durchgesetzt hätte (und das Bündnis eine Art Tauschgeschäft zwischen sozialen Reformen der SPD und ökologischen Vorstellungen der Grünen sei – s.o. das Papier von Kuhnert/Stürmer), dürften sich mittlerweile erledigt haben.

Wie die Grünen selbst ihren kurzen „Ausflug" in kommunale „Regierungspolitik" verarbeiten werden, wird sich herausstellen.

KB/Marburg

Niedersachsen:

Grüne bereiten den Einzug in den Landtag vor

Die Vorbereitungen der niedersächsischen Grünen für die Landtagswahlen am 21.3. sind abgeschlossen. Auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz am 15., 16. und 17.1. verabschiedeten sie eine Wahlplattform und stellten ihre Landesliste auf.

Inhaltliche Kontroversen wurden lediglich bei den Programmteilen „Frieden" und „Frauen" ausgetragen. Den jetzt beschlossenen Friedensteil durchzieht der Gedanke an ein *„atomwaffenfreies und neutrales Europa"*, erreichbar durch *„kalkulierte einseitige Abrüstung"* und *„Aufbau der Fähigkeit zur sozialen Verteidigung"*. Die *„NATO-Nachrüstungsbestrebungen"* werden nicht mit den SS 20 gleichgesetzt, sondern als *„eine neue, die Kriegsgefahr steigernde Drehung an der Rüstungsschraube"* charakterisiert, die den Atomkrieg „in Europa führbar" machen soll. Reagan's „Null"-Lösungsangebot wird als *„propagandistischer Schachzug"* gekennzeichnet, der *„die luft- und seegestützten Atomraketen der NATO sowie die Atomstreitmächte England und Frankreich ausklammert."*

Eine sehr kleine Minderheit hatte versucht, aufgehängt an den „polnischen Ereignissen", die Stoßrichtung des Friedensteils stärker gegen die SU zu wenden, dabei allerdings derben Schiffbruch erlitten (3 Fürstimmen). Der angenommene Absatz zu Polen ist keineswegs einseitig formuliert und hebt sich damit von zahlreichen „Solidaritätserklärungen" wohltuend ab: *„In der Gewerkschaftsbewegung in Polen gab es Ansätze zur Selbstbestimmung, Arbeiterselbstverwaltung und Basisdemokratie, die unseren Vorstellungen sehr nahe stehen und deren Zerschlagung uns besonders betroffen macht. Wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen jeden Versuch, demokratische Entwicklungen mit militärischen Mitteln zu unterbinden, sei es in Polen, in der Türkei oder in El Salvador. Die Grünen fordern die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen und die sofortige Freilassung aller Festgenommenen. Ebenso geht unsere Aufforderung an die UdSSR wie auch an die Westmächte, jede Einmischung in Polen zu unterlassen."*

Für geradezu tumultartige Szenen bei ansonsten eher biederem Verlauf der LDK sorgte die Diskussion über den Plattformteil „Frauen", die mit einer Podiumsbesetzung durch einige Frauen endete. Anlaß war die neuerliche mehrheitliche Ablehnung der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218. Obwohl diese Forderung im Textteil weitgehend abgedeckt wurde (Straffreiheit, keine Zwangsberatung, keine Bevormundung etc.), wehrte sich der rechte Flügel mit Vehemenz gegen die ausdrückliche Forderung nach Streichung des Paragraphen. In ihrem selbstlosen Kampf für die „Erhaltung allen Lebens" verstiegen sich einige Grüne zu sexistischen Ausfällen der übelsten Sorte. Das reichte von der Titulierung der Frauen als, *„Mädchen, denen man(n) helfen muß"*, bis zum Bekenntnis: *„Für verriegelbare Telefonzellen bin ich auch, dahin können sich die von den Frauen auf der Straße bedrängten Männer endlich retten"* (das, als es um Vergewaltigung ging!).

Doch auch die Besetzung des Podiums nutzte nicht allzu viel. Zwar konnten noch einige Verbesserungen im Textteil durchgesetzt werden, doch die Forderung blieb gestrichen.

Im übrigen bewegt sich die Wahlplattform weitgehend im Rahmen des Saarbrückener Programms, ist z. T. in ihren Forderungen und Alternativen sehr detailliert ausformuliert, aber auch gespickt mit allerlei Widersprüchlichkeiten und Kuriositäten: So soll z. B. die „Gülleaufbringung" auf Felder verboten und für die „Wiederherstellung von Wallhecken" gesorgt werden.

Da sollen z.B. *„die Produzierenden selbst über das WAS, WIE und WO der Produktion entscheiden"*, während einige Zeilen weiter nur noch *„echte Mitbestimmung"* gefordert wird. Oder es wird im Wirtschaftsteil die *„Verkürzung der Wochenarbeitszeit (bei vollem Lohnausgleich)"* gefordert, während unter „Schulen und Bildung" die Lehrer zur Reduzierung der Stundenzahl bei Einkommensverzicht angehalten werden.

Vor der Kandidatenaufstellung wurde noch beschlossen, das Rotationsprinzip für die Abgeordneten einzuführen (Ablösung nach 2 Jahren). (Ausnahme: Eine Landesdelegiertenkonferenz (LDK) beschließt mit 2/3 Mehrheit den weiteren Verbleib einzelner Abgeordneter im Landtag).

Die Diätenfrage wurde gegen erheblichen Widerstand nach dem Modell der Westberliner AL geregelt, eine sog. Besitzstandssicherung ausdrücklich abgelehnt.

Die Abgeordneten sind einer Art Imperativem Mandat verpflichtet („grüne Prinzipien", über deren Verstoß eine LDK zu entscheiden hat). Etwaige Koalitionen mit anderen Parteien mußten von allenBewerbern abgelehnt werden. Die Kandidatenliste spiegelt die deutliche Dominanz der "Mittelkräfte" bei den niedersächsischen Grünen wider. Spitzenkandidat ist Martin Mombaur aus Lüchow-Dannenberg, gefolgt von Charlotte Garbe aus Holzminden (AKW-Würgassen) und Rolf Grösch, Seesen/Harzregion. Die linkeren Kandidaten und Kreisverbände kamen erst ab Platz 13 zum Zuge, der rechte Flügel ab 19. Georg Otto aus dem rechten Hildesheimer KV mußte sich mit dem 20. Platz begnügen.

Beachtlich ist auch, daß Helmut Lippelt (Hannover) nur den 9. Platz auf der Landesliste erhielt, womit sein Einzug in den Landtag keineswegs gesichert ist. Wenn die Grünen die 5 % Hürde nur knapp nehmen, was durchaus zu erwarten ist, bleibt es bei 8 Mandaten für die Grünen. Bei den letztjährigen Kommunalwahlen kamen die Grünen und Alternativen Listen im Landesdurchschnitt bei relativ geringer Wahlbeteiligung auf zusammen etwa 5,5 - 6 %. Es bleibt für die Grünen also noch einiges zu tun, wenn sie am 21.3. tatsächlich in den Landtag einziehen wollen.

KB Gruppe Göttingen

AL Hamburg : Schwierige Debatte um das Bündnis mit den Grünen

300 bis 400 Mitglieder nahmen an der zweitägigen Mitgliederversammlung der neugegründeten Alternativen Liste in Hamburg teil. Verabschiedet wurden die aus der vorhergehenden Debatte übriggebliebenen politischen Leitsätze zu den Themen Sparpolitik, Demokratie und Recht und zur Lage der Ausländer. Schwerpunkt der Diskussion und Beschlußfassung am zweiten Tag war die Diskussion um das Bündnis mit den Grünen, die von einer starken Polarisierung – einerseits Eingehen auf die Bedingungen der Grünen, andererseits Formulierung einer authentischen Position der AL (mit den Schwerpunkten: Ablehnung der Parität 50:50 und ungeteiltes imperatives Mandat, kein Vetorecht für die Grünen im Bündnis) – gekennzeichnet war. Nachdem trotz mehrstündiger Debatte, in der insbesondere Vertreter des KB und der alten Bunten Liste ihre Zustimmung zu weitgehenden Zugeständnissen verweigerten, keine Annäherung möglich schien, setzte sich nach langem Ringen um Formulierungen schließlich der nebenstehende Kompromiß durch, auf den jetzt die Grünen reagieren müssen. Der Kompromiß selber bleibt in vielen Punkten schwammig und steht in der AL auf einer schmalen Basis, was spätestens bei einem Eintritt in die Diskussion der umstrittenen Inhalte deutlich werden dürfte, da die AL bislang keine klaren Positionen entwickelt hat (insbesondere im Verhältnis zur SPD).

Erfreulich war, daß eine große Mehrheit der Versammlung dem Antrag, zu Beginn über einen AK-Artikel von Heiner über die letzte AL-MV (AK 216) im Sinne der Verurteilung des Stils zu diskutieren, nicht folgte und stattdessen dafür stimmte, die im Artikel angesprochenen Inhalte zu behandeln.

hr.

Die Alternative Liste hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 24.1.82 den Brief der Grünen vom 16.1.82 diskutiert. Sie interpretiert den Tenor des Briefes als Willen zur Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte. Wir begrüßen, daß die Grünen gemeinsame Mitgliederversammlungen nach dem Konsensprinzip zugestimmt haben und stimmen mit ihrer Forderung nach einer gleichgewichtigen personellen Repräsentanz überein (Dissens: Ein Teil der AL befürchtet, daß mit dieser Formulierung die Wiedereinführung der alten 50:50-Regelung verbunden ist).

1. Das Experiment, ein Zusammenwachsen der grünen und alternativen Wahlbewegung zu versuchen, heißt, die Autonomie der beteiligten Partner, außerhalb der gemeinsamen Beschlußgremien zu akzeptieren.
2. AL und Grüne führen gemeinsame Mitgliederversammlungen (oberstes Gremium) durch, in denen über alle relevanten Sachfragen gleichberechtigt und ohne jeden Fraktions- und Organisationszwang diskutiert wird, um darüber zu übergreifenden, gemeinsamen Beschlüssen zu kommen.
3. Entsprechendes gilt für vorhandene bzw. neu einzurichtetende Gremien, wobei es jedem Partner unbenommen bleibt, davon unabhängig in autonomen Gremien zusammenzutreten.
4. Die Kandidaten und andere Funktionsträger werden, entsprechend den gemeinsamen Kriterien auf der Basis der gleichgewichtigen Repräsentanz, von der gemeinsamen Versammlung gewählt.
5. Alle Beschlüsse der Mitgliederversammlung und gemeinsamer Gremien werden auf der Grundlage des Konsensprinzips erarbeitet. Wir bedauern, daß die Grünen darauf beharren, in Ausnahmefällen autonome Entscheidungen für die Parlamentsarbeit zu treffen. Die AL betont, daß nach ihrer Sicht in diesem Fall die gemeinsame Liste insgesamt in Frage gestellt sein könnte.
6. Alle Kandidaten unterliegen dem gemeinsamen imperativen Mandat der Mitgliederversammlungen bzw. zwischengeschalteter Gremien (wie Delegiertenrat).
7. Wir sind bereit zu den umstrittenen inhaltlichen Positionen (Basisanbindung, Art der Parlamentsarbeit, Verhältnis zu den etablierten Parteien) gemeinsame Arbeitsgruppen mit den Grünen zu bilden, durch die Beschlußvorlagen für einen gemeinsamen Programmkongreß (Vorschlag: 19./20.2. 82) erstellt werden sollen.

Vorbehaltlich dieser zu klärenden inhaltlichen Fragen sieht die AL insgesamt die Basis dafür gegeben, eine gemeinsame Kandidatur für die Bürgerschaftswahl 1982 anzustreben.

Der Delegiertenrat der AL wird beauftragt, eine Anzahl von Personen zu benennen, die zu den Grünen Kontakt aufnehmen sollen, um die Arbeitsgemeinschaften und den Programmkongreß vorzubereiten (Punkt 7).

Grüne Hamburg:

Noch weit von einem Wahlbündnis entfernt

Wenn die Gruppe Z zu Beginn einer grünen (oder alternativen) Versammlung Fotokopien von „Arbeiterkampf"-Artikeln verteilt, dann weiß jeder, der sich in der bewegten Geschichte der Hamburger Wahlbewegung einigermaßen auskennt, was die Stunde geschlagen hat. Hatte 1980 ein kritischer AK-Artikel über die Z-dominierte Eimsbütteler „Parlamentsfraktion" als Vorwand für die Spaltung der Bunten Liste herhalten müssen, so wurde nun auf der Landesversammlung der Grünen am 16.1. ein ähnliches Skandal-Geschrei um den Artikel *„AL-Mitgliederversammlung: Schwierigkeiten mit dem Konsens – Erfolge der Grünen"* (AK 216, S. 28) veranstaltet. Die nach der Gründung der Alternativen Liste vorübergehend ins Stocken geratene Offensive der Gruppe Z (und anderer grüner Spitzenfunktionäre) gegen den KB – mit dem erklärten Ziel, den KB ganz aus einem Wahlbündnis herauszuhalten! – soll anscheinend wieder aufgewärmt werden, die AL insgesamt weichgeklopft und zur Übernahme bisher abgelehnter grüner Vorstellungen über die Form des Wahlbündnisses (Parität, Handlungsautonomie grüner Abgeordneter) gebracht werden.

In diesem Sinne wurde auf der grünen Landesversammlung der AK-Artikel als Kampfansage des KB interpretiert: die Kritik am M i ß b r a u c h des Konsensprinzips in der AL innerhalb der Friedensdiskussion (eine Handvoll Ex-„KPD"ler hatte sich einen feuchten Kehricht um das Bemühen um einen Konsens geschert), wurde als Absage an das Konsensprinzip g e n e r e l l und Befürwortung von Kampfabstimmungen dargestellt. Hoch gingen auch die Wogen der Empörung über die „Unterstellung" des AK-Artikels, die Grünen wollten ein Wahlbündnis als Sprungbrett nutzen, *„um mit möglichst vielen Abgeordneten in der Bürgerschaft ihre Privatpolitik zu betreiben"*. Zur Ehrenrettung eines Teils der grünen Basis sei gesagt, daß dort wenig bis gar keine Vorstellungen darüber bestehen, welche „realpolitischen" Varianten die Gruppe Z, insbesondere in der Frage von Tolerierungsangeboten an die SPD, auf Lager hat. (Mit dem Stichwort „Kreuzberg" etwa kann kaum ein Grüner etwas anfangen, obwohl in diesem Bezirk, den die Gruppe Z immer wieder als Paradebeispiel für ihre „konstruktive Parlamentsarbeit" angepriesen hat, leicht nachzuvollziehen wäre, wie alternative Prinzipien zugunsten eines (vermeintlichen) kurzfristigen Vorteils aufgegeben werden (vgl. dazu AK 215, S. 36).

Diese „Privatpolitik" ist schon heute bei den Grünen nicht konsensfähig: Eine „relevante Minderheit" wollte auch auf dieser Landesversammlung wieder (wie schon auf der Landesversammlung am 18.11.) überhaupt keine Angebote an die SPD zulassen. Allerdings kann diese Minderheit nach grünem Mehrheitsverständnis kein „Vetorecht" für sich beanspruchen – das soll nur nach außen, d.h. gegenüber der AL, Gültigkeit haben.

Eine echte Diskussion um die Streitfragen wird auf grünen Landesversammlungen zudem durch den besonderen (und im Rahmen der grünen Bundespartei vermutlich beispiellosen) Zustand des Hamburger Landesverbandes so gut wie unmöglich gemacht. Alles ist zugeschnitten auf die Person des 2. Vorsitzenden der Gruppe Z, Thomas Langer, der, (obwohl nur „einfaches Basismitglied" ohne Funktion bei den Grünen) in den vergangenen Monaten faktisch zum Landesvorsitzenden der Hamburger Grünen aufgestiegen ist. Sein komödiantisches Talent, gepaart mit einem ausgeprägten Hang zur Demagogie, hat selbst einen brillianten Redner wie Jürgen Reents (gleichfalls Gruppe Z) und den professionellen Schauspieler Corny Littmann in Statistenrollen gedrängt. Langers Auftritte, eine schnelle Abfolge von echten Gags und hemmungslosen Pöbeleien, tragen zwar zur Kurzweil auf den Versammlungen bei. Seine politische Dominanz bedeutet allerdings auch eine beispiellose Entmündigung der Landesmitgliederversammlung („höchstes beschlußfassendes Organ" laut Statut!).

Der wichtigste Beschluß der Landesversammlung ist der nebenstehende Brief an die AL (Antrag von Langer). Die Passagen zur Parität („nicht mit dem Rechenschieber ausrechnen") und zu gemeinsamen Versammlungen („sind möglich"), die von den Grünen selbst, aber auch von Teilen der AL als Zugeständnisse interpretiert werden und die sich in der Überschrift des „taz"-Artikels zur grünen Landesversammlung als „Schritte hin zum Bündnis" wiederfinden, sind leider überhaupt nichts Neues, sondern von Verhandlungsführer Langer gegenüber der AL schon mehrfach mündlich vorweggenommen worden. Ausdrücklich abgelehnt wurde ein Antrag der Grünen Winterhude, ganz auf die Parität zu verzichten. Die Verankerung eines gemeinsamen grün-alternativen Mandats für die zukünftige Parlamentsarbeit hatte von vornherein nicht zur Debatte gestanden.

Das politische Problem, um das es dabei geht, wird aus dem formalen Streit leider nicht deutlich genug: Wer die zahlreichen Veröffentlichungen aus den Reihen der Gruppe Z zur „konstruktiven Parlamentsarbeit" und zur „Politikfähigkeit" gelesen hat, weiß, daß es der Traum dieser Gruppe ist, als „Zünglein an der Waage" der sozialdemokratischen Reformpolitik wieder auf's Fahrrad zu helfen. „Politikfähigkeit" heißt für sie in erster Linie: Mehrheitsbildung mit der SPD, um sich in der reformerischen Kunst des Machbaren zu üben (siehe z.B. Artikel über die Parlamentsarbeit der Bunten Liste Bielefeld im AK 216). Die Alternative Liste generell, vor allem aber der gegenüber s o l c h e r Art von Politik sehr sperrige KB, werden als schwere Hindernisse für „konstruktive Parlamentsarbeit" Marke Z angesehen (zu recht, zu recht!). Deshalb wird gefordert, daß grüne Abgeordnete ausschließlich ihrer eigenen Partei, aber nicht dem G e s a m t - Wahlbündnis verantwortlich sein sollen. Und innerhalb der Grünen a l l e i n müßte es der Gruppe Z eigentlich relativ leicht fallen, stabile Mehrheiten für eine Parlamentspolitik nach ihrem Geschmack zu finden. – Die Neigung, unter s o l c h e n Umständen grüne Kandidaten zu unterstützen, ist im KB allerdings bisher nicht so unheimlich stark.

DIE GRÜNEN

Belleallianccstraße 36 · 2000 Hamburg 19 · Telefon 040/ 439 54 16

DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg

Liebe AL'er,

auf unserer Landesmitgliederversammlung am 16.1.1982 haben wir nunmehr einhellig beschlossen, mit Euch ein gleichberechtigtes und partnerschaftliches Zusammengehen zur Bürgerschaftswahl anzustreben.
Wir glauben, daß jeder andere Weg der ökologischen und demokratischen Opposition schaden würde, darum wollen wir auch alles vermeiden, was ein Zusammengehen wegen kleinlicher Differenzen verhindern könnte.

A) Eine Mehrheit unserer Landesmitgliederversammlung war der Auffassung, daß am 5.September – als wir unseren ersten Vorschlag verabschiedeten – tatsächlich eine Schwachstelle in unseren Beschluß einging, auf die Ihr uns aufmerksam gemacht habt. Die Gefahr von „Blockdenken" und „Separatismus" könnte tatsächlich gegeben sein wenn getrennte Mitgliederversammlungen bezüglich gemeinsamer Probleme der Regelfall würden. Daher sind wir zu der Auffassung gelangt, ein Maximum an gemeinsamer Beratung und Beschlußfassung anzustreben.
Im Ausnahmefall allerdings – also wenn in gemeinsamer Beratung keine Einigung erzielt werden konnte – wollen die GRÜNEN über die Politik der von ihnen benannten Funktionsträger autonom bestimmen.
Wir glauben, daß ein solches Verfahren auch der von Euch beschlossenen Aussage "Ausgangspunkt des Zusammengehens von AL und Grünen ist ein Bündnis; AL und Grüne erklären ihre Bereitschaft, das Experiment eines Zusammengehens zu versuchen" Rechnung getragen wird.
***Eine Minderheit unserer Landesmitgliederversammlung ist der Meinung, daß eigenständige Versammlungen der AL und der GRÜNEN der Regelfall sein sollten. Sie befürchtet, daß sonst eine faktische Auflösung der GRÜNEN und damit der Verlust unserer Hamburger Arbeitsfähigkeit und unseres bundespolitischen Engagements unvermeidbar sei.

B) Gleichberechtigung ist für uns nach wie vor nur denkbar, wenn beide Partner von einer gleichgewichtigen personellen Repräsentanz in den wichtigsten Gremien und Funktionen ausgehen. Ist diese Parität im Prinzip akzeptiert, werden wir mit Sicherheit keine „Pfennigfuchser" sein.
Wenn Ihr anerkennt, daß dort, wo man sich aus gemeinsamer Arbeit kennt – also jeweils bei den GRÜNEN und der AL – auch die maßgebliche Nominierung der Funktionsträger erfolgen soll, werden wir keine Probleme haben, gemeinsam eine Liste zu unterstützen, in der u.a. Kriterien wie Berücksichtigung verschiedener politischer Strömungen, sachliche Kompetenz, Geschlechterparität etc. ein gutes Gesamtbild bieten.

C) Zu Euren konkreten Vorschlägen:
1.) Den vorgeschlagenen Programm-Foren stimmen wir zu.
2.) Wir bedauern, daß Ihr eigene kommunalpolitische Arbeitsgruppen eingerichtet habt und fänden es besser, gemeinsam die Programm-Erarbeitung zu betreiben.
3.) Auch wir sind für gemeinsame Basis- und Öffentlichkeitsarbeit und werden fünf Mitglieder für eine gemeinsame Tätigkeit mit der AL benennen.
4.) Eure Vorschläge in Punkt 4 hängen von der Klärung der oben angeschnittenen Probleme ab.
5.) Für die Bezirksebene kann bei uns eine Landesmitgliederversammlung keine Beschlüsse fassen.
6.) Klärung der strittigen Fragen zu „Art der Parlamentsarbeit" und „Verhältnis zu den etablierten Parteien" wollen wir ebenfalls.

D) Da der KB eine wichtige politische Kraft innerhalb der AL ist, bitten wir Euch, zum die grün-alternativen Einigungsbemühungen kommentierenden Artikel in Arbeiterkampf Nr. 216 Stellung zu nehmen.

Der Landesvorstand DIE GRÜNEN Hamburg
gemäß Beschluß der Landesmitgliederversammlung vom 16.1.1982

Offener Brief an Heiner (KB):

Geht es schon wieder los?

Lieber Heiner!
Ich lese die Artikel im Arbeiterkampf über die "Wahlbewegung" immer mit einem Schmunzeln, denn es ist sehr angenehm, die Gedanken derer, mit denen ich zusammenarbeite, in der Zeitung zu lesen. Fast wünschte ich mir, wir anderen in der Alternativen Liste hätten auch solch eine Zeitung, damit Ihr lesen könntet, was wir denken, und dies nicht immer nur vermuten müßtet, wie es dann in Eurer Zeitung zu rekonstruieren versucht wird.

Bei Deinem letzten Artikel (AK 216, S.28) blieb mir nun aber doch die Spucke weg. Deine bissige Darstellung unserer letzten Mitgliederversammlung ist in Teilen grob entstellend, wenn nicht sogar falsch. So schreibst Du, es sei *"einer Handvoll ehemaliger 'KPD'-Mitglieder"* gelungen, *„ihre Position zur Friedensfrage als gleichgewichtigen Dissens in die politischen Leitsätze einzubringen"*. Im Versuch der Redaktionsgruppe, einen Kompromiß zu formulieren, hätten sich *"die Ex-'KPD'ler nicht genügend wiedergefunden"*. Denselben Leuten bescheinigst Du, nicht zur AL zu gehören und "nicht erfolglos" versucht zu haben, *"sich mit neu zur AL gestoßenen Anhängern der 'Exterminismus'-Theorie zu verbünden"*. Du unterschlägst dabei die Tatsache, daß es diesen Leuten n i c h t gelang, einen Text der Bundes-Grünen durchzusetzen.

Wenn die AL es sich zur Aufgabe gemacht hat, *"die Qualität linker Politik zu verbessern"*, dann kann man demgegenüber Deinen Artikel wirklich nur als einen Rückfall in alte Gewohnheiten verstehen. Schon das Herbeizitieren der politischen Vergangenheit von mißliebigen Diskussionsteilnehmern riecht für mich nach Denunziation, kann kaum ein Argument sein. Was würdest Du dazu sagen, wenn im Wahlbündnis zukünftig die Z-Leute als "Ex-KBler" gehandelt würden? Weiter. Ist Dir wirklich entgangen, daß die Formulierung der Redaktionsgruppe auch a n d e r e n Teilnehmern nicht gefiel? Oder darf ich die Logik Deines Artikels so verstehen, daß jemand zum ehemaligen Mitglied einer Gruppierung avanciert, nur weil er/sie eine bestimmte Meinung hat?

Schlimmer noch kommt mir die hier seit der AL-Gründung zum ersten Mal wieder angewendete Methode vor, eine politische Klassifizierung der Teilnehmer vorzunehmen, nämlich zu unterscheiden nach Nicht-Mitgliedern, "neu zur AL Gestossenen" und – ja, was dann noch? – Wohl der eigentlichen AL. Dies in einem Moment, wo Dir bestimmte Meinungen nicht passen. Was ist, frage ich Dich, der Z w e c k solcher Einteilungen, wenn sich darin nicht eine Ausgrenzung anbahnen soll nach der Devise: die "Exterminismus"-Theorie gehört nicht zur AL. Oder habe ich Dich mißverstanden, ist "neu zur AL gestoßen" gerade ein Qualitätsmerkmal, die freudige Feststellung, daß wir mehr werden in unserem "pluralistischen Zusammenschluß" – ?

Die "Schwierigkeiten mit dem Konsens", wie es im Titel Deines Artikels heißt, scheinen a u c h D e i n e Schwierigkeiten zu sein. Sachlich falsch ist, daß die "EX-KPD-Mitglieder" den Dissens durchgedrückt haben. Einen Dissens zu formulieren war vielmehr Vorschlag einiger ehemaliger AL-Ini-Mitglieder (dies ist noch kein Stigma), und Th. Langer hat freundlicherweise dabei geholfen. Interessant finde ich Deine Logik zu behaupten, eine Position sei „als gleichgewichtiger Dissens" erfolgreich eingebracht worden, wo doch in Wirklichkeit ein Dissens gerade die A n e r k e n n u n g d e r T a t s a c h e ist, daß es z w e i Positionen gibt. Mit dem Wort "gleichgewichtig" willst Du offenbar kritisieren, daß die Position Deiner Widersacher ein g e r i n g e r e s Gewicht hatte als Deine eigene, aber was ist dies sowie Deine Klage, "daß auf eine Abstimmung zur Erstellung eines Meinungsbildes verzichtet wurde", anderes als der Wunsch, in der AL e i n e M e i n u n g zur Mehrheitsposition zu befördern, die Gegenmeinung aber an den Rand zu drängen? Kannst Du Deinen Lesern erklären, was d a s mit Pluralismus zu tun hat? Wieso wird gerade in einer Frage, die bekanntlich in der ganzen Friedensbewegung so strittig ist, der Dissens von Dir als Ergebnis einer Überrumpelung der "ernsthaft"(?) Diskutierenden durch eine AL-fremde Truppe dargestellt? Wenn wir wirklich ö f f e n t l i c h sind, warum ist es dann überhaupt an dieser Stelle wichtig, daß die Opponenten nicht Mitglieder sind?

Den Verzicht auf Abstimmung wertest Du als eine "konsens"-Position (die Inflation der Anführungszeichen im ARBEITERKAMPF bin ich gewohnt, aber warum diese jetzt? Gibt es jetzt schon "Konsens" und echten Konsens?), "die es zukünftig jeder noch so idiotischen Minderheitsströmung leicht machen könnte, ihren Unsinn im AL-Programm unterzubringen...". D a s i s t b r u t a l . Es ist nicht nur aggressive Sprache. Nicht nur die Einlieferung des Andersdenkenden in die Psychatrie. Wenn ich Dich hier ernst nehme, ist das Ausdruck der Bereitschaft, mißliebige Meinungen durch Diffamierung aus der Liste zu streichen. Was daran alternativ sein soll, ist mir schleierhaft. Es ist repressiv. Ich habe vollstes Verständnis dafür, daß, wenn man jahrelang in einer eigens dafür geschaffenen Spalte ("Westdeutsche Linke") über den Rest der Welt hergefallen ist, dieses Vokabular und diese Mentalität einem noch in den Knochen stecken. Aber in der Alternativen Liste können wir uns diese Methoden nicht leisten.

"Wird allerdings in d i e s e r Weise", schreibst Du weiter, "das Konsensprinzip weiter strapaziert, könnte es schnell zum Bruch in der AL kommen." Was ist das – eine persönliche Befürchtung, eine vage Vermutung, eine politische Drohung –? Du läßt das offen. Aber wer an der AL hängt, kann hier nur den Schluß ziehen: das Konsensprinzip haben wir zwar, aber besonders strapazierfähig ist es nicht, na, da will ich als Minderheit mal lieber die Schnauze halten, sonst geht die AL kaputt.

Ähnlich rüde wie mit eventuellen Idiotengruppen springst Du mit den Grünen, die bei uns „Mitleid schinden", einen „unveränderten Kurs der Erpressung der alternativen Wahlbewegung" fahren, die Uneinigkeit der „jungen AL" ausschlachten, uns „auch noch die letzten Kröten schlucken" lassen wollen und für die „ein Wahlbündnis offenbar nur Sprungbrett sein" soll, „um mit möglichst vielen Abgeordneten in der Bürgerschaft ihre Privatpolitik zu betreiben." Da frage ich Dich ganz schlicht: und mit diesen entsetzlichen Ungeheuern willst Du zusammengehen? Da scheinst Du ja sehr viel von Dir zu halten. Ich wenigstens würde mich an Deiner Stelle auf diese Schlächter der jungen, zarten AL nie und nimmer einlassen.

Wundert es Dich, daß es auf der Grünen-Mitgliederversammlung vom 16. dieses Monats einige gab, die borniert genug waren, auf diesen Deinen überzogenen Äußerungen lustvoll herumzureiten? Dabei gilt auch hier die Volksweisheit: Die größten Kritiker der Elche waren früher selber welche! Hat sie aber nicht gestört. Sie haben's verdrängt. So ist das, wenn man seine Vergangenheit nicht aufarbeitet.

Fataler ist, daß wir alle uns nun, so die Grünen, zu Deinem Artikel äußern sollen. Du bist eben nicht irgendwer. Ja, und nu? Ich weiß gar nicht, wofür ich mich entscheiden soll. Nehmen wir n i c h t Stellung, heißt es, die decken den Artikel, unerhört! Nehmen wir f o r m a l Stellung, heißt es, die drücken sich ums Inhaltliche, stehen also dahinter. Nehmen wir p r o Stellung, dann Gute Nacht, Wahlbündnis – wenn die Grünen dann noch wollten, wäre es echt Prostitution. Nehmen wir k o n t r a Stellung, müßte sich der KB-Rest von Dir distanzieren, tut er nicht, also was tun? – Ich rätsele, ob Du beim Schreiben des Artikels irgendeinen positiven Effekt vor Augen gehabt haben könntest. Auch wenn ich versuche, mich in Deine Logik oder die des KB zu versetzen, ich sehe keinen.

Angesichts der vielen grimmigen Worte, zu denen Du gegriffen hast, war ich wenigstens froh, nicht selber in dem Artikel vorzukommen, höchstens als „Ex-KPDler", aber Du weißt ja, daß das nicht stimmt, das w ü r d e nur stimmen, wenn die primitive Gleichung richtig wäre: These von der Blockkonfrontation = Exterminismus-Mystik = Vaterlandsverteidigung = Ex-KPD. Aber so simpel denken wir ja nicht, nicht wahr? Dennoch, irgendwo sehe ich auch mich selbst in versteckter Form angegriffen: dort, wo Du einem „erheblichen Teil der AL" mit der Bemerkung schmeichelst, auf T. Langer mitleidig reagiert zu haben. Nun muß ich aber wirklich das erste Mal ganz ernst werden und Dir sagen: akzeptiere doch mal die Tatsache, daß wir anderen, die f ü r das Vetorecht waren, nicht aus mitleidiger Gefühlsduselei zum Opfer fremder List geworden sind, sondern selbst genug Grips haben, um politisch zu entscheiden, und dazu keine Oberlehrer der Bewegung brauchen, die uns kleinen Dummerchen ständig zeigen, wo's lang geht.

Kurt Edler

... und die Antwort von Heiner

Daß AK-Artikel, die Position beziehen und Meinungen wiedergeben, nicht allseits beliebt sind, sollte nicht verwundern. Daß AK-Artikel, die zu Vorgängen in der Wahlauseinandersetzung oben gesagtes tun, gern zum Anlaß für das Produzieren von „Skandalen" genommen werden, hat mittlerweile in Hamburg schon Tradition. Seitens der Gruppe Z gehört dies zum politischen Kalkül: die mehr oder weniger begründete Stimmungsmache gegen den „allesfressenden Moloch der Machtpolitiker vom KB" auszunutzen, um sich in die Position der verfolgten Unschuld zu setzen und damit eine inhaltliche, an der Sache geführte Auseinandersetzung zu blockieren.

Kaum war der angesprochene AK 216 auf dem Markt, erreichten uns einen Tag später bereits die ersten Drohungen aus dem „Bi ber" (gemeint ist hier nicht das gleichnamige Wappentier der AL, sondern die Stammkneipe der Gruppe Z), das würde auf der Grünen-MV einen Skandal geben.Und so geschah es: Man war sich bei den Grünen in Abscheu und Empörung ziemlich einig. Nun wird auch noch versucht, gleiches in die AL hineinzutragen. Gehört es doch zu den Kuriositäten der Wahlauseinandersetzung, daß die Grünen per Beschluß die AL „bitten", zum AK-Artikel Stellung zu nehmen. Das Kalkül ist darauf gerichtet, genügend Stimmen in der AL zu finden, die sich genötigt sehen, dem Grünen Druck nachzugeben und die „erbetene" Distanzierung abzuliefern. Kurt s „Offener Brief" an mich und seine Andeutungen im vorletzten Absatz, die den Schluß nahelegen, daß man sich distanzieren m u ß (*„Fataler ist, daß wir alle uns nun, so die GRÜNEN, zu deinem Artikel äußern sollen"*), demonstriert, wie diese Methode wirkt. Das gesamte Anliegen des überwiegend sachlichen Artikels mit einem Schuß Polemik im letzten AK ist in Kurts 200 Zeilen so gut wie gar nicht Gegenstand. Es wird, so muß mensch wohl befürchten, bereits wieder an der Legende gebastelt, der KB sei schuld, wenn's mit den Grünen schief geht. Dieweil einige „Z"ler sich angesichts der Wirkung ins Fäustchen lachen, empört Kurt sich über den KB, dessen inhaltliche Bedenken er meint,nicht ernst nehmen zu müssen, während er auf der anderen Seite vehement eine Lanze für Minderheiten bricht, obwohl der KB in der AL bestimmt nicht die Mehrheit stellt.

Zu einigen Punkten von Kurts Brief im einzelnen:

1. Du behauptest, der Artikel in AK 216 sei *„in Teilen grob entstellend, wenn nicht sogar falsch"*. Belegt wird das mit dem Vorwurf der „Unterschlagung" von Tatsachen, was aber nicht zu halten ist. Mein Artikel enthält ausführlich zitiert die umstrittenen Teile der kritisierten Diskussion, und nicht etwa die Behauptung, der Text der Bundesgrünen sei durchgesetzt worden; sondern über das Einbringen des Textes konnte ein ganz bestimmter Dissens festgeschrieben werden, der es dieser „Handvoll ehemaliger ‚KPD'-Mitglieder" ermöglichte, durch e i n m a l i g e s Eingreifen in die Debatte die Grundlage für eine Verankerung ihrer Position im AL-Programm zu legen, ohne daß sie sich dabei an das AL-Konsensprinzip zu halten brauchten.
2. Wolken der „Denunziation" siehst du am Gewitterhimmel der AL aufziehen, wenn eine Handvoll Ex-„KPD"ler als solche bezeichnet werden. Nun mag man sich über den KB-Sprachgebrauch streiten; d a r ü b e r regst du dich ja auch entsprechend auf. Nur: zur politisch unsauberen Methode des Agierens dieser Leute, die nachweislich dem Zustandekommen der AL und dem Zusammengehen von AL und Grünen g e s c h a d e t haben (die gleichen Leute haben, bevor sie die Grünen verließen, dort für die Alleinkandidatur der Grünen votiert), verlierst du kein Wort. Soll ich das so verstehen, daß dies zukünftig möglich und richtig sein soll in der AL?
3. Für dich gibt es nur Konsens und keinen „Konsens" also keinen Mißbrauch des Konsens, es sei denn, vielleicht mal durch den KB. Konkret: Leute vom KB haben in Vorbereitung der Mitgliederversammlung der AL und auf der MV hart für eine bestimmte Position gestritten. Sie haben trotz Härte der Debatte sich um einen Kompromiß bemüht und Abstriche von ihrer Position gemacht. Es ist einfach eine Unterstellung, wenn du schreibst, ich hätte für „meine eigenen" Positionen gestritten, der gegenüber alle anderen ungewichtiger sind. So sind sie, die Kommunisten vom KB, immer die Größten! Du irrst, Kurt. „Meine" Position ist in der Formulierung nur in Versatzstücken drin, als Kompromiß und nicht in ihrer „Reinheit". Wäre „meine" Position drin, stünden KB-Positionen in den Leitsätzen. Das ist nicht das von uns KBlern praktizierte Konsens-Verständnis in der AL, das dürftest du entlang der Fakten kaum aufrechterhalten können. Wir haben uns dabei an die Formulierungen des Konsensprinzips gehalten, in denen es heißt: *„ein weitestgehendes Bemühen in allen Streitfragen zu erzielen. Konsens muß dabei nicht unbedingt Einstimmigkeit sein, sondern bedeutet möglichst große Übereinstimmung"*. An anderer Stelle heißt es ausdrücklich: *„In der Diskussion besteht für die Vertreter der widersprüchlichen Position die V e r p f l i c h t u n g, einen Kompromiß zu suchen"*. Wo bitteschön ist diese Verpflichtung seitens der „Handvoll Ex-„KPD"ler" eingehalten worden? An keiner Stelle; stattdessen haben sie auf ihre Position gepowert – aber angegriffen wird der KB, wenn er diese Methode kritisiert, da dadurch das Konsensprinzip *„praktisch ad absurdum"* geführt wird (wie die „taz-Hamburg" am 18.1. meinen Artikel konkret interpretierte) und somit in der Tendenz das passiert, was nicht passieren sollte: *„Das Einspruchsrecht von Minderheiten darf jedoch nicht benutzt werden, die Arbeit der AL zu blockieren oder eine Minderheitsmeinung faktisch durchzusetzen"* (Konsensprinzip der AL). Wer hat denn da gegen Beschlüsse verstoßen? Wieder der KB? Schade, daß solche ernsthaft aufgeworfenen Probleme überhaupt nicht erörtert werden. Soll der KB vielleicht den Bahnbrecher hierfür spielen, indem er einfach mal folgendes vorschlägt: In den Leitsätzen der AL wird verankert, daß ein Teil der AL die Anwendung der MAO-Tse-Tung-Ideen für die entscheidende Grundlage bei der Verwirklichung der Ziele der Liste hält.

Absurd, idiotisch würden da viele sagen; ganz meine Meinung!

4. Womit ich bei deinem nächsten Vorwurf wäre, die Verwendung des Begriffs „idiotisch" meinerseits, die du als *„Einlieferung des Andersdenkenden in die Psychiatrie"* wertest – oder anders ausgedrückt: „Vorsicht, Stalinist am Werk!" Deine Verharmlosung aller von mir im Artikel beschriebenen Probleme, die ich als KBler mit der letzten AL-MV hatte, kontrastiert extrem gegen diese sachlich nicht begründete Stimmungsmache. Hier wird mal wieder die Wahrheit nicht in den Tatsachen gesucht, sondern wie Frau Buchela vor der Glaskugel phantasiert, Mutmaßungen über meine/des KB Absichten angestellt. Der Vorwurf des Stalinismus baut auf billigsten massenwirksamen Vorurteilen gegen knallharte „ML"-Vertreter. Dabei steht in meinem Artikel nichts weiter, als daß eine solche für mich nicht akzeptable Praktizierung des Konsensprinzips **„es zukünftig jeder noch so idiotischen Minderheitsströmung leicht machen könnte, ihren Unsinn im AL-Programm unterzubringen bzw. die Debatte damit zu blockieren"**. So seh ich's; ersetze meinetwegen das Wort „idiotisch" durch „unsinnig" oder ähnlich, dann trifft's den Sinn meiner Aussage genauso (siehe das Beispiel mit den Mao-Tse-Tung-Ideen). Alles andere, was du rumspekulierst, hat nichts mit meinem Artikel, sondern mit deinem Bild über den KB/mich zu tun.

Wenn du dich in die Pose des neutralen Bewahrers der AL-Sauberkeit setzt, hättest du dir lieber deine Bemerkung über unsere AK-Spalte „Westdeutsche Linke" und unser Herfallen über den „Rest der Welt" ersparen sollen. Mir zeigt dies, daß du damit deine politische Abneigung gegen den KB dokumentierst. Gebongt, dein Recht – nur enthebt dich das nicht einer sachlichen Auseinandersetzung, oder?

5. Der von mir ‚prophezeite' Bruch bei einer solchen Praktizierung der politischen Meinungsbildung in der AL wäre nichts weiter als ein konsequenter politischer Schritt, den ich aus einer solchen möglichen Entwicklung ziehen würde. Ich meine, daß eine AL sich in die Richtung entwickeln sollte, ernsthaft und sachgerecht auf die an uns rangetragenen politischen Probleme und bei der Verfolgung unserer Zielvorstellungen einzugehen und handlungsfähig zu werden, auf Basis des Konsenses und des politischen Pluralismus. Sehe ich das nicht als gegeben an, werde ich d o r t arbeiten, wo es mir politisch sinnvoller erscheint, und ich bin sicher, daß ich mit dieser Sichtweise nicht allein stehe.
6. Deine Passagen bezüglich der grünen „Schlächter" der AL sind zwar lustig, aber wiederum am Problem vorbei: Ich begreife die Schwierigkeiten bezüglich des Bündnisses mit den Grünen tatsächlich als wesentlich ernstzunehmender als du. Dem liegen sicher unterschiedliche Einschätzungen zugrunde. Dir wünsche ich, was dein Verständnis von Basisdemokratie angeht, viel Glück beim Umgang mit den Grünen. Nur, dein und anderer Umgang zu dem (nicht nur vom KB vorgebrachten) Widerstand gegen Tendenzen zur Unterordnung unter den grünen Druck und gegenüber den von uns ernsthaft aufgeworfenen Fragen von Demokratie in der Liste steht in auffälligem Gegensatz zur Sorglosigkeit, mit der du die grünen „Kröten" zu schlukken bereit bist. Auch das ist eine politische Entscheidung gegen den Konsens in der AL, der anscheinend geringer bewertet wird als der haarige Kompromiß mit den Grünen. W ü r d e n wir genauso handeln, könnte der KB seinen Einfluß benutzen, um als relevante Minderheitsströmung in der AL jede Nachgiebigkeit gegenüber dem grünen Druck zu blockieren. Da möchte ich mal das Geschrei bei einigen in der AL erleben... Aber keine Angst, das ist nicht u n s e r Stil!
7. „Oberlehrer" wollen wir ja beide nicht sein. Es steht dir als politisch erfahrenem Menschen in der AL allerdings nicht besonders gut zu Gesicht, das tatsächlich vorhandene Defizit an umfassender Beschäftigung mit aufgeworfenen Fragen und die tatsächlich vorhandene Unerfahrenheit in der AL in der politischen Auseinandersetzung zu kultivieren. Besser wäre es da schon, dann zu überlegen, ob dieses anders erreicht werden kann, als dies mein Artikel vermochte. Der Hinweis auf „Grips" mag zwar auf sympathisierende Zustimmung spekulieren, besser finde ich allerdings immer noch, daß neben Grips auch das konkrete Wissen und die Verarbeitung von Erfahrungen dazugehören, „um politisch zu entscheiden."

Heiner, immer noch Mitglied der AL

Leopold Trepper:

„Ich wurde Kommunist, weil ich Jude bin"

Am 19.Januar starb Leopold Trepper. Zur Zeit des zweiten Weltkriegs hatte er die "Rote Kapelle" aufgebaut und geleitet.

In typischer Art westdeutscher Vergangenheitsbewältigung heißt es dazu frecherweise in der "FR": Die Rote Kapelle sei ein "hauptsächlich" (?) "*gegen die Ausbreitung der nationalsozialistischen Macht gerichteter* **Spionagering**" gewesen ("FR", "Zur Person", 21.1.82).



Leopold Trepper (Bild: FR-Archiv)

Lassen wir lieber L.Trepper selber sprechen: *"Ich habe die Arbeit des militärischen Nachrichtendienstes der antifaschistischen Koalition niemals als Spionagetätigkeit betrachtet... Wir waren die vorderste, geheime Frontlinie des Widerstandskampfes, gestützt auf die aktivste Mitarbeit von Tausenden und Abertausenden der aufrechtesten und opferbereitesten Kämpfer gegen den Nazismus ... Die Rote Kapelle ist vor Ausbruch des Krieges entstanden mit dem einzigen Ziel, den Nazismus zu zerschlagen. Die Rote Kapelle war keine Organisation bezahlter Agenten und bestand zu 95 Prozent aus Leuten, die weder im Nachrichtendienst, noch als Agenten professionell ausgebildet waren ... Die bedeutendste Rolle in der Gesamtheit der Tätigkeit aller Gruppen der Roten Kapelle spielte die Berliner Gruppe unter Leitung*

waren ... Die bedeutendste Rolle in der Gesamtheit der Tätigkeit aller Gruppen der Roten Kapelle spielte die Berliner Gruppe unter Leitung

von Schulze-Boyzen und Arvid Harnack" ("Die Wahrheit", Autobiographie. Vorwort zur deutschen Ausgabe; erschienen 1978 im DTV-Verlag. Sämtliche Zitate in diesem Artikel stammen aus diesem Buch).

Ein bewegtes Leben

Leopold Trepper wurde 1904 in der "Neumark" (Galizien) geboren. Er schloß sich dort der jüdischen Jugendorganisation "Haschomer Hazair" an. 1924 wanderte er zunächst nach Palästina aus und trat dort in die KP Palästinas ein. Nach einem Aufenthalt in Paris (1929) ging er in die Sowjet-Union (1932). 1936 trat er dem sowjetischen militärischen Nachrichtendienst bei. Ab 1938 widmete er sich dem Aufbau der Roten Kapelle. Nach seiner Rückkehr in die Sowjetunion verbrachte er 9 Jahre (1945 – 1954) in Stalins Gefängnissen. Erst 1973 durfte er ausreisen.

Diese trockenen Daten sagen jedoch wenig über das Leben dieses Revolutionärs. Welches war der Lebensweg dieses Menschen, der "trotz alledem" später dazu schrieb: "... **Aber wenn ich noch einmal von vorne beginnen müßte, würde ich es mit Freude tun!"** ("Vorwort, S.9).

Als Trepper geboren wurde, bildeten die nationalen Minderheiten in Polen ein Drittel der Bevölkerung. Der Antisemitismus blühte wieder auf. An den Universitäten wurde ein numerus clausus für jüdische Studenten eingeführt. Der Zutritt zum öffentlichen Dienst wurde den Juden per Regierungserlaß verboten. Von Händlern wurde die Parole verbreitet: "Polen kaufen bei Polen".

Trepper trat einer jüdischen Jugendorganisation bei, dem "Haschomer Hazair". Diese Organisation war 1916 von jungen Intellektuellen in Wien gegründet worden und hatte sich schnell in ganz Westeuropa verbreitet. Nur in Palästina sah sie noch eine Zukunft für das jüdische Volk. Der Einfluß der Oktoberrevolution und des Marxismus auf die Jugendlichen war groß. So standen sich auf dem ersten Kongreß der Organisation (1918) zur Frage: "Wie läßt sich die jüdische Nationalfrage lösen?" drei Meinungen gegenüber.

Die Einen forderten den Beitritt zur KP Polens, die Anderen traten für die Auswanderung nach Palästina ein, um dort "einen vom Kapitalismus freien Staat" zu gründen. Wiederum Andere, zu denen auch Trepper gehörte, traten für eine enge Zusammenarbeit mit der kommunistischen Bewegung ein, ohne den "Haschomer Hazair" aufzulösen.

1921 zog die Familie Trepper in das heutige Dabrowa Gornizca, ein ausgesprochenes Industriegebiet. *"Nach der jüdischen Frage, entdeckte ich nun den Klassenkampf"*.

1923 fand in Krakau ein Generalstreik statt, die Arbeitermassen besetzten die Stadt. Dort machte Trepper zum ersten Mal Bekanntschaft mit der Polizeigewalt. Als aktiver Mitarbeiter stand er auf der schwarzen Liste. Zwei Möglichkeiten boten sich ihm an: „Untertauchen" oder „Palästina".

1924 kam Trepper im damals von den Engländern besetzten Palästina an. Seine (und zahlreicher anderer Jugendlicher) Vorstellungen schildert Trepper so: *"Wir waren überzeugt, daß in unserer kollektivistischen Gemeinschaft, in der absolute Gleichheit herrschte, sich fern von den Zwängen des bürgerlichen Lebens eine neue, brüderliche Ethik als Ferment einer gerechteren Gesellschaft entwickeln würde. Es ging vor allem um moralische, idealistische und merkwürdigerweise nicht um soziale Fragen"*. Diese idealistische Ruhe wurde aber bald durch Erfahrungen und Erlebnisse Treppers gestört: *"Unter dem Deckmantel der nationalen Einheit des jüdischen Volkes fand ich den Klassenkampf wieder"*. So trat er dann 1925 der KP Palästinas bei: **"Obwohl ich im Herzen seit langem Bolschewist war, hatte die Judenfrage mich bewogen, nicht in die Partei einzutreten. Nun aber war ich überzeugt, daß nur der Sozialismus die Juden aus ihrer jahrtausendelangen Unterdrückung befreien würde"**.

Trepper selbst war gegen die Gründung eines jüdischen Staates: *"Ich sah nicht ein, warum die fünf Millionen*

gen Unterdrückung befreien würde".

Trepper selbst war gegen die Gründung eines jüdischen Staates: *"Ich sah nicht ein, warum die fünf Millionen*

amerikanische Juden, die drei Millionen Juden aus der Sowjetunion und Millionen Juden in der übrigen Welt sich ein hypothetisches Vaterland suchen und nach Palästina auswandern sollten. Das mußte jeder für sich entscheiden, fand ich". Die KP Palästinas versuchte, die zionistische Ideologie unter schwersten Bedingungen zu bekämpfen. Die englischen Besetzer, die zionistischen Organisationen und arabischen Reaktionäre jagten sie gemeinsam.

Trepper gründete 1925 eine "Massenorganisation" namens "Ischud" (Einheit), in der Juden und Araber gemeinsam kämpfen sollten. Insbesondere ging es um den Zugang zur zionistischen Gewerkschaft "Histradut" für die arabischen Arbeiter.

Trepper wurde in Palästina zweimal verhaftet und schließlich, per Erlaß des englischen Gouverneurs, des Landes verwiesen. Von 1929 bis 1932 lebten Trepper, seine ebenfalls aktive Frau Luba und ihr Sohn in Paris. Hier arbeitete er eng mit der KPF zusammen und brachte eine kommunistische jiddische Wochenzeitung ("Der Morgen") mit heraus.

Moskau

Auf dem Weg nach Moskau verbrachte er kurze Zeit in Berlin. *"Ausgehend von rein demokratischen und parlamentarischen Erwägungen, behaupteten Kommunisten wie Sozialisten, die Hitlerpartei bekäme im Reichstag nie eine Mehrheit. Mein Einwand, daß die Nazis sich bestimmt nicht scheuen würden, die Macht mit Gewalt zu ergreifen, und auf diese Möglichkeit jedenfalls besser vorbereitet seien als alle Arbeiterparteien traf auf taube Ohren"*. Und dann Moskau. Was Frankreich lange Zeit für sozialismusbewegte Emigranten gewesen war, war nun die UdSSR: *"Welch ein bewegender Moment, als ich beim Übergang auf sowjetisches Gebiet die riesige Spruchtafel mit dem berühmten Aufruf von Karl Marx sah: 'Proletarier aller Länder vereinigt euch'. Mein Herz schlug schneller vor Stolz, am Aufbau dieser neuen Welt teilzuhaben, in der die Menschen ihre Kette brachen und mit der Vergangenheit tabula rasa machten"* (= reinen Tisch).

Dort studierte er (an der "Lenin-Schule", die Genossen mit großer praktischer Erfahrung vorbehalten war, die nie die Möglichkeit besessen hatten zu studieren, und an der "Marchlewski-Universität für die nationalen Minderheiten").

So manche schwärmerischen Vorstellungen über das "Vaterland aller Werktätigen" mußte Trepper über Bord werfen. Partei- und Stalinkult und dann die Schauprozesse ... *"Damals lebten in der sowjetischen Hauptstadt mehrere tausend ausländische Kommunisten, die in der Komintern, der Profintern, der Bauern-Internationale, der Jugend-Internationale und der Frauenorganisation tätig waren. 90% davon wurden liquidiert"*. So zum Beispiel der Führer der ungarischen Revolution und Mitglied der Komintern Bela Kun, verurteilt als "rumänischer Agent". *"Und doch duckten wir uns, verzweifelt, aber gehorsam. Das eigenhändig in Gang gesetzte Räderwerk erfaßte uns. Selbst Teilchen des Apparates und vom Terror fast in den Wahnsinn getrieben, schufen wir die Instrumente unserer eigenen Unterwerfung. Alle die sich nicht gegen die stalinistische Tödesmaschinerie aufgelehnt haben, trifft Schuld, eine kollektive Schuld. Ich nehme mich von diesem Richterspruch nicht aus"*. So meint Trepper auch, die Ehre, Widerstand geleistet zu haben, könnten nur die Trozkisten für sich in Anspruch nehmen.

Die Geburt der Roten Kapelle

Am 30.Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler. Zu Tausenden wurden in Deutschland bereits 1934 Kommunisten und Sozialdemokraten verhaftet. 1936 begann der spanische Bürgerkrieg, der von deutschen und italienischen Legionen niedergeschlagen wurde.

Hitlers Programm war schon Jahre zuvor in "Mein Kampf" nachzulesen: Vernichtung des Kommunismus, Ausrottung des "Weltjudentums".

Hitlers Programm war schon Jahre zuvor in "Mein Kampf" nachzulesen: Vernichtung des Kommunismus, Ausrottung des "Weltjudentums".

Als Jude und Kommunist fühlte sich Trepper doppelt betroffen. Gemeinsam mit dem Alt-Bolschewik Bersin, Chef des Geheimdienstes der Roten Armee (später ebenfalls Opfer der sogenannten "Rotation der Kader", d.h. liquidiert) entwarf Trepper den Plan der Roten Kapelle. Nicht ohne innere Kämpfe und Zweifel entschloß er sich dazu. **"Doch, obwohl die Sowjet-Union aufgehört hatte, jenes Vaterland des Sozialismus zu sein, das wir uns wünschten, mußte sie verteidigt werden, ungeachtet unserer Verwirrung und trotz unserer Ängste. Diese Erkenntnis bestimmte meine Wahl"**.

Bersin gab Trepper die Devise mit auf den Weg: *"Folgen Sie nur Ihrem Gewissen. Für einen Revolutionär ist es der oberste Richter"*. Zunächst in Belgien, später in Frankreich, Holland, Deutschland und in der Schweiz wurde die Rote Kapelle aktiv.

Friedensillusionen

Trepper schreibt über Friedensillusionen der KPdSU, die den Nicht-Angriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR ("Hitler-Stalin-Pakt") begleitet haben. So zitiert er zum Beispiel eine Rede Molotows vor dem Obersten Sowjet der UdSSR vom 31.10.39: *„In den letzten Monaten erhielten Begriffe wie Aggressionen und Aggressor eine neue Bedeutung ... Deutschland befindet sich in der Situation eines Staates, der den Frieden wünscht, während England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges eintreten. Die Ideologie des Hitlertums kann man, wie jedes andere ideologische System, ablehnen oder anerkennen, das ist eine Frage der politischen Meinungen. Es wird aber jeder verstehen, daß eine Ideologie nicht durch Gewalt zerstört werden kann. ... Deshalb ist es sinnlos, ja frevelhaft, einen solchen Krieg zur Vernichtung des Nationalsozialismus unter der falschen Flagge der Demokratie zu führen"*. Und: *"Wir waren immer der Ansicht, daß ein starkes Deutschland eine für den dauerhaften Frieden in Europa notwendige Bedingung ist"*.

Die –nach der Liquidierung Bersins– neue Leitung des Nachrichtendienstes forderte demzufolge auch Trepper wieder zur Rückkehr auf. Ein Monat nach dem Nichtangriffspakt wurde zwischen Deutschland und der UdSSR ein Freundschaftspakt beschlossen (28.9.39. Am 1.9. 1939 fiel die Naziwehrmacht in Polen ein).

Die Meldungen der Roten Kapelle seit Oktober 1940 über einen bevorstehenden Angriff der Nazis auf die Sowjetunion wurden nicht ernst genommen. *"Alle Dokumente, die behaupten, der Krieg stehe unmittelbar bevor, müssen als Fälschungen betrachtet werden, die aus britischer oder sogar deutscher Quelle stammen"* (Note des Nachrichtendienst-Chefs Golikow vom 20.3.41 an alle Dienststellen).

Im November 1942 wurde Trepper in Paris von der Gestapo verhaftet. Die Gestapo wollte ihn "umdrehen", ließ ihn weiter (Falschmeldungen) nach Moskau funken, damit die "Zentrale" glaubte, alles sei in Ordnung. Trepper spielte vordergründig mit, allerdings gelang es ihm gleich zu Beginn des "Großen Spiels", seine Verhaftung bekannt zu machen und diese Information dem sowjetischen Geheimdienst zukommen zu lassen. Im September 1943 gelang ihm in Paris die Flucht. 1945 bestieg er ein Flugzeug in Richtung Moskau. *"Ich war stolz auf das, was ich getan hatte, und sehnte mich nur nach wohlverdienter Ruhe"*.

Kaum war er angekommen, wurde er nach Lubjanka –ein berüchtigtes Gefängnis in Moskau– gebracht ... Wochenlang wurde er verhört mit der ständigen Frage: *"Berichten Sie Ihre Verbrechen gegen die Sowjet-Union"*. Später kam er in das Gefängnis Lefortowo. Als Identität wurde festgehalten: **"Polnischer Staatsangehöriger, Jude, kleinbürgerlicher Herkunft"**. Mit schwarzem Humor merkt Trepper zu seinem 9-jährigen Gefängnisaufenthalt an: *"Ich bin dem 'Väterchen der Völker' dankbar, daß ich mit der geistigen Elite der Sowjetunion Umgang haben konnte"*.

nisaufenthalt an: *"Ich bin dem 'Väterchen der Völker' dankbar, daß ich mit der geistigen Elite der Sowjetunion Umgang haben konnte"*.

1954 zog Trepper, erstmal wieder frei, nach Polen. 1973 reiste er aus, zunächst nach Dänemark, später nach Frankreich und schließlich nach Israel, wo seine Familie lebt. „Hintergrund" der langen Haftzeit Leopold Treppers in der UdSSR war die damalige offizielle Linie: jeder, der im Ausland gelebt hat, ist ein Spion. Trepper war nicht das einzige Mitglied der Roten Kapelle, das seine Arbeit gegen den Faschismus in der UdSSR mit Knast bezahlte. Auch Mitglieder des schweizerischen Netzes der Roten Kapelle wanderten gleich nach ihrer Ankunft in Moskau in die "Lubjanka". Dennoch schrieb Trepper abschließend: **"Wir wollten den Menschen ändern, und wir sind gescheitert. Dieses Jahrhundert hat zwei Ungeheuer geboren; den Faschismus und den Stalinismus, und in dieser Apokalypse ist unser Ideal zugrunde gegangen. Die absolute Idee, die unserem Leben einen Sinn verlieh, hat ein Gesicht angenommen, dessen Züge wir nicht wiedererkennen konnten. Unsere Niederlage verbietet es uns, Lehren zu erteilen, aber weil die Weltgeschichte soviel Phantasie hat, daß sie sich niemals wiederholt, ist es erlaubt, Hoffnung zu hegen. Ich bereue das Engagement meiner Zwanziger Jahre nicht, ich bereue die Wahl des von mir eingeschlagenen Weges nicht. Bei einer öffentlichen Versammlung, die im Herbst 1973 in Dänemark stattfand, fragte mich ein junger Mann: 'Haben Sie Ihr Leben nicht umsonst geopfert?' Ich antwortete: 'Nein'. Allerdings unter einer Voraussetzung: Daß die Menschen aus meinem Leben als Kommunist und Revolutionär eine Lehre ziehen und sich einer vergötterten Partei nicht ausliefern. Ich weiß, daß die Jugend dort, wo wir gescheitert sind, Erfolg haben wird, daß der Sozialismus siegen wird und daß er nicht die Farben der russischen Panzer haben wird, die Prag zermalmt haben"**.

E., KB-Gruppe Frankfurt

Anmerkungen

1. *Harro Schulze Boyzen wurde am 22.12. 1942 in Plötzensee hingerichtet, ebenso Arvid Harnack. Beide wurden gehängt. Die Frau von A.Harnack, Mildred Harnack, die auch zur deutschen Gruppe der Roten Kapelle gehörte, wurde am 16.2.1943 in Plötzensee enthauptet. Vom 31.August 1942 bis Anfang 1943 wurden ungefähr 130 Mitglieder der deutschen Gruppe verhaftet. Mehr als 50 Mitglieder der Schulze-Boyzen/Harnack-Gruppe wurden in der Haft ermordet, hingerichtet oder nahmen sich selbst das Leben.*
Im Zusammenhang mit der Roten Kapelle wurden in Frankreich, Belgien, Holland und Deutschland insgesamt 217 Menschen verhaftet. Davon wurden 143 hingerichtet oder während der Voruntersuchungen ermordet, bzw. sie begingen Selbstmord oder starben im KZ.
2. *Zu den Säuberungen in der UdSSR und den Moskauer Prozessen siehe auch: "Texte zur Stalinfrage", ("JRV" bzw. "buntbuch", S.49 - 64).*
3. *Trepper behandelt in seiner Autobiographie öfters die Judenfrage, sowohl kurz nach der Oktoberrevolution (Lenin: "Antisemitismus ist Konterrevolution") als auch unter Stalin. Leider war hier kein Platz mehr dazu, dies darzustellen.*



der landesweite Streik der saarländischen Oberstufen. Nach der Oberstufenreform werden den Schülern schriftliche Arbeiten auch nach dem Abitur abverlangt, sowie die Grundkurspflicht für Abiturienten eingeführt.

Leopold Trepper, der Chef der „Roten Kapelle", bedeutendster sowjetischer Nachrichtenring im II. WK, ist gestorben.

Suzuki testete Mandarinenöl als Benzinersatz. Die Maschinen laufen genauso gut, riechen aber besser.

vor der australischen Küste wurde Erdöl entdeckt

die zollfreie Straße zwischen Lörrach und Weil am Rhein soll noch vor 1985 entstehen.

bei einer Explosion in einer Schule in Oklahoma sind 6 Menschen gestorben.

die Kältewelle in den USA hat bereits 224 Tote gefordert

die CSU hat gegen die Kabarettistische Fernsehsendung „Scheibenwischer" protestiert, weil bei der Sendung CSU-Mitglieder als bestechlich dargestellt wurde.

der libysche Staatschef Gaddafi ist unangemeldet in Algerien eingetroffen.

ein Elefant hat in Kairo den Verkehr lahmgelegt

auf dem Bahntransport von Frankreich nach Belgien sind fast 500 fabrikneue Revolver verschwunden

der Smogalarm in Berlin ist aufgehoben. Die Fenster dürfen wieder geöffnet werden, dabei ist aber das Atmen einzustellen

Impressum

Impressum

„die Tageszeitung" erscheint Montag bis Freitag. **Verleger:** Tageszeitungsverlagsgesellschaft „die Taz" mbH, 6000 Frankfurt 90, Hamburger Allee 45 - **alle** Nachdruckrechte bei taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin.
Druck: W. Rumpeltin, Burgdorf, Marktstraße 14, Postfach 110
Verantwortlicher Redakteur LS.d.bln.PG.: Max Thomas Mehr
(für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung).

aus: „taz" vom 21.1.82

Der nächste
ARBEITERKAMPF
erscheint in
4 Wochen